

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

2. Sitzung vom 13. und 14. Dezember 2010 2. Sitzungstag (14. Dezember 2010)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

Entschuldigte Gemeinderäte	S. 3	GR Sebastian Kurz	S. 61
		GRin Birgit Hebein	S. 62
Fortsetzung der Verhandlung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 und der Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten		GR Mag Gerald Ebinger	S. 64
		GRin Gabriele Mörk	S. 66
		GR Univ-Prof Dr Peter Frigo	S. 68
		GR Ing Bernhard Rösch	S. 69
		GR Wolfgang Seidl	S. 71
Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal		Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely	S. 71
Rednerinnen bzw Redner:		5. Ordnungsruf an GRin Birgit Hebein	S. 64
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 3	Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt	
GRin Mag Martina Wurzer	S. 5	Rednerinnen bzw Redner:	
GR Mag Wolfgang Jung	S. 6	GR Dipl-Ing Roman Stiftnr	S. 73
GR Nurten Yilmaz	S. 10	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 76
GRin Ing Isabella Leeb	S. 12	StRin Veronika Matiassek	S. 78
GR Senol Akkilic	S. 13	GR Mag Jürgen Wutzlhofer	S. 81
GR Gerhard Haslinger	S. 15	GR Ing Udo Guggenbichler	S. 82
GR Christian Hursky	S. 18	GR Christian Unger	S. 84
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 19	GR Erich Valentin	S. 84
GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 21	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 87
GRin Angela Schütz	S. 22	04001-2010/0001-GFW, P 1: Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011	
GR Armin Blind	S. 23	04005-2010/0001-GFW, P 2: Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigen Entgelten	
GR Mag Dietbert Kowarik	S. 25	Berichterstatterin VBgrmin Mag Renate Brauner (Schlusswort)	S. 87
GR Mag Wolfgang Jung	S. 27	Abstimmung	S. 88
StR David Lasar	S. 28	6. 04340-2010/0001-GFW, P 3: Entwurf einer Verordnung des Gemeinderates betreffend die Festsetzung der Wertgrenzen für das Jahr 2011	S. 90
GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi (tatsächliche Berichtigung)	S. 29	Abstimmung	S. 90
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 30	7. 03998-2010/0001-GGS, P 4: Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2011	
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 30	Abstimmung	S. 90
Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 30	8. 03774-2010/0001-GGS, P 5: Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2011	S. 91
Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft		Abstimmung	S. 91
Rednerinnen bzw Redner:		9. 03898-2010/0001-GWS, P 6: Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien – Wiener Wohnen für das Jahr 2011	S. 91
GRin Ing Isabella Leeb	S. 33	Abstimmung	S. 91
GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 35		
GR Mag Gerald Ebinger	S. 37		
GRin Mag Sybille Straubinger	S. 40		
GRin Ing Isabella Leeb (tatsächliche Berichtigung)	S. 43		
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 43		
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 45		
GRin Susanne Bluma	S. 46		
GRin Uta Meyer	S. 48		
Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 48		
Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales			
Rednerinnen bzw Redner:			
GRin Ingrid Korosec	S. 51		
GRin Dr Sigrid Pilz	S. 54		
StR David Lasar	S. 56		
GR Christian Deutsch	S. 59		

(Wiederaufnahme um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich wünsche den anwesenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, aber auch den Mitarbeitern der einzelnen Magistratsabteilungen einen schönen guten Morgen.

Wir nehmen die Sitzung des Gemeinderates wieder auf.

Entschuldigt für den ganzen Tag sind GRin Schubert, GRin Dr Vitouch und GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.

Die Beratung des Voranschlagsentwurfs der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011 und des Gebührenprüfungsantrags wird fortgesetzt.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal. Einen schönen guten Morgen, Frau Stadträtin!

Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Feldmann. Wenn Sie die Debatte in den Bankreihen eingestellt haben, darf ich Sie zu Wort bitten.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Budget der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal ist im Großen und Ganzen eine Fortschreibung der letzten Jahre. Größere Abweichungen gibt es enttäuschenderweise nicht. Woher also die Mittel für eine Integrationsoffensive kommen sollen, die doch einer der Schwerpunkte der kommenden Legislaturperiode sein sollte, ist unklar. Dazu wird aber meine Kollegin Isabella Leeb sprechen.

Das Budget der MA 57 ist immerhin um 540 000 EUR gestiegen. Diese Mittel werden aber dennoch nicht reichen, um zum Beispiel den Aktionsplan für Gleichstellung oder das dringend notwendige fünfte Frauenhaus umzusetzen.

Ich komme kurz zur Verschuldung der Stadt Wien, die komplett aus dem Ruder läuft. Ich möchte jetzt noch einmal daran erinnern, dass 2008 der Verschuldungsstand bei 1,46 Milliarden EUR gelegen ist und 2010 bereits ein Schuldenstand von 2,9 Milliarden EUR erreicht ist, was einer Verdoppelung entspricht. Da sind nicht einmal die 2,2 Milliarden EUR von Wiener Wohnen eingerechnet.

Sie haben eine Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler, Sie haben eine Verantwortung gegenüber der nächsten Generation, die diese Schulden übernehmen muss. Mir fehlt in diesem Budget generell der Wille einzusparen, eine Verwaltungsreform zu machen, irgendeine Form einer Einsparung, die in diesen Zeiten dringend notwendig ist.

Ich möchte hier vielleicht den ehemaligen Finanzminister Hannes Androsch zitieren, der im „profil“ sagt: „Jeder weiß, wie man verteilt, was man nicht hat, aber nur wenige zerbrechen sich den Kopf darüber, wie etwas zum Verteilen geschaffen werden kann.“

Vielleicht noch eine weitere Aussage von ihm im Online-Pressespiegel: „Es kann generell keine Nulltarife wie im Schlaraffenland geben.“ „There is no free lunch.“ Irgendeiner muss bezahlen, und irgendwo muss eingespart werden. „Seit Monaten machen die Experten Vorschläge und verweisen auf Gefahren – alles in den Wind

gesprochen, die einzige Reaktion ist das Kopf in den Sand Stecken.“

Vielleicht sollten Sie sich einmal mit ihm zusammensetzen und über die verschiedenen Möglichkeiten einer Einsparung diskutieren. Er sagt, es ist alles klar. Und nicht nur er, sondern sämtliche Experten sagen, es sind jegliche Beispiele vorhanden, wie es möglich wäre und wo einzusparen wäre. Nur: Es fehlt der Mut. Es ist die Mutlosigkeit und nicht die Einfallslosigkeit. Also, ich bitte darum, dass vielleicht ein bisschen Mut aufgebracht wird, um die Verantwortung für die nächsten Generationen wahrzunehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich gebe Ihnen ein paar Beispiele für Einsparungsmaßnahmen. Der IHS hat ein Einsparungspotenzial bei den städtischen Spitälern von 190 Millionen EUR pro Jahr festgestellt. Der Rechnungshof hat 400 Millionen EUR zu viel an Gebühren innerhalb von zwei Jahren festgestellt. Wir brauchen gar nicht von den Planungsfehlern und Kostenexplosionen bei der Zentralfeuerwache, dem Hauptbahnhof, dem Prater-Vorplatz, dem Flughafen sprechen. Die unsolidarische Nichtumsetzung der Bundesbeamtenpensionsreform kostet ebenfalls 350 Millionen EUR.

Ich würde eigentlich sehr gerne hören – und das würde ich einmal lieber hören als die Verteidigung des Budgets, das in meinen Augen nicht ganz einfach realistisch zu verteidigen ist –, warum Sie das nicht einsparen: einfach nur die Begründungen, denn die Vorschläge liegen tatsächlich auf dem Tisch.

Ich komme zur Arbeitslosigkeit: Im Bundesländervergleich kommt Wien eigentlich kaum vom Fleck – wir haben rund 8 Prozent Arbeitslosigkeit –, im Vergleich zu Österreich, wo der Durchschnitt 4,4 Prozent ist und die geringste Arbeitslosigkeit in Tirol mit 2,6 Prozent zu verzeichnen ist. Ähnlich schlimm schaut es bei der Frauenarbeitslosigkeit aus, die insgesamt in den letzten Jahren um 18 Prozent gestiegen ist. Sie ist in Wien derzeit im 2. Quartal um 7 Prozent gestiegen, in Gesamtösterreich im Vergleich um 4,2 Prozent.

Sie rühmen sich selbst, eine aktive Frauenarbeitsmarktpolitik zu betreiben, aber das kann ich eigentlich nicht erkennen. Die Frauenbeschäftigungsquote ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern ebenfalls in Wien die schlechteste.

Und was besonders tragisch ist, ist die Armutsgefährdung. Wir haben in Wien 17,4 Prozent Armutsgefährdung, bei Kindern unter 19 Jahren sind es überhaupt 26 Prozent. Zur Armutsgefährdung vielleicht zum Vergleich: Oberösterreich hat 8 Prozent und bei der Kinderarmutsgefährdung 10 Prozent.

Die Zahlen sind also wirklich nicht so, dass man nicht sagen könnte, es gäbe keinen Änderungsbedarf. Ich kann eigentlich nicht verstehen, was hinderlich ist und warum keine Änderung eintritt. Wir haben eine Armutsgefährdung von Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 19 Jahren von 35 Prozent – das ist überhaupt fast nicht vorstellbar – und bei Frauen im Pensionsalter von 72 Prozent und bei alleinlebenden Frauen von 50 Prozent. Unvorstellbar dramatische Zahlen sind das.

Ich bringe einen Resolutionsantrag zur Schaffung

von Arbeitsplätzen für Frauen ein. Das Einzige, was helfen kann, diese Armutsgefährdung und diese dramatischen Zahlen der Arbeitslosigkeit zu verändern, ist einfach, dass man im Bereich der Arbeitsplätze tätig wird. Ich bringe folgenden Beschlussantrag ein:

„Die amtsführende Stadträtin für Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal sowie die amtsführende Stadträtin für Finanzen mögen dafür Sorge tragen, dass ein Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit binnen eines Jahres erstellt wird und dem Gemeinderat einmal jährlich Bericht über die dann umgesetzten Maßnahmen gelegt wird.“

Dann habe ich einen weiteren Antrag zur Schließung der Einkommensschere einzubringen. Ich habe jetzt die „Zeit“ mitgebracht und möchte daraus zitieren. Es ist ja wirklich peinlich, dass es in der „Zeit“ auf der Frontpage, also auf der ersten Seite bereits den Titel gibt: „Das benachteiligte Geschlecht.“ In kaum einem anderen westlichen Land sind Frauen so schlecht gestellt wie in Österreich. Warum ändert sich nichts daran? Und vielleicht noch weiter: „Jede Statistik beweist: Frauen haben es in Österreich schwerer als Männer, daheim ebenso wie im Beruf. Sie werden diskriminiert, schlechter bezahlt und kämpfen gegen Vorurteile.“

Nicht nur, dass es schlimm ist, dass es so ist, ist es vielleicht auch schön langsam peinlich, dass es international gesehen sogar in den größten und renommiertesten Zeitungen steht. Dennoch ändert es nichts daran. Ich bringe daher wieder einmal meinen Beschluss- und Resolutionsantrag zur Schließung der Einkommensschere ein und möchte sagen, dass wir im EU-Vergleich auf dem vorletzten Platz vor Estland stehen, was auch nicht gerade ein Renommee ist, und wir eine Differenz zwischen Frauen- und Männereinkommen von 25,5 Prozent haben.

Das heißt, festgestellterweise haben wir einen faktischen Einkommensunterschied auf Grund des Geschlechtes und nicht – wie man sagt – auf Grund der hohen Frauenteilzeitbeschäftigungsquote oder der Berufstätigkeit von Frauen in Branchen mit niedrigem Einkommensniveau. Das kann darüber nicht hinwegtäuschen, dass es eben diesen faktischen Einkommensunterschied auf Grund des Geschlechtes gibt.

Ich bringe einen Beschlussantrag zur Schaffung eines Maßnahmenpaketes zur Schließung dieser Einkommensschere zwischen Frauen und Männern mit der Schaffung eines Einkommensanwaltes, der ein Mal im Jahr dem Gemeinderat berichtet und Empfehlungen aussprechen kann, ein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht sage ich Ihnen auch noch Folgendes, damit Sie nicht glauben, es gäbe das nicht. Es hat bei der Grundeinstufung die Leiterin der Musikschule Meidling um 25 Prozent weniger als ihr Kollege in Floridsdorf bekommen. Grund war angeblich ein Qualitätsunterschied. Dazu möchte ich sagen: Sie hat im Gegensatz zu ihrem männlichen Kollegen ein Doktoratsstudium vorzuweisen gehabt. Es hat keinen einzigen Qualifikationsunterschied oder sonstigen Unterschied gegeben, aber sie ist mit 25 Prozent weniger Einkommen eingestuft worden.

Ich bringe jetzt einen Antrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien ein. Wien steht im internationalen Wettbewerb mit anderen Regionen Mittel- und Osteuropas. Das erfordert eine entsprechende Attraktivität des Wirtschaftsstandortes, sodass es zu keiner Abwanderung von Betrieben kommt und man wieder Ansiedlung neuer Betriebe zusammenbringt, eine zusätzliche Wirtschaftskraft und damit Arbeitsplätze sichert.

Wesentlicher Faktor für die Ansiedlung von Unternehmen ist immer die Standortqualität. Hier ist es wichtig, dass sich die Wiener Stadtpolitik um eine Verbesserung dieser Standortqualität bemüht, da sie bei der Standortauswahl von internationalen Unternehmen eine wichtige Rolle spielt.

„Der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien wird aufgefordert, umgehend einen Runden Tisch unter Miteinbeziehung relevanter Experten, Interessensvertreter und Repräsentanten der verschiedenen im Gemeinderat vertretenen Parteien zur Erörterung der langfristigen Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Wien einzuberufen. In diesem Zusammenhang ist über ein wesentliches Maßnahmenpaket für die Wiener Wirtschaft zu beraten.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie immer komme ich zum Thema Gewaltschutz. In Österreich sind jedes Jahr bis zu 300 000 Frauen Opfer von Gewalt. Jede fünfte bis zehnte in einer Beziehung lebende Frau ist von Gewalt betroffen. Der Ausbau der Einrichtungen für gewaltbedingt oder finanziell in Not geratene Frauen sollte uns allen und ist auch ein besonders wichtiges Anliegen. Ich glaube, in diesem Bereich Gewaltschutz ist sehr viel getan worden. Wir haben ja gemeinsam einige Aktionen gemacht.

Es ist dennoch notwendig, dass wir weiter daran arbeiten. Wien braucht zum Beispiel ein fünftes Frauenhaus. Wir haben dort 166 Plätze. Das ist einfach zu wenig. Ähnlich sind die Situationen in den privaten Mutter-Kind-Einrichtungen, wo nur 9 Prozent der in Not geratenen Anfragenden aufgenommen werden.

Diese Einrichtungen sind besonders wichtig. Wir haben 11 000 hilfeschuchende Frauen in den letzten Jahren gehabt. Das ist eine unglaublich hohe Zahl. Wir müssen uns vermehrt anstrengen, um einen ausreichenden und bestmöglichen Schutz angedeihen zu lassen. Daher ist ein Extrabudget notwendig, um der Lage Herr zu werden.

Ich bringe einen Beschluss- und Resolutionsantrag zur Erarbeitung eines Aktionsprogramms zur Bekämpfung häuslicher Gewalt ein, um den Ausbau der Einrichtungen gegen Gewalt in der Familie – insbesondere Frauenhaus – zu forcieren.

Zusammenfassend zum Budget sage ich: Wir stimmen dem Budget nicht zu, weil wir der Auffassung sind, dass die Budgetmittel nicht dorthin gelenkt werden, wo sie benötigt werden, und weiters in keiner Weise auch nur der Wille zu Einsparungen beziehungsweise zu einer Verwaltungsreform, die in unseren Augen mehr als notwendig ist, erkenntlich ist. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geschätzte Frau Stadträtin! Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates!

Ja richtig, Frau Kollegin Feldmann, Sie haben schon richtig zitiert und vorgelesen: Österreich ist ein feministisches Entwicklungsland. Seit Jahren liegt Österreich in allen Gleichstellungsrankings an Schlusslichtpositionen, beschämende Schlusslichtpositionen. Bei den Gehaltsunterschieden zwischen Männern und Frauen liegt Österreich nur knapp vor Estland innerhalb der EU, im Gender Gap Report reiht sich Österreich zwischen Uganda und Guyana ein.

Dazu passend ist auch das vorherrschende Frauenbild in Österreich. Das Ideal ist die postfeministische Frau, die alle Diskriminierungen und Übergriffe fröhlich wegwächert. Junge Frauen heute, heißt es, hätten die Gleichberechtigung mit der Muttermilch aufgesogen. Die nehmen ihr Leben in die Hand, heißt es. Die moderne Frau verzettelt sich heute nicht mehr im Kampf der Geschlechter, sondern stellt sich viel mehr selbstbewusst den neuen Herausforderungen oder bügelt Unterhosen, je nachdem.

Das Ideal ist also die Powerfrau, die Marathonfrau. Hinter diesem Mythos Powerfrau, Marathonfrau, jedenfalls Superfrau steckt eine massive Entpolitisierung und Endsolidarisierung der Gesellschaft. Die Botschaft ist, dass jede Frau, egal, ob Akademikerin oder Arbeiterin, wenn sie den Bilderbuchaufstieg nicht schafft, gefälligst selbst daran schuld ist. Dieses auch medial ständig vermittelte Bild verkürzt und verklärt die Realität in unverschämter Art und Weise. Es tut gerade so, als stünden Frauen kurz vor der Übernahme der Schlüsselpositionen in Gesellschaft und Wirtschaft.

Dabei ist das Gegenteil davon der Fall. Österreich hat den Retourgang eingelegt. Wir leben in einer heftigen antifeministischen Backlash-Phase. Im Gegensatz zu Resteuropa – die Frau Kollegin hat bereits darauf hingewiesen – geht in Österreich die Einkommensschere weiter auseinander. (*GR Mag Wolfgang Jung: Langsam! Wir kommen ja gar nicht mit!*) Im Gegensatz zu Resteuropa, wo der Frauenanteil in Führungspositionen steigt, sinkt in Österreich die Zahl der Frauen in Führungspositionen in den letzten Jahren. Das ist ein Rückschritt, den wir so weiter nicht hinnehmen werden. Über diesen Stillstand, über diesen Rückschritt werden wir nicht schweigen, sondern zukünftig weiterhin lautstark sprechen und uns darüber aufregen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Wir wollen nicht mehr länger auf wirksame Instrumente wie die Einkommenstransparenz, wie die Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe an Gleichstellung in Firmen und an gesetzliche Frauenquoten warten. Von alleine geht nichts, das haben wir inzwischen zur Genüge festgestellt. Darauf zu warten, ist zynisch. (*GR Mag Wolfgang Jung: Auf zur Revolution?*)

In Wien können wir uns und werden wir uns aktiv gegen den Stillstand einsetzen. Das haben wir bereits in

der letzten Legislaturperiode mit unserem gemeinsam umgesetzten rot-grünen Projekt der Koppelung der gemeinsamen Wirtschaftsvergabe an Frauenförderung in den Betrieben, in Firmen, in Unternehmen getan und gezeigt. Dieses Projekt werden wir weiterhin ausbauen. Darauf sind wir sehr stolz. Das halten wir für eine sehr wirksame Maßnahme, und wir werden das weiter ausbauen.

Einige Dinge haben wir uns im Regierungsabkommen vorgenommen, die uns sehr freuen. Wir sind zufrieden mit diesem Abschluss, auch wenn wir einige Dinge nicht erreicht haben. Jetzt spreche ich kurz die negativen Dinge an, die wir nicht erreicht haben. Am meisten weh tut uns, dass wir keine wesentliche Erhöhung des Frauenbudgets erreicht haben. Das sehen wir auch so. Über 50 Prozent des Budgets geht in die sehr wichtige Aufrechterhaltung der Frauenhäuser in Wien. Das sind über 50 Prozent des Frauenbudgets in Wien. Wir halten das für eine Ausgabe, die die gesamte Gesellschaft zu tragen hat, und für keine spezifisch frauenfördernde Ausgabe, aber jedenfalls keine Ausgabe, die Frauen zugute kommt, sondern die gesellschaftliche Missstände und Gewalt abzufedern versucht und dadurch Frauen zu schützen versucht.

Das ist also keine Aufgabe, die das Frauenbudget aus unserer Sicht originär zu leisten hätte. Unser Vorschlag war also, entweder dieses Budget, diesen Anteil des Budgets aus dem Frauenbudget herauszunehmen, um das in der Höhe, wie es ist, beizubehalten oder eben das Frauenbudget entsprechend zu erhöhen. Wir werden daran weiterhin arbeiten. In den nächsten Budgets werden sich dieser Wunsch und diese Vorstellung von uns hoffentlich niederschlagen.

Zur Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben wir uns einige weitere wirksame Dinge vorgenommen, nämlich die Selbstverpflichtung der Stadt Wien zur weitgehenden Einkommenstransparenz – das freut uns besonders –, ein Pilotprojekt zur Einkommensgerechtigkeit im Magistrat, eine offensive Umsetzung der 50-Prozent-Zielquote im Magistrat, die Stärkung der Förderung von Frauen am Arbeitsmarkt – selbstverständlich mit dem Ziel der Vollzeitbeschäftigung – und die Durchführung eines experimentellen Arbeitsmarktprojekts. Besonders widmen wollen wir uns auch Mädchen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt, die im nächsten Jahr besondere Berücksichtigung erfahren sollen.

Das sind nur einige Beispiele von vielen wirksamen und wichtigen Forderungen, die wir festgeschrieben haben. Wien hat in all diesen Bereichen Vorbildwirkung zu zeigen und wird es mit unserem Zutun in den nächsten Jahren auch tun. Wir wissen mit der SPÖ eine gute Partnerin in diesen Fragen an unserer Seite. Wir werden in Zukunft viele Dinge tatkräftig umsetzen. (*Beifall bei den GRÜNEN.*)

Ganz besonders viel liegt mir selbst am Aufbrechen von stereotypen Rollenbildern. Ich kämpfe für eine Stadt, in der jede Menge selbstbewusste Mädchen leben, die ihren Körper toll finden, die Berufswünsche abseits von Rollenklischee durchsetzen, die lieben, wen und wie sie wollen, die kritisch sind, die Nein sagen, die eingreifen,

die Neues ausprobieren, kreativ und in Bewegung sind, die Bühnen und Tanzflächen erobern. Ich kämpfe für eine Stadt, in der Mädchen selbstverständlich überallhin und alles wollen.

In Österreich aber vertreten Lehrer wie Lehrerinnen gleichermaßen die Überzeugung von Begabungsunterschieden zwischen Mädchen und Buben. Vor allem in Technik und Naturwissenschaften wird Mädchen wenig bis nichts zugetraut. Es wird ihnen signalisiert, diese Fächer, diese Bereiche seien für ihr Leben bedeutungslos. Und das schlägt sich auch nieder. Unter den zehn beliebtesten Lehrberufen der Mädchen findet sich bekanntlich kein einziger Beruf im technischen Bereich oder in der Produktion. Die Hälfte der Mädchen wählt – das wissen wir – nur aus drei Lehrberufen aus: Friseurin, Einzelhandelskauffrau und/oder Bürokauffrau. In diesen Berufen – das wissen wir auch – liegt das Einkommen besonders nieder, um bis zu einem Viertel niedriger bereits im ersten Lehrjahr. Diese Einkommensunterschiede sind im Laufe einer Berufskarriere überhaupt nicht wieder aufzuholen und zementieren das Ungleichverhältnis also ein.

Da wollen wir besonders ansetzen. Wir wollen gemeinsam daran arbeiten, den Berufshorizont von Mädchen zu erweitern, sie zum Erobern bisheriger Männerdomänen anzutreiben, zu ermutigen. Das wird eines unserer zentralen Anliegen in den nächsten Jahren sein.

Welche Frauenbilder in der Gesellschaft vorherrschen, drückt sich auch über die Werbung aus, die uns Tag für Tag umgibt. Ich will in einer Stadt leben, in der keine sexistische Werbung an Wänden pickt. Ich finde es unerträglich, ich habe etwas dagegen, dass Frauen als verfügbare Körper, als Konsumgut dargestellt werden. Auch dazu haben wir uns im Regierungsprogramm einiges vorgenommen, nämlich die Einrichtung einer Gender Watch Group, die anhand eines zu erstellenden Richtlinienkatalogs sich gegen sexistische Werbung stark machen wird und alle kommunalpolitischen Mittel gegen sexistische Werbung auszuschöpfen gedenkt.

Daran liegt beiden Parteien – das weiß ich – besonders viel. Da werden wir einige wirksamen Schritte in den nächsten Jahren vorantreiben. Da bin ich mir sicher. *(Beifall bei den GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Auch bei Männern oder nur bei Frauen?)*

Zu guter Letzt: Auch dem Schönheitswahn – das ist ein Thema, das für junge Frauen vor allem wichtig ist – und dem Körperoptimierungswahn wollen wir uns widmen. Ich persönlich finde es sehr nervig, dass wir Frauen sexy und erfolgreich und warnsinig fortgepflanzt sein sollen. Ich fordere eine Wien-weite Kampagne gegen Schönheitswahn. Auch da werden wir wirksame Mittel ergreifen und dieses Thema aufgreifen.

Wir freuen uns auf tatkräftige feministische Politik in den nächsten fünf Jahren. – Vielen Dank!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm:

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt eine schwungvolle Rede

einer jungen Abgeordneten gehört, die Österreich als feministisches Entwicklungsland bezeichnet hat. Die Rede war so schwungvoll, dass ihr die Männer im eigenen Klub nicht folgen konnten und lange Zeit nicht einmal applaudiert haben, weil sie so geschockt waren von den vielen Forderungen. *(Zwischenruf von GRin Dr Monika Vana.)* Es war ja so, das können Sie nicht bestreiten!

Sie haben die Gleichberechtigung mit den Männern gefordert. Mir fehlen da aber noch ein paar andere Voraussetzungen, nämlich die Heraufsetzung des Pensionsalters für Frauen, die Herabsetzung der Lebenserwartung, der Wehrdienst und die weiblichen Dachdeckerrinnen. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Sie haben eine ganze Menge Vorschläge präsentiert, von denen einige ja durchaus annehmbar sind. Aber jetzt frage ich Sie: Wo sind diese Vorschläge im Koalitionsvertrag realiter wiederzufinden, außer in einigen Phrasen? – Ich glaube Ihnen Ihren Schwung, den Sie jetzt am Anfang noch haben, aber Sie werden von der Realität der SPÖ ganz massiv eingeholt werden und es wird ein schlimmes Erwachen für Sie geben.

Jetzt kommen wir einmal zur Wirklichkeit. Allein die Reihung schon der Aufgaben dieses Ressorts, nämlich Integration zuerst, dann lange nichts, dann kommen die Frauenfragen in einem relativ kurzen Kapitel, der Konsumentenschutz, Personal und Wahlen laufen ohnehin unter ferner liefen bei der ganzen Sache und erst Recht beim Mitteleinsatz.

Integration ist ganz vorne, und nicht einmal nur Integration in Österreich. Die Frau Stadträtin begreift sich offenbar auch als Entwicklungshilfe-Ministerin. Es gehen beträchtliche Teile ins Ausland, während gleichzeitig in Wien – wie wir wissen – 10 000 Wiener in der kalten Wohnung sitzen, weil die Stadt Wien ihnen das Gas abgedreht hat – das sozialistische Wien, in dem der Sprecher eines Stadtrates, nämlich des Wohnbaustadtrates, der Herr Csisinko zur Frage der Delogierung einer Familie sagen darf: „Es gibt noch andere Möglichkeiten als den Gemeindebau – wir sind nicht das Sammelbecken der sozial Schwächsten!“ – Also, die Sozialisten sind nicht mehr das Sammelbecken der sozial Schwächsten, da kann man auch unter schwierigen Verhältnissen delogieren. Interessante Stellungnahme eines sozialdemokratischen Stadtrats!

Der Konsumenten- und der Datenschutz, der ja auch in Ihrem Bereich ressortiert, kommt überhaupt nicht vor, und das trotz aller Kniefallverträge vor den USA und vor allem der EU, die auch hier sehr weite Aufweichungen des Datenschutzes am laufenden Band betreibt.

Über die Wahlen und Wahlrechtsfragen, die da auch hineinfließen, wird heute noch zu reden sein. Die werden am besten gar nicht mehr erwähnt. Da haben die GRÜNEN auch alles vergessen. Noch vor zwei Monaten konnte man in der „Kleinen Zeitung“ lesen: „Grüne fürchten massiven Betrug bei Briefwahl“, „für schwerst demente Patienten ohne deren Wissen Wahlkarten beantragt“. „Türkische und islamische Vereine sollen außerdem zum Stimmenkeilen für die SPÖ eingespannt wor-

den sein. „Ich stelle in Zweifel, dass bei dieser Wahl mit den Briefwahlkarten alles mit rechten Dingen zugeht“, sagt ein grüner Abgeordneter. Der Kollege Margulies droht in einer Pressekonferenz mit Anzeigen und so weiter.

Ja, wo ist denn das? Sie schütteln immer den Kopf und sagen: Das war einmal. Ein Unterschied zu dem: Sie sind gestern herausgekommen – ich glaube, das waren Sie – und haben da wieder Uraltfälle eines Herrn Rosenstingls aufgezählt. Der Herr Rosenstingl war im Häfen, ja, weil er ... *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* – Dann war es einer Ihrer Kollegen! Normalerweise ist es der Kollege Ellensohn, der es aufzeigt. *(Weiterer Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Es war ein anderer, gut.

Ich wollte Ihnen Folgendes sagen: Sie zählen Sachen oder Personen wie diesen auf, der im Gefängnis war, oder den Herrn Grasser, der zur Zeit noch nicht einmal angeklagt ist, aber vielleicht angeklagt wird. Die sind aber nicht in diesem Haus.

Ihre Versprechen haben Sie vor Kurzem gemacht – auch der Herr Van der Bellen und so weiter –, aber Sie sind noch in diesem Haus. Sie sind derjenige, der die großen Zusagen und Versprechen nicht hält. Und das ist der große Unterschied zwischen uns beiden. Wir halten unsere Versprechen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ja, ja, das Wahlrecht, das werden Sie vielleicht, wenn Sie dann überhaupt noch in der Koalition sind, wenn es dann nicht schon längst mit SPÖ gekracht hat, im nächsten Jahr zu besprechen beginnen. Und da werden Sie sich genauso durchsetzen, wie in allen anderen Bereichen.

Aber unser Hauptproblem, das uns am meisten unter den Nägeln brennt, ist das Problem der Zuwanderung, das vorwiegend die SPÖ, aber auf Seiten der Bundesregierung die großen Koalitionen beginnend schon in den 70er Jahren verursacht hat. Zuwanderung ist ein vielfaches Problem, ein Problem der Zahl, ein Problem des Kulturkreises natürlich auch und ein Problem der Integrationswilligkeit.

Österreich hat mehrere große Zuwanderungswellen erlebt: die eine höchst unfreiwillig 1944/1945, die Flüchtlinge vor der Roten Armee, die anfangs gar nicht so gerne in Österreich gesehen und teilweise abgeschoben wurden. Mehrere Hunderttausend Menschen waren das. Sie haben sich hier voll integriert, ohne Hilfe. Warum? – Sie kamen aus dem alten Österreich, sie kamen aus der gleichen Kultur, sie hatten die gleiche Sprache.

1956, Ungarn: Österreich hat diese Flüchtlinge bereitwillig aufgenommen. Auch sie waren relativ leicht zu integrieren. Bis auf leichte Akzentprobleme bei der Aussprache haben auch sie alle gut Deutsch gelernt.

Die nächste Welle war während der Tschechenkrise. Eine ähnliche Entwicklung: alles ohne Probleme. Die Österreicher sind nicht fremdenfeindlich.

Aber dann kam die große Zahl. Vor allem mit dem Problem der islamischen Flüchtlinge beginnen in Bosnien schon die ersten Schwierigkeiten, noch stärker mit dem Kosovo und der Zahl der im Interesse der Industrie hereingeholten Gastarbeiter, wie man sie genannt hat,

obwohl man Gäste eigentlich nicht arbeiten lassen sollte. Die Probleme haben sich vor allem dadurch ergeben – und unter diesen Problemen leiden wir heute –, dass man nicht integrationswillig war, als Folge einer veränderten Kultur, einer Unwilligkeit, unsere Sprache zu erlernen, obwohl man hier etwas will.

Jeder Österreicher, der in das Ausland geht, um dort zu arbeiten, muss sich bemühen, die Sprache zu erlernen und sich zu integrieren, und kann nicht verlangen, dass dort österreichische Gebräuche, Gesetze und so weiter eingeführt werden. Und hier sind wir schon so weit – das haben wir in den letzten Tagen lesen können –, dass im Islambereich bereits gefordert wird, in einzelnen Stadtteilen eigene, sozusagen illegale, Zivilgerichte, die Recht sprechen sollen, einzurichten. So weit sind wir schon.

Ich rede noch gar nicht von den Bedrohungsfragen, die in stärkerem Ausmaß auf uns zukommen werden, auch wenn Sie es immer wieder leugnen. Auch die Schweden haben es bis vorgestern geleugnet. Es schaut jetzt dort etwas anders aus. Zuerst hat man dort auch von einem Einzeltäter gesprochen, heute sucht man bereits nach den Hintermännern.

Dieses Problem der vor allem ungeordneten Zuwanderung haben Sie uns hier eingebrockt, und das wird noch stärker werden. Jetzt kommt oder kam bereits vor Kurzem für Kosovaren und Bosnier die Visumsfreiheit. Weitere Wellen sind zu erwarten. In dem Fall ist zum Teil auch eine Zunahme nicht nur von Wohnungsproblemen, nicht nur von Integrationsproblemen und Schulproblemen und Gewalt, sondern auch von Kriminalität damit verbunden.

Nach den Wahlergebnissen und Umfragen der letzten Zeit hätten Sie eigentlich etwas lernen müssen. Aber dem ist nicht so. Sie sind für Integration um jeden Preis, auch Integration, die teilweise mit Inländern mit Schwierigkeiten erfolgt und die auch hier Probleme bereitet.

Da spreche ich etwas an, was die Frau Kollegin ... *(Von der Besuchergalerie werden Zwischenrufe gemacht und Flugzettel in den Sitzungssaal geworfen.)* Na, da haben wir schon ein paar von unseren Freunden! Hurra, hurra! *(Weitere Zwischenrufe von der Besuchergalerie.)* Bitte meine Zeit zu unterbrechen! *(Rufe von der Besuchergalerie: Abschiebung ist Folter! Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle, jetzt sofort!)* Sie da oben können es sich gleich merken: Das müssen Sie der SPÖ sagen! Die stellt den Bundeskanzler!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne! *(Rufe von der Besuchergalerie: Abschiebung ist Folter! Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle, jetzt sofort!)* Wenn Sie die Sitzung in diesem Ausmaß stören, müssen Sie den Saal verlassen! *(Rufe von der Besuchergalerie: Abschiebung ist Folter! Abschiebung ist Mord! Bleiberecht für alle, jetzt sofort! – Die Zwischenrufer werden von Bediensteten des Hauses aufgefordert, die Galerie zu verlassen.)*

GR Mag Wolfgang **Jung** *(fortsetzend)*: Na also, das Bleiberecht wurde diesen Herrschaften aberkannt!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*:

Kollege Jung, die Zeit wird eingerechnet.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*fortsetzend*): Danke schön, Herr Vorsitzender!

Jetzt bin ich bei den schlecht integrierten Inländern (*Beifall bei der FPÖ.*), für die die GRÜNEN besonders eintreten.

Die Frau Kollegin Wurzer hat sich noch vor Kurzem sehr massiv mit Pressediensten für die Wagenburgen eingesetzt, auch eine Sache jener Spielplätze der Linken in Wien und für deren Integration. StR Ludwig macht aber offenkundig nicht mit. „Treibstoff“ ist Brennstoff, hat man noch vor nicht allzu langer Zeit in der Auslage der GRÜNEN in der Lindengasse als Drohung lesen können. Beim vorletzten Besuch der Gruppe des Wagenplatzes haben die GRÜNEN sie noch hereingeleitet, nachdem sie vom Bürgermeister Hausverbot erhalten hatten, und haben sich noch für diese eingesetzt. Die Koalition ändert alles. Jetzt durften sie nicht einmal mehr zur Frau VBgmin Vassilakou.

Frau Kollegin Wurzer, Sie sehen hier die Härten der Realität! Die Zeiten ändern sich. So schaut es halt eben aus.

Nun, der Bürgermeister hat im Gegensatz zu Ihnen und auch im Gegensatz zur Frau Stadträtin offenbar die Problematik der Integrationsschwierigkeiten und des Widerstands der Wiener schon vor den Wahlen erkannt und darauf mit der Hausordnung, mit der Kapperltruppe, mit der Beschuldigung natürlich wie üblich der schwarz-blauen Koalition und so weiter geantwortet.

Jetzt präsentieren Sie uns als Resultat des Ganzen ein Koalitionspapier, das eine Charta des Zusammenlebens enthält, die man allerdings nirgendwo nachlesen kann. Es wird ein „Wiener Vertrag“ – auch dieser schöne Ausdruck kommt vor – angesprochen. Auch so ein Papier, auf dem die Unterschriften so wenig wert sind wie die der Frau Vassilakou anscheinend beim Notariatsakt über die Wahlen.

Was erklärt uns dazu GR Ellensohn im „Standard“? Diese Charta des Zusammenlebens – oder der „Wiener Vertrag“, besser gesagt, oder eines von beiden, man weiß das ja nicht so genau – ist gemacht „für Leute wie mich, die aus Vorarlberg nach Wien ziehen.“ Also, es gilt schon für die Bundesländer, es gilt offenbar nicht für die anderen. „Ich war nicht immer ein Wiener.“, erklärt er uns, womit wir endlich dazugelernt haben. Es sind auch keine Integrationsprobleme üblicherweise bei uns mit den Vorarlbergern bekannt, außer dass es manchmal Verständigungsschwierigkeiten bei der Aussprache gibt. Die Probleme liegen ja woanders.

Dann fragt der „Standard“: „Wird dies ein formeller Vertrag sein, oder wie kann man sich das vorstellen?“ Und der Herr Ellensohn sagt: „Wir müssen das noch fertigmachen, so exakt haben wir das nicht ausgearbeitet. Es wird sicher kein rechtlich einklagbarer Vertrag sein, sondern ein Bekenntnis zur Stadt.“ Na bitte, was ist es? – Heiße Luft, die noch nicht einmal genau ausgearbeitet ist. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Das ganze Papier besteht aus heißer Luft und aus Phrasen, aus Worthülsen und Platitiden. In Ermangelung von Geld und von Lösungsvorschlägen füllen Sie

die drei Seiten der – wie Sie es nennen – „Gemeinsamen Wege für Wien“ für Integration mit derartigen Phrasen. Die Wiener sollen eine gemeinsame Sprache sprechen! – No na, was denn sonst? Eine tolle Erkenntnis. Bei Zuwanderern wird das durch einen Sprachmonitor – was immer das ist – überprüft! Konkretes dazu wird vorenthalten.

Dafür werden weitere Sprachgutscheine verschenkt, die dann bei SP-nahen Vereinen eingelöst werden können: „Mama lernt Deutsch“ bei Kaffee und Kuchen, Pensionisten im Park sollen motiviert werden, Deutsch zu lernen, offenbar unter dem Motto: Opa lernt den Pensionsbescheid lesen. „Sei dabei“ heißt eine Initiative. Sie vermittelt und finanziert zum Beispiel das Redtenbacherhoffest, wenn man sich dafür interessiert, zu dem heiße zehn Personen erschienen sind. So etwas kommt auch hier vor.

Sie holen die Menschen ab, dort, wo sie stehen, schreiben Sie hinein. – Ja, Frau Stadträtin, bitte schön, wo sonst wollen Sie sie abholen, wenn nicht dort, wo sie stehen? Phrasen über Phrasen, Sie haben da offenbar über Ihren gesamten Text, wenn man sich das anschaut – diese Phrasen wiederholen sich nämlich wortidentisch – einen Phrasomaten drüberlaufen lassen.

Diese Vereine könnten sich dann in der Dialogplattform – das sind auch alles Originalzitate – „zur Vernetzung der Communities in Wien“, „um Migranten eine Stimme zu geben“, einfinden – alle dort zusammengefasst.

Es gibt aber noch mehr: Es gibt den „aufsuchenden Dialog“ in der Bassena, der sicher auch niederschwellig und vor Ort abholend ist. Er bietet unter anderem die Präsentation des bahnbrechenden Films „Salam & Servus“ an. „Salam und Tschüss“ wäre mir lieber. Er soll intensiviert, diversitätsorientiert – das muss man lesen! – Projekte im öffentlichen Raum bieten. Kein Wunder, dass bei solchen Formulierungen immer mehr Personen in Österreich Probleme mit dem sinnverstehenden Lesen haben.

Eventuell ist dafür aber auch die Arbeitsgruppe zur Hebung der Zahl der MitarbeiterInnen mit inter- und transkultureller Kompetenz zuständig. Und das alles wird natürlich messbar gemacht, denn: „Die Stadt hört hin!“, ein weiteres Projekt übrigens, oder ist es doch keines? Eigentlich wäre es eine selbstverständliche Feststellung, Frau Stadträtin, dass auf die Bürger gehört werden müsste. Das ist aber eine Tugend, die bei der SPÖ und bei Wiener Wohnen gänzlich in Vergessenheit geraten ist.

Wenn Sie dann nämlich hinhören, was die Bürger denken, dann werden Sie etwas anderes sehen. Wenn Sie den Wienern zuhören, werden Sie schnell merken, dass Integration für sie ein Synonym für etwas Negatives geworden ist, weil sie überfrachtet und überfordert werden. Es ist ein Synonym für riesige Probleme, im kulturellen Bereich durch Orientalisierung ganzer Stadtteile, finanziell durch die enormen Kosten und auch demokratiepolitisch, wenn man sieht, welche Einstellungen zur Demokratie viele Imame – das wurde ja erhoben – und Lehrer aus dem islamischen Raum haben.

Wir haben einen Verfall der öffentlichen Sicherheit, wir haben Gewalt zunehmend in den Schulen. Das wurde oft genug behandelt. Und wir sehen ganz genau, was in den Schulen erfolgt, nämlich eine Abstimmung mit den Füßen. Die Eltern nehmen ihre Kinder, wo es immer geht, aus diesen Schulen heraus, geben sie in teure Privatschulen. Wenn es nicht anders geht, sind sie bereit, lange Schulwege auf sich zu nehmen, um ihren Kindern eine ordentliche Schulausbildung zu sichern.

Die gleiche Abstimmung mit den Füßen gibt es in vielen Wohnbezirken Wiens, wo die Leute in die Stadtrandbereiche oder in den Speckgürtel um Wien ziehen, weil sie mit der Situation, die sich völlig verändert hat, nicht mehr klarkommen.

Ähnliches gilt bei Gesetzesverstößen, die heute ja schon zum Kavaliersdelikt werden: Leute, deren Ausweisungsbescheide längst aufliegen, werden dann wieder zurückgeholt, und das österreichische Gesetz wird vor den Augen seiner Bürger geradezu lächerlich gemacht. Das kann doch nicht wahr sein, dass hier rechtlich einwandfreie Gesetzesverstöße nicht geahndet werden und Gesetze nicht vollzogen werden! Aber so weit sind wir schon gekommen, und das wird sogar von Ihnen begrüßt. Vereine, die das hintertreiben wie derjenige der Frau Ute Bock werden dabei noch unterstützt.

Zuletzt jetzt auch noch zur Frauenpolitik: Es wird ja heute noch von unserer Seite auch darüber geredet werden. Ich habe es Ihnen schon gesagt: Sie sind bei diesem Koalitionspartner völlig handzahn geworden. Es werden hier nur ganz wenige Punkte wiederum erkannt: Querschnittspolitik – no na! –, Gleichberechtigung – wieder ein „Monitor“, der kommen wird –, und sexistische Werbung, das haben Sie auch angesprochen, soll aus der Stadt verschwinden. Die Nackten werden in Zukunft nur noch im Hawelka und in der Sezession geduldet, und letztere sogar von Ihnen gefördert. Draußen haben sie nichts mehr zu suchen. Die ÖVP wird wahrscheinlich ihr Geilomobil auch nicht mehr präsentieren dürfen, weil das unanständig ist.

Die Gewista wird allerdings im Geschäft gefährdet werden, wenn man nur noch Häupls wehenden Haarschopf bringen darf und nicht mehr Palmers-Reklame. Statt Palmers kommen dann Häupl und Vassilakou auf die Wiener Plakatflächen, und die SPÖ wird dazu eine Watchgroup – Kommission wäre zu altertümlich! – einrichten, vermutlich ähnlich der thesesianischen Sittenkommission, die dann die Plakate überprüfen wird. Ich hoffe, Sie werden nicht wie damals den Donnerbrunnen abbauen, damit Wien wieder ordentlich und sittlich wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Damit das alles gut geht, wird ein Preis ausgelobt, um die Personalpolitik der Firmen bei der Einstellung zu beeinflussen. Ich schlage vor, Sie verleihen abwechselnd die „Rote Laura“ und die „Grüne Rathausfrau“. Da können Sie damit die Frauenpolitik in Wien natürlich wesentlich beeinflussen.

An dem ganzen Phrasenkonvolut gefällt mir nur ein Satz wirklich – der ist aber leider auch nur eine Willenserklärung: „Mütter und Väter finden in der Stadt eine Dienstgeberin, der die Vereinbarkeit von Beruf und Fami-

lie ein wichtiges Anliegen ist.“ Flexible Arbeitsmodelle für Eltern- und Väterkarenz sollen unterstützt werden. – Einer der wenigen wirklich richtigen und guten Sätze. Wir werden genau schauen, ob das in dieser Form auch wirklich erfolgen wird.

Zusammenfassend: Ihre Vorhaben sind im Wesentlichen Anhäufungen von Wünschen ans Christkind und von Erklärungen, die eigentlich keinen wirklichen Hintergrund aufweisen, was die Realisierung betrifft, weil Sie weitgehend vom Bund abhängig sind, wobei Sie in der SPÖ genau wissen, dass der Bund vor allem im Schulbereich in der Form nicht mitspielen wird.

Sie lassen die GRÜNEN nur am Rande mitreden. Das wird auch zu zunehmenden Spannungen bei der ganzen Geschichte führen, keine Frage. Wie es mit dem Durchsetzungsvermögen der GRÜNEN ausschauen wird, wenn sie dann selbst an der Macht beteiligt sind, weiß ich nicht.

Ich sehe jedenfalls: Sie haben vor nicht allzu langer Zeit massiv gegen Werbung gewettert. Die erste Zeitung, die ich heute gekriegt habe, war in schönem rot-grün gehalten. Grün ist allerdings nur ein bisschen drauf. Sie dürften nur die Kreuzerlschreiber bei der ganzen Geschichte sein. Wahrscheinlich wird es bei den Anträgen auch so sein: Sie dürfen überall nur Ihr Kreuzerl darunter machen. Aber, das ist auch massive Werbung. Es hat sich da anscheinend nicht sehr viel geändert. Vielleicht gefällt Ihnen das, weil Sie auch ein bisschen beim Kuchen mitnaschen dürfen. Macht korrumpiert eben.

Was das Zusammenleben der verschiedenen Ethnien betrifft, so befürchte ich eher eine Steigerung der Spannungen und der Schwierigkeiten im Land. Das ist nicht nur meine Befürchtung, das ist eine europaweite Entwicklung, die beobachtet wird, die auch in allen anderen Ländern der EU, vor allem in den Ländern Mittel- und Nordeuropas beobachtet wird und eindeutig auch in messbarer Form erkennbar ist. Es wird einfach schwieriger.

Auch Österreich ist sicherlich – es wird ja auch in vielen Berichten so bezeichnet – das Land für so genannte Schläfer radikaler Gruppierungen. Das sind leider nicht diejenigen, die hier ruhen, sondern die, die sich hier bei uns verstecken. *(Zwischenruf von GR Dipl.-Ing. Martin Margulies.)* – Was? Ach so, gestern waren Sie am Einschlafen und ein Vorsitzender, sonst niemand da herinnen! Seien wir einmal ganz ruhig! Bei uns sind die Schläfer nicht, wir rütteln Sie wach, Herr Kollege! Das ist der Unterschied. Nur, Sie wollen es nicht erkennen, dass die Zustände von Paris, Berlin oder Hamburg oder auch Malmö auf uns zukommen. Hier werden radikale Formen der Gewalt auftreten.

Im Wahlkampf hat Ihre eigene Sozialistische Jugend – gestern haben Sie sich wieder darüber aufgeregt, aber das ist ein Faktum, das können Sie nicht ableugnen – bei einer von Ihnen organisierten Veranstaltung – da draußen, wir haben es gefilmt und Sie können es alle im Internet ansehen – „Feuer und Flamme für die Behörden“ skandiert, nachdem nicht allzu lange davor der Eingang eines Arbeitsmarktservice-Gebäudes gebrannt hat. „Feuer und Flamme“ ruft die Sozialistische Jugend.

Ihre Politik des nicht zur Kenntnis Nehmens hat dazu geführt, dass hier Verschärfungen aufgetreten sind. Hier kann man vor diesem Rathaus in Österreich ungeniert rufen: „Ein Baum, ein Strick dem Strache sein Genick!“

Der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wiens ist noch immer nicht aus der SPÖ gefeuert, meine Damen und Herren! Genieren Sie sich für ihn! Tun Sie endlich einmal etwas! Ich möchte wissen, was Sie aufführen würden, wenn wir eine Veranstaltung von Ihnen in dieser Form gestört hätten. Damit geben Sie das Vorbild für die Radikalinskis am äußersten Flügel. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ihre Politik führt zu gefährlichen Gegengesellschaften und Ihre Form der Angleichung zu unglaublichen Anmaßungen.

Ich lese Ihnen zum Abschluss nur einen Brief der Eltern eines Schülers aus der Rainerschule in Wels von diesem Schuljahr vor. Und das ist genau das, was keine Integration bedeutet, sondern was falsch verstandene Integration bedeutet und was die anderen dazu bringt, noch immer mehr zu fordern, statt sich einzugliedern. In dieser Schule wurden alle Schüler, unabhängig ob religionszugehörig oder nicht, dazu angehalten, im Unterricht aufgefordert, ein Lied zu lernen – damit die Integration besser vor sich schreitet –, dessen Refrain heißt: „Denn nur wenn wir Allah dienen, hat alle Not ein Ende. Allah hat uns die Erde gegeben, auf der wir leben.“

Das betrifft alle Kinder – wie gesagt, so schreibt der Elternverein – ohne Unterscheidung nach dem Glaubensbekenntnis. Sie schreiben davon, das sind falsch verstandene Integrationsbemühungen.

Sie gehen einen falschen und gefährlichen Weg für unser Land und für unsere Heimat, der sich noch ganz katastrophal auswirken kann. Es wird wahrscheinlich nichts nützen, solange Sie nicht noch einen größeren Deckel bei Wahlen bekommen, aber ich kann Ihnen nur sagen: Denken Sie darüber nach! Schauen Sie sich die Fehler an, die Sie gemacht haben! Diese Fehler werden nicht nur wir und nicht nur Sie, sondern unsere Kinder ausbaden müssen. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Yilmaz. Ich erteile es ihr.

GR Nurten **Yilmaz** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Eine aktuelle Studie misst das Ausmaß der Demokratie unter allen Staaten der Welt. Der Human Development Index der UNO und die Daten der US-Organisation Freedom House wurden von heimischen WissenschaftlerInnen ausgewertet. Österreich schneidet mit dem Gesamtrang des 11. Platzes eigentlich meiner Meinung nach sehr, sehr gut ab. An der Spitze sind wie immer die nordischen, skandinavischen Staaten und die Schweiz.

Jedoch schneidet Österreich in einem Thema, in einem Bereich sehr schlecht ab. Das haben meine Vorrednerinnen Frau Feldmann und Frau Wurzer ausführlich erklärt. Das macht mich sicher, dass wir in dieser Angelegenheit einer Meinung sind, dass da vieles noch getan werden muss, dass es einfach nicht hingenommen werden kann, dass Frauen in Österreich um ein Viertel, um

ein Drittel weniger verdienen, und dass dagegen Maßnahmen getroffen werden müssen.

Darum unterstützen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Wien alle Bestrebungen, die notwendig sind, um diese Einkommensschere in Wien zu schließen. Dazu gehören verpflichtende Einkommenstransparenz von Betrieben und ein höherer Mindestlohn. In Wien haben bereits Ende September dieses Jahres jene Betriebe Vorteile bei öffentlichen Ausschreibungen, die Frauen fördern. Das bedeutet, Frauenförderung bringt in Wien Aufträge. Das ist übrigens ein rot-grünes Projekt, das bereits vor der Koalition mit den GRÜNEN umgesetzt worden ist.

Spezialprogramme des WAFF werden auch im kommenden Jahr den Frauen und Wiedereinsteigerinnen den Weg ins Berufsleben leichter machen.

Der zweite Schwerpunkt der Wiener Frauenpolitik ist der Gewaltschutz. Die Aktion „Standpunkt: Gegen Gewalt“ der Frauenabteilung MA 57 ist ein sehr deutliches Zeichen. Testimonials wie Andrea Händler, der Profifußballer Ümit Korkmaz oder Christina Stürmer haben sehr deutlich gemacht, dass Gewalt gegen Frauen kein Kavaliersdelikt ist, sondern männliche Feigheit. *(Beifall bei der SPÖ und bei Gemeinderäten der GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, Gewalt ist grundsätzlich abzulehnen! Gewalt gegen körperlich Schwächere ist feig.

Deshalb haben wir alle die Aufgabe, den Opfern von Gewalt zu helfen. In Wien tun das die Wiener Frauenhäuser mit ihren HelferInnen. Im heurigen Jahr haben 600 Frauen und ebensoviele Kinder Hilfe und Schutz in den Wiener Frauenhäusern erhalten. Hier erhalten die Frauen nicht nur Schutz, sondern Beratung und Betreuung, Begleitung bei Gericht und bei der Polizei. Die Wohnplätze der Frauenhäuser werden laufend aufgestockt. Zusätzlich betreibt der Verein Wiener Frauenhäuser Übergangswohnungen, in denen Frauen und Kinder nach ihrem Aufenthalt im Frauenhaus wohnen können.

2011 bleiben Einkommensgerechtigkeit und Aktivitäten gegen Gewalt Schwerpunkt der Wiener Frauenpolitik. Dazu zählen natürlich der 24-Stunden-Frauennotruf der Frauenabteilung und die Förderung der vielen, vielen Vereine, die sich gegen Zwangsheirat, sexuelle Gewalt gegen Mädchen und FGM einsetzen.

Außerdem – Frau Kollegin Wurzer hat es schon erwähnt – rückt die sexistische Werbung in den Fokus der Frauenpolitik. Konkret geht es darum, wie Bilder der Frauen und Männer transportiert werden. Die Stadt Wien bietet Musterbriefe an, mit denen sich jeder Mann/jede Frau gegen sexistische Werbung beschweren kann – und zwar bei dem Unternehmen selbst und beim Österreichischen Werberat.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind in Österreich auch mit einem Phänomen konfrontiert, nämlich mit dem Thema Zuwanderung, das an allen Stammtischen, in jeder Sitzung des Wiener Gemeinderates behandelt wird.

Zuwanderung ist ein ständiges Thema, zu dem jeder und jede eine Meinung haben. Aber nicht ZuwanderInnen, sondern alteingesessene Österreicherinnen und

Österreicher beschließen, wie mit den ZuwanderInnen umgegangen wird. Sie meinen auch zu wissen, was am besten für sie ist. Niemand fragt, wie ZuwanderInnen denken und was sie eigentlich wollen.

Es gibt übrigens ein psychologisches Experiment. Da lässt man Gastgeber mit ihren Gästen so reden wie mit ihren Kindern. Das klingt dann etwa so: Musst du so lümmeln? Oder: Beim Essen redet man nicht! Oder: Mach die Tür zu, wir haben keine Schnürlvorhänge! – Damit soll Eltern klargemacht werden, wie ernst sie ihre Kinder nehmen.

Genauso agieren manche Politiker, wenn es um ZuwanderInnen geht, auch gutwillige. Aufgeklärter Absolutismus heißt das in der Geschichte. Alles für das Volk, aber nichts durch das Volk (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*), in dem Fall also die ZuwanderInnen. Herr Jung, hören Sie mir auch zu! Ein Mindestmaß an Respekt können Sie mir entgegenbringen, ich habe Ihnen auch zugehört. Und es war einiges darunter ... (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Na, okay.

Merkwürdig ist auch, warum so viele wissen, warum der Islam eine gefährliche und frauenfeindliche Religion ist. Dabei haben gerade diejenigen, die das sagen, weder eine Moschee besucht noch im Koran gelesen noch mit einem Islamwissenschaftler darüber debattiert. Merkwürdig ist auch, dass das kaum jemanden stört.

Ich meine, vor gar nicht allzu langer Zeit haben nur Männer gewusst, was gut für Frauen ist. Die Frauen hat man eigentlich wegen deren Druck wählen lassen müssen. Und erst die SPÖ-Regierung in den 70er Jahren hat es Frauen ermöglicht, ohne Erlaubnis ihres Mannes eine Arbeit anzunehmen oder ohne ihn auf Urlaub fahren zu können.

Das klingt heute absurd, sehr geehrte Damen und Herren, aber auch damals waren viele überzeugt zu wissen, was wichtig für andere ist. Vor allem waren das eben Männer.

Also, wie denken ZuwanderInnen? Was wollen sie? Zum Glück gibt es erstmals eine Umfrage dazu. EthnOpinion ist ein Markt- und Meinungsforschungsinstitut für Migrantenumfragen. Knapp 1 600 Menschen haben daran teilgenommen und erstmals ein Bild von ihrem Leben gegeben. Zum Beispiel: Wie wichtig ist Arbeit für Sie? 92 Prozent sagen sehr wichtig oder wichtig. Bei den Altösterreichern sind das 90 Prozent. Auch Familie ist bei beiden Gruppen mit 86 Prozent beziehungsweise 86 Prozent gleich wichtig.

Frappant ist das Interesse an Politik: 81 Prozent der ZuwanderInnen sagen, dass sie sich für die Politik in Österreich interessieren. Bei den alteingesessenen Österreichern sind das nur 75 Prozent.

Ungewöhnlich sind auch die Antworten auf Politikverdrossenheit. Meine Interessen vertritt eigentlich keine Partei, meinen 21 Prozent der alteingesessenen Wienerinnen und Wiener, bei Zuwanderern sind das nur 16 Prozent. Vor allem ungarische Zuwanderer mit 43 Prozent und kroatische mit 38 Prozent sind der Meinung, dass ihre Interessen von der Politik nicht vertreten werden.

Das Vertrauen in Institutionen ist bei ZuwanderInnen

grundsätzlich höher als bei alteingesessenen ÖsterreicherInnen, ganz gleich, ob im Bildungssystem, in Gewerkschaften, in Gerichten oder bei der Sozialversicherung. Besonders auffällig ist, dass 37 Prozent der ZuwanderInnen den Medien vertrauen, aber nur 26 Prozent der alteingesessenen Österreicher.

Und jetzt direkt zum Thema Integration: Auf die Frage: Erschwert die österreichische Bevölkerung die Integration?, sagen 44 Prozent der alteingesessenen ÖsterreicherInnen Ja, bei den ZuwanderInnen sind es 47 Prozent. Da gibt es überraschenderweise fast keinen Unterschied. Problematisch ist die Situation aber bei den ZuwanderInnen aus der Türkei. Da sind 78 Prozent dieser Meinung.

Ich kann mir das sehr gut vorstellen. Slogans wie „Abendland in Christenhand“ oder „Daham statt Islam“ könnten bei den Moslems schon den zarten Eindruck erwecken, nicht zu 100 Prozent Chancengleichheit zu haben.

Übrigens sehen auch türkische Zuwanderer eigene Fehler. 79 Prozent sehen Gründe für Probleme bei der Migration bei den ZuwanderInnen selbst. Der Durchschnitt bei allen ZuwanderInnen liegt bei 73 Prozent. Alteingesessene ÖsterreicherInnen sind zu 81 Prozent dieser Meinung.

Fazit: ZuwanderInnen interessieren sich mehr für österreichische Politik als alteingesessene ÖsterreicherInnen. Aber warum sind sie dann kaum in den Parlamenten, in den Gemeinderäten, in den Bezirksvertretungen vertreten?

Die FPÖ zum Beispiel hat den selbstgewählten Schwerpunkt Islam. Und wenn ich mich so umblicke, so sehe ich: Sie haben keinen einzigen islamischen Abgeordneten in Ihren Reihen. Woher kommt diese Kernkompetenz der FPÖ?

Die zweite Kernkompetenz ist übrigens Homosexualität. Auf der Homepage der FPÖ steht ganz groß ein Widerruf von Harald Vilimsky mit folgendem Inhalt: Ewald Stadler ist entgegen früherer Behauptungen nicht homosexuell. – Aha! Da fragt man sich als Nicht-FPÖlerin, was eine Aussage der FPÖ so wert ist. Alles, was diese Fraktion sagt, kann morgen schon umgekehrt gesagt werden.

Ein anderes Beispiel: Die dritte selbsternannte Kompetenz der FPÖ ist ja das Serbentum. Wenn es darauf ankommt, will die FPÖ dazu gar nichts sagen. Da wissen wir, da schmückt sich der Herr Strache dauernd mit dem serbischen Gebetsband, aber jetzt, wo es darauf ankommt, die katholische Kirche in der Neulerchenfelder Straße in eine serbisch-orthodoxe zu verwandeln, hat die FPÖ die Stimme verloren. Will die FPÖ jetzt der serbisch-orthodoxen Kirche helfen oder nicht? Oder fehlt vielleicht im Gemeinderat ein serbisch-orthodoxer Abgeordneter?

Sehr geehrte Damen und Herren! Jetzt aber zur Integrationspolitik, die wirklich verantwortungsvoll ist: Die MA 17 lädt 2011 Vereine und Initiativen ein, Projekte zum Thema Partizipation zu entwickeln. Dabei geht es um bessere Teilhabe von MigrantInnen am gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben.

Die MA 17 will durch ihre Initiative bewirken, dass ZuwanderInnen die heimischen Strukturen besser kennenlernen, in Elternvereinen, in Mieterbeiräten, in Betriebsräten und in Vereinen mehr mitwirken. Auch Mentoring-Programme, Exkursionen und Seminare sollen die bessere Integration ins gesellschaftliche Leben fördern.

Wie gesagt, es gibt zuwanderungsfreie Inseln, Kleingärten, Lokale oder die FPÖ. Selbst gewählte Isolation führt aber zum eingeschränkten Realitätssinn, weil ein Teil der Wirklichkeit ausgeblendet bleibt. Auf der griechischen Halbinsel Athos haben Frauen keinen Zutritt. Die Mönche dort haben ebensoviel Ahnung vom Leben mit Frauen (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) wie die FPÖ von Integration, Herr Jung! Das ist eine Parallelgesellschaft mit eigenen Regeln und einer ausgeprägten Abneigung gegen andere.

Was will die Stadt Wien tun? (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Bitte holen Sie uns dort ab, wo wir sind!*)

Wien will, dass die Menschen einander verstehen, sich unabhängig von ihrer Herkunft an die Spielregeln halten und dass sie respektvoll und rücksichtsvoll miteinander umgehen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Gutes Zusammenleben kann man nicht verordnen. Mit gezielten Angeboten der Stadt können die Menschen aber Missverständnisse abbauen und einander besser verstehen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Bisher haben Sie das aber nicht geschafft!*)

Schließlich wollen wir alle möglichst konfliktfrei in unserer wunderbaren Stadt leben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Bisher haben Sie versagt!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun zu einem anderen Thema, und jetzt können Sie wieder frei atmen, denn die Integration ist vorbei, jetzt kommen die Märkte! (*GR Mag Dietbert Kowarik: Da sind Sie auch nicht besser. – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Zu einem Thema, das unserem Wirtschaftssystem seinen Namen gegeben hat, nämlich zu den Märkten: Dass in Wien eine soziale Marktwirtschaft herrscht, dazu trägt die Stadt seit Jahrzehnten bei. Wiens Märkte sind vieles: Orte der Kommunikation, Quellen für frische Lebensmittel, ein buntes Zusammenleben verschiedener Kulturen und eine der besten Adressen für verschiedene Lokale.

Die überparteiliche Arbeitsgruppe Markt hat jeden einzelnen Markt durchleuchtet, gleichzeitig wurden Passantenzählungen durchgeführt. Interessant dabei ist: Das Durchschnittsalter der MarktbesucherInnen liegt bei 44,5 Jahren. Das ist in etwa das Durchschnittsalter aller Wienerinnen und Wiener. Die Märkte werden in den kommenden Jahren weiter geöffnet und sichtbar gemacht werden. Sie sollen mehr ins Bewusstsein der WienerInnen gerückt werden.

Übrigens: Die Marktbesuche sind keine Frauenaktivitäten. Zwischen 42 und 63 Prozent liegt der Frauenanteil der KonsumentInnen zwischen Naschmarkt und Volkertmarkt, bei Männern liegt die Quote zwischen 37 und 58 Prozent. Also: Die Märkte sind beliebt. 45 000 KonsumentInnen besuchen von Mittwoch bis Samstag den Brunnenmarkt und 42 000 den Naschmarkt. Der Meiselmarkt ist mit 21 000 KonsumentInnen Besuchsziel und

der Hannovermarkt mit 16 000.

Falls einmal etwas mit den Produkten nicht stimmen sollte: Die Stadt Wien kontrolliert Handel und Gastronomie streng und konsequent. Die Gesundheit der WienerInnen ist uns ein wichtiges Gut. Darum gibt es auch eine Helpline als raschen Ansprechpartner für Fragen der Lebensmittelsicherheit. KonsumentInnenenschutz wird nicht nur durch Kontrolle, sondern durch Prävention gefördert. Deshalb beraten die Dienststellen der Stadt Wien schon vorab über Hygienevorschriften und Warenkennzeichen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Budget 2011 im Bereich Frauen, Integration und KonsumentInnenenschutz ist zweierlei: Die Fortsetzung bewährter und zielführender Maßnahmen und zweitens der Einsatz neuer Instrumente.

Wien ist eine boomende Stadt mit einem starken Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahren. Ihre BewohnerInnen brauchen die Stadt als starke Partnerin auf der Höhe der Zeit.

Zum Schluss zu den Anträgen, die meine Kollegin Feldmann eingebracht hat. Sie ist jetzt nicht da. (*GRIn Ing Isabella Leeb: Sie ist bei der Arbeit, nämlich als Schriftführerin!*). Aha, danke! Wir werden Ihren Anträgen nicht zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRIn Ing Leeb. Ich weise darauf hin, dass ab nun die Redezeit mit 15 Minuten begrenzt ist.

GRIn Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Das Budget der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal ist im Wesentlichen eine Fortschreibung der letzten Jahre. Größere Abweichungen gibt es nicht.

Wo daher die allfälligen Mittel für eine Integrationsoffensive – wurde die Integration doch als einer der Schwerpunkte der kommenden Legislaturperiode präsentiert – kommen sollen, bleibt wahrscheinlich nicht nur mir ein Rätsel. So stieg das Budget der MA 17 um sagenhafte 330 000 EUR auf nunmehr 9,7 Millionen EUR. Auch das rot-grüne Regierungsübereinkommen präsentiert sich beim Kapitel Integration als Sammelsurium an Allgemeinplätzen. Zu einem Großteil wird hier die rote Integrationspolitik fortgesetzt, die bislang ja nicht wirklich erfolgreich war. Die Handschrift der GRÜNEN ist nicht erkennbar. Das Gießkannenprinzip wird fortgesetzt, gefördert wird auch zukünftig offenbar nur der, der einen sehr guten Draht ins Wiener Rathaus hat.

Die einzigen echten Neuerungen sind interessanterweise alte Forderungen der FPÖ. Herr Kollege Jung hat schon darauf Bezug genommen. Es ist die Zuwanderungscharta. Allerdings bleibt die Sinnhaftigkeit rätselhaft, da ja keine Sanktionen geplant sind. (*Zwischenruf von GRIn Nurten Yilmaz.*) Ja! Nur gut zureden, Frau Kollegin, ist halt manchmal auch nicht genug, wie wir tagtäglich sehen können.

Offenbar soll es hier eine Aufzählung der Unterstützungsleistungen für ZuwanderInnen geben. Damit steht dieses Vorhaben allerdings im Widerspruch zu den Plänen der Zuwanderungskommission, die eine kriteriengeleitete Zuwanderung ermöglichen soll. Der Weg der Wiener Integrationspolitik wird daher dankenswerterweise konsequent fortgesetzt: planlos, ideenlos und darauf aus, dass die ZuwanderInnen auch zukünftig SPÖ wählen.

Besonders skurril mutet allerdings das Vorhaben an, die Sprachkenntnisse künftig regelmäßig via Integrationsmonitor messen zu wollen. Wie wird das umgesetzt? Verpflichtend? Freiwillig? – Fragen über Fragen. Völlig offen bleibt auch, wie man ZuwanderInnen in der zweiten und dritten Generation dazu bekommen möchte, Deutsch zu lernen. Wo bleiben die Antworten auf drohende Ghettoisierung?

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben jetzt seit 1996 ein eigenes Ressort für Integration in Wien. Jetzt möchte ich Sie kurz fragen: Was ist bisher wirklich Nachhaltiges geschehen? Die Antwort ist relativ einfach: Viel Geld für nichts.

Meine Damen und Herren! Scheinbar scheinen Sie die Probleme daraus nicht zu erkennen, denn Wien besteht mittlerweile zur Hälfte aus Zuwanderern. Und das ist gut so. Ein klares Bekenntnis: Wir brauchen diese Zuwanderer, aber es ist bisher nachhaltig nichts geschehen, um diesen Menschen auch eine sinnvolle Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen.

Wir haben jetzt zweite und dritte Generationen, die immer noch nicht anständig und fehlerfrei Deutsch sprechen. Genau hier liegen die Versäumnisse dieser Stadtregierung. Schauen wir uns die Zahlen an, wie viele Menschen schlecht Deutsch sprechen, wie viele Kinder mit Migrationshintergrund die Schule nicht abschließen, wie viele Kinder als außerordentliche Schüler geführt werden!

Heuer im Frühjahr hat Bundesministerin Fekter in Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner SPÖ einen Nationalen Aktionsplan für Integration vorgestellt. Das war auch dringend nötig. Doch was ist in Wien passiert? – StRin Frauenberger, Sie haben als Einzige kein gutes Haar daran gelassen! Das ist alles, was in dieser Stadtregierung passiert: vorsichtshalber gleich einmal ablehnen und kritisieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber was hätten Sie denn besser gemacht? – Man setzt immer noch auf Altbewährtes, auch in der Zukunft, obwohl es sich über die Jahre nicht bewährt hat. Ein umfassendes Konzept im Rahmen des Nationalen Aktionsplans gibt es überhaupt nicht.

Jetzt ist es uns gelungen, das marode Land Griechenland erfolgreich in die Stadtregierung zu integrieren. Das hat uns ja StRin Vassilakou in ihrer Antrittsrede auch eindrucksvoll erklärt, dass das eine ganz tolle Sache ist. Das finde ich auch, aber das ist auch schon die einzige grüne Handschrift in der Integrationspolitik. Man sieht keinen Einfluss der GRÜNEN im Regierungsabkommen, irgendetwas, was Sie eingebracht haben, irgendetwas, was die Situation in Wien demnach wirklich verbessern würde.

Gut, vielleicht habe ich eine kleine Fußnote übersehen, aber im Großen und Ganzen ist das Regierungsprogramm so rot, roter kann es gar nicht sein. Das heißt, es wird sich wieder nichts ändern.

Was glaubt diese Stadtregierung eigentlich, wie lange wir so weitermachen können? Wie lange werden sich das die Bürgerinnen und Bürger gefallen lassen – und zwar die Einheimischen und die Zuwanderer? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir brauchen mehr als ein Flickwerk. Hier ein bisschen Integration, da ein bisschen Sprachkurs für die Mamas, dort ein bisschen Sprachkurs im Park für alte Männer. Das ist zu wenig. Integration – das möchte ich der SPÖ auch mitgeben – kann man nicht kaufen, auch wenn Ihre Politik in den vergangenen Jahren darauf ausgerichtet war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Menschen, die hier leben, sollen Deutsch als erste Sprache sprechen. Wir brauchen daher ein Gesamtkonzept, um auch die zweite und dritte Generation zu erreichen und ihnen Integration möglich zu machen. Was wir nicht brauchen, sind türkischsprachige Kindergärten, wir brauchen keine Schulklassen, in denen 90 Prozent der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache haben. Dagegen müssen wir etwas unternehmen. Wenn wir nicht für eine anständige Durchmischung sorgen, bleiben nicht nur die migrantischen Kinder auf der Strecke, sondern alle Kinder. (*GR Dipl.-Ing. Omar Al-Rawi: Was ist mit englischen Kindergärten?*) Was wollen Sie mir jetzt sagen? Wir brauchen keine Kindergärten, wo Türkisch als Hauptsprache gesprochen wird, denn dann haben wir die größten Probleme!

Wir müssen endlich schauen, dass auch Unternehmer sinnvoll gefördert werden, denn Unternehmer gleichen in der Regel die Versäumnisse aus, die es in der Bildungspolitik und in der Integrationspolitik gibt (*Beifall bei der ÖVP.*) – vor allem auch migrantische Unternehmer. Das sind die Menschen, die wir brauchen, die hier herkommen, um zu bleiben, die hier ihren Lebensmittelpunkt schaffen, die sich integrieren, die Teilhabe an der Gesellschaft haben, die Arbeitsplätze schaffen und Ausbildungsplätze schaffen.

Meine Damen und Herren! Ich liebe diese Stadt, ich bin hier geboren und aufgewachsen. Und ich will nicht, dass es hier zu Zuständen wie in Paris kommt. Ich will aber, dass diese Regierung nicht mehr länger nur herumsitzt und über Integration redet, sondern sie auch endlich angeht. Es ist unsere Verpflichtung, aus allen BürgerInnen – aus allen! – emanzipierte Menschen zu machen, sonst sehe ich schwarz für diese Zukunft Wiens. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin ein bisschen überrascht, wie viel Negativstimmung es in diesem Gemeinderat gibt. Wenn jemand von außen frisch nach Wien kommt und Ihnen zuhört, glaubt er, dass Wien nur Probleme hat: Wien hat Probleme, bei denen man sich nicht mehr auskennt, Wien hat

Probleme, über die man nicht mehr die Kontrolle hat. Und dieses Problem, das Sie haben – von Seiten der ÖVP zum einen und von den Freiheitlichen zum anderen – ist die Zuwanderung und Integration, als hätten wir keine anderen Sorgen in dieser Stadt, als hätten wir keine anderen Sorgen in diesem Land.

Ich lebe nun seit 32 Jahren in diesem Land und habe zwei Kinder. Ich bin 1979 gekommen, mein Vater ist 1971 gekommen. Das heißt, ich bin ein Kind des so genannten Gastarbeiters, das Sie heute als einen Problemfall sehen. Damals, als meine Eltern nach Wien gekommen sind, hat man sie gebraucht. Damals waren sie gefragte Arbeitskräfte. Sie haben bis jetzt, indem sie auch das Leben in der Stadt mitgestalten, zum Aufbau dieses Landes beigetragen. Das heißt, zu einer Trümmergeneration ist eine Aufbaugeneration gekommen, die nach Anerkennung sucht. Und diese fordere ich von Ihnen ein, weil wir dieses Land mit aufgebaut haben. Ich lasse nicht ständig über uns schlechttreden, meine Damen und Herren! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Spätestens seit letzter Woche, aber auch bei den Diskussionen der Europäischen Union wissen wir, dass Zuwanderung etwas Notwendiges für die Wirtschaft und für die Gemeinschaft der europäischen Gesellschaften ist, der österreichischen Gesellschaft ist, der Wiener Gesellschaft ist. Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist ein Bekenntnis dazu, wenn es auch nicht offen zugegeben wird, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind. Diese Einwanderungsgesellschaft braucht Integrationsmaßnahmen.

Wir, die rot-grüne Koalition, erkennen diese Verantwortung und entwickeln Instrumentarien, die dieses Zusammenleben in der Stadt organisiert. Dazu gehören sehr wichtige Maßnahmen im Bildungsbereich, die im Koalitionsabkommen enthalten sind: angefangen vom Kindergarten bis zu den Universitäten. Bildungspolitische Maßnahmen sind nämlich auch integrationspolitische Maßnahmen.

„Start Wien“ ist ein Instrument, mit dem wir das Einleben von Menschen in der Stadt erleichtern wollen. Ich habe weder von der ÖVP noch von der FPÖ ein Instrument zur Gestaltung des Zusammenlebens beziehungsweise der Integration gehört. Das Einzige, was ich höre, ist: Es funktioniert nicht! – Und das stimmt nicht, denn ich bin ein lebender Beweis dafür, dass Integration gelingen kann. Solche wie mich gibt es genug, Herr Jung! Das einzige Problem Ihrer Politik ist, dass Sie die Realität verweigern.

Wir sind hier genug realistisch und sagen, es gibt mittlerweile 44 Prozent der Wiener Bevölkerung, die einen Migrationshintergrund haben. Was bedeutet das? – Das bedeutet, dass wir täglich das Leben in Wien gestalten: ÄrztInnen, VerkäuferInnen, Reinigungskräfte, Wissenschaftler, Unternehmer und so weiter und so fort, die in Wien leben und das Leben mit den anderen, die in der Stadt leben, gestalten. Das ist die Realität. Akzeptieren Sie einfach, dass in unserer Gesellschaft auch das Zusammenleben gut funktioniert!

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, haben wir uns so weit entwickelt, dass die Menschen sich mittlerweile vermischen. Ich weiß, dass ein Grundgedanke

die Vermischung von unterschiedlichen Völkern ablehnt, aber wir sind bereit, Ehen, Zusammenleben, Partnerschaften mit Menschen aus anderen Kulturkreisen und aus anderen Nationalitäten einzugehen, weil wir keine Scheuklappen haben, weil wir keine Angst davor haben, dass wir mit anderen Nationalitäten zusammenkommen. Das ist Wien, meine Damen und Herren, und das ermöglicht Wien. Das gehört auch einmal gelobt und gesagt. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Haben wir keine Probleme? – Natürlich haben wir Probleme. Eine Gesellschaft, die auf Einwanderung angewiesen ist, die Menschen aus unterschiedlichsten Weltteilen – so sage ich jetzt einmal –, Kontinenten anzieht, nicht nur, weil die Menschen zu uns wandern wollen, sondern auch, weil wir sie brauchen, wird zu einer Schnittstelle, wo die Menschen unterschiedliche Gewohnheiten haben, unterschiedliche Sozialisationen haben, unterschiedliche politische Einstellungen haben, und aufeinander prallen. Das ist eine ganz normale Entwicklung.

Die Frage wird sein: Erkennen wir die darin entstandenen Probleme, und wie gehen wir diese Probleme an? Auf Basis welcher Werte und welcher Grundeinstellungen gehen wir diese Probleme an?

Säkularismus, Bekenntnis zur Demokratie, Trennung von Religion und Staat, Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und so weiter bilden die Grundsäulen unserer Gesellschaft, unserer Wiener Gesellschaft. Dafür lege ich ein Bekenntnis ab: Ja natürlich, ich stehe zu diesen Werten.

Ich weiß aber auch, dass es Menschen mit Einstellungen gibt, die nicht unbedingt diese Werte teilen. Nur, ich ethnisiere diese Einstellungen nicht. Ich pauschalisieren nicht, dass jemand, der aus der Türkei kommt, automatisch ein undemokratischer Mensch ist. Ich pauschalisieren auch nicht, dass jemand, wenn er der islamischen Glaubensgemeinschaft angehört, die Frauenrechte nicht beachtet. Die Vielfältigkeit findet nicht nur in der Stadt statt, sondern die Vielfältigkeit findet auch in der zugewanderten Bevölkerung statt.

Ich kann Ihnen, Herr Jung, versichern, dass es ähnlich denkende, genauso denkende, nationalistische Menschen bei den Türken gibt, bei den Serben gibt, bei anderen Menschen, die in dieses Land eingezogen sind, gibt. Eigentlich könnten Sie sich mit denen auf ein Pack hauen und Politik betreiben. *(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wir lehnen Einstellungen, die das Näherrücken von Menschen blockieren – egal, woher sie kommen –, entschieden ab, weil wir wissen, dass die Blockaden zwischen den Menschen letztendlich dazu führen werden, dass wir unsere sozialen Probleme vernachlässigen und den Schuldigen für die sozialen Probleme nur noch in seiner Herkunft oder in ihrer Herkunft oder in ihrer Nationalität oder in ihrer religiösen Zugehörigkeit suchen.

Ich habe eine Grundeinstellung zur Religion, und die GRÜNEN haben diese Grundeinstellung zur Religion auch. Wir haben eine Äquidistanz zu allen Religionen. Wir haben Religion nicht in unserer Politik instrumentalisiert, indem wir Säkularismus umgangen und „Abendland

in Christenhand“ plakatiert haben. Wo bleibt die säkulare FPÖ? Die Vermischung von Religion mit einem Kreuz in der Hand des Herrn Strache hat bei Ihnen stattgefunden und nicht bei uns.

Wir sagen, Religion ist eine Privatsache. Diese Privatsache gehört in ihren entsprechenden Räumlichkeiten auch ausgeübt. Daher lehnen wir auch alles, was tradiertionalisiert wird, ab: Zwangsehen, Beschneidungen oder sonstige Sachen, die minimal in der Gesellschaft vorhanden sind. Das lehnen wir ab.

Aber wir lehnen etwas grundsätzlich entschieden ab: Das ist Rassismus. Das sind Rassismus und Nationalismus, die die Menschen aufeinander hetzen und keine Brücken zwischen den Menschen bauen. Also, unsere Linie gilt für alle Menschen, die in der Stadt leben, und nicht für eine Nationalität oder für eine religiöse Gemeinschaft. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Sie haben Demokratiereform angesprochen, Herr Jung! Die Demokratiereform wird kommen. Dazu bekennen wir uns. Das steht auch im Koalitionsabkommen. Nur, unter Demokratiereform verstehen wir auch, dass es endlich einmal in der Stadt Menschen gibt, die bis dato keine Stimme gehabt haben. Wir leben im 21. Jahrhundert, und Sie wollen nach wie vor, dass es Menschen in der Stadt gibt, die ihren politischen Willen nicht zum Ausdruck bringen können.

Ist das die moderne Gesellschaft? Ist das die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, die Sie sich vorstellen? – Wir nicht, auch meine Damen und Herren von der ÖVP! Wir wollen in der Demokratiereform verankert sehen, dass die EU-BürgerInnen, aber auch Drittstaatsangehörige ein Teil dieser Demokratie werden, indem sie mitstimmen können, indem sie mitmachen können, indem sie ihre Meinungen kundtun können. Dafür stehen wir. Diese Demokratiereform werden wir auch so mit unserer Koalitionspartnerin durchsetzen und verankern.

Eines möchte ich noch sagen: Die Zuwanderung führt natürlich auch dazu, dass wir uns transformieren. Ich transformiere mich, Sie transformieren sich genauso. Wäre ich nicht hier, hätten Sie über mich nicht reden können. Sprechen Sie über mich, ändern Sie Ihre Sprache. Sprechen Sie über mich, ändert sich Ihr Denken. Also, Sie transformieren sich.

Diese Erkenntnis müssen Sie einmal akzeptieren. Diese Transformation haben Sie, nicht ich – wo ist denn der Herr Herzog?, ihm hätte ich gerne etwas gesagt – im Wahlkampf, im Vorwahlkampf dermaßen eingeleitet, indem Ihr Vorsitzender Strache nach Belgrad gegangen ist, dort eine Fahne gehalten hat und eine Rede für die Serben gegen den Kosovo gehalten hat. Warum macht er das? Warum? – Weil er weiß, dass er damit Stimmen aus der serbischstämmigen Community in Österreich empfangen kann. Das ist die Transformation, die Sie nicht verstehen, die Sie nicht vollziehen wollen! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Auch die KollegInnen von der ÖVP haben ja jemanden nach Belgrad auf Stimmenfang geschickt, oder? Belgrad und Umgebung war das. Der Herr Tschirf ist hingegangen, oder?

Ich denke nicht so, aber es heißt ja immer, wir wollen

die Probleme in den anderen Ländern nicht nach Wien importieren. No na net! Was ist das, was Sie da in Belgrad betreiben? Was ist das, was Sie oder was der Herr Herzog durch seine Städtereise der kurdischen Städte in der Türkei betreibt? Was macht er dort? Was will er dort? Solidarität mit der kurdischen Bevölkerung?

Ich sage Ihnen nur eines: Die kurdischstämmige Wiener Bevölkerung ist gescheitert, als Sie glauben. Die kurdische Bevölkerung wird Ihnen nicht helfen, aus der internationalen Isolation herauszukommen. Sie haben es ja nicht einmal geschafft, dass ein kurdischstämmiger Kandidat oder eine kurdischstämmige Kandidatin auf Ihrer Liste steht. So schaut die Realität aus.

Die Realität ist aber noch härter, nämlich die, dass Sie sich transformieren. Eine Einwanderungsgesellschaft führt dazu, dass man sich ändert. Sie ändern sich, aber Sie verweigern die Realität. Erkennen Sie diese Realität!

Ich möchte noch abschließend Folgendes sagen, meine Damen und Herren: Ein religiöser Mensch würde sagen: Jene Menschen, Gott prüft sie! Gott prüft sie zum zweiten Mal! Ich sage: Geschichte prüft sie! Sie wissen ganz genau, wohin die Rhetorik und die Politik vor dem Zweiten Weltkrieg und während des Zweiten Weltkriegs – nämlich auf den anderen zu zeigen – geführt haben, was das verursacht hat.

Die Zuwanderung gibt Ihnen, ich gebe Ihnen, wir geben Ihnen die Chance – wo ist die Nurten?, die Sirvan ist ja nicht mehr da; das ist auch ein Punkt, warum ich mit der ÖVP noch länger gesprochen hätte –, wir geben Ihnen die Möglichkeit, nicht denselben Fehler zu wiederholen.

Die Möglichkeit ist: Gehen Sie auf Menschen zu und hetzen Sie nicht Menschen aufeinander! Daher denke ich: Ergreifen Sie diese Chance! Wir wollen diese Chance ergreifen, indem wir das Zusammenleben in der Stadt fördern, das Zusammenleben steigern und dazu Politiken entwickeln, die sich im Regierungsübereinkommen finden. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Ich erteile es ihm.

GR Gerhard **Haslinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Geschätzte Damen und Herren!

Meine erste Wortmeldung in diesem Gremium möchte ich der Integration widmen. Auch wenn – wie ich gehört habe – wir als Freiheitliche nicht viel davon verstehen, möchte ich es trotzdem wagen.

Vielleicht darf ich noch ein bisschen auf meine Vorredner eingehen. Was ich nicht ganz verstehe: Frau GRin Yilmaz hat gesagt, in Bezug auf unsere Wahlplakate – „Daham statt Islam“, „Abendland in Christenhand“ und Ähnliches – fühlen sich die Zuwanderinnen und die Zuwanderer irritiert. Im selben Atemzug sagt sie aber auch gleich dazu, dass 79 Prozent der ZuwanderInnen glauben, Fehler bei der Integration selbst zu machen. Wir schreiben das in kurzen Worten auf ein Wahlplakat, was man in langen Sätzen eben nicht so überbringen kann, und dann ist jeder irritiert. Das ist irgendwie nicht sehr verständlich.

Mein Vorredner hat gesagt: Religion ist Privatsache.

Das ist ganz klar. Nur, wenn wir ansprechen, dass es in Österreich Vereine gibt, die vom türkischen Staat unterstützt werden und ganz einfach nichts anderes betreiben, als dass sie auf die türkischstämmige Gesellschaft einwirken, und das Ganze über die Religion versuchen, dann ist es doch nicht so die Privatsache, wie sie da liebevoll dargestellt wird.

Eigentlich – so muss ich sagen – werden wir immer mit den gut gelösten Integrationsfällen konfrontiert, wo uns jeder nur den Parademenschen, der es geschafft hat, herzeigt. Ja, Sie haben es geschafft! Das ist super. Ich kenne genug Menschen aus meinem eigenen Umfeld, die es auch geschafft haben. Aber über die sprechen wir nicht. Was ich bei Ihnen immer vermisse, ist, dass Sie über die Menschen sprechen, die Probleme machen und Probleme offenbar in ganz Europa machen. Das Minarettverbot in der Schweiz, das Buch von Thilo Sarrazin kommen ja nicht, weil den Leuten fad ist, sondern das kommt daher, dass es dort Probleme gibt.

Wenn dann noch die Aussagen vom Herrn Anas Schakfeh kommen, der überall, in jedem Bundesland in den nächsten 15 Jahren eine Moschee stehen haben möchte, wenn dann Aussagen des türkischen Botschafters, die ja hinreichend bekannt sind, kolportiert werden und man sich dann darüber aufregt, dann tut man hetzen – Ihrer Meinung nach. Wir sprechen nur an, was andere sagen, was sie uns mitteilen und vermitteln wollen. Und jetzt sind wir die Bösen, und es wird immer in unsere Richtung gewettert, dass wir überhaupt keine Berechtigung haben, uns darüber aufzuregen.

Die Berechtigung haben wir sehr wohl, denn wir wohnen hier, wir wohnen hier schon lange. Ich komme aus der Brigittenau. Und jeder, der sich ein bisschen mit den Bezirken auskennt, weiß, dass das ein sehr mit Zuwanderern belasteter Bezirk ist. Dann darf ich als freiheitlicher Mandatar hier sicher auch dazu Stellung nehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Integration ist ein großes Wort, und jeder hat dazu seine eigene Meinung und eine andere Definition. Es gibt eine Definition, wo es heißt, es ist die Anpassung an das Normengefüge und den Lebensstil einer Gesellschaft oder Gruppe, es ist daher die allmähliche Aufgabe eigener Verhaltensweisen zu Gunsten des Anpassungsprozesses.

Jetzt nehmen wir Freiheitliche an, dass diese Definition für die Zuwanderer gilt. Wenn wir uns aber das Regierungsübereinkommen von SPÖ und den GRÜNEN anschauen, dann kommt das nicht sehr eindeutig heraus, sondern es könnte auch sein, dass sich die angestammte Gesellschaft, die einheimische Gesellschaft an die anderen anpassen muss. Es steht nämlich nie wirklich drin, wer sich wo einzufügen hat.

Da steht auszugsweise in dem Regierungsübereinkommen: Man bekennt sich zur Vielfalt, zum respektvollen Zusammenleben, zu einer gemeinsamen Sprache und zu einer klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. – So weit, so gut. Dann steht noch drinnen: Man spricht sich zu einer zentralen Wertvorstellung und einer modernen und weltoffenen Gesellschaft aus. – Jeder kann darunter etwas anderes verstehen.

Das ist schon wieder sehr eigenartig formuliert.

Die „Wiener Charta des Zusammenlebens“ wurde ohnehin schon ein paar Mal erwähnt. Da spricht man von Spielregeln. Das Leben ist ein Spiel, und dort sind die Regeln zusammengefasst. Wem möchte man diese Spielregeln in einer Kampagne näher bringen? – Den Wienerinnen und Wienern. Diejenigen, die da wohnen, bekommen einmal gesagt, wie die neuen Spielregeln des Zusammenlebens ausschauen, und sie haben sich gefälligst daran zu halten.

Jetzt gehen wir auf die einzelnen Punkte ein. Was ist weltoffen? Wann ist man weltoffen im Sinne von Rot-Grün? Wie viele Joints muss ich geraucht haben? Bei wie vielen Demos muss ich dabei gewesen sein? Wie viele Life-Bälle muss ich besucht haben? Muss ich die Regenbogenfahne aus dem Fenster hängen haben? Oder genügt es, wenn ich einen Tinnitus nach einer Raverparty vorweisen kann? *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)* Wann bin ich weltoffen?

Vielfalt: Was ist vielfältig? Vielfalt hört sich wahnsinnig interessant an. Vielfalt ist viel Fremdes auf einem Fleck. Das heißt aber noch lange nicht, dass es sehr unterschiedlich ist. Ein Beispiel, Sie haben den Hannovermarkt erwähnt. Am Hannovermarkt sind wahnsinnig viele unterschiedliche Geschäftsleute: türkische, kurdische, tschetschenische, ein paar Österreicher. Aber das ist keine Vielfalt, denn dort verkauft jeder das gleiche Gemüse, das gleiche Fleisch. Das ist von Vielfalt weit entfernt. Vielleicht bekomme ich es einmal gesagt, was wirklich Vielfalt ist!

Der respektvolle Umgang: Wer soll mit wem respektvoll umgehen? Jetzt haben wir gehört, wir sind alle nur böse und gehen auf alle nur los und sind ganz einfach zu wenig respektvoll. Ein kleines Beispiel – ich hab es schon erwähnt –: In Wien 20 fährt die Autobuslinie 5A. *(GR Senol Akkilic: Sie verstehen das halt falsch!)* Ganz kurz, ich bin gleich fertig! Zum respektvollen Umgang in der Autobuslinie 5A: Es sitzen in dem Autobus fünf Jugendliche, die die Füße kreuz und quer haben. Es steigt ein österreichischer älterer Mann zu und muss stehen bleiben. Er hat mir auch gesagt, er mochte nicht sitzen. Er wollte nur zwei Stationen fahren. Die Burschen – auf Grund ihrer Sprache türkischstämmig – haben keine Anstalten gemacht, Platz zu machen, geschweige denn, die Füße einzuziehen noch sonst irgendetwas.

Zwei Stationen später bei der Haltestelle Dammstraße – in der Dammstraße 37 gibt es die Moschee – steigen zwei ältere Herren ein – offenbar türkischstämmig auf Grund ihrer Kleidung, ihres Erscheinungsbildes und auch der Sprache –, worauf alle fünf zusammensucken, zwei aufstehen und den Herren die Hände küssen. Das ist der respektvolle Umgang. Aber mit wem jetzt? Wo ist der respektvolle Umgang unserer älteren Generation gegenüber. Respektvoll sind sie natürlich: ihren eigenen Erwachsenen, ihren eigenen Menschen aus ihrem Kulturkreis gegenüber!

Gemeinsame Sprache: Da steht etwas von gemeinsamer Sprache, da steht aber nie etwas von Deutsch. Wir wollen alle eine gemeinsame Sprache haben, steht bei der Rubrik Sprache. „Weil die gemeinsame Sprache

der Schlüssel für ein gutes Zusammenleben ist, setzt Wien konsequent eine Sprachoffensive mit leistbaren und leicht zugänglichen Deutschkursen fort." – Ein bisschen weiter drunter steht: „Wien erkennt den Wert der Muttersprache als Potenzial und fördert sie daher für diejenigen, die das brauchen.“

Jetzt haben wir von Frau Wurzer gestern gehört, dass zwei Drittel derjenigen, die schlecht Deutsch sprechen, inländische Jugendliche sind – in Anlehnung an die PISA-Studie. Also, für wen sind jetzt die Deutschkurse? Dazwischen steht wieder beim Integrationsmonitor: Sprachkenntnisse der ZuwanderInnen werden künftig laufend gemessen.

Welche Sprachkenntnisse? Die muttersprachlichen Kenntnisse oder die deutschsprachlichen Kenntnisse oder welche Sprache auch immer? Die Sprache ist aus diesem Schreiben nicht eindeutig herauslesbar.

Dann kommen wir zum Rassismus. Rassismus ist ganz klar: Wenn jemand auf Grund seiner Herkunft, Religion et cetera schlecht behandelt wird, oder wie auch immer. Ist Rassismus dann das, wenn ein österreichischer Schüler in der Klasse dafür Geld bezahlen muss: Entweder er redet Türkisch, oder er zahlt? Ist das Rassismus, den Sie meinen? Oder wenn man auf der Schaukel schaukeln möchte und das Kind mit 5 EUR zum Spielplatz kommen muss, weil der Spielplatz sonst gesperrt ist? Das gibt es in vielen anderen Bereichen auch, wo man ganz einfach nur auf Grund der Herkunft im Bereich der Jugendlichen und jungen Menschen schlechter und wirklich rassistisch behandelt wird. (*Zwischenruf von GRin Barbara Novak.*) Meinen Sie diesen Rassismus? (*Zwischenruf von GR Senol Akkilic.*) Den gibt es. Ich glaube, dass Sie wissen, Herr Akkilic, dass das sehr häufig vorkommt. (*GRin Barbara Novak: Welche Lösungsvorschläge haben Sie? – GR Senol Akkilic: Ich lehne auch das ab!*)

Ja, aber wo sind die Maßnahmen dagegen? Wenn über Rassismus geredet wird, drehen sich alle in die Richtung und reden in Richtung FPÖ: rassistisch, Fremdenfeindlichkeit und, und, und. Warum sprechen Sie nicht? Warum hängen Sie Ihre nationalen Türken uns um? (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*) Warum sagen Sie, wir sollen uns mit ihnen auf ein Packl hauen? Warum machen Sie das nicht selbst? (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Fremdenfeindlichkeit, na klar, die Fremdenfeindlichkeit: Oma und Opa am Fensterpolster sind fremdenfeindlich und schimpfen in den Hof vom Gemeindebau. Wissen Sie, wie viele fremde Menschen in Österreich derzeit von der Polizei Schutz bekommen, weil sie mit dem Leben bedroht werden – aber nicht von denen hier, vom Herrn Jung oder wem immer, von den Bösen der Gesellschaft? Nein, sie werden von Migranten oder von Zuwanderern, von Fremden oder aus dem Ausland bedroht.

Da gibt es Menschen, die sich vor ihrer eigenen Gesellschaft fürchten. Mir fällt jetzt der Namen nicht ein. Da hat eine türkischstämmige deutsche Schriftstellerin ein Buch geschrieben, die – wie ich glaube – im „Club 2“ gesagt hat, sie fürchtet sich nicht vor den bösen Deutschen, sondern sie fürchtet sich vor den eigenen Lands-

leuten, denn die wollen sie umbringen, weil sie ein Buch geschrieben hat. Sie werden wissen, wie sie heißt! Ich glaube, Kelek oder so ähnlich. Ich muss mich entschuldigen, dass mir der Name jetzt nicht so geläufig ist!

Was wir uns vorstellen und was wir uns wünschen, ist ganz einfach: In dem Abkommen steht eigentlich nur etwas von den neu Zugewanderten. Also, bei allen, die jetzt neu kommen, gehen wir es an. Wie bei der Tafel: Wir wischen die alte Kreide weg, und wenn sie sauber ist, fangen wir mit dem Schönschreiben an. Das ist falsch. Was machen wir mit den vielen, die schon da sind? Wie geht man mit diesen Menschen um? Wie bringt man sie dazu, dass sie sich ein wenig in unsere Gesellschaft, in die üblichen Werte einfügen und eingliedern? Wie macht man das?

Da gibt es überhaupt keine Lösungen dazu. Es gibt zwar etwas dafür, was man mit den Neuen macht und was die alles kriegen und wie viele finanzielle Mittel man da aufwendet, dass diese sich dann wirklich hier wohlfühlen. Aber was macht man mit den vielen, vielen, die schon sehr lange da sind und die überhaupt keine Lust haben, nach 30 Jahren jetzt eine gemeinsame Sprache zu lernen, was immer das für eine ist?

Ich glaube, dass diese ständige Bevormundung von Zuwanderern und die ständige Nachsicht bei Grunderfordernissen unweigerlich zu einer Spaltung der Gesellschaft führen. Wenn man dauern in der Kindersprache spricht, so wie Sie das in dem Beispiel angeführt haben, wo die Eltern wie ihre eigenen Kinder behandelt werden, wenn man dauernd sagt: Dann kommst du, und dann kriegst du, und du brauchst gar nicht!, dann nehme ich die Menschen nicht für voll, und das stört sie vielleicht. Ich glaube, es gibt sicherlich Menschen, die sagen: Ich will nicht so behandelt werden! Ich will ganz normal behandelt werden, nämlich wie der Österreicher, die Österreicherin auch!

Das wird nicht gemacht. Diese permanente Nachsicht, diese permanente Rücksicht verkommt letztendlich zur Inländerfeindlichkeit. Diese sprechen wir an, diese wollen wir ansprechen. Wir wollen nicht hetzen, wir wollen nicht die Gesellschaft gegeneinander aufbringen, überhaupt nicht! Ich wohne, wie gesagt, im 20. Bezirk. Ich bin dort aufgewachsen. Seitdem ich dort lebe, lebe ich mit Gastarbeiterkindern, wie sie zuerst geheißen haben. Jetzt heißen sie Migranten oder Zuwanderer oder wie auch immer. Auf jeden Fall liegt es mir sehr fern, dass ich da einen Keil hineinbringe.

Ich darf Ihnen versichern, dass sicherlich mindestens die Hälfte derjenigen Menschen, mit denen ich mich sehr gut verstehe, Zuwanderer oder ehemalige Gastarbeiter sind. (*GR Mag Klaus Werner-Lobo: Warum haben Sie vorher gesagt, der 20. Bezirk ist ein mit Zuwanderern belasteter Bezirk?*) Er ist belastet, weil ganz einfach in unserem Bezirk eine leichte Ghettoisierung bemerkbar ist! Diese wird aber nicht wahrgenommen, oder man will sie nicht wahrnehmen. Es gilt ja nur dann, dass man über Ghetto spricht, wenn es aus den Zuwandererkreisen selbst kommt. Dann hat es Gültigkeit. Wenn wir es sagen oder wenn es ein Österreicher sagt, dann gilt es nicht.

Es wäre noch viel zu sagen, aber ich glaube, wir haben noch genug Gelegenheit, dass wir das ausreden. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Hursky. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Hursky** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Das waren wieder phantastische Reden, die hier von den Freiheitlichen zum Thema Zuwanderung gefallen sind. Das hat mir wirklich gefallen: Zur Selbsterheiterung der Blauen, denn etwas Vernünftiges bringen Sie zu diesem Thema tatsächlich nicht zusammen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Zum Beispiel habe ich Herrn Jung am Anfang gefragt: Wie viele Zuwanderer kommen nach Österreich? Er weiß keine Antwort. Das ist ja das größte Problem. Aktuell für das Jahr 2011 sind 8 145 ZuwanderInnen aus Drittstaaten für Österreich vorgesehen, nur, damit Sie es wissen. Schreiben Sie es auf! Das können Sie für die weitere Argumentation gerne verwenden.

Einen Teil möchte ich schon kurz ansprechen, weil Sie immer auf die GRÜNEN losgehen – ich bin jetzt nicht der Verteidiger der GRÜNEN –, weil sie in der Realität der Regierung angekommen sind. Aber, liebe FPÖ-Politikerinnen und -Politiker: Erinnern Sie sich selbst an Ihre Zeit, als Sie in der Regierung waren! Als vermeintliche Bulldogge sind Sie binnen Sekunden als Schoßhündchen auf dem Herrn Schüssel gesessen und an der kurzen Leine herumgeführt worden und haben alles das nicht gemacht, was Sie heute vertreten.

Sie haben mehr Zuwanderung gehabt – schlicht und einfach. Sie haben mitbeschlossen, dass der Herr Schüssel und der Herr Bartenstein Arbeitskräfte en masse hereinnehmen konnten: 50 000 teilweise im Jahr. Sie haben nichts für eine einzige integrationsfördernde Maßnahme zu diesem Zeitpunkt getan. Und Sie haben auch im Bereich der Sicherheit nichts getan. Sie haben auch die Sicherheit abgebaut, um das gleich mit zu vermerken. Ja, Sie haben zwei Jahre lang hochgradig versagt, und Sie werfen das den anderen vor. Diese sind jedenfalls mit Sicherheit ein fairerer und besserer Partner, als Sie es jemals sind! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Frau Kollegin Leeb hat anschließend gesagt: Mit Deutschkursen alleine funktioniert Integration nicht. Ja, das ist richtig. Aber eine Frage: Warum habt ihr es dann im Wahlkampf plakatiert? *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihr habt jetzt zwölf Wahlen verloren mit dieser Politik!)* Das hätte ich auch gerne gewusst, warum Sie es auf diese Art und Weise gemacht haben.

Kollege Haslinger stellt sich heraus und redet von Thilo Sarrazin. Aber ich glaube, viel weiter als über den Einbanddeckel seid ihr alle miteinander nicht hinausgekommen. Da steht drauf: „Deutschland schafft sich ab“. Wir sind aber da in Österreich. Wir sind in Wien. Und wenn Sie Sarrazin etwas genauer lesen, dann sehen Sie: Er schlägt gerade jene Maßnahmen im Integrationsbereich vor, die wir hier in Wien teilweise bereits durchführen. Sie sollten sich ein bisschen besser einlesen und

nicht nur Überschriften plakativ für das Ganze verwenden. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Selbstverständlich, ich habe ihn aber auch zu Hause!

Herr Haslinger stellt sich her und übt schließlich und endlich nur eines: Kritik. Es kommt kein einziger Lösungsvorschlag. Was soll man dazu sagen? Am besten nichts, denn da ist nichts dahinter. Außer heißer Luft spielt sich da wahrlich nichts ab.

Das Ressort von Frau StRin Frauenberger – um wieder ein bisschen herunterzukommen, Herr Jung, damit Sie ein bisschen etwas Sachliches haben, dass Sie ein bisschen freundlicher sein können – hat ja sehr, sehr viele gute Sachen. Sie sind ja schließlich und endlich stellvertretender Vorsitzender, und Sie sollten dann auch kompetent bei vielen Dingen in Zukunft mitarbeiten. Kommen wir ein bisschen herunter bei dieser Sache!

Das Ressort von Frau StRin Frauenberger ist an und für sich ein extrem spannendes. Wir haben gerade ein gesellschaftspolitisches Thema behandelt. Wir haben aber auch knochentrockene Verwaltungsarbeit zu leisten. Ich möchte auf zwei dieser Dienststellen ganz genau eingehen, die wirklich hervorragende Arbeit für die Stadt Wien leisten und auch – wir reden heute ja über das Budget – ein entsprechendes Einsparungspotential für diese Stadt haben.

Das Erste ist die Magistratsabteilung 54 als der zentrale Einkauf der Stadt Wien, die unter der Führung von der Frau Mag Andrea Hlavac und vom Herrn Mag Herbert Aschenbrenner hervorragende Arbeit leistet – auch im Vergleich, im Benchmarking zu anderen öffentlichen Stellen wie zum Beispiel der BBG, die vom Bund aus kommt.

80 Prozent der Leistungen, die die Stadt Wien anbietet, werden von der BBG für öffentliche Stellen gar nicht angeboten. Die MA 54 kann bei den anderen 20 Prozent jedes Mal einen besseren Preis für die Stadt erreichen: selbst bei den einfachsten Dingen, die wir auf der Toilette für den täglichen Bedarf benötigen. Ich sage jetzt einmal: Eine Palette Klopapier kaufen wir um 6 EUR, der Bund um 9 EUR.

Das heißt, wir haben da auch noch für den Bund noch einiges als Vorgabe, wo sie etwas von uns lernen können. Selbst bei den kleinen Dingen muss man sich bescheiden. Und darauf, dass man das hat, muss man hinweisen.

Eine wichtige Geschichte in diesem Bereich ist auch die Frauenförderung. Die MA 54 ist auch eine entsprechende Pilotstelle, die für die öffentliche Auftragsvergabe auch die Frauenförderung heranzieht.

Auch der ökologische Einkauf, der ein ganz, ganz wichtiger ist, wird gefördert. Und es wird nachgesehen, dass diese Richtlinien alle passen. Wichtig in diesem Punkt des ökologischen Einkaufs ist es, für die Frauen zu schauen, dass wir die entsprechenden Möglichkeiten für die moderne Wiener Wirtschaft haben, um diesen die Gelegenheit anzubieten und innovative Produkte einzukaufen. Wichtig ist auch der Vergleich mit anderen öffentlichen Stellen, damit wir wissen, wie unser Einkauf anständig funktioniert.

Ein weiterer, vielleicht etwas trockenerer Bereich ist

auch die Magistratsabteilung 14, die EDV. Wir alle, die im täglichen Leben heute mit EDV/IT konfrontiert sind, wissen, dass wir uns über die Kleinigkeiten, die im Leben eines Computers/PCs/Netzwerks passieren, alle ärgern können. Wir können aber feststellen, dass bei der Stadt Wien – und hier werden immerhin 140 Dienststellen mit 35 000 MitarbeiterInnen mit dieser Technologie versorgt – eine hervorragende Arbeit geleistet wird und hier auch ein wunderbares Zukunftsprogramm vorliegt. Geleitet wird das Ganze von Ing Dr Johann Klar, der hervorragende Arbeit in dieser Dienststelle leistet.

Beim E-Government hat Wien heute europaweit und international eine Spitzenstellung aufzuweisen. Das sollte man einmal sagen. Eingeführt wird in diesem städtischen Bereich auch elektronisches Bezahlen. Das ist eine Sache für uns alle, die heute mit Plastikgeld herumlaufen, wo man nur mehr das Karterl einfach hineinsteckt und das einfach optimiert.

Aber auch einige zukunftssträchtige Projekte sind in der MA 14 vorhanden: Zum Beispiel das Wiener Bildungsnetz, wo jetzt der Austausch aller EDV-Geräte mit der Erstausrüstung bei den öffentlichen Pflichtschulen beginnt, damit bereits unsere Kinder jeden Alters über eine optimale Einrichtung verfügen und sich mit dieser neuen Technologie entsprechend auseinandersetzen.

Als Schlusspunkt komme ich dann wieder auf ein gesellschaftspolitisches Thema zurück, und zwar geht es um den „Queeren Kleinprojektorf“. Dabei geht es besonders darum, dass wir als SPÖ – aber auch mit den GRÜNEN gemeinsam – uns in der Regierung um die Anliegen von Schwulen, Lesben und Transsexuellen kümmern, und zwar aus dem einfachen Grund, weil auch diese Menschen ein Recht auf ihre eigene Persönlichkeit haben und darauf, dass sie diese leben können, dass sie in dieser Stadt nicht diskriminiert werden und wir auch die entsprechenden Förderungspunkte setzen.

Ich kenne das selbst aus meinem Umfeld: Viele Freunde und Bekannte, die Homosexuell sind, sind trotzdem gute Väter und trotzdem gute Freunde. Da sehen wir das nicht in irgendeiner Form als Krankheit, sondern als Teil ihrer Persönlichkeit. Da nehmen wir diese Sachen auf.

Da habe ich jedes Mal das Gefühl, wenn von manchen Parteien darüber gesprochen wird, dass es sich um eine Krankheit handelt, dass es sich um Aussatz handelt. Ich kann mich nur an eine Aussage vom Kollegen Ebinger von der FPÖ zum eigenen Parteiobmann erinnern. Ja, ist das eine Schande oder wäre es eine Schande gewesen? Nein, man ist ja diesem Parteiobmann aus politischen Gründen gefolgt und nicht wegen seiner Neigungen, wie auch immer diese Neigungen waren. Das heißt, das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen: Wie eine Persönlichkeit ist, so ist sie. Das heißt, aus diesem Grund muss kein Mensch schlechter oder besser sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Jeder Mensch hat ein Recht auf eine eigene Persönlichkeit. Dafür stellen wir als Stadt Wien gesellschaftspolitisch gerne Geld zur Verfügung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Dr Ulm. Ich erteile es.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf sagen, dass mich die Debatte der letzten Redner eigentlich durchaus positiv überrascht hat: sowohl was Herrn GR Akkilic als auch Herrn GR Haslinger betrifft. Es waren Erstlingsreden, die durchaus befruchtend waren und wovon man sich durchaus ernstere Debatten in der Zukunft versprechen kann, als das vielleicht in der Vergangenheit sehr oft der Fall war.

Es ist sehr viel schon über dieses Budget gesagt worden. Und es ist schon einiges über das rot-grüne Regierungsübereinkommen gesagt worden. Da gibt es ein Thema aus der Geschäftsgruppe, das eigentlich noch nicht behandelt worden ist und auf das ich meine ganze Konzentration legen möchte, weil es ein Musterbeispiel dafür ist, wie ein Thema in einem Regierungsübereinkommen nicht abgehandelt werden sollte. Diese Kritik muss sich Rot-Grün schon gefallen lassen. Denn es geht nicht darum, dass man 100 Tage einräumt oder 10 Tage einräumt oder dass man Rot-Grün an den Taten misst, die es ja noch nicht geben kann. Aber es gibt etwas, woran man Rot-Grün schon sehr gut messen kann: das Regierungsübereinkommen, das uns vorgelegt worden ist.

Da muss ich sagen, es gibt zum Thema Personal und Frührenten – ein ganz, ganz großes Thema, ein ganz, ganz wichtiges Thema, das Zehntausende Gemeindemitarbeiter betrifft und das einen unglaublichen finanziellen Brocken ausmacht – eigentlich nur wirklich sehr Trauriges bis Erschütterndes: falsche Annahmen, unrichtige Darstellungen und keine Zielsetzung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, da steht also auf Seite 44 beim Personal: „Wien bekennt sich zu den im Rahmen der Pensionsreform 2005 getroffenen Regelungen. Ziel bleibt jedoch die fortgesetzte Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters.“

Ja, es ist überhaupt keine Rede davon, dass wir eine fortgesetzte Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters diagnostizieren können. Es wird suggeriert, es gab schon in der Vergangenheit eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters. Das Gegenteil ist wahr. Sie haben das Problem ja nicht einmal erkannt oder nicht erkennen wollen, obwohl der Rechnungshof in seiner Statistik ausführt, dass das Pensionsantrittsalter in Wien mit 58,1 Jahren das niedrigste von allen Landesbeamten ist.

Jetzt wird gleich das Gegenargument kommen: Aber Wien ist ja ganz anders, aber in Wien gibt es die Krankenschwestern und die Feuerwehr und die Rettungsmänner! *(Zwischenruf von GR Ing Christian Meidlinger.)* Ich setzte mich mit dem Argument auseinander, Herr Kollege Meidlinger, aber Sie setzen sich halt nicht mit dem Rechnungshofbericht auseinander, denn da steht es drinnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn da steht drinnen, diese 58,1 durchschnittliches Pensionsantrittsalter wurden errechnet ohne die Beamten in den etwaigen Krankenanstalten, ohne Jugend-

Pensionisten- und Pflegeheime, ohne Kindergärten, in Wien außerdem ohne Beamte in den Betrieben der Feuerwehr, der Rettung und Wiener Wohnen. Denn würde man die alle hineinrechnen, dann würden wir nämlich nicht auf ein durchschnittliches Pensionsantrittsalter von 58 Jahren kommen, sondern sogar auf ein durchschnittliches von 57.

Ich habe im Jahr 2009 von der Frau Stadträtin eine durchaus erhellende Auskunft bekommen über das durchschnittliche ... *(GR Godwin Schuster: Kollege Ulm! Entschuldigung! Warum hat die ÖVP in der KFA alle Vorschläge zur Verbesserung der Gesundheitsförderung abgelehnt?)* Auf das Argument habe ich gewartet. Wir, die ÖVP, sind diejenigen, die die gesundheitsfördernden Maßnahmen in dieser Stadt verhindern! *(GR Godwin Schuster: Abgelehnt haben Sie es! Wir haben es ja beschlossen!)* Nicht die SPÖ, die hier seit dem Jahre 1945 eine Mehrheit hat, sondern die ÖVP, die mittlerweile mit einem Vertreter in der Gemeinderätlichen Personalkommission sitzt. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Godwin Schuster: Aber verhindern haben Sie es wollen! Das ist der Punkt!)* Wir sind diejenigen, die das zu verantworten haben, dass die Leute, die bei der Stadt Wien arbeiten, in ganz hohem Ausmaß krank werden und in Frühpension gehen müssen.

Ich sage Ihnen die Zahlen beim Magistrat. Eine Auskunft – für den Fall, dass Sie dem Rechnungshof weniger glauben sollten als Ihrer eigenen Stadträtin – aus dem Jahr 2009. Auch im Magistrat im engeren Sinn – keine Rettungsmänner, keine Feuerwehrleute, keine Kindergärtnerinnen, keine Krankenschwestern –: Durchschnittsalter gesunken von 57,10 auf 57,02 Jahre. Stadtwerke: eine Reduzierung des Antrittsalters von 57,2 auf 56,29 Jahre und im KAV von 57,17 auf 56,95.

Das ist die Wahrheit, dass Sie sich seit Jahren zu diesem großen Problem für die Mitarbeiter und auch für das Budget dieser Stadt einfach nichts überlegen, oder für den Fall, dass Sie sich was überlegen, was ja fast noch schlimmer ist, in überhaupt keiner Art und Weise darauf zu reagieren in der Lage sind.

Wir haben im Jahr 2006 570 Frühpensionierungen gehabt von insgesamt ungefähr 900. Es waren im Jahr 2007 627, in der Folge 582, dann 614, und heute stehen wir bei 592. – Wissen Sie, wie viel Geld da auf der Straße liegt?

Ich finde es ja auch ganz spannend, dass sich Rot-Grün mit diesem fast unerschöpflichen Reservoir und Potenzial an Geldbehebungsmöglichkeiten überhaupt nicht auseinandersetzt. Ich meine, wenn ich jetzt sage, ein Beamter kostet so und so viel – ich setze jetzt einmal 50 000 EUR an –, und weiß, dass im Schnitt 600 Beamte im Jahr frühpensioniert werden, und zwar mit durchschnittlich 53 bei den Frühpensionisten, dann kommen wir durch sieben Jahre hindurch zu einer, wie meine Überschlagsrechnung ergeben hat, jährlichen Belastung von 200 Millionen EUR, die uns die Frühpensionierungen kosten. Das ist in einer Periode 1 Milliarde EUR! Das ist also wirklich unglaublich, dass man sich nicht intensiver mit dieser Frage auseinandersetzt. *(Beifall bei der ÖVP. – GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Das ist falsch berech-*

net!) Ich bin gerne bereit, Herr Kollege, dass wir uns das nachher dann noch ein bisschen genauer anschauen im Privatissimum.

Ein weiteres Zitat: „Die Stadt Wien bekennt sich als Arbeitgeberin zu einer Kultur der Fairness und der sozialen Verantwortung.“ Wahr ist: Aus organisatorischen Gründen werden pumperlgesunde Beamte in die Frühpension geschickt, und es werden Personen zwangsweise gegen ihren Willen frühpensioniert.

Damit Sie nicht sagen, das stimmt gar nicht, sage ich Ihnen hier auch ganz konkrete Fallbeispiele aus dem Jahr 2009.

Ein Amtsrat mit 57 Jahren, Gott sei Dank gesund, aber leider frühpensioniert aus organisatorischen Gründen. Der Magistrat sagt, im gesamten Tätigkeitsbereich der Stadt Wien – 70 000 Mitarbeiter! – ist dieser Amtsrat leider nirgendwo einsetzbar. Ein personalpolitisches Armutszeugnis erster Klasse! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Beispiel Nummer 2, ebenfalls aus dem Jahr 2009: Ein Senatsrat, mit 55 Jahren aus organisatorischen Gründen in die Rente geschickt. Er war im Infrastrukturbereich tätig. Ein Gott sei Dank gesunder, leider frühpensionierter Topbeamter, einer von sehr vielen. Auch in diesem Fall hat die Stadt Wien freiwillig auf die Erfahrung und auf das Wissen dieser Spitzenkraft verzichtet.

Und das waren keine Ausnahmefälle, und es sind keine Fälle aus der Vergangenheit, es gibt sie täglich. Mittlerweile melden sich schon sehr viele Gewerkschafter bei mir – nicht der Kollege Meidlinger, aber wir haben ja bei anderer Gelegenheit immer wieder die Chance, das Thema zu diskutieren. Einer davon – ich möchte ihn nicht namentlich nennen, ich möchte nur zwei Zeilen aus seiner E-Mail an mich vorlesen – schreibt mir:

„Sehr geschätzter Herr Dr. Ulm! Für mich wäre es auch sehr interessant zu erfahren, aus welchen Magistratsabteilungen die meisten Frühpensionierungen zu vermelden sind.“ – Dem Manne kann geholfen werden – „Ich selbst arbeite in einer Magistratsabteilung und muss immer wieder feststellen, wie schnell eine Frühpensionierung eingeleitet wird, oftmals gegen den Willen der Bediensteten.“ – Das sagen bereits Personalvertreter und Gewerkschaftsfunktionäre.

Und es wird mir ja auch bestätigt, es wird mir bestätigt durch den Fall einer 41-jährigen Beamtin, einer Frau Ursula K., die jahrelang als Schreibkraft in einem Gemeindespital gearbeitet hat. Sie wurde mit 41 Jahren frühpensioniert, hat sich dann Gott sei Dank erholt und wollte wieder ins Berufsleben zurückkehren. Keine Chance! Die MA 2 bescheinigt die volle Arbeitsfähigkeit, eine Reaktivierung wird nicht eingeleitet.

Das ist auch nicht überraschend, weil wir in den vergangenen drei Jahren ganze fünf Reaktivierungen gehabt haben. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Wir haben Jahr für Jahr 600 Frühpensionierungen, weil es den Personen im Augenblick schlecht geht, dann erholen sie sich glücklicherweise, und dann werden sie nicht mehr genommen, obwohl das sehr viele Menschen gerne haben wollen. Wo liegt hier Ihre soziale Verantwortung, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie und auch von den GRÜNEN,

auf die Sie sich so gerne berufen?

Einmal hat eine Reaktivierung übrigens funktioniert: der Marathonmann. Das war jener 36-jährige hochsportliche Beamte, der aus gesundheitlichen Gründen in die Frühpension geschickt wurde, sich dann Gott sei Dank erholt hat und Marathon laufen konnte. Es ist der ÖVP zu verdanken gewesen, dass man für diesen Mann dann in der Folge auf Grund von unserem politischen Druck wieder Arbeit im Magistrat gefunden hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie schreiben in diesem wirklich traurigen Kapitel Personal noch folgende schöne Worte, folgende Worthülse, die nichts mit der Realität zu tun hat, nämlich: „Die Stadt Wien bekennt sich als Dienstnehmerin zu ihrer Fürsorgepflicht. Das physische und psychische Wohlergehen ist wesentlicher Parameter der städtischen Personalpolitik.“

Ja, das Gegenteil ist wahr. Noch nie waren so viele Gemeindemitarbeiter krank wie im Augenblick. Die organisatorischen Frühpensionierungen sind ganz leicht zurückgenommen, aber die Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen sind angestiegen. Und das in einer Zeit, wo die medizinischen Fortschritte Gott sei Dank große sind.

Wir hatten im Jahr 2006 485 krankheitsbedingte Frühpensionierungen, dann 536, dann 514, dann 585, in diesem Jahr stehen wir bei 569. Das ist wirklich ungeheuerlich, wie wenig Ihnen der Gesundheitszustand und das Erhalten der Mitarbeiter gesund am Arbeitsplatz ein Anliegen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das muss nicht so sein. Das ist nur in Wien so, das ist in anderen Bundesländern nicht so, das ist auch beim Bund nicht so. Und da gibt es wieder einen Rechnungshof, der uns das wunderbar bestätigt, wo wiederum die Landesverwaltungen verglichen werden und wo man bereinigt um die Krankenanstalten, um die Jugend-, Pensionisten- und Pflegeheime, um die Kindergärten, um die Feuerwehr und um die Rettung. Und da liegt Wien bei den Pensionierungen, die krankheitsbedingt erfolgen, mit 30,2 Prozent unrühmlich und unangefochten auf dem 1. Platz. In anderen Bundesländern wie in Vorarlberg haben wir 23 Prozent, in Oberösterreich 20 Prozent, in Tirol sind es 19 Prozent, in Niederösterreich sind es 13 Prozent. Wie gesagt, bereinigt von den Tätigkeiten, die in anderen Bundesländern nicht anfallen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist eine traurige Angelegenheit, Ihr rot-grünes Regierungsübereinkommen. Nicht für die ÖVP, für diese Stadt ist es traurig, für die Menschen in dieser Stadt ist es traurig, dass Ihnen nichts Besseres einfällt als die Fortschreibung einer Politik, die wir leider Gottes schon sehr gut kennen. Es hätte die Chance gegeben, mit einem neuen Koalitionspartner hier vielleicht ein bisschen was in Bewegung zu bringen. Nichts von alledem ist erkennbar. Sie können Ihren Beitrag zu einer Veränderung leisten, wenn Sie unserem Beschluss- und Resolutionsantrag zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rat-*

haus): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Liebe Kollegen und Kolleginnen!

Ich habe es satt, dass über das Thema Integration immer als ein Problemthema gesprochen wird. Mein Kollege Senol Akkilic hat es bereits angesprochen. Wenn wir Ihre Wortmeldungen von den Oppositionsparteien hier hören und auch das, was uns bisher bekannt ist, sehen Sie Zuwanderung ausschließlich als ein Problemthema, wobei ich mir denke, dass das schon völlig absurde Ausmaße annimmt.

Wenn die GRÜNEN zum Beispiel von einer Belastung in einem Bezirk sprechen, dann meinen wir meistens Umweltbelastungen durch Müllverbrennungsanlagen oder Ähnliches, wenn Sie von der FPÖ von einer Belastung sprechen, meinen Sie Zuwanderer und Zuwanderinnen. Ich halte das für eine Grauslichkeit, und es ist sehr, sehr unangenehm, immer wieder damit konfrontiert sein zu müssen.

Ganz, ganz ähnlich aber verhält es sich bei der ÖVP, die schon im Wahlkampf zum Beispiel gesagt hat: Sprechen wir über Bildung, am besten auf Deutsch!

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wenn man heute international über Bildung spricht, spricht man meistens auf Englisch. Und wenn Sie sich als Europapartei dafür verwenden, dass nur mehr Deutsch gesprochen wird, dann frage ich mich, wo Ihre europäischen Wurzeln sind. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GRin Christine Marek: Es geht nicht darum! Es geht darum, dass es eine gemeinsame Unterrichtssprache gibt!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** *(unterbrechend)*: Entschuldigen Sie, wertere Kollegen, ich darf darauf hinweisen, dass es an und für sich in diesem Haus üblich ist, dass, wenn der Redner seine Jungferrede hält, keine Zwischenrufe getätigt werden.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(fortsetzend)*: Ich habe kein Problem damit. Es animiert mich eher, wenn Sie dazwischenrufen.

Was Sie hier tun – so wie es zum Beispiel vorher der GR Haslinger gemacht hat –: Sie reihen eine Grauslichkeit, die Sie irgendwo sehen, an die andere. Das sind Grauslichkeiten, die wir gar nicht bestreiten, die in jeder Großstadt passieren. Es passiert, dass es irgendwo Übergriffe gibt, dass es irgendwo zu Gewalttätigkeiten kommt, und so weiter.

Was Sie aber tun, ist dies: Sie bringen keine Lösungsvorschläge dafür, Sie wollen diese auch nicht bekämpfen, sondern Sie ethnisieren sie, Sie schreiben sie gewissen Gruppen zu. Sie erzählen dann, welche Kinder im Bus die Füße nicht einziehen, und da haben Sie nur türkische Kinder gesehen. Wenn Sie nur das sehen, dann haben Sie selber ein Problem damit. Unsoziales Verhalten kommt in allen gesellschaftlichen Gruppen vor, und das zu ethnisieren, ist in Wahrheit die echte Grauslichkeit. Ich sage auch nicht, wenn es irgendwo zu Nazi-Verbrechen gekommen ist und die dann mit der FPÖ sympathisieren, dass das ausschließlich die FPÖ ist.

Ich denke, wir sollten einmal darüber reden, wie wir wirklich die Probleme bewältigen. Wir sollten tatsächlich über Bildung sprechen, und genau das tut das rot-grüne Koalitionspapier. Wir sprechen das an, was wirklich

eines der wichtigsten Themen ist, nämlich zum Beispiel die Sprache. Wir haben hervorgehoben, dass es in dieser Stadt selbstverständlich eine gemeinsame Sprache braucht, selbstverständlich ist diese gemeinsame Sprache in Wien Deutsch, und selbstverständlich ist es so, dass wir das fördern wollen. Wir haben uns aber kundig gemacht, zum Unterschied von Ihnen, und wissen, dass es in einer Stadt mit 44 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund eben notwendig ist, dass diese Menschen ihre Muttersprache, wenn sie nicht Deutsch ist, auch beherrschen, damit sie gut Deutsch lernen können.

Ich möchte aber jetzt auf etwas ganz anderes eingehen, weil es davor auch die Aktion gegeben hat von den Leuten, die für das Bleiberecht eingetreten sind. In dieser Stadt ist es allein im letzten Jahr passiert, dass massenhaft Familien getrennt wurden, dass Kinder abgeschoben wurden, und das ist etwas, was wir in dieser Stadt nicht haben wollen. Wir treten dafür ein, dass Menschen, die in dieser Stadt leben, ein Sicherheitsgefühl haben können, und wir treten dafür ein, dass Menschen, die in dieser Stadt gut integriert sind, die jahrelang in dieser Stadt leben, hier bleiben können und einen Sicherheitsanspruch darauf haben.

Ich denke zum Beispiel an die Komani-Zwillinge, die vor wenigen Wochen zuerst mit der Abschiebung bedroht wurden, dann wieder zurückkommen durften, oder an Code Ehiro, der vor wenigen Wochen abgeschoben werden sollte, ein Schüler, der hier gut integriert ist. Und das betrifft nicht nur diese Menschen, die abgeschoben werden, darunter teilweise Kinder, deren einziges Verbrechen es ist, dass ihre Eltern den falschen Reisepass haben, sondern das betrifft auch jene Menschen, die zurückbleiben. Stellen Sie sich jene achtjährigen Kinder vor, die in einer Schulklassen sitzen, jahrelang neben ihren Mitschülern und Mitschülerinnen gesessen sind, wo dann plötzlich am nächsten Tag zwei Plätze frei sind, weil ihre Kollegen und Kolleginnen abgeschoben wurden. Einfach so! Wie wachsen diese Kinder auf? Mit welchem Vertrauen in einen Rechtsstaat wachsen Kinder auf, deren Kollegen und Kolleginnen hier aufgewachsen sind, gut Deutsch sprechen, gut integriert sind und am nächsten Tag auf einmal nicht mehr in der Klasse sind?

Ich denke mir, das sind Dinge, die wir uns in dieser Stadt überlegen müssen, wo wir nachdenken müssen, wie wir es schaffen, dass wir diese Sicherheit garantieren für alle Wiener und Wienerinnen. Das ist unsere vordringliche Aufgabe: Für alle Wiener und Wienerinnen, egal, woher sie kommen, egal, welchen sozialen Status sie haben, egal, welche sexuelle Orientierung sie haben, egal, welche Sprache ihre Eltern sprechen, und so weiter und so fort, für alle Wiener und Wienerinnen da zu sein und ein gutes Zusammenleben zu garantieren. Und ich denke, dass dieses Koalitionsabkommen, dieses rot-grüne Koalitionsabkommen genau diese Schwerpunkte setzt, dass diese gemeinsame Sprache gesprochen werden kann, dass Probleme, dort, wo sie da sind, wirklich angegangen werden, dass wir Probleme nicht verneinen, sondern dass wir mit Sozialarbeit, mit Sprachoffensiven und vor allem mit einem ungeteilten und bedingungslosen Bekenntnis zu Menschenrechten für alle

Wiener und Wienerinnen in diese neue Legislaturperiode gehen und hier neue Standards setzen, zum Unterschied von dem, was teilweise leider auch die Bundesregierung vormacht, eine Bundesregierung, die unschuldige Menschen, darunter auch Kinder, in Schubhaft steckt, abschiebt und so weiter. Das wollen wir in Wien nicht. Wir wollen, dass alle Wiener und Wienerinnen gleiche Rechte haben und gleich behandelt werden. – Danke sehr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Aufstellung eines Budgets ist die Kunst, Enttäuschungen gleichermaßen zu verteilen.“ Diese Aussage eines amerikanischen Politikers hat heute noch Relevanz, zumindest, was die Enttäuschungen der vielen Menschen betrifft, die zu den großen Verlierern des unsozialen rot-grünen Belastungspakets gehören. Hier sind in erster Linie AlleinerzieherInnen, Kinder und PensionistInnen betroffen.

Mit dem vorliegenden Budget explodiert der Schuldenstand der Stadt Wien auf 2 993 Millionen EUR. Der Trick mit der Kreditbindung verbessert zwar das Budget optisch, bewirkt aber in einer wirtschaftlich sehr sensiblen Zeit drastische Einschnitte im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Rot-Grün spart am falschen Platz, nämlich bei arbeitsplatzwirksamen Investitionen.

Während sich die wirtschaftliche Situation in den anderen Bundesländern langsam stabilisiert, trifft die Krise Wien erst jetzt so richtig voll und ganz. Wien hat einen Beschäftigungsrückgang von 5,7 Prozent zu verzeichnen. Das heißt, auf eine offene Stelle kommen zehn Arbeitslose, mehr als die Hälfte davon sind Frauen. Das vorliegende Budget 2011 gefährdet in Wien somit rund 6 600 Arbeitsplätze.

Der Wiener Bürgermeister hat Wien in seiner 16-jährigen Amtszeit an das Schlusslicht der Arbeitsmarktstatistik katapultiert. Wien hat in diesem Zeitraum netto 1 000 Arbeitsplätze geschaffen. Auch hier sind die großen Verlierer, wen wundert es, Frauen. Die, die davon profitieren konnten, sind Bürger mit Migrationshintergrund, auch wenn diese deutlich mehr aus diesem System herausnehmen, als sie einzahlen.

Wien hat in den letzten fünf Jahren auch eine Belastungslawine an Gebühren geschaffen, die in erster Linie Pensionistinnen, Alleinerzieherinnen und auch Familien betrifft, eine Belastungslawine, die in Österreich ihresgleichen sucht. Plus 20 Prozent beim Strom und den Wiener Linien, 30 Prozent beim Gaspreis und den Müllgebühren, 35 Prozent beim Kanal und 50 Prozent sogar bei den Parkscheinen. Eine Kritik des Rechnungshofs war diesen Punkten sicher. Eine Gebührenerhöhung, die einzig und allein der Budgetsanierung dient, lehnen wir von der FPÖ ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir fordern daher eine Aussetzung der Valorierungsbestimmungen, bis diese Mängel behoben sind.

Dieses rot-grüne Belastungspaket der Stadt Wien beschert zusätzlich zum Belastungspaket der Bundesregierung Alleinerzieherinnen 111 EUR und Pensionistinnen 88 EUR Verlust pro Monat, eine wahrlich frauenfeindliche Entwicklung, der sich Wien nicht zu rühmen braucht.

Der sozialistische Weg produziert vermehrt Bittstellerinnen, was sich auch in steigenden Privatinsolvenzen widerspiegelt.

Besonders schlimm ist es auch, dass Wien in Europa bei der Kaufkraft weit abgeschlagen im letzten Drittel liegt, was bedeutet, dass Wienerinnen sich wesentlich weniger leisten können, als Frauen in anderen Großstädten.

Apropos Frauen in anderen Großstädten und Wienerinnen. Das bringt mich zu einem Punkt, dem ich mich hier natürlich auch ein bisschen widmen möchte, nämlich dem Thema Frauengesundheit. Die Stadt Wien ist besonders stolz auf ihr Programm der Frauengesundheit. Dieses Projekt wird in einer hübschen Broschüre teuer verkauft, frei nach dem Motto: Tue Gutes und rede darüber, ganz egal, was es kostet. In dieser Broschüre wird unter anderem darauf hingewiesen, dass Frauen immer noch weniger verdienen – eine traurige Tatsache. Angeblich führt dieser Umstand dazu, dass Frauen auch einen schlechteren Gesundheitszustand haben, wenn sie weniger verdienen. Tatsächlich gibt es aber auch gut ausgebildete und sehr gut verdienende Frauen, wie übrigens Männer auch, die nicht auf ihre Gesundheit schauen. Nichtsdestotrotz, Frauengesundheit ist ein wichtiges Thema, und es gibt viele soziale Aspekte dazu.

Die Schaffung des Frauengesundheitstages war sicher nicht nur eine interessante Idee, sondern vielleicht auch ein erster guter Schritt in diese Richtung. Leider, wirklich leider, hat sich dieser in den letzten Jahren mehr und mehr zu einem Migrantentag entwickelt. Wenn man sich das Programm so ansieht – und ich habe mir das letzte Programm angesehen –, so gibt es bald mehr fremdsprachige Veranstaltungen als deutschsprachige. Auch das ist ein Weg in die falsche Richtung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Er zeigt einmal mehr auf, dass die rot-grüne Stadtregierung in der Integrationspolitik auf ganzer Linie versagt hat. Statt Migranten die deutsche Sprache beizubringen und sie damit zu vollwertig integrierten Bürgern zu machen, die neben ihren Rechten auch ihre Pflichten kennen und die in der Amtssprache am Leben teilnehmen, schafft man Menschen zweiter Klasse, Migranten, die sich weder anpassen noch integrieren wollen. Wozu denn auch? Es geht ja auch so. Bei nicht bestandenen Deutschkurs gibt es trotzdem Geld durch die Stadt Wien zurück, und alles andere gibt es ja auch in ihrer Sprache.

Das führt zu einem weiteren Unterschied der eklatanten Bevorzugung, die so genannte positive Diskriminierung von Migranten unter Benachteiligung der Wiener. Wenn nämlich in Wien ein Mann seine Frau schlägt, so wird er vollkommen zu Recht hart bestraft und wegweisen. Schlägt ein Migrant eine Migrantin, dann muss der kulturelle Aspekt mitberücksichtigt werden, und es passiert kaum etwas. Diese Frauen kennen ihre Mög-

lichkeiten sowie die Einrichtungen des Frauenhauses oft nicht, da sie nicht über die nötigen Deutschkenntnisse verfügen. (*GRin Martina Ludwig-Faymann: Das ist doch nicht wahr!*) Die rot-grüne Regierung schafft hier einmal mehr Frauen zweiter Klasse und zweierlei Recht. Ein Weg in die falsche Richtung, kein Weg zur Integration (*Beifall bei der FPÖ.*) und zum gegenseitigen Respekt auch mit der österreichischen Bevölkerung, sondern ein Weg zur unterschiedlichen Rechtssprechung und zur Ungleichbehandlung. Das ist die Aufbereitung für eine islamistische Parallelgerichtsbarkeit. Ein fatal falscher Weg, den wir ablehnen.

Ein absolutes Nein gilt auch der Zwangsehe sowie arrangierten Ehen. Es ist nichts, was diese Mädchen freiwillig machen oder wollen. Betreuung alleine ist hier viel zu wenig. Sie haben keine freie Wahl, und das gehört in Österreich mit entsprechenden Maßnahmen sofort abgestellt.

Ebenso abgeschafft gehört das Tragen des Kopftuchs, einem Symbol der Unterdrückung, etwas, was sogar Ihre Frauenrechtlerin Alice Schwarzer massiv fordert.

Wenn Sie Zwang gegen Frauen oder deren Züchtigung akzeptieren, gutheißen oder verschweigen, dann bedeutet das für uns Frauen einen Schritt zurück ins Mittelalter. Wir leben in einer christlichen Wertegemeinschaft, und wir können uns zu Recht erwarten, dass Menschen, die hier leben, sich auch entsprechend unserer Gesetze und Werte verhalten, sich unserer Kultur anpassen und diese vor allem respektieren.

Zu anderen Problemen und einer anderen Thematik. Den immer häufiger auftretenden Problemen wie Burnout und Mobbing wird nicht wirklich der Platz eingeräumt, den sie einnehmen müssten. Beide Themen entwickeln sich zur Volkskrankheit beziehungsweise zum Volkssport Nummer 1, etwas, was in erster Linie Frauen trifft, und da vor allem Alleinerzieherinnen, die eine Mehrfachbelastung und vor allem finanzielle Nöte haben. Damit wird auch das Budget massiv belastet.

Die Liste der rot-grünen Belastungen sowie der verfehlten Integrationspolitik ließe sich unendlich fortsetzen, nur hilft das der Wiener Bevölkerung nicht, und der Tag wäre vorbei, ehe ich zum Ende käme.

Das nächste Budget und auch das rot-grüne Regierungsübereinkommen sorgen für eine Verarmung sowie eine weitere Diskriminierung der Wiener Bevölkerung, zwei Punkte, denen wir Freiheitliche nicht zustimmen können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Blind. Ich erteile es ihm.

GR Armin **Blind** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werter Herr Vorsitzender!

Bevor ich zum eigentlichen Thema, das ich mir für heute vorbereitet habe, kommen möchte, möchte ich ganz kurz auf einige meiner Vorredner eingehen.

Zunächst zum Herrn Kollegen Akkilic. Ich verstehe schon, dass Sie mit der Freiheitlichen Partei so Ihre persönlichen Probleme haben. Das ist nicht weiter verwunderlich, wir lieben auch nicht jeden Grünen einzeln.

Es macht aber ein wenig den Eindruck, als wären Sie ein bisschen dünnheutig, wenn argumentiert wird, und fühlen sich dann gleich persönlich angegriffen. Sie machen vor allem eines, was in der gesamten Debatte nicht besonders hilfreich ist, Sie ziehen sich da sofort zurück, nämlich auf Ihre Eigenschaft als Migrant, Sie haben sofort den Migrationshintergrundfaktor, der es natürlich etwas schwierig macht, sachlich mit Ihnen zu diskutieren. Es kommt nicht darauf an, ob Sie Migrant sind oder Nichtmigrant, sondern es kommt in diesem Haus, so hoffe ich doch, in erster Linie auf die Argumente an, und diese sollten wir austauschen und nicht mit irgendwelchen Hintergründen argumentieren, wer recht hat und wer nicht, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Zweiten, zu Ihrer geradezu Feststellung, Österreich sei ein Einwanderungsland beziehungsweise diese Stadt sei eine Einwanderungsstadt. Also ein Naturgesetz, Herr Kollege, ist das sicher nicht, und welche Stadt eine Einwanderungsstadt ist in welchem Ausmaß, definiert derzeit sicherlich nicht die Grüne Partei alleine, hoffentlich auch die SPÖ in nächster Zeit nicht mehr lange, sondern wenn in fünf Jahren der nächste Bürgermeister Heinz-Christian Strache heißt *(Ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)* – na, selbstverständlich, meine Damen und Herren –, wird dieser Umstand sicherlich neu zu bewerten sein.

Genauso etwas dünnhäutig habe ich den Vorredner Lobo empfunden. Wie gesagt, ich verstehe Sie schon auch, wenn Sie sagen, wir sprechen von Zuwanderung nur als Problem. Wir sehen die Zuwanderung nicht nur als Problem, wir setzen uns sehr wohl intensiv und auch differenziert damit auseinander, aber es gibt auch Probleme in der Zuwanderung, und zwar ganz gewaltige, die jahrzehntelang von der Rathausmehrheit nicht angesprochen wurden beziehungsweise negiert wurden, und nur durch das permanente Aufzeigen dieser Problematiken durch die Freiheitliche Partei waren Sie überhaupt bereit, sich irgendwie zu bewegen. Würden wir hier nicht seit Jahrzehnten – ich sage sogar, seit mehreren Jahrzehnten – die Problematik einer vollkommen verfehlten Zuwanderungspolitik aufzeigen, hätten wir heute ganz andere Probleme in Wien, wir hätten wahrscheinlich Probleme, wie sie teilweise vielleicht in Frankreich in Vorstädten bestehen, die rechtzeitig vermieden werden konnten, weil wir rechtzeitig diese Probleme klargemacht haben und Sie zum Handeln gezwungen haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ich mir nur anschau, was Herr Bgm Zilk im Jahr 1989 in der Studie „Wien 2010“ – nun, wir haben jetzt 2010 – gesagt hat: „Es mag sein, dass das Flüchtlingsboot voll ist, das Zuwanderungsschiff ist aber leer.“ Da kann ich Ihnen sagen, da waren Sie einmal erfolgreich, das haben Sie auf jeden Fall gut gefüllt, meine Damen und Herren. Ob das jedoch zum Nutzen der Wienerinnen und Wiener war, sei dahingestellt.

Noch am 1.10.2008 hat der Herr Bürgermeister gesagt, wir haben kein Integrationsproblem in Wien. Also man muss schon sagen, ein gewisses Maß an Realitätsverweigerung kann man nicht absprechen. Und auch hier war es die Freiheitliche Partei, die es aufgezeigt hat und

die Sie schlussendlich hoffentlich auch eines Besseren belehrt hat.

Wie gesagt, wir haben jetzt mittlerweile von Ihnen die Erkenntnis erlangt, dass jedes Kind, das in die Schule eintreten soll, die deutsche Sprache beherrschen muss. Ich darf zum Beispiel darauf hinweisen, im Jahre 1991 hat das bereits unser damaliger StR Lothar Gintersdorfer gefordert und gesagt, es muss eine Vorbereitungsklasse für jedes ausländische Kind vorhanden sein, wenn es nicht entsprechend Deutsch kann. Dass sie jetzt auf die Idee kommen, dass plötzlich Ausländer Deutsch können müssen, bevor sie in den Regelschulunterricht übernommen werden und nicht als außerordentliche Schüler geführt werden, ist bemerkenswert, und es zeigt, dass nur durch das permanente Wiederholen von freiheitlichen Forderungen ein Lernprozess bei der Sozialdemokratie eintreten kann und Gott sei Dank auch wird.

Ich darf jetzt zum eigentlichen Punkt meiner Rede kommen, zu einem sehr leidigen Thema, nämlich zum Thema der Prostitutionsproblematik im Westen Wiens und im 2. Bezirk. Ich bin ein Mandatar aus Penzing, habe dort auch ein Grundmandat erhalten und fühle mich daher auch durchaus verpflichtet, dieses Thema aufzuzeigen. Denjenigen von Ihnen, die sagen, das ist ein ganz besonders leidiges Thema, muss ich sagen, ja, da stimme ich Ihnen unumwunden zu, es ist ein leidiges Thema, es ist aber ein leidiges Thema vor allem für diejenigen, die in diesen Gebieten wohnen müssen und die diese Situation, die Sie bisher wirklich nicht meistern konnten, ertragen müssen und mit den Problemen, mit dem Schmutz, mit der Kriminalität, mit der Belästigung konfrontiert sind.

Wenn ich hier im Saal die Frau Kollegin Mag Straubinger sehe, darf ich in diesem Zusammenhang auf Ihre APA-Aussendung vom 1.9.2010 verweisen, in der Sie gemeint haben, die FPÖ-Forderungen, die permanent wiederholt werden vom Herrn Vorsitzenden, seien unnecessary, das Landesprostitutionsgesetz wird im Herbst dieses Jahres ohnedies novelliert werden. Wenn ich jetzt auf den Kalender schaue, so hat der Herbst meteorologisch bereits am 1.12.2010 geendet. Also da sind Sie schon einmal zu spät dran. Geben wir Ihnen noch eine zweite Chance. Astronomisch endet er am 22.12.2010. Da haben Sie noch ein bisschen Zeit. Ich glaube, das wird sich aber trotzdem nicht mehr wirklich ausgehen, dass Sie das hinbekommen. Sie sind also entweder zu spät dran gewesen oder Sie haben es halt vor der Wahl noch schnell herauschießen müssen. Wenn man sich die Sprengelergebnisse in den betroffenen Gebieten anschaut, haben es Ihnen die Leute jedoch nicht geglaubt.

Wir haben einen Stillstand in diesem Bereich, und das seit Jahren, dabei hat das Jahr ja durchaus verheißungsvoll begonnen. Nach dem jahrzehntelangen Negieren und Schönreden der Problematik hat man sich jetzt zumindest dazu entschlossen, das Problem zu akzeptieren und zu sagen, es besteht ein Problem, also es besteht zumindest Problemeinsicht. Das war immerhin ein kleiner Fortschritt.

Was war aber die Schlussfolgerung? Man hat dann

im späten Frühling, Anfang Sommer ein Sieben-Punkte-Programm beschlossen – gelauncht sagt man jetzt, glaube ich, auf Neudeutsch (*GRin Nurten Yilmaz: Vorgelegt!*) –, vorgelegt, das die Prostituierten zur freiwilligen Standortaufgabe – unter anderem, das war einer der sieben Punkte – bewegen soll. Da frage ich Sie ganz ehrlich: Haben Sie das wirklich ernsthaft geglaubt? Oder war das einfach nur ein Wahlkampf-Gag? Oder wie haben Sie die Situation real eingeschätzt?

Man muss kein Wirtschaftsfachmann sein, um zu wissen, dass der Wiedererkennungswert eines Produktes oder das Wissen um den Standort einer Dienstleistung ganz essenziell ist, um diese nachfragen zu können. Wenn ich nicht weiß, wo ich was bekomme, kann ich einfach nicht nachfragen. Das ist klar. Für die Prostituierten dort ist der Standort daher ein essenzieller Wirtschaftsfaktor, ganz abgesehen davon, dass sie vielleicht dort Lokale, Wohnungen et cetera, also Infrastruktur haben.

Das heißt, zu glauben, dass die, nur wenn Sie hergehen und bitte, bitte sagen, jetzt ihre gesamte wirtschaftliche Existenz oder fast ihre gesamte wirtschaftliche Existenz verschieben, das ist doch vollkommen absurd. Dennoch haben Sie dieses Experiment gewagt, und es ist selbstverständlich das rausgekommen, was auf der Hand gelegen ist: Dass die Prostituierten dort selbstverständlich nicht weggegangen sind, und die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten von Ihnen über den Sommer wiederum alleingelassen worden ist und den Sommer verbracht hat, wie sie jeden Sommer verbracht hat, nämlich mit Belästigung, Lärm, Gestank und Kriminalität, meine Damen und Herren.

Das Zweite, was im Sieben-Punkte-Programm von Ihnen entworfen wurde, war das so genannten Beschwerdemanagement durch den Verein SOPHIE-Mobil. Wir stehen oder zumindest ich stehe der Prostitution relativ neutral gegenüber, ich habe da keine Dünkel oder sonst irgendwas. Man soll die Frauen durchaus auch in gewissen Bereichen unterstützen, man soll ihnen sagen, wie sie vor Geschlechtskrankheiten geschützt werden, alles kein Thema. Nur, dass man das als Beschwerdemanagement verkaufen will, dass man den Leuten einreden will, dass sie bis 17 Uhr anrufen können, das ist vollkommen widersinnig. Damit leistet man keinen Beitrag zur Deeskalation, wie man glaubt, sondern eigentlich provoziert man die Bevölkerung dadurch, dass man sagt, du kannst dich irgendwo hinwenden, und dann rufen die Leute an, wann Prostitution normalerweise stattfindet, nämlich nicht vor 17 Uhr, sondern nach 17 Uhr, und dann können sie ihren Frust auf ein Tonband abladen. Das bitte, meine Damen und Herren, ist ein Witz, ein Hohn der Bevölkerung gegenüber. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Mit anderen Worten, dieses durchaus teure Projekt hätte man sich über den Sommer sparen können. Man hätte die freiheitlichen Forderungen, die durch den Kollegen Kowarik seit längerer Zeit eindringlich auf den Tisch gelegt wurden, jederzeit aufgreifen können, und ich darf sie, damit es vielleicht noch deutlicher wird, noch einmal wiederholen.

Man muss eindeutige Zonengrenzen schaffen, was bedeutet, dass grundsätzlich ein Totalverbot der Straßenprostitution in Wien anzustreben ist; zweitens gesetzlich eine Verordnungsermächtigung einbauen, dass auf gewissen Straßenzügen, wo Straßenprostitution sozial verträglich ausgeübt werden kann, Straßenprostitution zugelassen werden kann – ich denke da an Ausfallsstraßen, zum Beispiel, an Stadtrandnähe beziehungsweise bei mir im Bezirk zum Beispiel an das Gebiet im Auhof, wo ja größere Flächen frei sind –; zum Dritten selbstverständlich auch eine Bestrafung der Freier, wenn sie in Gebieten, wo Prostitutionsanbahnung verboten ist, auf Prostituierte zugehen und solche Dinge anbahnen.

Die Bestrafung der Prostituierten alleine ist natürlich wenig hilfreich, wenn man den Hintergrund dieser Frauen kennt. Es kommt ein Großteil aus dem Osten, ein Großteil wird quer über Europa verschoben, ein Großteil deswegen, damit sie sich nicht integrieren und fixieren können, kein soziales Umfeld aufbauen können, weswegen sie natürlich auch hier Menschenhändlern im Wesentlichen schutzlos ausgeliefert sind. Das ist selbstverständlich zu bekämpfen, effizient zu bekämpfen, hart zu bekämpfen und konsequent zu bestrafen.

Das heißt, diese drei Punkte liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch. Der Kollege Kowarik hat sie eindringlich aufgezeigt. Die Umsetzung liegt bei der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN. Wir warten darauf, die Bevölkerung hofft darauf. Lassen Sie sie nicht weiter im Stich! – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich danke dem Vorredner, der das Problem, das ja auch mir ein Anliegen ist, sehr gut umrissen hat. Ich möchte da vielleicht nur ganz kurz zwei, drei Sachen noch dazusagen.

Dieses berühmte Sieben-Punkte-Programm hat ja auf der ganzen Linie nicht funktioniert. Das haben inzwischen auch die Sozialdemokraten selbst eingesehen, der Herr Bezirksvorsteher hat es uns mitgeteilt, und auch die Frau Stadträtin hat eingesehen, dass das nicht den Erfolg gebracht, den man sich vorstellt hat. Ich glaube, so kann man das neutral ausdrücken.

Sie werden sich auch erinnern, Frau Stadträtin, dass ich von Anfang an gesagt habe, dass das Projekt so, wie es geplant war, von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Interessant in dem Zusammenhang ist auch – das sollte man fairerweise dazusagen –, dieses Sieben-Punkte-Programm wurde ja so in der vorgelegten Version auch von den GRÜNEN kritisiert, zu Recht, vielleicht aus anderen Sichtweisen, als wir sie hatten, das ist selbstverständlich, aber trotzdem.

Es ist auch interessant, was aus einer Anfragebeantwortung der vormaligen Kollegin Lachkovics herausgekommen ist, nämlich betreffend die Kosten für dieses Projekt. Das möchte ich Ihnen nur ganz kurz auch noch

mitteilen. Die Gesamtkosten für dieses Maßnahmenprojekt hat die Frau StRin Frauenberger mit 159 471,54 EUR, inklusive Mehrwertsteuer, bezeichnet. Ich glaube, diese 100 000 EUR hätte man sicher besser und sinnvoller einsetzen können.

Wir haben in diesem Zusammenhang – der Kollege Blind hat es schon gut ausgeführt – ja auch Vorschläge gemacht, wie wir uns das vorstellen könnten, dass das geändert werden kann. Wir haben sehr, sehr konkrete Vorschläge gemacht, und ich darf auch darauf verweisen, dass wir, wie schon angekündigt, zur Landtagssitzung am Donnerstag einen Initiativantrag einbringen werden, womit ein wichtiger Punkt des Prostitutionsgesetzes novelliert werden soll, nämlich die Einführung des Tatbestandes für Freier, die eben in verbotenen Zonen freien.

Ich glaube, es spricht nichts dagegen, das sofort umzusetzen. Sie haben versprochen – der Kollege Blind hat es auch schon gesagt –, dass wir hier eine Novellierung bekommen. Ich hoffe, sie kommt bald, und ich hoffe, sie ist auch dementsprechend gut vorbereitet und es werden da alle miteingebunden. Ich würde Sie bitten, dass auch wir da miteingebunden sind. Es geht wirklich um ein Problem, das gelöst gehört. Ich hoffe, dass Sie das ernst meinen und dass Sie uns dementsprechend rechtzeitig dann diesen Entwurf, wann auch immer er kommen soll, zur Verfügung stellen werden.

Meine Damen und Herren! Das ist die eine Sache, es gibt aber noch eine andere Sache, die mir am Herzen liegt und zu der ich reden möchte, und zwar sind das die Gesetzesänderungen im Kontroll- und Demokratiebereich, die anstehen.

Nachdem leider Gottes die rot-grüne Mehrheit unverständlicherweise der Einrichtung eines eigenen Verfassungsausschusses nicht zugestimmt hat, werde ich mir erlauben, diesen Themenbereich heute in dieser Geschäftsgruppe anzusprechen.

Es ist eigentlich sehr verwunderlich, dass Sie einem eigenen Rechts- und Verfassungsausschuss nicht zugestimmt haben. Ich darf da auf die Rede des Herrn Kollegen Ellensohn am gestrigen Tage verweisen, der sich die Mühe gemacht hat, alle möglichen Bundesländer und alle möglichen Landtage zu vergleichen und zu beleuchten. Hätte er das noch ein bisschen tiefgreifender gemacht, hätte er gemerkt, dass es in jedem anderen Bundesland einen entsprechenden Ausschuss gibt. Der heißt dann entweder Verfassungsausschuss, Verfassungs-Verwaltungs-Ausschuss, Rechtsausschuss oder Verfassungs-Rechts-Ausschuss, wie auch immer. Es gibt in jedem Bundesland einen dementsprechenden Ausschuss, nur in Wien gibt es keinen eigenen Ausschuss. Meiner Meinung nach ist das unverständlich, noch dazu, wo ja die Stadtverfassung klar vorschreibt, welches Instrumentarium für solche Fragen vorgesehen ist. Also ich versteh es nicht.

Änderungsbedarf gibt es genug. Wir kennen all die Punkte. Ich darf ganz kurz darauf hinweisen. Natürlich das Wahlrecht zu allererst. Es geht um ein gerechteres Wahlrecht, um ein den Wahlergebnissen besser entsprechendes Wahlrecht. Es wurde auch schon viel vom

Umfaller der GRÜNEN gesprochen, die sich leider Gottes nicht mehr an die vor der Wahl ausgesprochene Verpflichtung erinnern können.

Es wird da in dem Zusammenhang immer von einem Notariatsakt gesprochen. Es ist mir ein Anliegen, auch als Angehöriger des Notarstandes, das zu korrigieren. Es wurde von mehreren Fraktionen hier falsch gesagt, dass das ein Notariatsakt sein sollte. Es ist kein Notariatsakt. Ich darf Ihnen die Bestimmung des § 52 Notariatsordnung vorlesen, der die Voraussetzung eines Notariatsaktes normiert und der dem Beurkundungsorgan, also dem zuständigen Notar, vorgibt, was er zu machen hat bei dem Notariatsakt. Dann werden Sie vielleicht auch sehen, warum das nicht in Notariatsaktform geschehen ist.

§ 52 Notariatsordnung: „Der Notar ist verpflichtet, bei Aufnahme eines Notariatsaktes die persönliche Fähigkeit und Berechtigung jeder Partei zum Abschlusse des Geschäfts nach Möglichkeit zu erforschen,“ – das wäre kein Problem gewesen – „die Parteien über den Sinn und die Folgen desselben zu belehren und sich von ihrem ernstlichen und wahren Willen zu überzeugen, ihre Erklärung mit voller Klarheit und Bestimmtheit schriftlich aufzunehmen und nach geschehener Vorlesung des Aktes“ – also da hätte der Herr Notar das noch einmal vorgelesen – „durch persönliches Befragen der Parteien sich zu vergewissern, dass derselbe ihrem Willen entsprechend sei.“ (*GR Mag Wolfgang Jung: Mit allen Folgen!*)

Also ich glaube, ich weiß, warum es kein Notariatsakt geworden ist, denn wir haben ja gesehen, dass die nunmehrige Vizebürgermeisterin, vormals Klubobfrau, das vielleicht nicht ganz so ernst gemeint hat, wie sie es vorgegeben hat oder wie wir es zumindest gesehen haben. Sogar wurde kein Notariatsakt aufgenommen, es wurde eben nicht die Förmlichkeit genommen, es wurde eben nicht darauf Bezug genommen, dass das auch wirklich der Wille der Partei ist, sondern es wurde die Unterschrift beglaubigt, nämlich die Echtheit der Unterschrift wurde festgestellt. Trotzdem sollte man meinen, dass eine Verpflichtungserklärung, die man unterschreibt, auch gilt. Leider Gottes ist es nicht so. Wir haben es gehört. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Jetzt ist es wurscht, weil sie in der Regierung sind!*)

Zweiter Punkt: Briefwahl. Auch das kennen wir. Wir haben da im Frühjahr heftig darüber diskutiert. Diese Novellierungen zur Briefwahl wurden leider Gottes von der SPÖ alleine durchgepeitscht. Ich darf da auch an die Kollegen Margulies und Chorherr erinnern – ich glaube, die beiden waren es –, die damals recht deftige Worte, zu Recht, für diesen Novellierungsvorschlag gefunden haben.

Ich darf da auch eines zitieren, was mich ein bisschen irritiert hat, nämlich vom Kollegen Dipl.-Ing. Schicker, der bei der konstituierenden Sitzung gemeint hat – ich zitiere wörtlich: „Und lassen Sie mich zum Abschluss zum Bereich Demokratie und Wahlrecht etwas sagen: Es ist in diesem Haus üblich, dass die Klubs und deren Vertreter über das Wahlrecht diskutieren und dass die Klubs miteinander die Geschäftsordnung, das Wahlrecht, Verfassungsfragen zunächst diskutieren.“

Herr Kollege Schicker, ich darf Sie darauf hinweisen,

das war bei der Durchpeitschung des Briefwahlrechtes in der jetzigen Form sicherlich nicht der Fall. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Sie wissen schon, dass das auch auf der Bundesebene so geht!*) Darum geht es jetzt nicht, Herr Kollege, es geht jetzt um Ihre Aussage, dass das an und für sich in diesem Haus so üblich ist, dass man vorher miteinander redet. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ja, das ist üblich!*)

Dass es nicht so war, dafür darf ich wieder einen unabhängigen Zeugen anführen, wenn Sie so wollen, nämlich den Kollegen Margulies. Der hat dann gesagt: „Man merkt, so wie ihr nicht wolltet, dass es ein Begutachtungsverfahren gibt, so wie ihr nicht Parteiengespräche zur Änderung des Wahlrechtes gesucht habt, genauso verleugnet ihr jetzt jede Möglichkeit der Argumentation.“ – So schaut es aus, Herr Kollege Schicker. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich noch sehr viele Bereiche, die zu diskutieren wären und für die es sich natürlich auszahlen würde, das auch im Rahmen eines Verfassungsausschusses zu machen.

Ein anderer Punkt ist die Kontrollamtsreform. Sie werden wissen, oder zumindest haben das bis jetzt die ÖVP und auch die GRÜNEN und die FPÖ so gesehen, dass unsere gesetzlichen Regelungen bezüglich des Kontrollamtes, verglichen mit anderen Regelungen in anderen Bundesländern – da sind wir wieder beim Bundesländervergleich –, hinsichtlich unserer Kompetenzen eindeutig Schlusslicht sind. Ich glaube, das kann jeder von Grün, Schwarz und Blau unterstreichen. Wir werden den GRÜNEN wieder die Möglichkeit geben, sich zu beweisen, dass sie ihre Forderungen, die sie vor der Wahl aufgestellt haben, auch wirklich ernst meinen.

Ich werde mir erlauben – ich darf wieder ein bisschen vorgreifen –, zur Landtagssitzung auch hierzu einen Gesetzesinitiativantrag zu stellen. Sie werden ihn wahrscheinlich kennen, denn dieser Initiativantrag wurde 2007 schon eingebracht. Und Sie werden auch schon wissen, von wem, von der ÖVP, von der FPÖ und von den GRÜNEN gemeinsam damals. Der wurde damals natürlich nicht angenommen, weil es eine SPÖ mit absoluter Mehrheit gegeben hat. Na ja, jetzt schauen wir, was passiert, Herr Kollege. Ich bin schon neugierig auf Ihr Abstimmungsverhalten oder auf Ihr Abstimmungsverhalten im Ausschuss. Dorthin kommt der Gesetzesantrag ja auf alle Fälle nach unserer Verfassung.

Ich habe mir erlaubt – ich darf das gleich vorab sagen –, zwei Dinge zu verändern. Zum einen ist das die Zitierung des Gesetzes, denn es gibt inzwischen schon ein anderes Landesgesetzblatt, und ich habe auch den Punkt mit der schnelleren Veröffentlichung der Kontrollamtsberichte herausgenommen. Das haben wir ja Gott sei Dank durchgesetzt, das habe ich daher herausgestrichen. Sonst ist er fast eins zu eins gleich. Ich glaube, es spricht nichts dagegen, dass Sie dem zustimmen. Wir werden mit wirklich großem Interesse Ihr Abstimmungsverhalten dann verfolgen.

Meine Damen und Herren! Es gibt natürlich auch noch viele andere Bereiche – ich habe es vorhin schon gesagt –, die es wert wären, sie vorab in einem Aus-

schuss zu beraten, und die auch zur Änderung oder Novellierung oder zur Überarbeitung anstehen, etwa die Stärkung der direkten Bürgerbeteiligung – das ist zumindest laut Papier auch ein Anliegen der rot-grünen Regierung –, Fragen der Dezentralisierung, vielleicht Evaluierungen in dem Bereich, und Überarbeitung und Optimierung der diversen Geschäftsordnungen, die unseren Arbeiten zugrunde liegen.

Ich hoffe, das speziell von den GRÜNEN ein bisschen mehr Mut an den Tag gelegt wird und dass diese Themen nicht in Arbeitskreise verschoben werden, so wie wir das lesen mussten, und nicht auf den Sankt Nimmerleinstag vertagt werden, sondern dass diese ernsthaft angegangen werden. Und ich fordere Sie dazu auf, hier ernsthaft mit uns gemeinsam zu arbeiten. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich mache darauf aufmerksam, dass die Restredezeit inklusive der Unterbrechung 3 Minuten und 38 Sekunden beträgt.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Vorsitzender. Das ist ja fast schon wie bei den Schirennen. Demnächst gehen wir auf Hundertstel Sekunden.

Ich will nur kurz auf den Kollegen Akkilic eingehen, und zwar nicht deswegen, weil er das Privileg des Erstrederechtes intensiv ausgenutzt hat – das macht der eine oder andere auch –, sondern weil zwei Sachen vorgekommen sind, die ich nicht unwidersprochen lassen will.

Das eine: Er hat uns, ziemlich belehrend eigentlich – um keinen anderen Ausdruck zu gebrauchen –, erklärt, wer Österreich aufgebaut hat. Herr Kollege Akkilic, Österreich gibt es länger als 15 Jahre, und wenn Zuwanderer mitgeholfen haben beim Aufbau Österreichs, dann waren es die Vertriebenen nach 1944 und 1945. Und die haben keine Hilfe und keine Unterstützungen bekommen, im Gegenteil, die wollte man am Anfang sogar abschieben. So schaut die Realität aus!

Zum Zweiten, zum Beitrag der Zuwanderer: Es gibt mittlerweile genügend Untersuchungen, die mit dem Märchen vom übertriebenen Mehrgewinn aufgeräumt haben. Sie brauchen nur zu schauen, wer in Österreich die Spitze bei der Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und beim Bezug der Sozialleistung auf der anderen Seite darstellt. Also da hören wir einmal auf mit dieser Geschichte. Die glaubt Ihnen ohnehin niemand.

Das Zweite ist, dass sie so gern unsere Kultur transformieren würden. Herr Kollege, das sage ich Ihnen, das ist genau nicht, was wir wollen und was wir brauchen. Wir wollen uns auch nicht von Gästen belehren lassen, wie wir uns verändern müssen. Was anderes ist es, wenn jemand Staatsbürger ist, dann kann er mitreden, aber dann darf er sich nicht wundern, wenn das von der Mehrheit der Bürger in diesem Land abgelehnt wird.

Was wir nicht wollen, Herr Kollege, ist nämlich genau das. Wir wollen keinen Religionskrieg importieren. Die Religionskriege haben wir auch gehabt. Das liegt hinter uns, das haben wir überwunden, das brauchen wir nicht noch einmal. Wir haben auch radikale Religionen gehabt,

die wir nicht brauchen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wir wollen – das sage ich Ihnen auch – und wir werden unsere Leitkultur behalten und bewahren. Wir lassen uns auch keine Vorschriften machen, wohin unserer Politiker reisen, denn das ist eh wurscht, ob ein Freiheitlicher nach Bagdad, nach Kurdistan, nach Belgrad, nach Spanien oder nach Israel fährt, wie jetzt, es wird ohnehin von Ihnen grundsätzlich kritisiert und niedergemacht. Sie werden uns keine Vorschriften machen, und wir, Herr Kollege Al-Rawi, werden uns hier durchsetzen.

Und das sage ich Ihnen zum Abschluss auch: Wir setzen auf eine Beibehaltung der bestehenden Leitkultur in diesem Land. Sie, vor allem die SPÖ – die GRÜNEN kann man vergessen, es ist eine Quantité négligeable, aber die SPÖ –, setzen auf die Zuwanderer. Wir setzen auf die Österreicher und auf diejenigen Zuwanderer, die sich bei uns integriert haben, die sich bei uns wohl fühlen und die bei uns auch Karriere gemacht haben. Aber ich sage Ihnen eines: Wir werden siegen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Über Integration ist an und für sich sehr viel gesprochen worden *(GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Aber nicht von Ihnen!)*, aber was die Zukunft ... Herr Al-Rawi, zu Ihnen komm ich dann noch ganz genau. Da gibt es noch einiges. Aber lassen Sie mich jetzt einiges zur Integration sagen.

Was ist jetzt in puncto Integration in Wien passiert? In Wahrheit nichts. Es gibt bis heute keine Integration. Das Einzige, was wir heute gehört haben, war, dass alles wieder einmal typisch schöngeredet worden ist. Alles ist ohnehin Bestens. Aber wie die Wahlen auch gezeigt haben, die Integration war das Thema. Sie haben es bis heute noch nicht begriffen. Ich habe hier vor zirka zwei Monaten auch eine Rede zur Integration gehalten. Sie haben es damals nicht wahrgenommen, ich versuche es heute noch einmal, Frau Stadträtin, denn ich sage immer, das Gute stirbt zuletzt.

Ich werde Ihnen heute zur Integration vielleicht einen der Ihrigen zitieren, der jahrelang oder jahrzehntelang immer nur die Zuwanderung wollte, der damals für die Öffnung war, dass alle hereinkommen sollen, und zwar Herrn Univ-Prof Fassmann. Ich möchte da vielleicht zwei Zitate nehmen, wo man ihn in der Presse fragt: „Wie groß ist das Volumen des Familiennachzugs?“ Fassmann: „Wir haben eine Zuwanderung von 100 000 bis 120 000 pro Jahr. Es gibt aber gleichzeitig eine Abwanderung, sodass der Migrationssaldo bei 40 000 bis 50 000 pro Jahr liegt.“ Dann sagt er weiter: „Die Zahl derer, die auf die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes hin gesteuert zuwandern, sind lediglich 1 000 bis 5000 Personen.“

Frau Stadträtin, ich frage Sie jetzt, ich glaube, da braucht man nicht viel zu rechnen: 45 000 Menschen, die zuwandern, fallen einmal so in die soziale Hängematte in Wien. Das ist das Problem. 45 000 Menschen sind in der

Hängematte. *(GRin Nurten Yilmaz: Herr Kollege, Sie sollten sinnerfassend lesen! Lesen sollte man können!) Sie haben es hier schriftlich. (Beifall bei der FPÖ. – GRin Nurten Yilmaz: Sie sind Stadtrat und können nicht lesen!) Was wollen Sie? Das sind doch Ihre Leute, bitte! Das ist Ihre Integration! (GRin Nurten Yilmaz: Lesen Sie einmal ordentlich! Lesen Sie das Ganze!) Na, melden Sie sich dann zu Wort. (GRin Nurten Yilmaz: Er sagt auch, dass die Integration um vieles besser ist, als Sie das immer darstellen!) Ja. Nicht Genügend! Setzen!*

Weiteres Zitat: „Die Wiener Stadtregierung“, das ist Ihre Regierung, „die Wiener Stadtregierung betont gerne, wie gut die Integration in der Bundeshauptstadt ist.“ Jetzt hören Sie bitte zu: „oder wie gut sie funktioniert, aber es gibt auch offenbar Defizite.“ Wo liegen die? Fassmann: „Wir haben zweifelsfrei hohe Konzentrationen und Ghettoisierungstendenzen in Wien. Von wem soll man Deutsch lernen, wenn der Nachbar oder der Mitschüler nicht deutschsprachig ist und von wem soll man lernen, wie die Normen und Werte der österreichischen Gesellschaft sind.“ Dann sagt er weiter bezüglich Schulen: „Wird das nicht zwangsläufig dazu führen, dass Eltern vermehrt ihre Kinder lieber in eine Privatschule geben?“ Antwort: „Das ist ja oft der Zynismus:“ – und da kommen Sie jetzt darin vor – „Jene, die mit dem Finger auf andere zeigen und meinen, ihr seid ausländerfeindlich, aber die eigenen Kinder“ – an die GRÜNEN gerichtet – „in Privatschulen schicken oder in Bezirken wohnen, wo der Ausländeranteil ein ganz geringer ist, das führt dazu, dass letztendlich die einheimische Unterschicht hier die Auseinandersetzung mit den Zuwanderern erbringen muss.“ – Das sollten Sie sich einmal zu Herzen nehmen, wissen Sie. Das sind ja Ihre Leute, bitte. *(GRin Nurten Yilmaz: Lesen Sie nicht nur Abo-Zeitungen!)* Ja, das sind dann immer Ihre Ausreden, alte Zeitungen und das Ganze – das kennen wir alles. Aber es kommt ja noch dicker, und da frage ich schon, wo ist Ihre Integration der letzten Jahrzehnte geblieben. Sie haben keine gemacht, ganz einfach. Nun, was haben Sie gemacht. *(GRin Nurten Yilmaz: Sie sind gekommen, um uns das zu sagen!)* Ich sage es Ihnen, das ist wichtig, dass ich Ihnen das heute sage, weil puncto Integration sind Sie nicht hörig, Sie wollen es nicht wissen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber weiter, aber weiter, vielleicht ... *(GRin Nurten Yilmaz: Haben Sie noch ein paar Sachen!)* Ja, ich habe noch ein paar Artikel für Sie, sonst glauben Sie es ja nicht, denn wenn man Ihnen was sagt, glauben Sie es ja nicht.

Ich werde Ihnen jetzt die „Kronen Zeitung“ zitieren: „Aufregung um Moslem-Wohnung“, Herr Al-Rawi, das gilt besonders für Sie: „Die ‚Nur-Moslems‘-E-Mail einer Mieterin wurden sogar von einem SPÖ-Abgeordneten ungeprüft weitergeleitet.“ Herr Al-Rawi, was sagen Sie dazu? Sie können sich dann zu Wort melden, 15 Minuten Redezeit. Die E-Mail, die der „Krone“ vorliegt, hat es in sich. Unverblümt wird darin ausschließlich nach einem islamtreuen Nachfolger gesucht. Zitat: „Die ganze Wohnung ist halal – keine Tiere, kein Alkohol, alles ist ganz rein, da dort der Koran sehr viel zitiert wurde.“

Das ist Ihre Integrationspolitik, die Sie leben in Wien.

Ganz einfach, Herr Al-Rawi, Sie wissen es nicht, aber ich werde Sie daran erinnern.

Dann, Herr Al-Rawi. Ich habe einige Fragen an Sie. Da gibt es die islamische Partei, die Hizb ut-Tahrir, die ja sogar in Wien das Kalifat will. Da gibt es sogar ein Zitat in einem der letzten „News“, wo Herr Assem, das ist der Vorsitzende dieser islamischen Partei, interviewt wurde und unter anderem steht hier, wo das „News“ fragt: „Lehnen Sie auch die Österreichische Verfassung ab“. Darauf sagt Assem: „Wir sagen klar, dass die westlichen Verfassungen nicht die unsrigen sind, aber wir streben hier keine Veränderung an.“

Nun, danke schön, danke meine Damen und Herren, dass hier keine Veränderung angestrebt wird, Herr Al-Rawi, ich danke Ihnen.

Weiter: „Haben Sie in Österreich viel Zulauf?“ – „Ja, vor allem bei Einwanderern der zweiten Generation, die hier geboren sind, aber sich nicht willkommen fühlen. Diese jungen Leute suchen nach einer Identität und sie finden sie dann in dem Islam.“ „In Deutschland,“ fragt „News“, „in Deutschland haben Sie seit 2003 Betätigungsverbot, warum.“ Assem: „Ich war damals in Deutschland tätig. Schon nach meinem ersten Vortrag gab es eine wahre Hetzkampagne. Der Grund für das Betätigungsverbot war, dass wir das Existenzrecht Israels abgelehnt haben.“ Und jetzt fragt das „News“ – (*Heiterkeit bei GRin Nurten Yilmaz und GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi.*) nun, das ist nicht zum Lachen, Herr, das ist nicht zum Lachen, (*GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi: Das ist doch irrelevant!*) aber das ist nicht irrelevant, nein, das sind nämlich genau die Vereine und Parteien, die Sie, nämlich der Herr Al-Rawi, unterstützen, meine Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ.*), das ist das Problem. Der Herr Al-Rawi wird hier in Österreich und in Wien zu einem Problem (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weiter: Jetzt fragt man ihn: „In Österreich hatten Sie noch nie Probleme?“ Sagt er drauf: „Nein, hier können wir ungestört tätig sein.“ – Also, Frau Stadträtin, ich würde Sie auch einmal bitten, zu so einem Thema hier endlich einmal was zu sagen. Der Herr Bürgermeister ist heute leider nicht hier, sonst würde ich ihn auch auffordern, dass er einmal dazu Stellung nimmt.

Aber, Herr Al-Rawi, vielleicht, oder besser gesagt, Herr Abgeordneter von den GRÜNEN, Herr Lobo, Sie haben hier vorher irgendwas von Nazis gesagt, ich habe das nur beiläufig vernommen. Jetzt meine Frage an Sie oder an Herrn Klubobmann Ellensohn, vielleicht sagen Sie etwas dazu: Es hat doch, und das habe ich auch thematisiert, am Ballhausplatz eine Demonstration gegeben, wo Sie, Herr Al-Rawi, auch teilgenommen haben und wo Sie einer der Hauptredner waren, und auf Transparenten wurde geschrieben: „Hitler wach auf“. – Was sagen Sie eigentlich dazu als kleiner Regierungspartner zu diesem Thema. Ist das jetzt Usus in Wien, darf man das, oder goutieren Sie das? Na, wenn Sie was dagegen haben, bitte, kommen Sie heraus und sagen Sie es. Ist es jetzt Usus, dass man in Wien Transparente haben darf, wo „Hitler wach auf“ steht, auf Judensternen oder am Davidstern drauf Hakenkreuze gemalt sind. Das ist Ihre Politik? Sie setzen sich mit solchen Leuten wie

Herrn Al-Rawi in ein Boot. Eine Schande für Sie, meine Damen und Herren, eine Schande. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und ich sage Ihnen auch eines, Herr Al-Rawi, weil Sie ja gar immer so von nichts wissen. Der Kultusgemeinde gebe ich vollkommen recht. Die haben ja sogar eine Aussendung gemacht, wo sie Sie zitieren mit „Mein Name ist Hase.“, weil wenn man Sie fragt, wissen Sie nie von irgendwas. Das ist für Sie einmal typisch. Nun, da ist das Zitat, da ist es. Sagen Sie es Herrn Muzicant, er nennt Herrn Omar Al-Rawi „Mein Name ist Hase.“ Ich will Ihnen das Ganze nicht vorlegen, weil Sie haben ja nicht einmal gewusst, dass Sie einen Antrag bei der IHH gestellt haben da herinnen für die Gaza-Flotte, damals gleich für eine Verurteilung von Israel. Da haben Sie ja auch nichts gesagt. Da haben Sie ja auch plötzlich von nichts mehr gewusst. Da drinnen steht es, also Ihr Name ist in Zukunft Hase, denn Sie wissen von nichts, Herr Al-Rawi, (*Beifall bei der FPÖ.*) und das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und an den großen Regierungspartner richte ich ein Wort, das ich heute auch schon einmal gesagt habe, aber weil die Hoffnung zuletzt stirbt, so sage ich es wieder: Sie haben keine Integrationspolitik, machen Sie doch endlich eine, hören Sie nicht auf diese Leute in Ihrer Partei, das ist Ihr Untergang und der Untergang der Wiener und Wienerinnen und unserer Jugend auch noch dazu, meine Damen und Herren. Ändern Sie Ihre Politik. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr GR Al-Rawi gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Danke, Herr Vorsitzender!

Herr StR Lasar hat in seiner Ansprache behauptet und hat einen Herrn Shaker Assem zitiert als Sprecher der Hizb ut-Tahrir und hat gesagt, das sind die Vereine, die von Herrn Al-Rawi unterstützt werden.

Das ist einfach unwahr und unrichtig und ich habe mit dieser Partei, die nicht einmal registriert und außerdem illegal ist, nicht im Entferntesten irgendwas zu tun. Da gibt es keine registrierte Partei, das ist einer, der sich in die Medien drängt. (*StR David Lasar: Also, warum schreiten Sie nicht gegen diese Moslems ein, sondern schauen immer in die falsche Richtung!*) Immer, Herr Lasar, immer haben wir uns von solchen Leuten distanziert und haben mit denen überhaupt nichts zu tun, das wissen Sie ganz genau, und diese Behauptung, dass sie von mir unterstützt werden, ist einfach unwahr und falsch.

Die zweite tatsächliche Berichtigung, und das hier für alle Mal und für Sie, auch wenn Sie es hundert Mal wiederholen, Herr StR Lasar: Die Demonstration, auf der das Plakat „Hitler wach auf“ aufgetaucht ist, ist eine wilde Demonstration gewesen, die nichts mit der Demonstration zu tun gehabt hat, wo ich war, und wo ich dort die Rede gehalten habe. Das wissen Sie und Sie behaupten das immer wider besseres Wissen, dass ich auf dieser Demonstration war. Ich war auf dieser Demonstration nicht, das wissen Sie, das behauptet nicht einmal die

Kultusgemeinde, und Sie behaupten es immer wieder.

Und wenn man das tut, macht man das entweder böswillig, oder Sie wollen es nicht kapiieren, dann kann man Ihnen gleich die beiden Daten sagen. Das sei hier für allemal gesagt, und das Dritte: Nur wenn Sie irgendeinen Zeitungsartikel lesen und sei es aus dem „Kurier“, heißt es noch lange nicht, dass alles Zitierte auch richtig ist. Und wenn Sie behaupten, dass die IKG, Herr Fastenbauer war es, der „Mein Name ist Hase“ gesagt hat, dann sagen Sie auch dazu, dass sich die IKG immer von Ihnen, von Ihrer Partei, von Ihrer Israel-Lösung, von allem scharf distanziert und die sagt, von solchen Leuten wie Sie und von einer Partei, die keine Abgrenzung zu Kellernazis hat, von der distanzieren wir uns. Sie brauchen mich da nicht belehren, was die IKG da sagt. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze: Was haben radikale, religiöse Organisationen und Vereine und Rechtsextreme gemeinsam? Sie berufen sich auf Hitler. In welcher Partei sind die meisten Rechtsextremen in Österreich zu Hause? In der FPÖ, zweifelsfrei. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Gestern ist Kollege Eisenstein herausgekommen und hat über Friedhofsschändungen geredet. Welche Friedhöfe werden in Österreich am meisten geschändet? Jüdische Friedhöfe. Von wem werden diese Friedhöfe am meisten geschändet, von Muslimen oder von Rechtsextremen? Von Rechtsextremen. In welcher Partei finden sich die meisten Rechtsextremen? Eindeutig in der FPÖ, mit Abstand.

Und das Geschichtsverständnis des Herrn Jung. Wir machen einen Test. Ich mache einen ganz einfachen Test mit Ihnen. Wer von Ihnen glaubt an die Existenz von Gaskammern? Wer? Zeigen Sie auf. Glauben Sie an die Existenz von Gaskammern? (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Glauben Sie daran!*) Bringen Sie es nicht einmal zusammen aufzuzeigen und zu sagen, ja, ich glaube, (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich zeige Sie an!*) ich zweifle nicht an der Existenz von Gaskammern, *(Beifall bei den GRÜNEN.)* ich bin überzeugt davon, es hat sie gegeben. In der FPÖ, ich nehme zur Kenntnis, in der FPÖ schafft es kein einziger Mandatar auf die einfache Frage, glauben Sie an die Existenz von Gaskammern ...

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Kollege Margulies! Kollege Margulies, es ist hier nicht der Raum, um Abstimmungen zu machen.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*fortsetzend*): Das ist nicht eine Abstimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Bitte ja, also das ist ein ...

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*fortsetzend*): Das ist eine Schreierei bei der FPÖ drüben, wo anscheinend keiner bereit ist zu sagen, nun selbstverständlich hat es Gaskammern gegeben, (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ich zeige Sie heute noch an!*) viel mehr haben wir das krude Geschichtsverständnis der FPÖ, dass die erste Aufbaugeneration die Vertriebenen waren, nämlich

die von der Roten Armee Vertriebenen waren die erste Aufbaugeneration. Die Nazis, die halb Europa überfallen und unterjocht haben, Konzentrationslager geschaffen, Millionen von Menschen umgebracht haben ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Wer, die Heimatvertriebenen, Sie sind ja wirklich auf dem Mond!*) Das darf ja nicht wahr sein. Wenn ich sage, die Nazis haben Millionen von Menschen umgebracht, schüttelt der Kollege Jung den Kopf. Muss man da noch weiterreden? Das ist sozusagen das Geisteskind der FPÖ. Danke, diese Partei, da hat mein Kollege Ellensohn recht, ist mehr als nur überflüssig. Danke sehr. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Frauenberger. Ich erteile es ihr. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Eine Wortmeldung, bitte!*) Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor, tut mir leid, die Frau Stadträtin ist am Wort. Die Frau Stadträtin ist am Wort. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Zur Geschäftsordnung!*) Gut, offensichtlich hat es ein Kommunikationsproblem gegeben. Herr Gudenus hat sich zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es soll auch nur eine kurze Wortmeldung sein, damit wieder etwas Entspannung hier im Gemeinderat eintritt. Ich möchte gar nicht eingehen auf etwas übertriebene Aussagen eines möglicherweise Nachfolgers von Turnschuh-Joschka Fischer, des Herrn Margulies, sondern darf nur ganz trocken und nüchtern die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichtes des Jahres 2009 zitieren, wo ganz klar darin steht: „Welche radikalen Strömungen in Österreich sind besorgniserregend und welche radikalen Strömungen in Österreich steigen und gewinnen an Zulauf? Da ist einmal einerseits die Strömung des radikalen Islamismus, die immer mehr Besorgnis erregt auch in Österreich, wo ganz klar auch nachgewiesen wird, dass Rekrutierungen stattfinden für diverse Terrorcamps in nichteuropäischen Ländern, in Afghanistan, Sudan oder sonst wo.“ Das steht einmal expressis verbis im Verfassungsschutzbericht 2009 drinnen. Das heißt, der Islamismus in Österreich ist steigend und entwickelt auch immer mehr an Sorgen und Problemen.

Die zweite Richtung, die hier im Steigen begriffen ist, ist der Linksextremismus. Es wird ganz klar im Verfassungsschutzbericht 2009 erwähnt, dass es immer mehr Vorfälle gibt, immer mehr auch rechtswidrige Vorfälle, Delikte gibt, straffällige Menschen gibt, die ganz klar unterzuordnen sind linksextremen Strömungen und die Strömung, die am kleinsten ist und am wenigsten besorgniserregend ist, aber von der wir uns trotzdem ganz klar als Freiheitliche distanzieren, das ist der Rechtsextremismus. Soviel zum Verfassungsschutzbericht 2009. Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: So. Nachdem jetzt keine andere Wortmeldung wie die der Frau Stadträtin vorliegt, erteile ich nun der Frau Amtsf StRin Frauenberger das Wort.

Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorschlag, Budget, Zukunft. Und das ist genau

das, worum es heute hier geht und womit ich mich auch beschäftigen möchte im Zusammenhang mit meiner Geschäftsgruppe, mit der Zukunft und nicht mit der Ewiggestrigkeit. Ein Teil der Zukunft dieser Geschäftsgruppe ist ein neuer Teil in unserer Geschäftsgruppe, nämlich die MA 14, die dazugekommen ist. Eine Abteilung mit über 400 Beschäftigten, mit einem sehr hohen Budget, das wir in den nächsten fünf Jahren dafür natürlich verwenden werden, dass auf der einen Seite die Wahrnehmung der Gesamtverantwortung für den IKT-ADV-Bereich innerhalb der Stadt gegeben ist, aber natürlich auch dafür verwenden werden, dass wir unsere Spitzenstellung weiter einnehmen können, wenn es darum geht, behördliche Dienstleistungen auch über das Internet öffentlich zugänglich zu machen, und zwar barrierefrei. Ich möchte die MA 14 in der Geschäftsgruppe herzlich willkommen heißen und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir viel zuwege bringen werden, weiß auch, dass wir viele Themen haben, die wir auch im Regierungsübereinkommen hier schon festgeschrieben haben, und ich freue mich auch auf die gute Zusammenarbeit und darauf, diese einzelnen Punkte anzugehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ja, genau, herzlich willkommen.

Ein weiterer Punkt der mir sehr wichtig ist, ist der Punkt der Lesben- Schwulen- und Transgender-Arbeit in unserer Stadt. Wir haben hierzu ein ganz ein klares gesellschaftspolitisches Ziel, nämlich, dass wir in dieser Offenheit mit einem gegenseitigen Respekt leben und dass in dieser Stadt jede und jeder ihr Lebens- und Liebesmodell so leben können, wie sie oder er das möchte. Und das ist nicht so leicht dahingesagt, sondern die gesamte Politik der Stadt ist von diesem Ziel und von dieser Haltung auch getragen, und so haben wir uns auch vorgenommen, in einem Vertrag für Vielfalt und Akzeptanz gemeinsam gegen Homophobie zu arbeiten, uns gemeinsam des Themas der Regenbogenfamilien anzunehmen, weiter dafür zu kämpfen, dass es eine tatsächliche Gleichstellung mit der Ehe gibt und dass wir auch natürlich in allen Bereichen, auch in diesem Themenfeld, unsere Diversitätspolitik durchsetzen und umsetzen möchten. Das ist ein großes Vorhaben, wo wir uns einzelne Punkte vorgenommen haben, in denen wir im Bereich der Schulung, der Beratung weiter ausbauen werden und wo wir erstmals auch einen Kleinprojektor installiert haben, um Initiativen und innovative Ideen auch entsprechend unterstützen zu können, die dazu beitragen, unser Ziel im Lesben- und Schwulenbereich auch tatsächlich erreichen zu können.

Zum Themenfeld Integration möchte ich vielleicht heute einmal mehr mit etwas beginnen, was ich hier immer wieder betone: Allen, die geunkt haben und gemeint haben, wenn Rot-Grün jetzt gemeinsam in der Regierung sitzen und Integrationspolitik gestalten, dann wird die Zuwanderung ufer- und grenzenlos, denen sei ins Stammbuch geschrieben: Die Regelung darüber, wie viele Menschen woher in welcher Form kommen können, ist eine Bundeskompetenz und keine Landeskompetenz. Dass es so geregelt ist, wie es geregelt ist, ist etwas, was Wien sehr zu schaffen macht, deswegen haben wir

auch in einem breiten Bündnis die Zuwanderungskommission eingesetzt und diese Zuwanderungskommission erarbeitet jetzt auch auf Basis der Rot-Weiß-Rot-Card das Wiener Modell der Rot-Weiß-Rot-Card, wo wir klar darstellen, dass wir eine geregelte, eine transparente Zuwanderung brauchen und wollen, dass diese aber nach Kriterien und nicht nach Quotensystem geleitet sein soll. Das beinhaltet die Rot-Weiß-Rot-Card in der Form noch nicht so, wie wir uns das vorstellen, aber trotz allem auch im Sinne dessen, was heute wiederum diskutiert wurde. Es ist ganz besonders wichtig, einen wesentlichen Beitrag zur Versachlichung zu leisten und es ist auch wesentlich zu sehen, wo die Dinge hingehören. Wir in Wien haben unseren eigenen Weg und haben mit der Zuwanderungskommission, denke ich mir, erstens den Beitrag zur Versachlichung geleistet, aber zweitens auch natürlich schon sehr gute Punkte erarbeitet, wie wir in dieser Stadt mit diesem Themenfeld auch weiterkommen.

Deswegen sind die Zuwanderungskommission und diese klare transparente Regelung auch das Fundament unserer Integrationspolitik, das gekoppelt ist mit einer integrationsbegleitenden Maßnahme, nämlich mit „Start Wien“, und hier ist einmal mehr gesagt, „Start Wien“ wird von 90 Prozent aller ZuwanderInnen in Anspruch genommen. Und weil wir wissen, dass sich das Bild der Zuwanderung mittlerweile aber massiv verändert hat, dass die Zuwanderung nicht mehr aus dem Bereich der Drittstaaten erfolgt, sondern dass die Zuwanderung aus dem Bereich der Europäischen Union stattfindet, werden wir „Start Wien“ ab Mitte Jänner auch für die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in unserer Stadt ausweiten. Es ist natürlich die größte Gruppe der EU-BürgerInnen, die zu uns kommen, Deutsche. Die haben weniger Spracherwerbsprobleme, aber auch für die ist dieses Programm gedacht, denn „Start Wien“ macht ja mehr aus als das Deutschprogramm. „Start Wien“ macht auch aus, dass wir in verschiedensten Modulen die Menschen in ihrem eigenen individuellen Integrationsprozess begleiten.

Was heißt das: Wir reden mit ihnen darüber, wie wir hier in dieser Stadt zusammenleben, wie wir wohnen, wie das Gesundheitssystem funktioniert, wie der Arbeitsmarkt funktioniert, wie sie ihre Qualifikationen in den Arbeitsmarkt einbringen können, wie das Bildungssystem funktioniert, alle diese Aspekte, die einfach wichtig sind, um einen guten Einstieg in eine Stadt zu bekommen. Ja, denn der ist der Garant dafür, dass ein sozialer Aufstieg erfolgen kann, und der soziale Aufstieg, das heißt, der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft, ist wiederum der Garant dafür, dass es ein friedliches Zusammenleben gibt. Und dafür gilt es immer zu kämpfen, immer, und das ist „Start Wien“. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Aber wir haben im Integrationsbereich noch viel anders vor, und es ist heute hier schon einige Male angesprochen worden: Ja, wir werden eine Charta des friedlichen Zusammenlebens in dieser Stadt gemeinsam erarbeiten. Die kann man deshalb nicht im Internet nachlesen, weil sie ein Prozess ist, der gemeinsam von allen Wienerinnen und Wienern erarbeitet wird. Ich denke mir,

das ist ein sehr spannendes Projekt, das wir da vorhaben, aber es ist ein Projekt, das ein Stück Verbindlichkeit auf der einen Seite erzeugen soll und auf der anderen Seite auch einen wesentlichen Beitrag in Richtung Klarheit leisten kann. Das Zusammenleben ist nichts, was man verordnen kann, für das gibt es natürlich auch kein Patentrezept, aber diese Charta ist, denke ich mir, ein ganz ein guter Weg zu versuchen, alle in diesen Prozess hineinzubringen und alle davon zu überzeugen, dass der Dialog der einzige Weg ist, um auf der einen Seite Vorurteile abzubauen, aber auch auf der anderen Seite sich näherzukommen und im nachbarschaftlichen Sinn in dieser Stadt auch entsprechend zusammenleben zu können. Der Chartaprozess ist geplant, er wird mit dem nächsten Jahr beginnen.

Wir beginnen einmal damit, in einer ExpertInnenrunde darauf zu schauen, welche Rechte, welche Pflichten unteilbar sind und wie kann man sie so formulieren, dass sie von uns allen akzeptiert werden und auch von uns allen verstanden werden. Und dann, in einer weiteren Folge, möchten wir diesen Prozess aufmachen und möchten mit den Wienerinnen und Wienern gemeinsam daran arbeiten, was ihnen in der Gestaltung des Zusammenlebens wichtig ist. Das ist der Chartaprozess.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Integrationspolitik wird sein, in der Säule Sprache nicht neue Wege zu gehen, was die Sprachmaßnahmen an sich betrifft, denn hier sind wir sehr gut aufgestellt, haben gute Fördermöglichkeiten, haben sehr zielgruppenorientierte Sprachmaßnahmen, sondern es wird darum gehen, in unserem Integrations- und Diversitätsmonitor auf der einen Seite Indikatoren zu setzen, die es uns möglich machen, den Sprachstand zu erheben, auf der anderen Seite möchten wir eine großangelegte Evaluierung aller Sprachmaßnahmen vorgeben, was bedeutet, pädagogische, didaktische Vorgehensweise, was bedeutet, die Rahmenbedingungen der einzelnen Sprachmaßnahmen und auch die Erfolgsquoten dieser Sprachmaßnahmen, und auf der dritten Seite wird es darum gehen, dann zu schauen, welche Rahmenbedingungen wir brauchen, wissend aus den Indikatoren und aus unserem Monitor, um eines zu erreichen was ganz besonders wichtig ist, und was „Start Wien“ natürlich nicht erreichen kann, weil „Start Wien“ die NeuzuwanderInnen erreicht und nicht die Menschen, die seit 30 Jahren hier leben und sich über das GastarbeiterInnenmodell, das vollkommen integrationsunbegleitet war, hier niedergelassen haben, sodass wir damit diese Menschen, die schon lange hier leben, zumindest in die Lage bringen, alltagstaugliches Deutsch zu sprechen und so gewährleistet wird, dass alle miteinander reden können, denn wir wissen, die Sprache ist der Schlüssel zur Integration und zu dieser gehört eben der soziale Aufstieg, dazu gehört die Partizipation, und das alles ist getragen natürlich von unserem Integrationskonzept, das, wie schon erwähnt, hier das Fundament hat. Das hat die vier Säulen Sprache, Arbeitsmarkt, Bildung, Messbarkeit und das Zusammenleben, und die Charta wird im Zusammenlebensbereich ganz besonders wichtig sein, der Monitor, was die Sprache betrifft, die Sprachmaßnahmen selber, und drauf liegt eben dieses

Dach. Dieses Dach, in dem sich diese Stadt ganz klar bekennt zu einem respektvollen Zusammenleben, indem alle Menschen die gemeinsame Sprache Deutsch sprechen, getragen aber von einer ganz klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, das einmal mehr. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte noch zum Kapitel Frauen sagen, dass es immer wiederum ein Thema ist, was die Budgetierung der MA 57 betrifft. Natürlich sind sehr viele Abteilungen, und gerade solche, die sich mit gesellschaftspolitischen Themen auseinandersetzen, Abteilungen, die auch Querschnittsthemen behandeln. So ist es einfach so, dass wir in der MA 57 ein Budget von 9,746 Millionen haben, aber darüber hinaus gibt es in jeder Geschäftsgruppe ganz großartige frauenfördernde Maßnahmen und Projekte, ob das jetzt der FemPower Call ist, ob das jetzt Cure ist, mit seiner feministischen Kunstförderung, ob das das Frauengesundheitsprogramm ist, ob das Mädchen-Empowerment in den Schulen ist, ob das Frauen-Town Planen und Wohnen ist, oder ob es die gegenderte Verkehrsplanung ist, all diese Punkte werden dann eben nicht aus dem Frauenressort her finanziert, tragen aber wesentlich dazu bei, dass wir unser Ziel, unser frauenpolitisches Ziel, erreichen, nämlich sicher, selbstbestimmt und unabhängig zu sein. Und genau in diesen drei Feldern bewegt sich auch das Programm, das Budget für 2011. Denn sicher geht es darum, das dichte Gewaltschutznetz weiter auszubauen und es ist heute schon gesagt worden, wir haben viele Übergangswohnungen geschaffen, die wichtig sind für die Frauen, wenn sie aus den Frauenhäusern rausgehen und aus der Gewaltspirale raustreten in ein eigenständig existenzgesichertes Leben. Diese Übergangswohnungen sind mittlerweile 52, das ist sehr gut, dieses Ziel haben wir uns gesteckt mit 50, um 2 sind es sogar mehr geworden.

Es geht aber auch darum, neue Themen in der Gewalt aufzugreifen. Das Thema der sexualisierten Gewalt ist ein Thema, das nach wie vor ein unglaubliches Tabu in unserer Gesellschaft ist. Selbst die Frauen, die ins Frauenhaus kommen, klagen natürlich über massive körperliche Gewalt, über psychische Gewalt, aber das Thema der sexualisierten Gewalt, gerade auch in Partnerschaften, ist ein Thema, das sich wirklich noch nach wie vor absolut im grauen Bereich befindet.

Da muss man den Frauen noch mehr Mut machen, man muss sie absolut empowern um aus diesen Gewaltspiralen hinauszukommen und auch den Mut zu fassen, gegen die sexualisierte Gewalt in der Partnerschaft auch aufzutreten. Da wird es eine Studie geben und da wird es viel Unterstützung geben. Weitere Formen der Gewalt wie Pornographie oder auch die sexistische Werbung stehen im Jahr 2011 auf unserer Agenda zur Bekämpfung. Bei „Selbstbestimmt“ haben wir unter dem Motto „Frauen bestimmen ihre Rolle selbst.“ sehr viele Programme. Das möchte ich jetzt hier gar nicht alles ausführen, aber was ich im Zusammenhang mit „Selbstbestimmt“ sagen möchte, ist, dass wir am 8.3.2011 den 100. Internationalen Frauentag haben, und da wird es sehr stark darum gehen, sich mit dem gesamten Kom-

plex der Frauenrechte auseinanderzusetzen und viele Maßnahmen, viele Aktionen zu setzen, die sich auf der einen Seite historisch damit befassen, aber auf der anderen Seite ganz klar auch im Sinne des feministischen Befreiungskonzeptes Akzente zu setzen, die es 2011 nach wie vor braucht, um Frauen auch tatsächlich in dieser Gesellschaft gleichstellen zu können.

Unabhängig vielleicht noch die Koppelung der betrieblichen Frauenförderung an die öffentliche Auftragsvergabe: Das haben wir in einem rot-grünen Projekt begonnen, werden es 2011 weiter aufrollen, und dazu haben wir auch Pläne. Das schauen wir uns auch noch an, wie wir hier zusätzlich die Betriebe unterstützen können und ich kann nur jetzt schon einmal allen, die sich so wahnsinnig davor gefürchtet haben, was das für Auswirkungen hat, sagen, es funktioniert sehr gut, und das Schöne ist, dass es für viele Wiener Betriebe selbstverständlich ist, hier auch ihre Punkte einzubringen und ihre Frauenfördermaßnahmen auch entsprechend zu formulieren.

Die Prostitution, wenn ich die hier gleich anschließen kann: Wir haben ein Sieben-Punkte-Programm gemacht, das wir dotiert haben, ein Punkt davon ist jetzt abgeschlossen, das ist der Feldversuch. Es bleibt bei dem, was ich versprochen habe, es gibt jetzt einmal eine Reflexion dieses Feldversuches. Ich selbst habe ja schon in einer Presseaussendung gesagt, dass er nicht funktioniert hat (*GR Mag Dietbert Kowarik: Vor zehn Jahren hat das begonnen!*) und nach dieser Reflexion werden alle Parteien eingeladen, gemeinsam darüber nachzudenken, wie das neue Gesetz ausschauen wird und das wird nicht zehn Jahre dauern, sondern das wird relativ rasch am Anfang des nächsten Jahres durchgezogen werden müssen, denn ich glaube, die Anrainerinnen und Anrainer haben sich, sozusagen, bevor die nächste warme Phase kommt, eine Antwort von uns auch verdient, und die verspreche hier von dieser Stelle aus. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Das hätten Sie schon vor zehn Jahren machen können!*)

Ein Punkt zum Abschluss: Märkte, ist gesagt worden, da sind wir gut unterwegs, KonsumentInnenschutz, Lebensmittel und Sicherheit haben wir weiter ausgebaut. Fahren wir einfach den Fahrplan weiter, den wir in unserer Projektgruppe gehabt haben und wo wir auch die Umstrukturierungen schon im vergangenen Jahr durchgeführt haben, aber das haben wir ohnedies beim Rechnungsabschluss schon besprochen.

Kommen wir also zum Personal: Ich sehe das nicht so, dass wir in diesem Personalbereich, in diesem Kapitel Personal im Regierungsübereinkommen nicht konkret geworden sind, sondern ganz im Gegenteil, aber es war jetzt vor Kurzem die Wiederholung von „Täglich grüßt das Murmeltier“, und da habe ich an dich denken müssen, lieber Wolfgang. Dieses Match haben wir hier immer, wir arbeiten immer mit unterschiedlichen Zahlen, aber was ich weiß, und das ist etwas, was uns, glaube ich, hier in diesem Saal alle gemeinsam ausmacht, das ist, wir handeln hier alle im Interesse unserer Beschäftigten, und das ist ganz besonders wichtig. Wir haben eine hervorragende Arbeit in der Magistratsabteilung 3, wo es

um die Gesundheitsförderung für unsere Beschäftigten geht, wo wir gute Erfolge haben und was das Schöne ist, das Programm wird auch unglaublich gut und engagiert von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angenommen. Wir haben uns vorgenommen, im Bereich der Einkommenstransparenz vieles zu machen. Natürlich haben wir uns im Bereich der Rückkehrmöglichkeiten bei Pensionierungen auf Grund von Krankheit auch angeschaut, einige Schritte zu setzen. Wir haben viele, sehr konkrete Maßnahmen vor, wir haben interne Arbeitsmarktprojekte vor, wir haben uns auch hinsichtlich der Karenzzeit von Müttern und Vätern einiges vorgenommen.

Also, das Programm 2011 im Personalbereich ist ein sehr dichtes, und es ist auch getragen von einer Haltung und von dieser Fürsorgepflicht und einer sozialen Kompetenz gegenüber unseren MitarbeiterInnen, denn sie sind es ja letztendlich, die diese hervorragende Arbeit in dieser Stadt verrichten, sie sind es, die es möglich machen, dass diese Stadt so gut verwaltet ist und ich denke mir, wenn wir heute darüber gesprochen haben, wo sind in welchen Statistiken welche Berufsgruppen angenommen und welche nicht: Tatsache ist, dass es eigentlich egal ist, jede Frau und jeder Mann, der in dieser Stadt hier Arbeit leistet, leistet diese Arbeit ganz hervorragend, sie verwalten unsere Wohnungen, sie schulen unsere Kinder, sie pflegen unsere Angehörigen, Alten oder Kranken, sie räumen unseren Müll weg, sie säubern unsere Straßen, sie transportieren die Wienerinnen und Wiener, ich könnte hier jetzt eine endlose Liste aufzählen, sie schmücken unsere Stadt mit wunderschönen Blumen, sie gießen unser politisches Programm in Zahlen, weil an diesem Voranschlag haben ja ganz viele Hände und Köpfe gearbeitet, damit er zustandekommt, und so ist diese Stadt verwaltet. Sie beraten unsere Menschen, sie servizieren die Wienerinnen und Wiener und dafür möchte ich mich bei ihnen zum Abschluss, ganz herzlich bedanken, ich möchte mich bei meiner Geschäftsgruppe bedanken, bei meinem Büro, bei den wunderbaren Dienststellenleiterinnen und Dienststellenleitern, die ich habe, aber eben beim gesamten Personal und ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, ihnen allen und ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest zu wünschen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft, und ich darf Herrn Stadtrat bitten, Platz zu nehmen. Danke schön. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb, ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Seit Jahren nun lobt sich Kulturstadtrat Mailath-Pokorny für die immer wieder erhöhten Mittel im Kulturbereich, und unterstützt wurde er dabei beharrlich von seinem Vasallen Kollegen Woller, für den in der Kultur-

politik Wiens sowieso immerzu alles super ist, der nie verstanden hat, warum man es überhaupt gewagt hat, daran Kritik zu üben. Doch heuer finden sich erstmals wirkliche Einsparungen im Kulturbudget. Nun kann man sagen, dass ein Rückgang von 1,2 Prozent nicht unbedingt dramatisch ist, angesichts der ständig steigenden Budgets der letzten Jahre und der herrschenden Wirtschaftskrise, die es zu überwinden gilt. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass Kollege Woller auch dafür Superlativen finden wird, dem diesjährigen Budgetentwurf zu huldigen.

Es wird ihm ja neuerdings ein Knappe zur Seite gestellt, nämlich Kollege Klaus Werner-Lobo von den GRÜNEN, der sich in letzter Zeit mit geradezu atemberaubenden, intellektuellen Verrenkungen für Zahlungen aus der öffentlichen Hand für das Großkapital begeistern kann. Aber wenn man einen genaueren Blick auf das Budget wagt, dann findet man durchaus Dramatisches: 31 Prozent Einsparungen im Bereich sonstige kulturelle Maßnahmen. Es stellt sich allerdings schon die Frage, was das Budget eigentlich wert ist, angesichts solch angeblicher Reduzierungen, wenn man gleichzeitig weiß, dass schon die laufenden, absehbaren jährlichen Kosten diesen Posten sprengen werden, als da wären: die Ronacher-Sanierung 2,8 Millionen, Sanierung des Jüdischen Museums 1,8 Millionen, Sanierung Sophiensäle 2 Millionen, das Museumsquartier, das Haus der Musik, Mozarthaus, Planet Music, Donauinselfest, Rahmenbeitrag für interkulturelle Angelegenheiten, und so weiter und so weiter, und wenn ich nur diese immer wiederkehrenden Ausgaben zusammenrechne, komm ich locker auf über 13 Millionen bei einem budgetierten Betrag von 11 Millionen. Und da sind so Kleinbeträge zwischen 20 000 und 400 000 EUR wie zum Beispiel Kabelwerk, Verein Ost, Filmarchiv der Wiener Arbeiterbewegung, Verein Sammlung Rotes Wien und andere in der Vergangenheit aus dieser Position bedachten Institutionen noch gar nicht enthalten.

Ich frage mich, wie soll sich das alles ausgehen, und ist das Budget möglicherweise nicht einmal das Papier wert, auf dem es gedruckt wurde. Wenn man nun behauptet, dass das Budget die in Zahlen gegossene Politik ist, dann steht das Kultur- und Wissenschaftsbudget abgesehen von der durchaus respektablen Erhöhung im Bereich der Förderung für Forschung und Wissenschaft, für Phantasie- und Mutlosigkeit, setzt keinerlei neue Aspekte und lässt befürchten, dass jene auch von den Wiener GRÜNEN immer wieder geforderten Akzente auch diesmal nicht gesetzt werden.

Beispiel Musikschulen: Auch wenn der Musikschulbereich zwar nicht im Ressort Kultur verwaltet wird - wobei man endlich auch darüber ernsthaft diskutieren müsste, aber aus den hochfliegenden Plänen, die die GRÜNEN beispielsweise im Ausbau des Musikschulwesens hatten, blieb im Regierungsübereinkommen nur ein mattes Bekenntnis zum vielfältigen musikalischen Angebot für Kinder und Jugendliche, na bumm, und lediglich die Ansage, an allen neun Schulstandorten die Musikschulen als fixen Bestandteil der Angebotspalette etablieren zu wollen.

Wo bleiben also Ihre Forderungen wie die Verdoppelung der Plätze an bestehenden Wiener Musikschulen, wo die Forderungen nach zusätzlichem Lehrpersonal, der zusätzlichen Errichtung von Zweigstellen in den Bezirken 1, 4, 6, 7, 13, 14 und 18, wo die Aufnahme des Faches Neue Medien oder die Forderung nach neuem Lehrpersonal, das musikalisch multimediale Computeranwendungen beherrscht, oder auch nur nach Schaffung besserer technischer Infrastruktur für die Musikschulen, von der Forderung, im Tröpferbad Weisselbad in Floridsdorf einen neuen Musikschulstandort zu errichten, ganz abgesehen?

Aber ich gebe Ihnen heute die Chance, dass Sie das, was Sie selbst noch im Juni gefordert haben, heute in Regierungsverantwortung umsetzen können. Daher habe ich mir erlaubt, Ihre Anträge vom Juni wortgleich, damit es dann auch keine Ausreden auf Formulierungsunterschiede gibt, heute hier einzubringen. Wir stellen daher folgende Anträge:

Zunächst der Antrag auf Verdoppelung der Plätze an bestehenden Musikschulen und der Einstellung von dafür notwendigem zusätzlichem Lehrpersonal. *(Beifall bei der ÖVP, wird aber von der Rednerin abgewehrt.)* Kommen eh noch ein paar. Dann jener Antrag, der ebenfalls von Ihrer Fraktion erst im Juni dieses Jahres erstellt wurde und den Neubau der Musikschule Tröpferbad Weisselbad in Floridsdorf und die Errichtung von Musikschulen in jenen Bezirken vorsieht, in denen es bislang keine gab.

Und schlussendlich den Antrag, der die Aufnahme des Faches Neue Medien in den Lehrplan mit der gleichzeitigen Forderung, dafür die entsprechende technische Infrastruktur herzustellen, fordert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nachdem ich jetzt davon ausgehen kann, dass Sie ja Ihren eigenen Anträgen zustimmen werden, darf man nunmehr hoffen, dass da endlich etwas weitergeht. *(GR Ernst Woller: Eine Missstimmung in der ÖVP, das ist ja schlimmer als bei einem Begräbnis!)* Und von euch ist keiner da, was ist jetzt schöner. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Aber Sie können ja dann selbst heraußen sprechen, ich glaube, Sie sind doch zum Wort gemeldet, Sie können sich ja dann dazu äußern.

Ich bin mir ebenfalls sicher, dass diesen Anträgen auch von der FPÖ zugestimmt wird, weil sie das ja im Juni getan hat. Und damit haben wir heute hier endlich die Gelegenheit, eine Mehrheit für diese Anträge zu bekommen.

Aber es gibt auch das zarte Pflänzchen Hoffnung, zum Beispiel im Bereich Kino, der nun aber sicher zum Kulturressort gehört.

Sie von den GRÜNEN – es ist leider auch keiner mehr da, oh ja, Kollege Werner-Lobo ist noch da – haben eine Investitionsförderung für die Klein- und Mittelkinos verlangt, damit diese den Umbau auf die technischen Neuerungen der Digitalisierung schaffen. Obwohl die SPÖ diesen Antrag noch im Juni abgelehnt hat, findet sich dieser nun im Regierungsübereinkommen wieder. Aber auch hier helfen wir gerne bei der Beschleunigung der Umsetzung und stellen daher den Antrag auf Investitionsförderung für Klein- und Mittelkinos, der eben-

falls im Juni von Ihrer Fraktion gekommen ist (*Beifall bei der ÖVP.*) - In formeller Hinsicht beantragen wir ganz im Ihrem Sinne natürlich auch die sofortige Abstimmung dieser Anträge.

Aber wenn man mit den Anträgen auch manche Versäumnisse der SPÖ-Kulturpolitik ausgleichen kann, so bleiben doch zahlreiche Problemlösungen, die weiterhin fehlen und für die sich auch im Regierungsübereinkommen keine zufriedenstellende Lösung findet.

Wo ist die auch von Ihnen immer wieder geforderte Sparsamkeit und Transparenz im Kulturbereich? Im gesamten Regierungsübereinkommen findet sich nur ein einziger, sehr vager Punkt, der eine eventuelle Einsparungsmöglichkeit bei den Vereinigten Bühnen erwähnt, und das auf sehr undifferenzierte Weise. Mittelfristig sollen Einsparungs- und Synergiepotenziale auch durch angepasste Beispielungskonzepte in allen Bereichen genutzt werden, ist da zu lesen. Was immer das auch heißen möge, Tatsache ist jedenfalls, dass die Vereinigten Bühnen, ohne Einsparungsziele bekannt geben zu müssen, wieder 37,1 Millionen EUR erhalten werden, und dass Sie von den GRÜNEN der neuerlichen Sanierung des Ronacher ebenso zustimmen werden, obwohl Sie, als Sie noch in der Opposition waren, den damaligen Umbau und dessen Versäumnisse heftig kritisierten.

Herr GR Lobo hat im Ausschuss behauptet, sich das alles jetzt angesehen zu haben, und erklärt hat man es ihm auch, und deswegen kann er jetzt zustimmen. Sie haben es sich erklären lassen vom Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen Wien.

Wissen Sie, wie mir das vorkommt? Als würden Sie sich von einem Atomlobbyisten erklären lassen, dass Atomstrom die sicherste, sauberste und beste Möglichkeit ist, an Strom zu kommen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber wir helfen Ihnen auch hier weiter, Ihre Regierungsverantwortung endlich wahrzunehmen und stellen hiermit Ihren Antrag auf Einführung eines Berichtswesens der Vereinigten Bühnen Wien, die damit einen vierteljährlichen schriftlichen Bericht zur wirtschaftlichen Lage, zur künstlerischen Arbeit und zukünftiger Planung vorzulegen haben. - Damit auch diese Forderung nicht länger aufgeschoben wird, fordern wir auch hier ganz im Ihrem Sinne, in formeller Hinsicht die sofortige Abstimmung.

Zum Schluss darf ich noch anmerken, dass sich im Regierungsübereinkommen, besonders im Kulturbereich, keine der Forderungen wiederfindet, die auch von Ihnen immer wieder gestellt wurde, als da eben wären: Sparsamkeit, Transparenz, Innovation oder auch nur punktuelle Verbesserung wie Neustrukturierung der Wiener Festwochen oder auch der Wiener Symphoniker. Aber auf die Wiener Symphoniker wird mein Kollege noch eingehen, die dort im Übrigen nicht einmal eine Erwähnung fanden.

Schon gar nicht findet sich im Budgetvoranschlag auch nur ansatzweise eine Evaluierung und Neupositionierung der bisherigen Kulturpolitik dieser Stadt, was ich persönlich sehr bedaure.

Und wenn Sie es als Erfolg feiern, dass Sie es durchgesetzt haben, dass in Zukunft der kulturelle Aus-

tausch und die Gleichstellung von Migranten und Migrantinnen im Kulturbereich stattfinden, dann sei Ihnen abschließend nur noch gesagt: Es gibt wohl keinen Bereich in Wien, in dem so viele Mitbürgerinnen und Mitbürger nichtösterreichischer Herkunft gefördert werden, wie jenen der Kunst- und Kulturförderung dieser Stadt.

Gerade in diesem Bereich gab und gibt es wohl so wenige Einschränkungen wie in keinem anderen Ressort, denn soviel mir bekannt ist, muss man nämlich auch heute schon keineswegs die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, um eine Förderung aus dem Kulturressort zu erhalten, und ich meine das durchaus positiv.

Was hier jetzt aber passiert, dient nicht der Sache. Ganz im Gegenteil, es ist kontraproduktiv und es dient auch nicht dem Selbstverständnis von Migranten, sondern es ist eine Herabwürdigung ihrer Leistungen. Brutal gesagt, sie werden als Quotenmigranten missbraucht.

Sie von den GRÜNEN haben die Chance, die sich Ihnen gerade im Bereich des Kulturressorts bei den Verhandlungen geboten hat, vollkommen ungenutzt gelassen, und helfen der SPÖ dadurch, ihre feudalistische Kulturpolitik der letzten Jahrzehnte fortzusetzen.

Wir haben niemals die Kultur oder die Leistungen der Künstlerinnen und Künstler als Pipifax bezeichnet - weil ich davon ausgehe, dass Sie uns das heute noch um die Ohren schlagen werden - sondern lediglich das von StR Mailath-Pokorny verwaltete Ressort. Ein Unterschied, auf den wir besonderen Wert legen, dass nämlich die Künstlerinnen und Künstler selbst unter diesen absolut prekären Arbeitssituationen immer noch großartige Kunst produzieren, ist besonders lobenswert. Die Studie über die prekäre Lage der Künstler dieses Landes kennen Sie alle, und gerade weil diese Studie bislang in den Schubladen sozialdemokratischer Verantwortungsträger verstaubt und bislang alle Forderungen, die Sie oft gemeinsam mit uns gestellt haben, von der Wiener SPÖ abgeschmettert wurden, gerade darum kommt Ihnen als kleinerer Koalitionspartner derartiges Gewicht zu. Und glauben Sie mir, uns ist die Stadt, die Kulturpolitik in dieser Stadt, zu wichtig, als dass wir sie da in Ruhe dahindösen werden lassen, denn die Wienerinnen und Wiener werden Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Grünen Fraktion, in fünf Jahren auch daran messen, ob und welchen Einfluss Sie gerade in kulturpolitischen Fragen als Regierungspartner genommen haben werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich bin zwar relativ angeschlagen von einer Grippe, aber ich wollte es mir nicht nehmen lassen, hier kurz zum Thema Kultur zu reden, werde aber meine Redezeit nicht voll ausnützen. Vor allem, nachdem mir die Gelegenheit eingeräumt wurde, jetzt endlich einmal als Vertreter des Großkapitals zu sprechen, was mir eine besondere Ehre ist. Ich muss Ihnen, glaube ich - ich bin

zwar neu hier und ich bin auch sowohl neu bei den GRÜNEN, als auch neu in diesem Gemeinderat - trotzdem einmal erklären, wie man eine Koalition macht. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ja, weil Sie machen das ja offenbar schon seit Jahrzehnten in der Bundespolitik, und wie man sieht, funktioniert das nicht so wahnsinnig gut, sondern es ist eine Koalition in der Bundespolitik der Blockierer, wo nicht wahnsinnig viel weitergeht, und wir haben jetzt in Wien gesagt, wir machen das jetzt in Wien anders. Wir machen eine Koalition (*StR Johann Herzog: Die hält nicht zwei Wochen!*) mit einem Partner, bei dem man das Gefühl hat, man könnte die nächsten Jahre gut zusammenarbeiten, sodass wir versuchen, das gemeinsam zu machen. Und natürlich ist es dann nicht so, dass man als frühere Oppositionspartei und nunmehriger, kleinerer Partner jetzt irgendwie sagt, so und jetzt nehmen wir unser Parteiprogramm und alles, was wir bis jetzt die letzten Jahre und Jahrzehnte gefordert haben, und werden das eins zu eins machen. Natürlich nicht, und natürlich würden Sie das auch nicht so machen. Nur der Unterschied zwischen einer Koalition mit der ÖVP und einer Koalition mit den GRÜNEN ist, dass wir versuchen, jetzt gemeinsam Dinge zu entwickeln, wo wir gemeinsam wachsen können, und dass wir nicht irgendwie sagen ja, jetzt machen wir alles mit und werden überhaupt nichts weiterbringen.

Ich habe diese Koalition im Bereich der Kultur mitverhandelt und ich kann Ihnen aus diesem Bereich sagen, dass unter anderem diese Verhandlungen, nämlich die Situation in den Verhandlungen mit dem Stadtrat und mit Herrn Ausschussvorsitzendem Woller dazu geführt haben, dass ich mich dazu entschieden habe, Kultursprecher werden zu wollen, weil diese Verhandlungen so gut verlaufen sind und so motivierend waren, dass ich mir gesagt habe, das möchte ich gerne genau in dieser Koalition, in dieser Konstellation, mit diesen Leuten, mit denen ich da verhandelt habe, die nächsten fünf Jahre weitermachen. Das Klima in diesen Verhandlungen ist nämlich so verlaufen, dass man ab einem gewissen Punkt nicht mehr genau gewusst hat, wer sind die Grünen und wer sind die Roten, sondern man hat das Gefühl gehabt, man arbeitet mit Leuten zusammen, die gemeinsam hier gute Kulturpolitik machen wollen und die nicht in fraktionären Zwängen denken, und das werden wir auch weiterhin so halten. Und so lade ich auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der FPÖ und von der ÖVP, gerne ein, die nächsten Jahre das gemeinsam mit uns so zu halten: Wenn wir hier gute Sachen machen, das mit uns mitzutragen. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

So, und nun zu den einzelnen Inhalten: Ich meine, natürlich ist es auch so, dass Dinge, die wir oder meine Fraktion in den letzten Jahren kritisiert haben, verändern wollen. Natürlich wollen wir uns auch weiterhin genau anschauen, wo es kritische Punkte gibt, wo es was zu verändern gibt. Das werden wir auch weiterhin tun, nur seien wir uns ehrlich, es ist jetzt Anfang Dezember, die Koalition ist Ende November zustande gekommen, wir machen die Dinge nicht, ohne dass wir genau hinge-

schauf haben, sondern wir schauen uns die Dinge genau an und wir werden es professionell angehen und nicht jetzt einfach aus Prinzip irgendwelche Dinge vom Zaun brechen. Wollen Sie uns schon in der konstituierenden Sitzung, genauso wie heute, mit irgendwelchen Anträgen trutzen, wo Sie sagen, da müsst ihr jetzt mitgehen, weil die habt ihr ja immer so gestellt? Das ist Ihr Job, das können Sie auch gerne machen, das können Sie gerne als Spielwiese betreiben, nur wir werden da nicht mitmachen, weil das irgendwie keinen Sinn hat, sondern wir machen die Dinge gut und überlegt und gemeinsam mit dem Koalitionspartner, wo wir gute, professionelle Kompromisse erarbeiten und schließen und so werden wir das die nächsten fünf Jahre machen, deswegen werden wir die nächsten fünf Jahre eine sehr, sehr konstruktive Koalition sein zum Unterschied zu dem, was sie da im Bund aufführen, wo nämlich mittlerweile eigentlich die Landeshauptleute die Arbeit der Bundesregierung machen, statt dass zwei Partner, die da seit Jahrzehnten eigentlich zusammenarbeiten könnten, konstruktive Politik machen. So machen wir es in Wien nicht, in Wien werden wir gemeinsam da was zustande bringen.

Und jetzt sage ich jetzt gleich mal etwas zu den Schwerpunkten: Ich freue mich wahnsinnig, ich freue mich wirklich wahnsinnig darüber, und das ist auch ein Grund, warum ich mich entschieden habe, Kultursprecher meiner Partei zu werden, ich freue mich wahnsinnig darüber, dass der Schwerpunkt dieses zukünftigen Kulturpapiers in der Interkulturalität und im so genannten Migrant Mainstreaming liegt. Ich erkläre Ihnen diesen Begriff auch gerne. Dieser Begriff heißt jetzt nicht, dass man sagt, die Hälfte der Kultur muss von Menschen mit Migrationshintergrund gemacht werden und die andere Hälfte der Kultur von Menschen ohne Migrationshintergrund, sondern Interkulturalität ist so was wie ein Gegenmodell zu dem, was, glaube ich, auch zu Recht als multikultureller Ansatz kritisiert wird. Multikulti, das können sie sich so vorstellen, dass zum Beispiel jemand mit einem türkischen Instrument, zum Beispiel einer Saz, und jemand mit einer österreichischen Knöpferlharmonika kommen, und die setzen sich nebeneinander und jeder spielt, was ihm oder ihr taugt.

Das wird wahrscheinlich nicht wahnsinnig gut klingen. Interkulturalität heißt, dass sich die zwei zusammensetzen und sagen, spielen wir was miteinander und nicht nebeneinander. Und das ist der Ansatz der Interkulturalität, den wir im gesamten Koalitionspapier pflegen, aber natürlich auch ganz insbesondere im Kulturteil.

Also ich hoffe, ich habe es jetzt so einfach erklärt, dass Sie es auch verstanden haben. Das werden wir als Schwerpunkt betrachten, und das werden wir in den nächsten Jahren in einer Stadt, deren größter Reichtum eben ihre Vielfalt ist, ausführen. Diese Vielfalt wird die Kulturpolitik dieser Stadt abbilden. Und wir haben auch gesagt, wenn wir erkennen, dass wir in einer Zeit massiver Krisen leben, Bildungskrise, Demokratiekrise, die Krisen der Fremdenfeindlichkeit, mit der wir leider auch auf Grund Ihres Zutuns in dieser Stadt ganz besonders zu kämpfen haben, die Finanzkrise, die Wirtschaftskrise, dann muss es auch Aufgabe der Kulturpolitik sein, dass

die Kultur als Avantgarde zuspitzt, provoziert, Krisen thematisiert, Konflikte thematisiert und damit zu einer Lösung von solchen Krisen und Konflikten beiträgt. Und ganz genau das haben wir gemacht, indem wir die Kulturpolitik eben interkulturell gestalten, indem wir die migrantische Realität dieser Stadt wahrnehmen und zeigen, indem wir an die so genannten Hotspots gehen mit der Kultur, indem nicht mehr nur Hochkultur für Privilegierte betrieben wird, sondern wir gehen an die Hotspots dieser Stadt, wir gehen an die sozialen Brennpunkte dieser Stadt. Dort werden wir den kulturellen Austausch pflegen, wir werden die zukünftige Kulturpolitik so partizipativ wie möglich gestalten, das heißt, alle Bevölkerungsteile sollen sich in die Kulturpolitik dieser Stadt einbringen können, und wir werden ein paar Dinge angehen, die wir seit Langem fordern, zum Beispiel, dass es endlich ein Denkmal für Deserteure geben wird in dieser Stadt, für Deserteure des Zweiten Weltkrieges. Es wird endlich ein Denkmal für die homosexuellen und transgener Opfer des Nationalsozialismus geben, und all diese Dinge.

Insgesamt ist es etwas, was mich sehr froh macht, nicht nur auf Grund dessen, was jetzt in diesem Kulturpapier drinnensteht, sondern vor allem auch auf Grund dessen, wie wir einen Weg der Zusammenarbeit mit dem Koalitionspartner gefunden haben. Ich bitte Sie, wahrscheinlich umsonst, aber ich bitte Sie trotzdem um etwas Geduld, wir fangen gerade erst an und wir werden das gut machen und überall dort, wo Sie sich positiv einbringen wollen, sind Sie herzlich willkommen. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Lobo!

Es war wirklich ein eigentlich fast rührender Versuch der ÖVP, erklären zu wollen, wie man ein Koalitionsabkommen macht, weil wenn es eine Partei gibt in Österreich, die weiß, wie man es zu ihrem Vorteil macht, dann ist es die ÖVP. Das hätten Sie uns vielleicht vor acht oder zehn Jahren erklären sollen oder dann nachher der SPÖ, aber der ÖVP, das ist, also, ich weiß nicht, was ich sagen soll. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Ich fange mit etwas Positivem an. Also positiv ist es eigentlich nicht, weil ich bin nämlich traurig, dass das Kulturbudget geringer geworden ist. Wir haben, glaube ich, um einige Millionen weniger, und ich möchte natürlich als Kulturpolitiker so viel wie möglich Kulturbudget haben. Ich glaube nicht - ich sage das auch jetzt einmal, weil es im Wahlkampf ein Thema war, obwohl ich jetzt gehört habe, dass die ÖVP das nie gesagt hat, dass das ein Pipifax-Ressort ist.

Ich bin auf jeden Fall stolz darauf, dass ich Kultursprecher meiner Partei in einer der größten Kulturmetropolen der Welt bin. Das heißt aber nicht, der Vasall hat das zu dir gesagt? Also dass der Ernst Woller, der nickt schon fleißig, das heißt aber nicht, dass ich mit der Art, wie die Kultur hier verwaltet wird, einverstanden bin. Das

ist ein völlig anderes Thema und deswegen möchte ich heute auch die Gelegenheit wahrnehmen und ein paar Punkte aus diesem gemeinsamen Regierungsprogramm herausgreifen.

Herr Lobo hat das schon gesagt, sein wichtigstes Ziel ist es Interkulturalität und Migrant Mainstreaming.

Das Schöne an der Kultur ist, es werden immer Ausdrücke gebraucht, die fast keiner wirklich versteht. Ich möchte jetzt nicht hier den Test machen und die Leute einzeln fragen, was das jetzt ist. Es war ja bis jetzt immer gang und gäbe, dass man von Multikulturalität gesprochen hat. Es ist zwar schon sehr erfreulich, dass man diese Diktion nicht mehr verwendet, weil Multikulturalität heißt ja eigentlich nichts anderes, als dass verschiedene Kulturen nebeneinander leben, ohne sich auch nur irgendwo nahezukommen. Es ist eigentlich die Multikulturalität sozusagen eine gefährliche Diktion, weil sie ja impliziert, dass man Menschenrechtsverletzungen von einer anderen Kultur einfach hinnimmt und sagt: Das ist ja eine andere Kultur, da können wir uns nicht einmischen.

Interkulturalität ist grundsätzlich nichts Negatives. Es heißt ja eigentlich jetzt nur, dass verschiedene Kulturen miteinander in Dialog kommen. Ich glaube nicht, dass das in Dialog Kommen schon das gemeinsame Musizieren ist. Das wäre dann meines Erachtens schon die Transkulturalität, die man aber wieder niemandem aufzwingen kann. Es ist also alles so kompliziert. Wo wir auf jeden Fall nicht dafür sind, ist Migrant Mainstreaming, das in Ihrem Regierungsprogramm drinnen steht. Was heißt das nämlich? „Die bessere Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen der Kultur und kulturellen Institutionen, auch in Leitungsfunktionen.“ Kein Mensch hat was dagegen, dass ein erfolgreicher Kulturschaffender mit Migrationshintergrund eine Leitungsfunktion hat. Aber es darf nicht so sein, dass er Migrationshintergrund haben muss, um eine Leitungsfunktion zu haben.

Und wenn man dann weiter liest im Regierungsprogramm: „... sind künftig integraler Bestandteil aller künstlerischen Konzepte.“ Das heißt, ich darf gar nichts anderes mehr einbringen oder es wird überhaupt nichts mehr genehmigt, wenn das nicht integraler Bestandteil ist. „... und Kriterien für besondere Förderungswürdigkeit.“ Das schaut mir wieder so aus, als ob vielleicht ein guter Wille dahinter wäre, aber das Ganze irgendwo im Bürokratismus dann untergehen wird. Und das kann man auch ganz leicht belegen, weil es diesen Artikel vom Herrn Stadtrat gibt: „Migrantenkultur ist mehr als nur Netrebko in der Staatsoper.“ Mir ist bewusst, dass jeder in die Förderansuchen hineinschreiben kann, was er will. Die Sanktionsmöglichkeiten sind begrenzt. Hier geht es um die grundsätzliche Haltung.

Und dann schreibt er auch, der Herr Stadtrat - und ich gehe davon aus, dass nur 3 Prozent der Menschen wissen, was man unter dem Stichwort Migrant Mainstreaming verstehen kann. Warum schreibt er es dann hinein, weil im Artikel steht drinnen: „Mir wäre es lieber zu sagen, Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund.“ Aber, meine Damen und Herren,

Migrant Mainstreaming ist keine Gleichstellung, sondern eine Bevorzugung, weil wenn zwei gleichwertige Kandidaten zur Wahl stehen, dann hat der bevorzugt zu werden, der migrantischen Hintergrund hat. Und damit ist es keine Gleichstellung und deswegen lehnen wir diese Dinge ab. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die kulturelle Partizipation. Also wir werden sicher Gelegenheit haben, über diese Begrifflichkeiten noch ausführlich zu diskutieren. Ich sage kurz was zur kulturellen Partizipation. „Menschen mit geringen Bildungschancen und geringem Einkommen und MigrantInnen soll der Zugang zum Kulturangebot durch geeignete Maßnahmen ermöglicht werden.“ Super, ja, ja, alles ja, sind wir dafür. Wie schaut das in der Praxis aus, meine Damen und Herren? Da denke ich an die großartige Verlautbarung unserer Vizebürgermeisterin, das Familyticket der Vereinigten Bühnen. Familyticket Preisbeispiel: ein Erwachsener, drei Kinder, interessanter Begriff von Family, aber okay, wollen in das neue Musical „Rudolf“ gehen. Es ist ein bisschen ein älterer Pressedienst. Normalpreis 4 Karten höchste Kategorie je 98 EUR, 392 EUR müssten sie zahlen, jetzt mit dem familienfreundlichen Familyticket sind es nur 289 EUR.

Meine Damen und Herren! Wie viele Familys in Österreich oder in Wien können sich so locker durch diesen Sozialtarif jetzt den Familienbesuch in einem Musical der Vereinigten Bühnen um 300 EUR statt 400 EUR leisten? Das ist die Realität.

Wir gehen kurz weiter im Regierungsübereinkommen: „Vermittlung und kulturelle Bildung. Programme, die den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern, zum Beispiel Kulturlotsen.“ Man sieht in all diesen Programmen, wenn überhaupt was Konkretes drinnensteht, dann ist es vielleicht, das will ich ja gar nicht unterstellen, gut gemeint, aber was dann da herauskommt, das ist – na ja, provinziell, kann man sagen.

Kulturlotsen, Sie wissen alle, was Kulturlotsen sind. Also Kulturlotsen sind zwei MitarbeiterInnen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Um 180 000 EUR gibt es hier ein Projekt. Der Gewerkschaftsbund bringt seinen Mitgliedern die Kultur näher. Und da lautet es: „Kultur muss man an den Arbeitsplatz bringen. Gemeinsam mit den Betriebsräten“ – o je, o je – „wird ein Veranstaltungsprogramm erarbeitet, maßgeschneidert für die Bedürfnisse der jeweiligen Arbeitnehmer.“ Was soll denn das heißen? Die schreiben dann der jeweiligen Person vor, du bist für die Oper zu blöd oder was, du musst jetzt dort hingehen? Diese Aussage impliziert ja schon eine Diskriminierung. Die Vizepräsidentin des ÖGB hat gesagt, es gibt leider größere Bevölkerungsgruppen, die Kultur nicht in der Form annehmen, wie es notwendig wäre. Der Herr Stadtrat sagt, es gibt auch die Frage: Wie kommt man rein, was muss man anziehen? Freuen dürfen sich natürlich die Institutionen, die von der Stadt gefördert werden, weil, so sagt unser Herr Stadtrat: „Nur künstlerisch Hochwertiges wird angeboten und nicht zum Beispiel die Zillertaler Schürzenjäger.“ Denk ich, fällt mir sofort ein, künstlerisch Hochwertiges: „Tanz der Vampire“, „Ich war noch niemals in New York“. Aber es werden sicher nicht irgendwelche kleinen Theateraufführungen

der freien Gruppen angeboten werden, weil da würden Ihnen wahrscheinlich die Gewerkschaftsmitglieder eh nicht hingehen.

Zu den Musikschulen wird meine Kollegin noch sprechen. Ich möchte nur sagen, es ist schon – ich habe hier Pressedienste, wo die Kollegin Ringler mich maßregelt, dass ich mich nicht mit fremden Federn schmücken soll, weil doch der Kampf für die flächendeckenden Musikschulen und das Musikschulgesetz eine grüne Forderung ist. Und wenn man sich dann anschaut, wie das jetzt überkommt, dann ist das eigentlich nur mehr eine allgemeine Aussage ohne ... *(GRin Christine Marek: Das ist eine massive ÖVP-Forderung!)* Das weiß ich ja eh, ich habe ja auch mit dem Kollegen Wolf gemeinsam sogar Pressekonferenzen zu diesem Thema gemacht. *(GRin Christine Marek: Genau!)* Das ist ja klar. Das wissen wir.

Jetzt gibt es außer einer allgemeinen Formulierung kein konkretes Ziel von flächendeckend, in jedem Bezirk eine Musikschule, keine Absicherung der Musiklehrer durch ein Musikschulgesetz. All diese Dinge sind nicht mehr Gegenstand, sondern jetzt steht drinnen: „Wien bekennt sich zum vielfältigen musikalischen Angebot für Kinder und Jugendliche. Eine stärkere Implementierung von Musik ...“ Also nur heiße Luft. In Wirklichkeit steht da gar nichts drinnen, mit dem man was konkret anfangen könnte.

Ein besonderes Schmankerl ist das Wien Museum. Das möchte ich ein bisschen extra behandeln. Da gab es ja schon eine gewisse Pressedienstaktivität, wo auch der Herr Kollege Lobo gesagt hat, das ist alles nicht wahr, was die Frau Kollegin Leeb, glaube ich, schreibt, hier geht es ja um Partizipation. Ich lese Ihnen nur kurz vor, was im Regierungsübereinkommen steht: „Wien erhält ein neues Stadtmuseum des 21. Jahrhunderts, ein neuartiges Universalmuseum als Zeichen moderner Architektur. Attraktion der Stadt, neu gestaltete Dauerausstellung ...“ Das alles wissen Sie schon und das einzige Konkrete, was im Regierungsprogramm steht, ist ein Neubau „... wird in ökologischer Bauweise erfolgen und partizipativ gestaltet werden.“

Jetzt habe ich wirklich nichts gegen ökologische Bauweise, aber wenn man nichts weiß, weder einen Standort, ob es ein Zubau oder ein Neubau wird, wenn man noch keine Architekturausschreibung hat, aber das Einzige, was man hineinschreibt, ist die ökologische Ausrichtung, dann schaut das sehr nach hausbackener Birkenstock-Kulturpolitik aus und da können wir auch nicht dafür sein, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Herr Stadtrat hat in einer APA-Aussendung es noch vager formuliert, er hat gesagt, es ist ihm ein Anliegen, das Museum so auf die Reise zu bringen, dass es auch verwirklicht wird. Darunter kann man sich jetzt vorstellen, was man will.

Ich sage Ihnen als oppositioneller Kulturpolitiker: Machen Sie Vorschläge, überbauen Sie den Ring, machen Sie irgendwas Provokatives, streiten wir darüber, aber nicht irgendwie so – ja, die ökologische Bauweise soll sein, aber das ist ja nicht das Kriterium. Es soll ein architektonisches Signal sein. Wo ist es? Wo sind die Pläne?

Wo ist der Diskurs über diese Dinge? Das gibt es nicht! (GR Mag Wolfgang Jung: *Aber ein tolles Projekt!* – GR Ing Mag Bernhard Dworak: *Einen Standort!*)

Ein positiver Punkt – man muss ja immer ein bisschen positiv sein – die Agentur für Zwischennutzung. Das ist aber keine grüne Idee, keine rote Idee, sondern ist eine Idee der IG Kultur, die auch an mich herangetragen wurde und die ich auch befürworte, dass man leerstehende Gebäude - Baulücken schreiben Sie hier, also ich mache das generell - oder Geschäfte für Kulturschaffende für einen bestimmten begrenzten Zeitraum zu günstigen Kosten zur Verfügung stellt. Und wenn sie sich beweisen, dann können sie es in Miete übernehmen und wenn nicht, haben sie halt ihre Chance gehabt.

Eine zentrale Forderung der IG Kultur aber ist, dass die Kommission, diese zentrale Koordinationsstelle, die das dann bestimmt, wer was bekommt, unabhängig ist. Und da werden wir Sie schon genau beobachten, weil unabhängig heißt, nicht unter SPÖ-Einfluss. Da muss man einfach zulassen, dass hier auch Aktivitäten sind, die man vielleicht selbst nicht befürwortet oder die man selbst anders gelöst hätte.

Was die Sanierung der jüdischen Friedhöfe betrifft, auch noch ein Wort. Das ist ja auch so eine Formulierung. „Wird gemäß dem Washingtoner Abkommen durchgeführt.“ Wir haben, sowohl der Kollege Lasar als auch ich als auch der Kollege Schreuder haben uns immer wieder medial und hier im Saal zu der Sanierung des jüdischen Friedhofes zum Wort gemeldet. Das mit dem Washingtoner Abkommen ist ja so schwierig, das ist so wie das Florianiprinzip. Da sagt das Land, da ist eigentlich der Bund zuständig. Der Bund sagt, nein, in dem Fall ist das Land zuständig. Und so wird das hin und her geschoben und es wird nichts entschieden.

Etwas, was mir ein bisschen Sorge macht, ist die Überprüfung personenbezogener Straßennamen. Das heißt, es wird jetzt genau durchgewässert, ich gehe einmal davon aus, nicht, ob jemand nur eine nationalsozialistische Vergangenheit, sondern auch vielleicht eine kommunistische Vergangenheit hat. Aber da haben die GRÜNEN im Wahlkampf schon den Vogel abgeschossen, als sie die Strachegasse umbenennen wollten, weil sie, obwohl sie nach irgendeinem Chemiker oder Physiker benannt ist, an den HC Strache erinnert. Und den absoluten Vogel haben die Simmeringer Roten abgeschossen. Die haben dem zugestimmt, obwohl sie eigentlich nur ihren Stadtrat hätten fragen müssen, da er natürlich nicht daran denken kann, eine voll bewohnte Straße umzubenennen. Ein Kommentar im Internet hat das als politisch korrekten Amoklauf bezeichnet, dem kann ich nur zustimmen. Das wäre auch der Bezirk, wo ich mein Grundmandat hätte, wenn die SPÖ nicht in Floridsdorf auch so stark verloren hätte, dass ich dort auch eines bekommen habe. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Da gibt es jetzt ja Initiativen, dass man den Lueger schräg stellt. Wir werden sehen, ob wir dann einmal hören werden, was dieses Gutachten, das da angeblich in Auftrag gegeben wurde ... (GR Johann Herzog: *Richtig!*) Schräg stellt, ja, schräg ... (GR Johann Herzog: *Auf den Kopf stellt!* – *Heiterkeit bei GR Mag Wolfgang Jung.*)

Das weiß ich, das wird uns vielleicht der Herr Stadtrat erklären, was das jetzt bedeutet. Als Zeichen für seinen Antisemitismus - ja, schön und gut. Ich frage mich dann, was Sie mit dem Julius-Tandler-Platz machen. Aber es sind viele Themen, die sicher zu einer faszinierenden Diskussion führen werden.

Im Wahlkampf hatte man das Gefühl, die Kunst ist ja so begeistert von unserer damaligen SPÖ-Alleinregierung: Deswegen habe ich mir angeschaut, welche Künstler, Kunst und Kultur für Michael Häupl, wer denn da seine Stimme abgegeben hat. Und natürlich fällt mir da gleich als Erstes ein, weil unser verehrter Herr Stadtrat einmal gesagt hat: „Das Schönste“ - und das macht ihn stolz – „in der Kulturpolitik ist, dass man die Hand auch beißen darf, die einen füttert.“ Und damit hat er den Hubschi Kramar gemeint. Diese Hand, wie stark die beißt, das kann man durchaus sehen, wenn er hier schreibt: „Wien soll nicht Klagenfurt werden, wo unter FPÖ-BZÖ viel Geld verschwunden ist.“ Der hat noch nichts vom Prater-Vorplatz und vom Skylink gehört. Aber so stelle ich mir den Bissigen vor, der die eigene Hand beißt! (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Oder der Dr Gerald Matt, der sicher ein sehr geschickter Kulturmanager ist. Das ist ja fast eine Erniedrigung, dass sich die alle da für ein Statement hergeben müssen. Er hat das auch so schön abgelesen, dass man den Widerwillen gespürt hat. Aber da sind sie natürlich alle vereint, einmal die Seitenblicke-Gesellschaft, dann Architekturzentrum, dann Intendant des Theaters an der Wien, Direktor Wien Museum. Die sind alle dafür – na, ich wäre auch dafür, wenn ich solche Gehälter bekommen würde -, dass der Michi Häupl Bürgermeister bleibt. Das ist ja logisch, nicht? Michael Schottenberg, der Direktor des Künstlerhauses, also die ganze Liste besteht nur aus völlig abhängigen Kulturschaffenden und der Seitenblicke-Gesellschaft, die gehören halt auch immer dazu, bis hin zum Rapper Nazar. Der wird auch seine Gründe haben, warum er für den Michi Häupl ist.

Im Regierungsübereinkommen gibt es auch noch diesen schönen Passus „Wien denkt weiter“. Das ist auch ein Punkt dieses Regierungsübereinkommens und dieses „Wien denkt weiter“ findet man im Internet. „Kultur für Wien für morgen für fast alle.“ So ein bisschen ein undemokratischer Begriff. Ich bin der Meinung, ein Kulturstadtrat muss für alle Wienerinnen und Wiener da sein. Aber dann sind hier Thesen aufgestellt und diese Thesen möchte ich gerne wiedergeben, weil diese Thesen ja grundsätzlich sehr gute Thesen sind, ja. Zum Beispiel die These gegen Kommerz und Ökonomisierung der Kunst. Eine super These. „Die Wiener Kultur bekennt sich zu einer soliden öffentlichen Finanzierung, die nicht dem Markt, sondern der Qualität verpflichtet ist.“ Da fällt mir als Erstes wieder „Ich war noch niemals in New York“ ein. Jetzt habe ich nichts gegen diesen Schlager, aber ob das jetzt wirklich gegen die Ökonomisierung der Kunst ist, das bleibt dahingestellt.

Für eine Kulturpolitik der Gerechtigkeit, da habe ich Ihnen das Familyticket der Frau Brauner schon gesagt, was sich die SPÖ so unter Gerechtigkeit vorstellt. Ein schönes Beispiel: „Brutplätze schaffen. Förderung von

Kreativität bedeutet das Zulassen von Freiräumen, in denen Neues entstehen kann.“ Meine Damen und Herren, das Einzige, was hier in Wien in der Kultur entsteht, sind warme Nester für Freunde der SPÖ und sonst gar nichts. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Mut zum architektonischen Signal, das haben wir behandelt, das ist dieses ominöse, in ökologischer Bauweise durchzuführende Wien Museum - kein Mensch weiß, wo, kein Mensch weiß, wann -, wo wir gerne das wirkliche architektonische Signal gegen die Repräsentationskultur hätten. Meine Damen und Herren, na, was passiert denn da mit unserem Kulturbudget, wenn da nicht jede Menge Geld in Repräsentationskultur fließt?

„Kultur als Bildungsauftrag.“ Was machen wir dann mit den Musikschulen? Warum gibt es die nicht? Ich stehe auf dem Standpunkt, dass Musik eine universale Sprache ist, dass ich die Integration in die Schulen bringen muss, dass ich so eventuell das überwinden kann. Aber da wird ja nichts gefördert, da passiert ja nicht wirklich was. Und schlussendlich, ich lasse manche unstrittigen Punkte aus, Streit suchen. „Kulturpolitik muss kontrovers sein und sich für eine soziale liberale Stadt ins Zeug setzen.“ Ja, aber was passiert in der Praxis? Den einzigen Streit, den wir da haben, ist zu streiten über die Höhe der Kulturtankersubventionen zwischen Opposition und Regierung oder jetzt auch Neo-Regierung, die haben halt ein bisschen die Seiten gewechselt. Und wenn ich keinen Pressedienst mache zur Pension Fritzl und zum Swingerclub gibt es überhaupt keinen Skandal in der ganzen Legislaturperiode in dieser Stadt, weil alles, was hier drinnensteht, meine Damen und Herren, frage ich mich, was in den letzten zehn Jahren passiert ist oder neun Jahren unter StR Mailath-Pokorny? Das ist ja mehr oder weniger das Eingeständnis der Untätigkeit.

Aber auch in der Bundespolitik im Regierungsübereinkommen gibt es keinen Satz, kein Wort über Kulturpolitik. Es genügt eben nicht, die Asche anzubeten, man muss auch das Feuer bewahren. Und das Feuer, meine Damen und Herren, ist in der Wiener Kulturpolitik leider schon lange ausgegangen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Straubinger. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Sybille **Straubinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz am Anfang möchte ich kurz auf die Wortmeldung von der Frau GRin Leeb eingehen. Ich würde Sie bitten, wenn Sie sich hier rausstellen, dass Sie einmal zuerst an Ihrer eigenen Sprachkultur arbeiten, denn wenn Sie Leute und Kollegen hier im Gemeinderat als Vasallen und Lakaien bezeichnen, dann denke ich mir, dann haben Sie bei sich ein bisschen einen Handlungsbedarf. Das Zweite ist, Sie haben eine Fülle an Anträgen hier eingebracht, an Anträgen, die die GRÜNEN gestellt haben, die Kultureinrichtungen betreffen, die zusätzliche Mittel für die Kultur betreffen und ich frage mich, ob Sie sich eigentlich überlegt haben, dass Ihre Klubobfrau

beklagt, dass Wien zu viel Geld ausgibt und dass das, wenn wir Ihre Anträge hier beschließen würden, das bedeuten würde, dass es mehr Geld ist, das ausgegeben wird, zum einen. *(Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb. - GRin Christine Marek: Zuerst denken, dann sprechen, Frau Kollegin!)* Und das Zweite ist, dass Sie beklagen, dass hier viel Geld für die Sophiensäle, für die Sanierung des Jüdischen Museums und so weiter ausgegeben wird, dass das immer wiederkehrende Kosten sind. *(Weitere Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.)* Ja, aber das sind immer wiederkehrende Kosten und wie soll sich das ausgehen bei diesem Budget? Und ich sage Ihnen nur, das sind einmalige Kosten, denn sanieren tut man nicht immer wieder jedes Jahr und das sind auch noch Kosten, die im heurigen Budget drinnen sind. Insgesamt ist dieses Budget auch für die Kultur und Wissenschaft ein sparsames Budget, ganz ohne Frage. Es ist geprägt von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wir müssen hier auch in diesem Bereich haushalten, aber es ist gleichzeitig auch ein Budget, das Schwerpunkte setzt.

Es hat seine Besonderheiten. Es ist das erste Budget einer rot-grünen Stadtregierung und es ist ein Budget, mit dem wir die Herausforderungen in dieser Stadt sehr bewusst angehen, wo wir uns viel vorgenommen haben für Wien, für die Kulturstadt Wien und für die Wissenschaftsstadt Wien.

Wien ist jetzt schon eine moderne, eine weltoffene, auch eine dynamische Stadt mit einem sehr großen kulturellen Angebot und einem qualitativ hochwertigen Angebot. Ein Angebot, das nach außen ausstrahlt. Deswegen kommen viele Menschen auch als Touristen zu uns, weil hier ein großes kulturelles Angebot besteht, weil Wien eine Kulturstadt ist, die aber gleichzeitig auch den Wienerinnen und Wienern ein gutes Angebot bietet, denn auch diese nehmen das Kulturangebot in Wien wahr. Wenn der Herr Kollege Ebinger sagt, er ist stolz, Kultursprecher der FPÖ in Wien zu sein - jetzt weiß ich nicht, wo er ist -, dann freut mich das. Er sagt aber gleichzeitig dazu, das hat nichts damit zu tun, dass er die Verwaltung kritisiert, dann sage ich, das können Sie. Aber zu sagen, es hat die Kulturpolitik dieser Stadt nichts damit zu tun, wie die Kulturstadt Wien heute aussieht, dann finde ich das sozusagen ein bisschen eine Chuzpe und ein bisschen weit hergeholt, denn der Kulturpolitik dieser Stadt ist es gelungen, zum einen Traditionen hier zu bewahren, die wir seit Langem haben, aber gleichzeitig auch Neues und Innovatives zuzulassen, zu fördern und neue Stärkefelder zu entwickeln.

Ziel unserer Kulturpolitik und auch der rot-grünen Kulturpolitik ist es, eine Kultur in Wien, Kunst und Kultur zu ermöglichen, die diese Weiterentwicklung eines modernen offenen Wien gewährleistet, das mit öffentlichen Mitteln fördert, das gleichzeitig aber auch Qualität einfordert. Wir wollen, der Kollege Lobo hat es auch schon erwähnt, durchaus eine Kulturpolitik, die sich kritisch mit Bruchlinien in unserer Gesellschaft auseinandersetzt. Wir wollen eine Kulturpolitik, die Menschen aktiviert, sich auch mit Kunst und Kultur und Wissenschaft auseinandersetzen, auch selbst aktiv zu werden. Und wir wollen eine Kulturpolitik, die für alle Menschen ein leistbares,

ansprechendes Angebot hat. Da gibt es schon viele Projekte, da ist in den letzten Jahren auch schon vieles in Angriff genommen worden, und es wird vieles noch vertieft und ausgebaut werden. Dass nicht alles in einem Budget 2011 sichtbar sein kann, was für eine Legislaturperiode Gültigkeit hat, ist, glaube ich, auch ganz logisch.

Aber ich gebe Ihnen ein paar Beispiele der letzten Jahre und auch ein paar konkrete Beispiele, wie sie im Koalitionsabkommen drinnenstehen. Zum Beispiel der Bereich Film, wo in den letzten Jahren eine wirklich neue Stärke der Stadt entstanden ist. Da haben wir mittlerweile eine der höchsten regionalen Filmförderungen, die in den letzten Jahren um ein Drittel erhöht worden ist. Wir haben mit dem Filmfonds Wien, mit der Fernsehfilmförderung, mit der Förderung der Kulturabteilung für Dokumentarfilme, Experimentalfilme, wir haben mit der Vienna Film Commission ein umfassendes Angebot an Förderungen, an Unterstützung für die Filmschaffenden in Wien und das macht sich und hat sich auch schon längst bezahlt gemacht. Wir sind erfolgreich, was jetzt Preise und Auszeichnungen betrifft, und vor allem sind die österreichischen Filme auch erfolgreich in unseren Kinos und werden angeschaut. Das ist nämlich das Wichtigste, nicht nur die Preise, die man auf internationalen Filmfestivals einheimst, sondern auch, dass die Menschen das sehen wollen. Es ist auch gelungen, dass wir innerstädtische Kinos am Leben erhalten, die so genannten Programmkinos, mit Unterstützung der Stadt, genauso wie Filmfestivals in der Stadt zu etablieren und nicht nur zu etablieren, sondern die werden in Wirklichkeit immer größer, immer besser auch angenommen von „Identities“ über „Tricky Women“ bis zur Viennale, die ein Riesereignis für die ganze Stadt ist. Da ist viel passiert. Wir wollen es weiter ausbauen. Wir wollen diesen Film- und Medienstandort Wien auch weiter ausbauen, denn es ist nicht nur ein Kulturgut, sondern der Bereich Film ist auch vor allem ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die Stadt. Das heißt, es wird eine stärkere Vernetzung zwischen den unterschiedlichen Playern sinnvoll sein, eine Art Filmcluster Vienna, und es wird auch durchaus von Seiten der Stadt eine Unterstützung bei der Umstellung der Digitalisierung der einzelnen Kinos geben. Aber nicht nur die Stadt allein kann hier gefordert sein, sondern das ist auch eine Sache, wo der Bund mitziehen muss und wo durchaus auch die Wirtschaft gefordert ist, sich einzubringen, denn es ist ein Wirtschaftsfaktor und Kinos sind auch Wirtschaftsbetriebe.

Ich könnte jetzt noch aufzählen, weil der Kollege Ebinger auch gesagt hat, es gibt nichts Konkretes in diesem Koalitionsabkommen oder zu wenig, den Ausbau solcher Aktionen wie zum Beispiel „Eine Stadt. Ein Film.“ analog zu „Eine Stadt. Ein Buch.“, denn das ist etwas, was wir forcieren möchten und diverse andere Bereiche ebenfalls.

Aber zu einem weiteren Punkt, nämlich dem Bereich Migrant Mainstreaming, der damit zu tun hat, dass wir wollen, dass sich die Realität der Stadt und die Vielfalt in der Stadt auch im Bereich der Kultur widerspiegelt, so wie sie sich in allen Bereichen auch widerspiegeln soll. Dazu gehört natürlich die Förderung von migrantischen

Vereinen, denn das, was die Herkunftskultur der Menschen ist, die hier zugewandert sind, auch das muss gepflegt werden, auch damit muss man umgehen dürfen und auch das muss gelebt werden dürfen. Aber nichtsdestotrotz, es gehört auch der kulturelle Austausch dazu und diese Brückenbaufunktion nämlich eines Miteinanders und eines gemeinsamen Austausches auf der kulturellen Ebene, die verbindet, die wir als universelle Sprache auch der Kultur und der Musik, wie du das auch genannt hast, durchaus in Zukunft auch noch stärker nutzen wollen. Es gibt schon viel, die Festwochen machen das, die machen zum Beispiel gemeinsam mit der Brunnenpassage oder das Konzerthaus macht mit der Brunnenpassage „into the city“ und da gibt es schon sehr viel Zusammenarbeit. Es gibt viele Festivals, die sowohl als auch besucht werden, nämlich von zugewanderten Menschen mit migrantischem Hintergrund als auch von Österreichern, Akkordeonfestival, Balkanfestival, Cessnafestival und so weiter. Das heißt, das gibt es ja, und da gibt es ja auch schon sehr viel und es ist ja letztlich auch eine Realität, dass auch unter migrantischen Menschen, die hier leben, in der ersten, in der zweiten, in der dritten Generation viel kreatives Potenzial steckt. Es gibt Menschen, die sind als Flüchtlinge hier hergekommen und wurden Schriftsteller, sind österreichische Staatsbürger, Schriftsteller, erfolgreiche Bestsellerautoren. Auch das gibt es, auch wenn ihr das oft nicht sehen wollt.

Wenn bekrittelt wird, dass Kulturschaffende mit Migrationshintergrund auch in Leitungsfunktionen sollen, dann sage ich Ja, denn das heißt nicht, es ist eine Bevorzugung. Wenn wir von Migrant Mainstreaming analog zum Gender Mainstreaming reden, dann ist Gender Mainstreaming nicht Frauenförderung, sondern Gender Mainstreaming ist die Gleichstellung und die Beurteilung zu sagen, wie ist das Bewusstsein, wie wirken sich Maßnahmen, wie wirken sich Handlungen auf Frauen, auf Männer aus. Frauenförderung ist was anderes, so wie es eben auch zum Beispiel, keine Ahnung wie der Begriff wäre, Migrantenförderung wäre. Aber das Bewusstsein zu haben, dass hier noch viel Potenzial da ist, das man ja auch nützen sollte, das zu schärfen, glaube ich, ist ein sehr guter und wichtiger Weg.

Stärken gibt es auch wie zum Beispiel im Bereich der Musik, die auch erwähnt worden ist. Wien war, ist immer eine Musikstadt gewesen. Das ist sie nach wie vor. Das ist von den Symphonikern und den Klassikern über Musical und über Theater, wo auch das Musical seine Berechtigung hier hat, ein ganz wesentlicher Faktor auch für die Stadt. Wir haben 500 000 bis 700 000 BesucherInnen des Musicals jedes Jahr. Das sind nicht wenige Menschen. Da gibt es auch sehr, sehr viele, die extra dafür aus den Bundesländern, aus anderen Ländern, auch aus dem Ausland nach Wien kommen. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Wir wissen auch, dass es bei den Vereinigten Bühnen in den letzten Jahren schon sehr viel an Einsparungen gegeben hat, dass die Vereinigten Bühnen heuer ausgeglichen bilanzieren werden. *(GR Ing Mag Bernhard Dworak: Das ist falsch!)* Und Sie wissen auch, dass der Hauptteil der Subvention in die Oper geht, nämlich in die Neue Oper an der Wien

und nicht in die Musical-Bühne. Das heißt (*GR Ing Mag Bernhard Dworak: Das ist falsch!*), das hier auszubauen – nein, das ist nicht falsch, wer immer das hier gerufen hat, das ist nicht falsch. Ich kann Ihnen sogar sagen, wie viel, es sind nämlich ungefähr 21 von diesen 37, die an die Neue Oper Wien gehen, weil Oper natürlich Hochkultur und damit auch teurer ist und nicht so viel einspielt. Aber auch zeitgenössische neue Musik muss stärker gefördert werden, wird auch weiter gefördert wie zum Beispiel das Popfest Wien, das letztes Jahr zum ersten Mal stattgefunden hat und die einzelnen Einrichtungen und Vereine werden sicher auch noch viel stärker miteinander vernetzt werden und man wird in den Dialog treten, um zu schauen, wie man die zeitgenössische Musik hier auch noch stärker unterstützen kann.

Zum Thema Theater und Stadt des Theaters, die Wien natürlich auch immer war, wird noch meine Kollegin Bluma näher darauf eingehen. Ich nehme auch noch als vorletzten Punkt, dass Wien eine Stadt ist - wo wir auch darüber gesprochen haben -, die Diskussion fördert und die auch durchaus kulturelle Auseinandersetzungen suchen soll und wo möglichst viele Menschen auch zum einen am kulturellen Angebot teilnehmen sollen und gleichzeitig auch an dieser Diskussion.

Es gibt schon eine Menge an verschiedenen Möglichkeiten wie den Kulturpass oder auch die erwähnten KulturlotsInnen, die hier ein bisschen ins Lächerliche gezogen worden sind. Die guten günstigen Angebote, die der Kulturpass zum Beispiel auch liefert, wo 25 000 Tickets jährlich an Menschen mit geringem Einkommen ausgegeben werden, die Kultur leistbar machen. Es gibt „Cash for Culture“ für junge Leuten zwischen 13 und 23 Jahren, die eigene kulturelle Projekte verwirklichen wollen, schnelles Geld, das auch unbürokratisch beantragt werden kann, wo man Dinge, die man schon lange einmal machen wollte, auch umsetzen kann. Das funktioniert wunderbar. 150 Projekte sind da im letzten Jahr entstanden und das Geld ist auch aufgestockt worden, weil die Nachfrage so groß war. Es gibt zum Beispiel eben auch diesen Kongress „WienDenktZukunft“, wo ich nicht weiß, ob die FPÖ dort war. Ich glaub, die ÖVP war kurz dort, wenn ich mich erinnere. An die FPÖ kann ich mich jetzt nicht erinnern. Und dort gibt es und gab es durchaus kontroverse Diskussionen. Da ist man sich nicht einig gewesen, wie denn der Weg eines neuen Stadtprofils in den unterschiedlichen Bereichen ausschauen soll und das soll auch dort weiter diskutiert werden. „WienDenktZukunft“ war kein einmaliger Kongress, sondern ist ein Prozess, der sicher auch noch in den nächsten Jahren mit bestimmten Schwerpunktsetzungen, mit bestimmten Themen weiter zur Diskussion einladen wird.

Und weil Wien auch eine Stadt ist, die sich ihrer Vergangenheit stellt, ist auch zum Beispiel das Wien Museum ein wichtiger Bereich, wo der Kollege Ebinger beklagt hat, dass es noch nichts Konkretes gibt, dass man noch nicht weiß, wo es stehen soll, wie viel es kosten soll und gleichzeitig aber auch immer wieder beklagt, dass man nicht eingebunden wird. Jetzt gibt es da einen Prozess, der die Leute einbindet, der zu offenen Diskussionen einlädt, der ein Prozess ist, mit dem man das neue Wien

Museum entwickeln will, ein Profil entwickeln will, wo es einen partizipativen Prozess geben wird und jetzt wird da beklagt, dass noch nicht alles feststeht. Also ich glaube, mit diesem Vorwurf müssen wir leben und mit dem können wir auch ganz gut leben.

Es gibt zum Beispiel auch noch das Stadt- und Landesarchiv. Das sind so Abteilungen, die sehr selten in der Öffentlichkeit stehen, aber eine ganz wertvolle Arbeit für Wien auch leisten, wo zum Beispiel, um nur eines zu erwähnen, jetzt in Kürze das ganze Filmarchiv der Media Wien übernommen wird beziehungsweise auch 4 000 von Otto Wagner entworfene Originalpläne des Spitals digitalisiert werden. Das heißt, die Geschichte der Stadt wird dort aufgezeichnet, wird dort archiviert.

Das Jüdische Museum Wien, das jetzt auch renoviert wird, wodurch eine bessere Vermittlung, eine bessere Dauerausstellung entstehen kann, wo auch der Standort Judenplatz vor Kurzem wieder eröffnet wurde.

Und last but not least gehört auch das Thema Wissenschaft und Forschung zu einer positiven Zukunft der Stadt. Das ist ein ganz wesentlicher Bereich, der in mehreren Ressorts angesiedelt ist. Hier im Kultur- und Wissenschaftsressort ist es vor allem die geistes-, sozial- und kulturwissenschaftliche Forschung, die mittels Stipendien, mittels Projekten unterstützt wird, die gefördert werden. Über Fonds und Stiftungen werden auch mehr an Mitteln in diesen Bereich gegeben, in einen Bereich, der an sich nicht stadtkompetent ist, sondern bundeskompetent ist, aber um den wir uns als Stadt natürlich kümmern, denn wir wissen, dass Wissenschaft und Forschung für uns ein ganz ein essenzielles Zukunftsthema ist als Stadt. Und wir wissen, dass es notwendig ist, sich einfach auch mit gesellschaftlichen Entwicklungen, mit den Auswirkungen von technologischen Errungenschaften auseinanderzusetzen. Auch dafür braucht man Wissenschaft, auch dafür braucht man Forschung.

Wir haben morgen im Gemeinderat auch den Akt, der wieder das Impulsprogramm für die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften beschließt, wo wir in den letzten drei Jahren schon viel Geld investiert haben und hier einen Schwerpunkt gesetzt haben, der jetzt auch für die nächsten drei Jahre beschlossen wird. Das alles, muss man auch vielleicht in einem Nebensatz sagen, wo auf der Bundesebene bei Forschung und Wissenschaft deutlich gespart wird und wir sozusagen als Stadt das natürlich alles auch nicht nur mitbekommen, sondern die Stadt insgesamt auch darunter leidet.

Die Kollegin Bluma wird noch mehr konkrete oder auch nicht so konkrete, aber zumindest Grundsätze erwähnen, die im Koalitionsübereinkommen stehen. Wir werden noch öfter über das Koalitionsübereinkommen diskutieren. Wir werden auch noch öfter über konkrete Projekte diskutieren, wie zum Beispiel über das Servicecenter Kultur oder auch wie zum Beispiel über die Agentur für Zwischennutzung, die auch der Kollege Ebinger heute erwähnt hat, wo er gemeint hat, dass dann nicht die SPÖ irgendwie die Hand drauf haben soll. Herr Kollege Ebinger, ich meine, erstens ist dieses Thema Agentur für Zwischennutzung oder dass man leerstehende Lokale und Geschäfte zwischennutzt, nichts Neues. Es

ist nur nicht so einfach, wie es klingt. Da ist ein leeres Lokal, da kann doch jetzt ein Kulturschaffender rein und der macht dort was und dann belebt er sozusagen die Geschäftsstraße. Das leerstehende Lokal gehört in den meisten Fällen einem privaten Hauseigentümer, der es nicht hergeben will. Oder es gehört zum Beispiel einem privaten Hauseigentümer, es ist aber gar nicht frei, so wie es aussieht, sondern da ist ein Lagerraum hinten, der genutzt wird. Also es ist das Thema jetzt nicht ganz neu, das Sie jetzt aufgebracht haben, aber es ist ein schwieriges Thema und es ist nicht einfach umzusetzen. Das wird in den nächsten Jahren ein ganz ein wesentliches Thema sein, weil wir es auch für sehr wichtig halten.

Ich finde, das sind ganz spannende Projekte, auf die ich mich sehr freue, die gut sind für die Stadt, die gut sind für die Kulturschaffenden in dieser Stadt. Das sind die gemeinsamen Wege, die die rot-grüne Kulturpolitik gehen wird. Und in Anlehnung an frühere Zeiten lade ich Sie durchaus ein, ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen. Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Ich teile mit, dass sich der Herr GR Mag Werner-Lobo krankheitshalber für den Rest der Sitzung entschuldigen lässt.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau GRin Leeb gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Die Redezeit beträgt drei Minuten.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Es wird nicht so lange dauern.

Liebe Frau Kollegin Straubinger! Ich finde es wirklich rührend, dass Sie sich um meine Wortwahl, die ich hier im Gemeinderat verwende, so bemühen. Ich habe den Herrn Kollegen Woller als Vasall bezeichnet. Mir ist nicht bekannt, dass es sich dabei um ein Schimpfwort handelt. Vielmehr handelt es sich da um einen Herrn, der als Gefolgsmann im Dienste eines anderen steht. Und ein Knappe, als Knappe hab ich den Kollegen Lobo bezeichnet, ist ein junger Mann, ein Edelknabe, der bei einem Ritter das Handwerk lernt. Ich denke, diese beiden Worte sind durchwegs diesem Hause adäquat. Meine Erwartung an Sie wäre allerdings, dass zumindest die Kultur der Sprache hier bekannt ist. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak und ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Das Lob von meiner Kollegin kann ich nur weitergeben. Wir reden von Vasallen und von Knappen. Der Herr Stadtrat hat offensichtlich ein mittelalterliches Heer.

Aber zuerst zur Frau Kollegin Straubinger. Film und Kino. Die Filmschaffenden haben es selber geschaffen, trotz der Förderung von Wien. Und erst dann, als die Oscars gekommen sind, hat bekanntlicherweise der Herr Stadtrat, der ist mir gerade entglitten, die Förderungen aufgestockt. Bei der Kinoförderung waren wir sehr lästig, nachdem die Stadt Wien 775 000 EUR auf 300 000 gekürzt hatte und dann wurde sie gnadenweise auf

400 000 aufgestockt. Aber das ist nur ein kleiner Ausflug zum Thema Film und Kino. Die Vienna Film Commission, das wissen wir wahrscheinlich genauso, haben wir erstmalig hier an dieser Stelle gefordert. Mit einem Budget von netto 213 Millionen EUR, und hier habe ich den Bereich der Fremdenverkehrsförderung bereits abgezogen, bekanntlicherweise wird der Fremdenverkehr größtenteils durch die Fremdenverkehrsabgabe gegenfinanziert. Damit hat das Kulturbudget der Stadt Wien weniger als 2 Prozent Anteil am Budget und das, meine Damen und Herren, ist das kleinste Ressort und es sind, wenn sich die Stadt Wien immer rühmt, eine Weltstadt zu sein, eine kulturelle Weltstadt, gerade einmal 1,8 Prozent eines Budgets von, ich glaube, 11,6 Milliarden, ein verdammt erbärmlicher, niedriger Betrag.

Aber das ist eine Sache, wie man sich selber präsentiert.

Sie wissen alle, dass das Budget langjährig verplant ist. Rund 50 Millionen EUR gehen für die Wien Holding drauf, darunter die großen Brocken, wir haben heute schon darüber gesprochen, wie die Vereinigten Bühnen, das Mozarthaus, das Jüdische Museum und das Haus der Musik.

Zu den Vereinigten Bühnen steht im rot-grünen Koalitionspapier, dass der Betrieb angemessen und ressortübergreifend finanziert werden wird. Die oftmalige Ablehnung der gesamten Opposition, an vorderster Stelle hier die grüne Opposition, ist offenbar vergessen und fröhlich wird ohne Evaluierung festgeschrieben und weiterfinanziert.

14 Millionen EUR für die Wiener Symphoniker, wobei der Verein 50 Millionen EUR Schulden hat. Offenbar wird dem Rechnungsabschluss der Wiener Symphoniker nur mehr ein eingeschränkter Prüfungsvermerk von den Buchprüfern erteilt. Die Sanierung der Rechtskonstruktion der Wiener Symphoniker ist dringend durchzuführen. Im rot-grünen Koalitionspapier findet sich, meine Damen und Herren, kein Wort darüber. Die von uns immer wieder geforderte GmbH-Lösung muss endlich umgesetzt werden. In Zukunft muss das Problem der Quersubventionierung gelöst werden und die kostenlosen Dienste, die die Symphoniker beispielsweise eben für das Theater an der Wien leisten, müssen endlich bezahlt werden.

Aber da kommen wir auch zu den großen Posten von 21,8 Millionen EUR allein nur für das Theater an der Wien. Dazu stellen meine Kollegin und ich einen Beschlussantrag, der lautet:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge einen mittelfristigen Finanzierungs- und Sanierungsplans des Vereins Wiener Symphoniker erstellen, der eine nachhaltige Sicherung dieses Orchesters gewährleistet, und diesen den Mitgliedern des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft zur Kenntnis bringen.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

11 Millionen für die Wiener Festwochen, ohne die Zukunft der Musiksparte geklärt zu haben. Mit der Neuausschreibung des Geschäftsführers - Luc Bondy beendet seinen Vertrag 2013 - sollte eine Neupositionierung der Wiener Festwochen möglich sein. Als Anregung möchte ich auf eine für alle Wiener und Wienerinnen

interessante Eröffnung unter regelmäßiger Beteiligung Wiener Kultureinrichtungen hinweisen. Ich glaube nämlich, dass es durchaus interessanter sein kann, Eröffnungen mit Wiener Einrichtungen zu machen als das, was derzeit am Rathausplatz jedes Jahr passiert. Wien sollte schon bei der Eröffnung der Festwochen zeigen, welche tollen Kulturinstitutionen es bei uns gibt.

14 Millionen für das Wien Museum, wir haben heute schon davon gesprochen, nur für den Betrieb, ohne nämlich für das neu zu errichtende Museum Rücklagen zu bilden. Im rot-grünen Regierungspakt steht nicht einmal ein Wort über das Depot des Wien Museums. Da gibt es einen Kontrollamtsbericht aus dem Jahre 2006, wo bereits damals von Gefahr in Verzug stand und dass der Zustand dieses Gebäudes katastrophal sei. Was das für die 1,5 Millionen Kunstgegenstände, die im Bestand des Wien Museums sind, wirklich bedeutet, möchte ich hier nicht hinterfragen. Im „News“-Interview vom 24.11. spricht StR Mailath-Pokorny von einem Kostenrahmen von 30 bis 70 Millionen EUR für den Neubau. Ein mehr als unkonkreter Betrag, wobei weder das Konzept, meine Damen und Herren, und ich möchte es hier nochmals wiederholen, es steht weder ein fixes Konzept für das Museum noch gibt es einen Standort. Sie wissen alle, es geht hier um sechs Standorte, durchaus interessante, sechs mögliche verschiedene Standort, die diskutiert werden. Es geht auch darum, dass man den Kunstplatz Karlsplatz durchaus auch ins Auge fassen könnte. Dazu stellen wir ebenso einen Antrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge bei der Ausschreibung des Bauprojekts für die Neuerrichtung des Wien Museums dafür sorgen, dass die Errichtung eines ausreichend dimensionierten Depots in dem Projekt vorgesehen ist und in die Gesamtkosten einkalkuliert wird. Überdies möge der Stadtrat den zuständigen Gemeinderatsausschuss für Kultur und Wissenschaft laufend über den jeweils aktuellen Fortgang des Projekts informieren.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir haben noch eine Sache. Wir haben schon zuerst von der recht großzügigen Film- und Kinoförderung gesprochen. Es sind ungefähr 15 Millionen und davon sind 1,5 Millionen für die Viennale vorgesehen. Wir stehen zur Viennale positiv. Wir fordern aber, dass diese Viennale in weit mehr Kinos gespielt und abgespielt wird und Karten angeboten werden, als dies derzeit ist. Es sollen nicht nur stadteigene Kinos zum Zug kommen, es sollen auch jene Kinos dazukommen, die eine Kinoförderung bekommen. Es sollten jene Programmkinos sein, die eben auch eine Kinoförderung bekommen. Wir, meine Kollegin Leeb und ich, stellen gemeinsam den Beschlussantrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge den Veranstalter der Viennale ersuchen, sämtliche Kinos, die eine Förderung aus öffentlicher Hand erhalten, in die Abwicklung des Filmfestivals mit einzubeziehen.“

In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung dieser drei Anträge. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es gibt auch eine langjährig zugesagte Förderung unter dem Titel Musikpflege. Hier sind die jährlich fix zugesagten Förderungen des

Konzerthauses enthalten. Oder bei der Förderung der darstellenden Künste sind große Beträge für langjährige Förderungen wie das Millionengrab Volkstheater oder das Theater in der Josefstadt enthalten.

Zum Volkstheater möchte ich an dieser Stelle, vielleicht haben wir noch an anderen Tagen Gelegenheit, darauf hinweisen, dass das Volkstheater offenbar ein Millionengrab wird. Dieses Millionengrab hat der Herr StR Mailath-Pokorny höchstpersönlich dadurch zu verantworten, dass er seinen ehemaligen Theaterreferenten, den Herrn Stöphel, als kaufmännischen Geschäftsführer eingesetzt hat. Nicht umsonst wurde der Herr Stöphel offensichtlich bereits pensioniert oder steht vor der Pensionierung und wird nicht mehr zur MA 7 zurückkehren. Vor einigen Jahren war das noch als große Tat besprochen worden, dass man hier eine bessere Kontrolle des Volkstheaters machen kann. Schade.

Mehrjährig, meist über die Dauer von vier Jahren, wurden die Förderungen der Theaterreform vergeben. Reduktionen der Förderungszusagen haben schon in der letzten Regierungsperiode Rot und Grün verhindert, indem man Konvergenzklauseln gestrichen hat, die folgendermaßen lauteten: Wenn die Stadt Wien weniger Geld zur Verfügung hat, dann können auch die Förderungszusagen reduziert werden. Das Thema Sparsamkeit hat in diesem Budget keine Relevanz.

Ein Großteil des Budgets ist eben schon so fix verplant, dass es kaum Spielraum für neue und evaluierte Förderungsansätze zulässt, abgesehen davon, dass das Ressort Kultur und Wissenschaft heißt und gerade einen Anteil von 8,7 Millionen EUR am Thema Wissenschaft hat, das sind gerade einmal 4 Prozent, nicht gerade ein sehr großer Anteil. Ich weiß schon, Wissenschaft wird auch in anderen Budgets gefördert.

Nicht einmal die von uns regelmäßig kritisierten Rahmenbeträge sind wirklich frei verfügbar. Meist gibt es hier schon informelle langfristige Förderungszusagen. (*Lautes Plenum.*) Dass im rot-grünen ...

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz** (*unterbrechend*): Entschuldigen Sie bitte, darf ich die Damen und Herren Gemeinderäte und Gemeinderätinnen um mehr Aufmerksamkeit für den Redner bitten?

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*fortsetzend*): Dass im rot-grünen Übereinkommen zum Kulturressort wenig Konkretes steht, haben wir schon gesagt. Dass kaum etwas überprüft werden soll, ebenso. Es ist im Wesentlichen im Großen und Ganzen eine Fortschreibung der SPÖ-Kulturpolitik.

Zum Thema Künstler in dieser Stadt. Sie wissen, dass die Künstler oft kaum mit ihrem Einkommen überleben können. Die wirtschaftliche Situation ist so, dass sie oft in prekären Arbeitsverhältnissen leben und eben kaum genug haben. Wir bekennen uns zur Kunst und Kultur in dieser Stadt. Wir sehen die Förderung der Kunst als eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Wesentlich erscheint uns aber auch, dass es Eigenmittelanteile für künstlerische Projekte geben muss. Nur wenn etwas etwas kostet, ist es auch etwas wert. Und, meine Damen und Herren, wir wollen positiv im Bereich der Kultur in dieser Stadt mitarbeiten. Man muss uns nur rechtzeitig

die richtigen Informationen geben, denn ohne Informationen werden und können wir auch nichts tun. So züchten Sie sich halt mehr Oppositionspolitik. Aber es liegt ganz an Ihnen, wie Sie in Zukunft mit dem Kultur- und Wissenschaftsressort umgehen. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Eisenstein und ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich spreche zum Budget im Engeren. Die allgemeine Budgetkürzung im Voranschlag 2011 verbunden mit einer Kürzung der Investitionen und einem Absenken der Ausgaben der Gemeinde betrifft auch das Kulturbudget und ich beziehe mich jetzt ausschließlich auf den Budgetansatz Kunst, Kultur, Kultus, wo die reale Kürzung gegenüber dem Voranschlag 2010 immerhin 7 Prozent beträgt. Dabei ist aus diesem Voranschlag 2011 natürlich erkennbar, dass die Förderung der darstellenden Kunst immer weiter zurückgeht, dass die Einnahmen und Ausgaben für Museen niedriger angesetzt sind, die Ausgaben um 1,5 Prozent. Dass auch die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege ein deutliches Minus aufweisen, was natürlich nicht zuletzt an einer sinkenden Zahlung an Private aus dem Kulturförderungsbeitrag liegt. Dass die kulturelle Jugendbetreuung sinkt und dass sich auch die Sammelpost der sonstigen kulturellen Maßnahmen mit um 5 Millionen EUR weniger zu Buche schlägt, während die Einnahmen in diesem Bereich um immerhin 100 000 EUR steigen. Sogar die Wiener Festwochen werden billiger werden müssen, was sich hoffentlich, und ich darf das hier so ausdrücken, nicht in einer Absenkung auch der Qualität der Darbietungen äußern wird.

Demgegenüber werden die Ausgaben aus dem Kulturförderungsbeitrag insgesamt von 24,2 auf 27,2 Millionen EUR deutlich steigen, besonders für Transferleistungen an Private, aber jetzt nicht Personen, sondern Organisationen.

Ebenso steigen werden die Ausgaben für Denkmalpflege und Förderung von Schrifttum und Sprache. Die Ausgaben für Musiklehrveranstaltungen werden auch steigen, aber nur um 1 Prozent, während die Einnahmen um 13 Prozent höher budgetiert sind als im Vorjahr. Und die Filmförderung wird deutlich erhöht um 9 Prozent.

So, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sind sozusagen die Grundsätze dieses Budgetansatzes Kunst, Kultur und Kultus im Voranschlag 2011.

Dieses Budget lässt zwei Dinge vermissen: durchgehende Innovationen und Impulse für 2011 und den nötigen Tiefgang, denn das Budget selber, so wie es vorliegt, ist ziemlich wenig aussagekräftig und doch eher oberflächlich.

Während des Rechnungsjahres 2011 wird es daher zahlreiche Überschreitungen geben müssen, Überschreitungen einzelner Budgetposten. Und da das so ist, stellt sich schon, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Stadtrat, die Frage nach der Budgetwahrheit dieses Budgets, eine Budgetwahrheit, die wir

erst beim Rechnungsabschluss für 2011 erkennen werden. Dass dieser Budgetansatz eben so nicht halten wird, ist sicher und ist auch klar und kann daher nicht einmal als eine grobe Orientierung brauchbar sein und wird deshalb von meiner Fraktion auch deutlich abgelehnt werden.

Ich werde jetzt drei Punkte aus diesem Budgetansatz herausgreifen. Auf Grund meiner - ein Wortspiel - jetzt angegriffenen Stimme werde ich das kurz machen und sie nicht damit langweilen.

Der erste sind die Musikschulen. Da ich aus zuverlässiger Quelle weiß, dass es dazu noch eine Wortmeldung gibt, nur zwei Sätze. Sie werden immer noch zu wenig gefördert. Die Musikschulensituation ist nämlich nach wie vor wenig erfreulich für eine Stadt, die sich gerne als Weltstadt der Musik schlechthin darstellt. Es ist immer noch schwierig für die Bewerberinnen und Bewerber, einen Platz in einer Musikschule zu finden und, meine Damen und Herren, die budgetierte einprozentige Steigerung im Voranschlag 2011 wird diesem Manko auch nicht wirklich abhelfen, auch wenn der Anteil während des Rechnungsjahres eventuell noch erhöht wird.

Zweitens: Filmförderung, etwas, worüber wir relativ selten hier sprechen und ich meine jetzt Filmförderung und nicht Ausgaben für Kinos oder Förderungen für Kinos. Filmförderung ist immerhin einer der Plusposten in diesem Budget und ist auch so zu begrüßen. Und damit es nicht heißt, die Opposition macht alles schlecht: Nein, sehr geehrter Herr Stadtrat, ich bin hier voll auf Ihrer Linie und voll damit einverstanden. Man kann immer noch mehr fordern, aber mit diesen plus 9 Prozent bin ich im Großen und Ganzen sehr zufrieden. Ich erwarte aber, meine Damen und Herren, dass hier auch österreichische Filme gefördert werden, wobei die Betonung auf österreichisch liegt. Und ich meine hier nicht Filme einer seichten Unterhaltung oder Sitcoms oder das Pendant, Gegenstück, zur Trivilliteratur, sondern ich meine hier durchaus etwas anspruchsvollere österreichische Filme, denn der anspruchsvollere österreichische Film ist leider in einem ziemlich beklagenswerten Zustand. Nach wie vor ein Zustand, der an eine griechische Tragödie erinnert, hätte ich jetzt bald gesagt, aber man würde mir dann unterstellen, das wäre ein Seitenhieb auf die neue Frau Vizebürgermeisterin. Nehmen Sie es halt als Metapher.

Österreichische Filme werden vom Publikum leider so gut wie nicht angenommen. Das wissen wir alle. Und auch hochgelobte Produktionen, auch Produktionen, die in diesem Hause schon sehr dramatisch gewürdigt wurden, die als österreichisch ausgegeben wurden, waren eigentlich halt keine österreichischen, und ich verwende jetzt absichtlich das Wort Erzeugnisse.

Denken Sie bitte an den wirklich weltberühmten Film „Die Fälscher“ von Stefan Ruzowitzky, uraufgeführt, wie Sie alle wissen, Berlinale 2007. Das war keine österreichische Produktion. Das war eine österreichisch-deutsche Produktion 50 zu 50.

Denken Sie an den wirklich berühmten Film „Das weiße Band“ von Michael Haneke, einem gebürtigen Münchner, wie wir alle wissen, der das Privileg hat, hier

in Österreich leben und hier unterrichten zu dürfen. Der Film ist ja mit einer Reihe von Filmpreisen ausgezeichnet worden. Aber bitte „Das weiße Band“ ist auch keine österreichische Produktion. Es ist eine Koproduktion, an der Österreich eigentlich nur am Rande beteiligt war. In Wirklichkeit ist es ein deutscher Film.

Und wenn ich noch eine recht berühmte Person der Moderne nennen darf: Christoph Waltz hat seinen schauspielerischen Aufstieg außerhalb der österreichischen und auch der Wiener Filmförderung gemeistert.

Daher Resümee: Es ist an der Zeit, meine Damen und Herren, nicht nur erfolgreiche Filmschaffende für uns zu reklamieren, sondern hier auch selber tätig zu werden und Impulse zu setzen. Und was die Effizienz der Filmförderung anbelangt, der Filmförderung durch Wien, darf ich Sie auf die Gegenäußerung des Rechnungshofes 2010 zur Stellungnahme des Wiener Stadtsenats hinsichtlich der Filmförderung in Österreich verweisen. Die Eingeweihten wissen, wovon ich spreche, und die anderen können es gerne nachlesen.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte zum Schluss noch einen dritten allgemeinen Punkt: die grundsätzliche Forderung nach einer verstärkten Förderung von Schrifttum und Sprache. Aber, bitte, nicht nur der Sprachen von Migrantinnen und Migranten, sondern auch des Deutschen! Das ist leider keine Selbstverständlichkeit in unserem Land und schon gar nicht in unserer Stadt. Wenn ich „Förderung des Deutschen“ sage, meine ich: außerhalb oberflächlicher Sprachkurse, die aber ohnehin nicht zu unserem Ausschuss gehören.

Ich muss Sie ja nicht daran erinnern, dass unsere deutsche Sprache die wohl wichtigste Trägerin unserer Kultur ist und dass wir berufen sind, dieses Erbe nicht nur zu bewahren, sondern auch zu fördern und es progressiv voranzutreiben, auch und gerade in literarischer Hinsicht. Und, Frau Kollegin Straubinger: Bitte, nicht nur oder hauptsächlich kulturellen Austausch zu fördern, sondern auch Deutsch als Deutsch allein zu fördern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Man hat nämlich gelegentlich schon den Eindruck, dass sich deutschsprachige Künstlerinnen und Künstler noch dafür entschuldigen müssen, dass sie diese Sprache verwenden und dass sie dieser Kultur verhaftet sind. Das haben wir alle miteinander nicht notwendig. Natürlich bewahren wir das auf uns Gekommene, das schon - aber, meine Damen und Herren, setzen wir auch neue Akzente in unserer Kultur! Wir brauchen kein Staatskünstlertum. Was wir brauchen, sind Anreize für eine ehrliche österreichische, wienerische, deutschsprachige Kulturpolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dafür, meine Damen und Herren, wäre eine Kulturförderung der Stadt Wien eigentlich da, und da könnte sie sich auch wirklich ihre Meriten holen. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Als nächste Rednerin ist Frau GRin Bluma gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Susanne **Bluma** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Werte

Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte, bevor wir die Debatte über das Kulturbudget fortsetzen, ganz herzlich die Schülerinnen und Schüler begrüßen, die uns heute einen Besuch abstatten. Ihr habt euch wirklich ein sehr interessantes Thema ausgesucht. Ich freue mich, dass ihr unserer Diskussion beiwohnt. *(Allgemeiner Beifall.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir über das Kulturbudget reden, dann sollten wir zuerst darüber reden, was Kunst und Kultur in dieser Stadt und für diese Stadt bedeuten. Wien ist eine dynamische, eine moderne Kulturstadt, eine vielseitige und eine weltoffene Stadt, und zu diesem Klima tragen Kunst und Kultur sehr bei. Wien genießt als Kulturmetropole international höchstes Ansehen, und dass das so bleibt, das ist wohl das Anliegen von uns Kulturpolitikerinnen und Kulturpolitikern über alle Fraktionsgrenzen hinweg.

Wir bekennen uns zu einer starken öffentlichen Kulturförderung, und zwar für die Menschen, die in dieser Stadt leben, die in dieser Stadt arbeiten, die in dieser Stadt studieren, aber auch für die Menschen, die diese Stadt besuchen. Zwei Drittel aller Touristinnen und Touristen, die diese Stadt besuchen, kommen wegen der Kunst und der Kultur nach Wien. Jeder Euro, der im Kulturbereich eingesetzt wird, kommt zweieinhalbfach zurück.

Kunst und Kultur lohnen sich also: Sie lohnen sich wirtschaftlich, sie lohnen sich monetär, aber sie lohnen sich auch als Investition in die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Das Kulturbudget der Stadt Wien ist in den letzten 10 Jahren, in den Jahren von 2001 bis 2011, um 40 Prozent gestiegen. Ja, es ist wahr: Es beträgt 2 Prozent des Gesamtbudgets dieser Stadt. Aber glauben Sie mir, alle anderen Städte beneiden Wien um diesen Anteil am Gesamtbudget!

Wien ist die Stadt mit der höchsten Lebensqualität, und Kunst und Kultur tragen wesentlich dazu bei. Kulturpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik, Kulturpolitik ist Bildungs-, Frauen-, Sozial-, Integrations- und Jugendpolitik. Kulturpolitik wendet sich an alle Menschen in dieser Stadt, möchte sie berühren und mit einbeziehen. In Wien sollen alle Menschen Zugang zu Kunst und Kultur haben, das ist uns ganz, ganz wichtig. Auch bildungsferne Schichten, auch Wienerinnen und Wiener mit einem geringen Einkommen sollen Zugang zu Kunst und Kultur haben, und selbstverständlich auch Migrantinnen und Migranten.

Dafür bedarf es Maßnahmen, die den Zugang ermöglichen oder erleichtern; ich möchte hier zwei hervorheben. Seit 2010, seit Beginn dieses Jahres, gibt es freien Eintritt für Kinder und Jugendliche in die Museen der Stadt Wien, und der Wiener Kulturpass bietet Kulturangebote. Wir verzeichnen bereits 20 000 Kulturpassinhaberinnen und -inhaber.

Kunst und Kultur bilden einen wesentlichen Bestandteil dieser Stadt, dieser ist von Wien einfach nicht zu trennen und eine Bereicherung eines jeden Lebens. Daher ist es uns ganz wichtig, die Partnerschaft zwischen Schulen und Kulturinitiativen weiter auszubauen,

denn Kunst und Kultur müssen Kinder bereits im Kindesalter berühren. Die Berührung muss bereits in einem sehr jungen Alter zustande kommen.

Viele Themen wurden heute schon angesprochen, aber Kunst und Kultur sind so vielfältig, dass hier wahrscheinlich 30 RednerInnen Themen finden. Was noch nicht angesprochen wurde, ist die Bezirkskultur, die Bezirkskultur, die mir persönlich sehr, sehr wichtig ist. Bezirkskultur ist Basiskultur, sie passiert dort, wo die Menschen leben, wo die Menschen zu Hause sind, Kultur im Grätzl, ganz besonders auch in den Bezirken, die nicht traditionell zu den Orten der Hochkultur gehören. Es ist uns die Ansiedelung von Kulturinitiativen in Stadterweiterungsgebieten sehr, sehr wichtig, sie soll weiter gefördert werden. Kultur soll überall in dieser Stadt Teil der Infrastruktur sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch die Bezirksfestwochen hervorheben, die von Basiskultur Wien unter dem Motto „Wir sind Wien - Festival der Bezirke“ reorganisiert werden und auf Nachhaltigkeit und Vielfalt der Kulturen setzen. Die meist kostenfreien Veranstaltungen bieten das, was uns so wichtig ist: Zugang zu Kunst und Kultur für alle.

Ein Wort auch zu den Wiener Festwochen: Diese bieten ebenfalls eine kostenfreie Auftaktveranstaltung. Wer das einmal miterlebt hat, sieht den Platz zwischen Rathaus und Burgtheater gefüllt von tausenden begeisterten Wienerinnen und Wienern, gefüllt von tausenden Menschen, die die Kultur in dieser Stadt genießen.

Wenn wir von Bezirkskultur sprechen, müssen wir auch über die Bezirksmuseen sprechen. Sie sind wichtige kulturelle Zentren in den Bezirken, Treffpunkt der regionalen Szene, und sie bieten Künstlerinnen und Künstlern, ob aus dem darstellenden Bereich oder Musikerinnen und Musikern, oft die erste Möglichkeit für Auftritte und Ausstellungen. Das Regierungsübereinkommen sieht eine Attraktivierung der Bezirksmuseen vor. Ja, denn nichts, was gut ist, kann nicht noch verbessert werden!

Wien investiert in Kunst und Kultur, und das aus voller Überzeugung. Der größte Teil des Kulturbudgets fließt in die darstellende Kunst, sowohl in die großen als auch in die vielen kleinen Theater, die die Theaterlandschaft in unserer Stadt so bereichern. Die Theaterreform, ein Meilenstein in der Wiener Kulturpolitik, zeigt Erfolge und Ergebnisse. Diese Theaterreform wird nun einer Evaluierung unterzogen, denn in der Kulturpolitik kann und darf es niemals Stillstand geben. Kunst muss hinterfragen, weiterentwickeln und aktivieren.

Ich habe, seit ich im Kulturausschuss tätig sein darf - und ich meine das wirklich so, wie ich es sage -, viele Kulturinstitutionen dieser Stadt besucht, auch die neueren wie zum Beispiel das neue Theater im Nestroyhof, das Kabelwerk im Süden Wiens oder auch die Brunnenpassage. Die Brunnenpassage ist ein klarer Beweis dafür, dass Kunst und Kultur einen und nicht trennen. Dort, wo Menschen miteinander tanzen können, dort können sie auch miteinander leben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe sehr aufmerksam den philosophischen Beg-

riffserklärungen über multikulturelles Leben des Herrn Kollegen Ebinger gelauscht, der jetzt nicht da ist - schade! *(GR Mag Gerald Ebinger, die Hand hebend: O ja!) O ja, er ist da, okay - ich sage es trotzdem: Die Brunnenpassage ist ein gutes Beispiel für multikulturelle Kultur inmitten eines multikulturellen Lebens. Ich sehe das nicht so abgehoben wie Sie, sondern so, wie wir das alle verstehen. (Beifall bei der SPÖ. - Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ich habe das Tanzquartier und das Odeon besucht. Qualität und Internationalität werden dort geboten, Wiens Ruf als europäische Tanzmetropole wurde weiter gefestigt. Der stete Versuch, neue Publikumsschichten anzusprechen, trägt Früchte.

Natürlich bin ich auch regelmäßig Gast in unseren Musiktheatern. „Ich war noch niemals in New York“ habe ich in Hamburg und in Wien im Raimund Theater besucht - beides gesehen, kein Vergleich! Die Wiener Aufführung ist um Klassen besser, die Auslastungszahlen sprechen für sich.

Ja, sprechen wir ruhig über die Vereinigten Bühnen Wien, heute kurz, morgen länger, das Lieblingsthema der Opposition. Was wird da immer bemängelt? Intransparenz, zu hohe Kosten - nichts von all dem stimmt! Die Vereinigten Bühnen Wien verfügen über einen Aufsichtsrat, der quartalsweise prüft. Ich kenne keine Kulturinstitution in dieser Stadt, die so transparent agiert wie die Vereinigten Bühnen Wien.

Das Regierungsübereinkommen sieht, wie Sie schon gesagt haben, die Sicherung des Betriebs durch angemessene und ressortübergreifend zuordenbare Subventionen vor. Das Theater an der Wien ist ein großartiges Opernhaus; man kann es nicht oft genug sagen, dass die Entscheidung zur Umwandlung eine richtige war. Ich habe die Garage X am Petersplatz genauso besucht wie das Theater am Spittelberg. Diese Liste ließe sich jetzt noch lange fortsetzen.

Herr Kollege Ebinger, wenn Ihnen das Feuer fehlt: Ich habe das Feuer dort überall verspürt, vielleicht sollten Sie die Kulturinstitutionen mehr besuchen. Waren das nicht Sie? Dann nehme ich es zurück. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.) O ja, eh Sie - mit Feuer, Asche und Feuer war der Vergleich, nicht? (Zwischenrufe bei FPÖ und SPÖ.)*

Aber auch, wenn ich nicht ganz dezidiert eine Kulturstätte besuche, werde ich mit Kunst und Kultur konfrontiert, nämlich im öffentlichen Raum in dieser Stadt - ein weiteres Plus von Wien! Ich möchte die Zusammenarbeit mit dem Wohnbaustadtrat erwähnen, die Kooperation mit den Wiener Linien, Kunst in den Wiener PflEGewohnhäusern oder in den Einrichtungen des Krankenanstaltenverbands. Das alles sind nur einige Beispiele für Kunst im öffentlichen Raum. Kunst und Kultur begegnen die Menschen in dieser Stadt auf Schritt und Tritt, in Wien werden Kunst und Kultur gelebt. Mehr als 3,5 Millionen Menschen besuchen jährlich das Theater, 7 Millionen besuchen unsere Museen.

Das Wien Museum wurde schon erwähnt, es ist auch mir sehr wichtig. Das Stadtmuseum wird sich in den nächsten Jahren neu aufstellen mit Hilfe einer Architektur, die eine neue Sehenswürdigkeit in dieser Stadt und

ein Ort der Begegnung in dieser Stadt werden soll. Sich im Wien Museum auf einen Kaffee zu treffen, um sich irgendetwas anzuschauen, das soll, wie es bereits in anderen Städten Europas üblich ist, auch in Wien Usus werden. Das neue Wien Museum soll innen und außen Ausdruck eines neuen kulturellen Selbstbewusstseins sein. Alle Bevölkerungsgruppen dieser Stadt, unabhängig von ihrer Herkunft, sollen sich mit dem neuen Wien Museum identifizieren.

Das Jüdische Museum ist ein Ort der aktiven Geschichtsvermittlung und ein Kompetenzzentrum für jüdische Kultur.

Zur Wienbibliothek: Ich lade alle neuen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ganz herzlich ein, sich auch die Wienbibliothek hier in den Räumlichkeiten des Wiener Rathauses anzuschauen. Sie wird im Jahr 2011 mit ihrer Modernisierungsarbeit fortfahren.

2011 wird zahlreiche neue Ausstellungen bringen, ich möchte nur einige herausgreifen: zum Beispiel anlässlich des Europäischen Monats der Fotografie die Ausstellung „Wie Phönix aus der Asche“, die Schau „Hinter den Kulissen des Wirtschaftswunders“, oder anlässlich 100 Jahre des Internationalen Frauentags, die wir ja 2011 begehen und feiern werden, „Emanzen und Ikonen“. Ab Herbst wird eine Ausstellung über das Künstlerhausarchiv gezeigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kunst und Kultur sind eine Erfolgsgeschichte dieser Stadt. Geschrieben wird sie von den Kulturschaffenden, von den Künstlerinnen und Künstlern, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der zuständigen Magistratsabteilungen, den Menschen, die hinter den zahlreichen Kulturinitiativen, Kulturvereinen und Einrichtungen stehen, und nicht zuletzt von unserem Kulturstadtrat Dr. Andreas Mailath-Pokorny. - Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist GRin Meyer. Ich erteile es ihr.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Das rote Wien steht mit den Musikschulen auf Kriegsfuß, und das schon seit Langem. Sie, meine Damen und Herren, übersehen völlig, dass die Musik ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für Wien ist. Um diesen zu erhalten, müssen die drastisch zu Tage getretenen Defizite und Mängel des Musikschulwesens aufgehoben werden. Nur so kann unserer Jugend das optimale Umfeld zur Entfaltung ihrer musikalischen Anlagen und Fähigkeiten geboten werden. Es kann doch nicht sein, dass Banken saniert werden und bei der Bildung und Musikerziehung unserer Jugend der Sparstift angesetzt wird!

Von Musikschulen hängt unter anderem die Zukunft des Musiklandes Österreich und der so genannten Welthauptstadt der Musik, nämlich Wien, ab. Das sagt der ehemalige Rektor der Wiener Musikhochschule, Prof. Dr. Frischenschlager. Es ist eine völlig falsche, irreversible Entwicklung in der Kulturstadt eingerissen, ein unwiederbringliches Versäumnis an der Gesellschaft, an allen

begabten Kindern, die gerne ein Musikinstrument lernen wollen, aber keinen Platz bekommen. Es ist nicht einzusehen, dass es in einigen Wiener Bezirken noch immer keine Musikschule gibt. Das muss sich ändern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es wird viel Geld für das Produzieren von Musik ausgegeben. Die Förderung von jungen Menschen bei ihrem Lern- und Erfahrungsprozess hingegen wird vernachlässigt. Das ist nicht nur sinnlos, sondern auch unverantwortlich und kurzsichtig. Für Prestigeobjekte wie den Umbau des Ronacher um 47 Millionen EUR oder das Engagement von Peter Sellars für das Mozartjahr um 10 Millionen EUR sitzt das Geld sehr locker, aber für die Sanierung und Aufstockung der Musikschulen zeigt sich die SPÖ taub und blind!

Man darf nicht vergessen, dass ein großer Teil der Musikgeschichte einen österreichischen Hintergrund hat. Musik ist eine der großen, identitätsstiftenden kulturellen Säulen Österreichs. Man darf nicht glauben, dass Musik nur ein Steckenpferd für Reiche und Begabte ist, ganz im Gegenteil: Mit musischer Erziehung konfrontiert man Kinder mit etwas Schönerem. Es darf eben kein Privileg für einige wenige bleiben. Bereits in den Volksschulen sollte wieder dem Liedgut, vor allem in deutscher Sprache, möglichst viel Platz eingeräumt werden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Unserer Jugend zuliebe, und auch, um die Zukunft Österreichs als Musikland zu bewahren, müssen wir in die Musikschulen investieren. Denn eines möchte ich abschließend sagen: Wien wird unter anderem wegen der Musik besucht, und die Musik braucht Nachwuchs! - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Seitens des Gemeinderates liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich erteile daher zum Abschluss dieser Geschäftsgruppe Herrn StR Dr. Mailath-Pokorny das Wort.

Amtsf. StR Dr. Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Das Budget der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft für das Jahr 2011 ist ein sehr ambitioniertes. Ich möchte bewusst einen mehrfachen Dank an den Beginn meiner kurzen Ausführungen stellen, zunächst einmal den Dank an den Koalitionspartner, mit dem es eigentlich in einer sehr kurzen Zeit gelungen ist, ein ebenso ambitioniertes Kulturprogramm wie ein Programm für Kultur und Wissenschaft in Wien zu erstellen.

Es war in der Tat eine sehr, sehr konstruktive Arbeit, in der auf eine wunderbare Art und Weise tatsächlich weniger das Parteipolitische in den Vordergrund gestellt wurde, sondern die Arbeit an der Sache. Ich glaube, dass wir einerseits sehr gut aufbauen können auf einer Kulturpolitik, auf einer Kultur in der Stadt, die weltweit Renommee hat - zu Recht, wie ich glaube - und uns andererseits einige wichtige Neuerungen vornehmen.

Dieses muss natürlich finanziert werden, dieses muss auch organisiert werden, dieses muss verwaltet werden, und ich möchte meinen zweiten Dank an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen aus den Abteilungen und Häusern aussprechen, aus meinem Büro, aus der Kulturabteilung, aus den anderen Magistratsabtei-

lungen der Geschäftsgruppe, die das sehr verantwortungsbewusst vorbereitet haben und über die Jahre auch einen sehr guten Kontakt mit den Kulturschaffenden in dieser Stadt entwickelt haben, sodass dieses Budget, aber auch die dahinter stehende Politik, glaube ich, eine sehr gute für das Kulturschaffen in der Stadt, für das kreative Schaffen in dieser Stadt ist.

Mein dritter Dank gilt natürlich auch dem Steuerzahler, der Steuerzahlerin, die es nicht zuletzt durch ihre Steuermittel ermöglichen, dass wir das Kulturschaffen in dieser Stadt auch unterstützen können.

Meine Damen und Herren! Das Budget 2011 ist eines, das in den absoluten Zahlen formal gleich geblieben ist. Woher auch immer da die verschiedenen Aussagen und die unterschiedlichen Zahlen kommen, weiß ich nicht genau. Mit Ausnahme der Kürzung, die durch das Auslaufen beziehungsweise die Nichtinanspruchnahme von Mitteln für ein Bauprojekt zu verantworten ist, ist es formal tatsächlich ein gleich gebliebenes und damit ein gut dotiertes Budget.

Diese 234 Millionen EUR, die formal budgetiert sind, sind durchaus bemerkenswert, wenn man auch einen Blick über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus wagt. Alle, die in den letzten Tagen und Wochen ein wenig die Zeitungen studiert haben, die Medien studiert haben, werden sehen, was in unserem unmittelbaren Umfeld auch los ist.

Ich glaube, dass man sich durchaus in Erinnerung rufen sollte, dass beispielsweise in Großbritannien die Kulturgelder bis zum Jahr 2015 um 15 Prozent gekürzt werden sollen. Davon sind zahlreiche örtliche Galerien betroffen, aber auch weltberühmte Kultureinrichtungen wie die Royal Shakespeare Company. Der britische Film beispielsweise ist durch eine De-facto-Auflösung der Filmförderungsorganisation des Vereinigten Königreiches unmittelbar betroffen.

In Spanien schrumpfen die Kulturausgaben um einen Betrag in zweistelliger Millionenhöhe. In den Niederlanden gibt es Kürzungen um 200 Millionen EUR, drei Orchester sollen einfach aufgelöst werden. Und in Italien - wo die gegenwärtige Regierung Berlusconi soeben zwei Vertrauensabstimmungen überstanden hat - ist der Kulturhaushalt im Jahr 2010 um 40 Prozent überhaupt auf ein historisches Rekordtief gesunken. Falls Sie zufällig gehört haben, wie es anlässlich der Eröffnung der Saison der Mailänder Scala zugegangen ist, dann können Sie sich auch darauf Ihren Reim machen.

Zahlreiche deutsche Kommunen kämpfen mit ihren Budgets, mit ihren Haushalten und mit den Subventionen für die dortigen Theater, für die Opernhäuser, für die Kultureinrichtungen. Sie werden sicher die verschiedensten Demonstrationen und Protestaktionen in Deutschland in Erinnerung haben.

Warum erzähle ich das? - Weil es mich mit großer Sorge erfüllt, dass offensichtlich in vielen europäischen Gesellschaften und Ländern das Bekenntnis der öffentlichen Hand zu einer ausreichenden öffentlichen Finanzierung von Kultur nicht mehr selbstverständlich ist, dass ganz offensichtlich in den verschiedensten europäischen Kulturgesellschaften und Kulturnationen radikale Kür-

zungsprogramme durchgeführt werden.

Ich sage das nicht zynisch, und ich sage das auch nicht sozusagen von der Position jemandes, der - zu Recht, glaube ich - darauf verweisen kann, dass in Wien im Kulturbereich in den letzten 10 Jahren die Kulturförderung um 40 Prozent gestiegen ist, sondern ich glaube, dass damit insgesamt ein großer zivilisatorischer Wert, eine europäische Dimension verloren geht, die auch nicht mehr so rasch aufzuholen ist. Wenn in Italien Opernhäuser geschlossen werden müssen, wenn in Deutschland Theaterbühnen geschlossen werden müssen, wenn in England der Film nicht mehr unterstützt werden kann, dann geht etwas verloren, was ein zutiefst europäisches Unterscheidungsmerkmal auch im globalen Wettbewerb ist, nämlich die Kultur.

Ich meine - jetzt auch weit über alle Parteigrenzen hinweg -, dass wir, die wir ein Interesse an einer öffentlichen Kulturförderung haben, uns insgesamt auf die Hinterfüße stellen müssen, um das in Zukunft auch in einer Situation sicherstellen zu können, die von wirtschaftlicher Schwierigkeit gekennzeichnet sein wird. Deshalb bin ich froh, dass wir gesamt gesprochen in Österreich, aber auch in Wien zwar für das nächste Jahr nicht mehr diese Steigerungsraten, wie wir sie in den vergangenen Jahren hatten, vorweisen können, aber doch auf ein stabiles Kulturbudget verweisen können.

Dieses Kulturbudget und die Ausgaben für das Kulturbudget tragen zunächst einmal und vorwiegend dazu bei, dass hier in Wien Kunst produziert werden kann, und zwar qualitätvolle Kunst produziert werden kann. Aber sie tragen auch zu einer hohen Lebensqualität bei. Wenn stimmt, was ich ja immer wieder sage, nämlich, dass jeder zweite Bericht in ausländischen Medien über Kultur handelt, dann sehen Sie, dass es nicht nur um die Lebensqualität und die Kunstproduktion in Wien geht, sondern dass es auch darum geht, dieses Standing von Wien zu unterstützen und auch die Gäste, die Touristinnen und Touristen, die nach Wien kommen, entsprechend zu versorgen. Dass Wien heute Sitz von drei großen, international anerkannten Opernhäusern ist, dass Wien - nur ganz beispielsweise - Sitz von zumindest drei großen Spitzenorchestern ist, ist auch nicht selbstverständlich, aber zeugt davon und zeigt an, welche Rolle diese Kultur in Wien auch spielt.

In den letzten Jahren - in den letzten zehn Jahren, im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts - konnten sich auch viele junge Szenen in dieser Stadt entwickeln. Das ist nicht etwas, was ich ausschließlich der Kulturpolitik dieser Stadt auf die Fahnen hefte und ihr zugute schreibe, aber auch. Das ist nicht etwas, was nur über eine Förderpolitik zustande kommt, aber auch. Und das ist nicht etwas, was selbstverständlich ist, weil es viele andere Städte gibt, wo es an einem Klima der Offenheit mangelt, wo es an einem Klima des offenen, neugierigen Zugangs zu neuen kulturellen und künstlerischen Entwicklungen mangelt.

Das ist in Wien ganz offensichtlich in den letzten Jahren nicht so gewesen, sondern ganz im Gegenteil: Gerade Bereiche wie zum Beispiel Tanz und Performance, Bereiche wie der Film, aber auch Bereiche wie die Foto-

grafie, Bereiche wie die „Visualists“ - um nur einen speziellen Bereich zu nennen - haben sich in den letzten Jahren entwickelt, auch die Musik - die zeitgenössische Musik, die Popmusik - und vieles andere mehr.

Dass es gelungen ist, mit der Theaterreform auch einen zusätzlichen Schwung und Neues in diese Stadt zu bringen, Neues zu ermöglichen, diese durchaus auch vorhandenen wasserdichten Zellen ein wenig zu öffnen, wurde uns ja auch international bescheinigt, in den verschiedenen Fachzeitschriften des letzten Jahres, aber auch die durchaus gelungene größere Strukturreform, was die Vereinigten Bühnen anbelangt.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, heute und wahrscheinlich auch morgen über die Vereinigten Bühnen herziehen, dann muss man schon auch einmal Folgendes festhalten: Das ist einer der weltgrößten Musiktheaterkonzerne, es ist einer der erfolgreichsten großen Musiktheaterkonzerne. Wir haben zwischen 500 000 und 700 000 Besucherinnen/Besucher in Wien - das ist bei Weitem die größte Besucheranzahl für Kultureinrichtungen - und doppelt so viele im Ausland pro Jahr für Produktionen der Vereinigten Bühnen.

Das sollte man schon auch einmal sagen, wenn man darüber klagt, wie viel Geld für die Vereinigten Bühnen ausgegeben wird. Ich habe noch nicht viele von Ihnen gehört, meine Damen und Herren von der Opposition, die sich darüber beklagt haben, wie viel Geld für die Bundestheater ausgegeben wird - auch einer der weltgrößten Theaterkonzerne, auch eine Holding, auch mit Beträgen im zweistelligen Millionenbereich.

Selbstverständlich sind wir stolz darauf, und es ist auch gut so, dass gerade in Wien mit den Bundestheatern und den Vereinigten Bühnen zwei ganz große, auch weltweit anerkannte Theaterverbände tätig sind und Abend für Abend dafür sorgen, dass Menschen in Theater gehen, in Musicals gehen, in Opern gehen, in Musiktheater gehen. Genau das, diese Kombination, macht letztendlich auch die Stärke von Wien aus, dass wir das ganze Angebot auch hochqualitativ liefern und anbieten können, Abend für Abend. Letztendlich sprechen 70 000 Sitzplätze in Wien, die Abend für Abend zu füllen sind und auch gut gefüllt sind, doch eine deutliche Sprache. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir haben in der Vergangenheit versucht - und auch das sollte gesagt sein, weil ich mich vorhin bei den Kolleginnen und Kollegen von der Verwaltung bedankt habe -, wir haben in den letzten Jahren versucht, diese eigentliche Explosion von Kreativität, von Neuem, was in Wien in der Kultur passiert ist, auch durch neue Fördermechanismen adäquat zu unterstützen. Es gibt heute die ganze Brandbreite der klassischen Förderung über Jurys, es gibt die ganze Brandbreite der klassischen Förderung über Beiräte, es gibt Möglichkeiten von Calls, es gibt Möglichkeiten, Direktförderungen anzusprechen.

All das ist - auch wenn Sie das immer wieder bestreiten - sehr transparent, es ist nachvollziehbar. Es ist einerseits im Budgetheft im Vorhinein nachzulesen, es ist dann jeder einzelne Förderakt auch im Gemeinderat zu diskutieren und zu beschließen, es gibt danach einen

Rechnungsabschluss, es gibt die Prüfungen durch Kontrollamt und Rechnungshof. Mir ist nicht bewusst, dass es - im Übrigen auch im deutschen Umfeld, ich habe mich da mit den Kollegen zusammengesprochen - irgendwo einen Cent für Kulturförderung gibt, der so sehr transparent und nachvollziehbar ist wie in Wien. Ich halte das für sehr positiv, für sehr richtig und auch für gut, man sollte nur nicht so tun, als würde hier sozusagen der Verwaltungsmoloch des roten Wien diese Gelder verprassen. Sie alle haben immer die Kontrolle darüber, und wir versuchen auch, das mit einem sehr interessanten Mix von Fördermöglichkeiten bestmöglich zu unterstützen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir als einen unserer Schwerpunkte für die künftige Arbeit der rot-grünen Koalition in Wien auch die verstärkte Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund ansehen, so halte ich das für eine sehr wesentliche Maßnahme. Es stimmt schon - was Frau Kollegin Leeb richtigerweise gesagt hat -, dass wir gerade im Kulturbereich schon sehr erfolgreich sind in der Einbeziehung, in der Teilnahme von Menschen mit Migrationshintergrund. Ich glaube nur, dass wir eines nicht außer Acht lassen sollten: Dass gerade in der Kultur, für die ja Offenheit notwendig ist, wo das offene Klima notwendig ist, wo die Neugierde auf das Neue notwendig ist, wir von anderen Kulturen, auch von andern Sprachen sehr, sehr viel lernen können.

Das halte ich letztendlich auch für entscheidend für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft, aber jedenfalls auch von Kunst, denn nichts ist in der Kunst schlimmer als Stillstand, nichts ist in der Kultur schlimmer als Stillstand. Deshalb halte ich das andere, das Besondere, dass wir das auch gemeinsam lernen können, für eine Bereicherung und nicht für eine Gefahr. Würden wir uns das tatsächlich so zu Herzen nehmen, wir alle, insbesondere natürlich auch die FPÖ, dann, glaube ich, könnte Wien noch sehr viel rascher auf einen sehr positiven Weg gehen, weil ja letztendlich dieses gemeinsame Lernen auch etwas sehr Kreatives ist.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vielleicht noch eines sagen, was die Bedeutung des Kulturressorts anbelangt, weil im Wahlkampf ja nicht zuletzt von Ihrer Klubvorsitzenden behauptet wurde, wir hätten das Ressort gewissermaßen heruntergewirtschaftet, und deshalb wäre es auch gar nicht mehr interessant. Ich meine, es ist das ohnedies zu einem Selbstläufer geworden, und ich möchte das jetzt nicht noch einmal hervorheben und betonen. Ich glaube nur und bin zutiefst davon überzeugt, dass wir hier in Wien mit den Maßnahmen der Kulturförderung, mit der Unterstützung durch das Kulturbudget, gerade auch in den letzten zehn Jahren einen Weg gegangen sind, der Wien international allergrößte Anerkennung gebracht hat, der uns international insbesondere unter den Gesichtspunkten, die ich eingangs geschildert habe, nämlich dass es allenthalben, überall sehr massive Kulturkürzungen gibt, einzigartig positioniert.

Ich freue mich sehr, dass es gelingen wird, mit diesem Budget im kommenden Jahr, aber auch in den dar-

auf folgenden Jahren, diesen Weg fortzusetzen. Ich glaube, dass das kreative Potenzial, das es in Wien durch viele junge Menschen gibt, auch durch viele junge Menschen mit Migrationshintergrund, durch viele junge Menschen, die hierher kommen und in Wien studieren, durch viele junge Menschen, die einfach auch als Gäste hierher kommen, eine ganz tolle Sache wird und dass dieses kreative Potenzial noch sehr viel stärker ausgenutzt werden wird. Der äußere Rahmen, wenn Sie so wollen, der materielle Rahmen dafür ist dieses Budget.

Ich bitte Sie daher um die Zustimmung auch zu diesem Teil des Budgets der Stadt Wien für das Jahr 2011. - Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Ich schlage vor, die Debatte der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales mit Postnummer 4, das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2011, gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wiener Krankenanstaltenverbund jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderates daher ersuchen, so vorzugehen. Wir kommen also zur Beratung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales. Die Redezeit für die Erstredner beträgt je 25 Minuten. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Korosec. Ich erteile es ihr.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am 10.10. war Landtagswahl, und wir haben ja gestern schon die Auswirkungen zu spüren bekommen. Die SPÖ hat die absolute Mehrheit verloren, es gibt eine Koalition mit der Grünen Fraktion. Trotzdem hat das Budget nur die Handschrift der SPÖ - das sagt alles! Die SPÖ regiert weiter wie bisher.

Das sieht man auch, wenn man das Kapitel Gesundheit und Soziales analysiert, gerade im Gesundheitsbereich, wo Vorschläge von allen Oppositionsparteien, auch sehr, sehr viele von der Grünen Fraktion, gekommen sind. Nun ist Funkstille! Das heißt, das ist ein ganz rasanter Wandel der GRÜNEN von einer Protestpartei zum Schoßhündchen der Rathausmacht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der Eindruck, den Sie als Grüne Fraktion derzeit vermitteln. Ich hoffe sehr, Frau Kollegin Pilz, dass sich das noch ändert. Denn wenn es sich nicht ändert und Sie ein artig apportierender Mehrheitsbeschaffer der SPÖ sind, dann ist das Experiment der GRÜNEN total gescheitert. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber nun zur Gesundheits- und Sozialpolitik. Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Gesundheits- und Sozialpolitik geht es immer um sehr viel Geld, denn es geht auch um sehr wichtige Ent-

scheidungen für die Menschen in dieser Stadt. Das Gesamtbudget - wir haben es gestern gehört - beträgt 11,7 Milliarden EUR, das Budget Gesundheit und Soziales 3 Milliarden EUR. Das heißt, 26 Prozent, also mehr als ein Viertel des Gesamtbudgets, werden für Gesundheit und Soziales verwendet. *(GR Kurt Wagner: Da sehen Sie die Bedeutung der Geschäftsgruppe!)*

Bitte, Herr Kollege Wagner? *(GR Kurt Wagner: Sie sehen daran die Bedeutung der Geschäftsgruppe!)* Ja, daher ist es so: Die Bedeutung der Geschäftsgruppe ist eine sehr wichtige und wesentliche, weil es um die Gesundheit, um den Sozialbereich der Menschen in dieser Stadt geht. Das ist ja etwas, was nie bezweifelt wurde. Aber gerade aus dem Grund muss man mit den Mitteln ganz besonders sorgsam umgehen. *(GRin Marianne Klicka: Das tun wir ja!)* Daher haben wir immer wieder unsere Differenzen, weil manches von uns eben anders gesehen wird, als Sie es als Mehrheitspartei sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn - und dazu komme ich gleich - das Sozialbudget wird um 90 Millionen EUR erhöht. Aber es ist eine Binsenweisheit, dass die beste Sozialpolitik eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist. Da sind wir schon dort, wo wir davon überzeugt sind, dass das in Wien nicht der Fall ist.

Über die Arbeitslosenrate ist gestern so viel gesprochen worden, ich will mir das ersparen. Tatsache ist eben, gerade im letzten Monat sind alle Arbeitslosenquoten zurückgegangen, nur in Wien ist sie gestiegen. Da gibt es dann immer Argumente, die man vorbringen kann, aber Tatsache ist, Herr Kollege Wagner, auch wenn Sie schmunzeln - eigentlich würde ich nicht schmunzeln! *(GR Kurt Wagner: Ich wollte nur, dass Sie Herrn Minister Mitterlehner ...)* Denn der Herr Bürgermeister hat 1994 bei seiner Antrittsrede gesagt, die Vollbeschäftigung ist sein Ziel. Also: Versprochen - gebrochen, kann man nur sagen, Herr Bürgermeister! Nicht die Symptome werden behandelt, sondern sehr oft werden nur Pflaster auf die Wunden gelegt. Das muss sich aber ändern!

Wenn ich zur Mindestsicherung komme, die mit 1. September eingeführt wurde: Auch von uns mitbeschlossen, aber unter der Voraussetzung, dass das Hauptanliegen der Mindestsicherung selbstverständlich eine dauerhafte Eingliederung ins Erwerbsleben ist! *(Beifall bei der ÖVP.)* Dazu bekennen wir uns, und wir werden sehr genau darauf achten, dass es zu einer Evaluierung kommt, dass diese aktive Arbeitsmarktpolitik tatsächlich erfolgt. Dann kann es ja sogar zu einer Verringerung der Sozialkosten kommen! Das wünschen wir uns alle. Wir wünschen uns, dass die Menschen beschäftigt werden, dass sie Arbeit finden, dann brauchen wir weniger Geld für die Sozialpolitik. Das wäre eigentlich das Ziel, und das müsste auch Ihr Ziel sein. *(Beifall bei der ÖVP.)* Diese wichtige Materie Mindestsicherung wird mein Kollege Sebastian Kurz, der Sozialsprecher der Wiener Volkspartei ist, dann noch näher ausführen.

Meine Damen und Herren! Zur Sozialpolitik gehört aber auch der Heizkostenzuschuss. Der Heizkostenzuschuss betrug in den letzten zwei Jahren 200 EUR, und

schau, schau: Heuer wird er halbiert, es gibt jetzt also nur einen Heizkostenzuschuss von 100 EUR. Da muss ich schon sagen, das ist nicht zu argumentieren, vor allem bei allen Seniorinnen und Senioren. Herr Kollege Seniorenssekretär, ich schaue Sie gleich an, ich kann nicht verstehen, dass Sie da nicht opponiert haben: um 50 Prozent, um die Hälfte gekürzt, von 200 EUR auf 100 EUR! Wenn man sich die anderen Bundesländer anschaut, dann ist Wien nicht Spitze, sondern Schlusslicht. Frau Stadträtin, meine Damen und Herren - und hier muss ich natürlich auch die Grüne Fraktion ansprechen, wo sie sich immer sehr sozial gibt -: Wo ist Ihr soziales Herz? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme jetzt wieder zur Gesundheitspolitik. Wir von der Wiener ÖVP bekennen uns dazu, dass die Gesundheitspolitik kostenintensiv ist, allerdings - und jetzt kommt schon wieder der Aspekt, der hier sehr oft vernachlässigt wird - unter dem Aspekt Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Innovation. Wenn gestern von der Grünen Fraktion immer wieder gefragt wurde: Welchen Vorschlag haben Sie denn? Wollen Sie die Sozialkosten kürzen? Nein, das wollen wir nicht, aber wir wollen, dass Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchaus vorherrschen.

Da gibt es viele Sachen, da gibt es so viele Baustellen gerade im Gesundheitsbereich, wo wirklich Geld auf der Straße liegt. Das könnte man nehmen, und damit kann man durchaus dementsprechend gestalten; ich komme dann gleich dazu. Das Budget zeigt eben den Gestaltungswillen einer Stadt. Jetzt komme ich wieder dazu - da sage ich es noch einmal -: Beim Gestaltungswillen, bei der Wirtschaftlichkeit, bei der Innovation, bei der Sparsamkeit, da haben Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, ein großes Defizit!

Ich komme zu einigen Baustellen, beginnen wir beim KAV. Im Jahr 2002 wurde der KAV eine Unternehmung, und man wollte betriebswirtschaftlich agieren, um den Anteil des Betriebskostenzuschusses, den die Stadt Wien ja bezahlen muss, in den Gesamtausgaben zu reduzieren. Was ist passiert? - Seit 2002 explodiert das Defizit des KAV: Rücklage aufgebraucht, der Bedarf an Geld von der Gemeinde Wien zur Defizitabdeckung seit 2004 immer gestiegen. Der Cash-Bedarf für das Jahr 2011 liegt bereits bei 1,6 Milliarden EUR! 1,6 Milliarden EUR - da kann von Wirtschaftlichkeit, da kann von Sparsamkeit keine Rede sein.

Jetzt sagt das nicht nur die Opposition, meine Damen und Herren, das sagen auch der Rechnungshof und das Kontrollamt: Das Kontrollamt stellte fest, dass trotz Unternehmensewerdung eine massive Führungsschwäche festzustellen ist, fehlende Unternehmensstrategie, fehlende Leistungsangebotsplanung, fehlendes Personalmanagement. Frau Stadträtin, da sind Sie gefordert!

In diesem Zusammenhang haben wir immer wieder eines verlangt - und nicht nur wir, sondern auch die anderen Oppositionsparteien, im Besonderen Frau Kollegin Pilz von der Grünen Fraktion -: eine vertiefte Berichterstattung über die Krankenanstalten und Pflegeheime des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Ich bin davon überzeugt, die Grüne Fraktion wird, nachdem das so ein

Anliegen für sie war, auch unserem Antrag, den wir einbringen werden, zustimmen. Es ist ein Beschlussantrag, der lautet:

„Die amtsführende Stadträtin möge das Unternehmen Wiener Krankenanstaltenverbund beauftragen, ab dem 2. Quartal 2011 vertiefte Berichte über Krankenhäuser, Pflegeheime zu legen“, et cetera, et cetera.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss der Geschäftsgruppe für Gesundheit und Soziales verlangt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt komme ich zum AKH. Ich will gar nicht viel darüber sagen, das AKH hat eine lange Geschichte. Ich erinnere: Seinerzeit 72 Millionen EUR, 1955, die meisten von Ihnen waren damals noch gar nicht auf der Welt. Als es eröffnet wurde - ja, Sie schon, Herr Kollege Wagner. (*GR Kurt Wagner: Nein, ich noch nicht! Da täuschen Sie sich!*) Auch noch nicht, Entschuldigung!

Bei der Eröffnung hat es dann 3 Milliarden EUR gekostet; 72 Millionen EUR waren es bei der ersten Planung, bei der Eröffnung waren es 3 Milliarden EUR. Das war der größte Korruptionsskandal der Zweiten Republik, und im Vergleich dazu nehmen sich natürlich die Korruptionsvorwürfe, die es jetzt im AKH gibt, direkt lächerlich aus. Aber so lächerlich ist es auch wieder nicht, denn es geht um ein Volumen von 50 Millionen EUR und um 3 Millionen EUR, die man wahrscheinlich - bitte, das wird man sehen, da steht ein Fragezeichen, das liegt bei der Staatsanwaltschaft - hätte einsparen können.

Die bisherige Putzfirma hat den Auftrag verloren, obwohl das Angebot nachweislich billiger war, eben um 3 Millionen EUR billiger als jenes der Konkurrenzfirma. Die unterlegene Firma setzte sich zur Wehr, die AKH-Manager setzten den Firmenchef unter Druck. Denn obwohl Hygiene und Sauberkeit im Spital sehr wichtig sind, soll die Vergabe von 50 Millionen EUR ziemlich unsauber vonstatten gegangen sein. Das sagt immerhin der Unternehmer, der seit zehn Jahren für die Sauberkeit im AKH zuständig war.

Daraufhin beschwert sich der Firmenchef beim Vergabekontrollsenat, wird von Spitzenbeamten des AKH vorgeladen und dann entsprechend unter Druck gesetzt, dass er seine Beschwerde zurückzieht. Meine Damen und Herren, Frau Stadträtin, wäre das Ganze in Italien passiert, würden wir wohl nicht zögern, von Mafiamethoden zu sprechen. Jetzt liegt die Causa beim Korruptionsstaatsanwalt. Ist das das Vorgehen von ein paar korrupten Beamten, oder steckt da ein System dahinter? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Stadträtin! Ich bin davon überzeugt - auch Sie sind informiert, auch die Opposition ist informiert -, es gibt in diesem Fall noch einige Bereiche - ich denke da an Druckereien und so weiter -, in denen sehr viel aufklärungsbedürftig ist. Daher bringen wir einen Beschluss- und Resolutionsantrag Korosec, Marek, Kurz betreffend Erstellung eines umfassenden Finanzplanes zur Bekämpfung von Korruption im Wiener Krankenanstaltenverbund ein. Der Beschlussantrag lautet:

„Die amtsführende Stadträtin für Gesundheit wird be-

auftragt, einen umfassenden Bericht zum gegenwärtigen Korruptionsrisiko und zu Strategien und Maßnahmen vorzulegen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung des Antrages an den Gemeinderatsausschuss für Gesundheit und Soziales verlangt." *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir beim AKH sind, dann gibt es natürlich auch andere Hiobsbotschaften. In der Notfallambulanz fehlen seit Monaten wichtige medizinische Geräte. Die Hygiene lasse auf Grund von Personalmangel zu wünschen übrig. Bei der Neurochirurgie seien wegen Platzmangels die Aufwchräume überbelegt.

Problem Druckkammer - etwas, was Sie in den letzten Wochen immer wieder gehört haben. Es ist interessant: Es gibt eine Druckkammer im AKH, nur wird sie seit Jahren nicht aktiviert. Und Patienten - gerade in den letzten Wochen haben sich eine Reihe von Kohlenmonoxidvergiftungen ergeben - werden mit dem Hubschrauber nach Graz transportiert. Das ist ein Armutszeugnis für die Stadt Wien!

Frau Stadträtin! Ich hoffe, dass Sie reagieren und die Verantwortlichen, das Management an einen Tisch holen. Sie tun es nicht, Sie schieben derzeit noch die Verantwortung von sich. Immer nur dann, Frau Stadträtin - und das ist ja auch interessant -, wenn massive Kritik über die Medien kommt, erwachen Sie und beginnen Sie zu arbeiten. Es wäre viel besser, Probleme würden sofort gelöst werden und nicht erst dann, wenn ein öffentlicher Druck vorhanden ist. Daher: Packen Sie die Probleme an! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nächster Bereich: Wir alle werden Gott sei Dank älter, das ist bekannt, das ist die demographische Entwicklung. Es wird auch viel gemacht, dass es dazu kommt, auch der Einzelne hat ein anderes Gesundheitsbewusstsein. Allerdings lässt die Gesundheitsförderung der Stadt Wien zu wünschen übrig. Im Budgetvoranschlag, Frau Stadträtin, haben Sie bei der Gesundheitsförderung einen Rückgang. Ist das innovativ?

Ich denke an Adipositas-Prävention, etwas ganz Wichtiges. Wir wissen, gerade in Wien sind 23 Prozent der Kinder und Jugendlichen zu dick. Insbesondere in dem Bereich wäre also vieles zu tun. Da gibt es dann viele psychische Probleme, aber vor allem auch medizinische Probleme mit langer Folgewirkung, oft ein Leben lang; ich denke an Diabetes. Frau Stadträtin, Sie wissen es - bitte, tun Sie etwas! Denn Sparsamkeit, Frau Stadträtin, ist schon gut - aber Sparen am richtigen Platz, mit mehr Klugheit, mit mehr Ideenreichtum und auch mit mehr Wirtschaftlichkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zum Schluss komme ich jetzt noch zum Thema Demokratieverständnis. Ich habe das schon öfter gebracht, aber es ist mir einfach so ein wichtiges Anliegen. Gerade bei Demokratieverständnis, bei Demokratie überhaupt haben Sie nicht zwei Mal „Hier!“ geschrien.

Fonds Soziales Wien: Der fällt einem sofort ein, wenn man vom Demokratieverständnis spricht. Unter dem Deckmantel der Ausgliederung entziehen Sie der Opposition sämtliche Kontrollrechte! Ich bin auch sehr neugierig, wie hier die Grüne Fraktion reagieren wird, gerade Sie, Frau Kollegin Pilz. Wir haben da immer wirklich

Seite an Seite gekämpft, denn da geht es nicht um Kinderlitzchen. Beim Fonds Soziales Wien geht es um 1,2 Milliarden EUR, ungefähr 10 Prozent des Budgets, das so genannte Herzstück der Sozialdemokraten - aber wir von der Opposition haben keinerlei Mitsprachemöglichkeiten!

Wir sind in einem zahnlosen Beirat, in dem man Fragen stellen darf über Bereiche, die längst entschieden sind. Ich erinnere an vorige Woche: Wir haben vorige Woche eine Beiratssitzung gehabt, Jahresabschluss 2009, Rechenschaftsbericht über die Entlastung, Geschäftsführung et cetera. Das wurde am 23. Juni 2010 beschlossen, die Sitzung haben wir am 6.12.2010 gehabt. Die Sitzung hat dann nur 20 Minuten gedauert - eigentlich selbstverständlich, weil man ja nicht die Zeit totschiessen will. Ich glaube, eine weitere Diskussion ist hier überflüssig. *(GR Kurt Wagner: Dann haben Sie ein anderes Zeitgefühl, Frau Kollegin!)*

Herr Kollege Wagner, im Grunde genommen sind wir ein ... *(GR Kurt Wagner: Bleiben Sie bei der Wahrheit! Es waren nicht 20 Minuten!)* Na, dann waren es 25; dann waren es vielleicht 25 Minuten. Einige Kollegen, die ... *(GR Kurt Wagner: Auch nicht 25!)* Aber, Herr Kollege Wagner, es ist ein Debattierklub. *(GR Kurt Wagner: Bleiben Sie bei der Wahrheit! Das ist gescheiter!)* Es ist nichts anderes als ein Debattierklub. Mehr ist es nicht, und ich halte das nach wie vor für einen demokratiepolitischen Skandal. *(GR Kurt Wagner: Es kommt immer darauf an, was man daraus macht, Frau Kollegin!)*

(In Richtung GRÜNE:) Aber vielleicht wird das im Jahr 2011 anders - Sie wissen, ich bin ein sehr optimistischer Mensch -, weil Sie jetzt an Bord sind. Ich hoffe, dass hier dieser Einfluss geltend gemacht wird. Wir werden das sehr genau beobachten.

Aber vielleicht wachen auch die Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratischen Fraktion auf. *(GR Kurt Wagner: Wir schlafen nicht!)* Ich wundere mich immer, Herr Kollege Wagner, dass sich Ihre Kolleginnen und Kollegen - Sie nicht, denn Sie sind ein Wissender - das alles bieten lassen. Ich bin davon überzeugt, die meisten, die hier herinnen sitzen, sind genauso uninformiert oder noch uninformierter als wir, denn wir sitzen immerhin im Beirat und können doch Fragen stellen. In diesem Haus weiß von hundert Gemeinderäten, ich würde sagen, der überwiegende Teil nicht, was sich im Fonds Soziales Wien tut. Das ist ungeheuerlich, und ich frage mich: Wo ist Ihr Selbstbewusstsein, meine Damen und Herren, als selbstständige Mandatäre?

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Das ist offensichtlich Ihr Verständnis von Demokratie, und das ist offensichtlich auch Ihre Demut vor dem Bürger. Aber, Frau Stadträtin, das ist kein Zeichen von Stärke, sondern ein Zeichen von Schwäche. *(Beifall bei der ÖVP.)* Zum wiederholten Mal bringen wir folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag ein:

„Die amtsführende Stadträtin wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass vom Fonds Soziales Wien dementsprechende Information und zeitgerechte Information zu erhalten ist.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe

nur einige, nur ein paar Baustellen aufgezeigt, wo man Geld sparen könnte, meine Damen und Herren von der Grünen Fraktion. Andere könnten noch folgen: Akutgeriatrie, Palliativmedizin, Spital Nord - eine unendliche Geschichte, fehlende Abteilungen, Verkehrsprobleme, Kosten!

Bitte, ein Bett kostet jetzt schon doppelt, obwohl wir davon überzeugt sind, dass die Kosten, wie sie jetzt vorliegen, bei Gott nicht stimmen. Wir werden auf 1,2 Milliarden, 1,3 Milliarden EUR kommen. Aber wenn wir nur von den Kosten ausgehen, die Sie jetzt nennen, kostet ein Bett 1 Million EUR! Wenn Sie das mit anderen Spitälern vergleichen, national und international, dann betragen die Kosten pro Bett 460 000, 500 000, 600 000 EUR. Also allein bei 800 Betten können Sie schon sehr, sehr viel einsparen, wenn Sie wollen, wenn Sie innovativ sind und wenn Sie eben auch an Wirtschaftlichkeit denken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Stadträtin! Ich muss mich schon wieder beeilen. – In der Gesundheits- und Sozialpolitik geht es immer um Menschen, um Betroffene, um Schicksale, und daher ist es so wichtig, dass man gerade in diesem Bereich mit ganz besonderer Sensibilität vorgeht.

Frau Stadträtin! Gestalten Sie die Gesundheits- und Sozialpolitik in dieser Stadt mit viel mehr Phantasie! Außerdem meine ich, dass Sie dies auch mit mehr Leidenschaft, Ideenreichtum, Klugheit und Sensibilität tun sollen, dass Sie aber auch – und das muss man immer wieder dazu sagen – die notwendige Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellen sollten. So lange das nicht der Fall ist – und derzeit ist es nicht der Fall –, darf es Sie nicht überraschen, dass wir diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Dr Pilz. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Sigrid **Pilz** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Liebe Ingrid Korosec! Du weißt, dass meine Wertschätzung auf vielen Jahren der guten Zusammenarbeit basiert. Daher kann ich einfach nicht glauben, dass du glaubst, ich könnte das Schoßhündchen auf dem Schoß der Frau StRin Wehsely sein! *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Das ist in jeder Hinsicht, physisch und politisch, ein so abwegiger Vergleich, dass ich nicht glaube, dass du glaubst, dass das überhaupt eine Rolle sein könnte, die für uns beide passt! *(Zwischenruf von StR Mag Wolfgang Gerstl.)* Nein, umgekehrt auch nicht! Dazu kenne ich auch Frau StRin Wehsely zu gut! *(Zwischenruf von GRin Ingrid Korosec.)* Nicht einmal gesundheitspolitisch! Bemüh dich also bitte ein bisschen, was Vergleiche betrifft, denn dieser ist einfach danebengegangen!

Aber ich verstehe deine Sorge um das Gesundheitswesen und deine Sorge um das, was hier in Wien künftig zu geschehen hat! Ich glaube, wir sind in diese Koalitionsverhandlungen gerade im Gesundheitsbereich von beiden Seiten mit großem Respekt gegangen, weil wir wissen, dass wir viel zu tun haben und dass in den nächsten Jahren Entscheidungen getroffen werden müssen, die unser Gesundheitswesen in Wien zukunftsfähig

machen. Dieses muss erhalten werden, und es sind tatsächlich Modernisierungen notwendig.

Was mich in den Koalitionsverhandlungen beeindruckt hat, war, dass wir uns über den grundsätzlichen Befund, was die Gesundheitspolitik in Wien leisten muss und was die Gesundheitseinrichtungen leisten können und sollen, einig waren. Wir waren uns einig, dass es darum gehen muss – all das kann man in unserem Koalitionsübereinkommen nachlesen –, dass wir einen verstärkten Fokus auf die Gesundheitsförderung legen müssen und dass Gesundheitspolitik und Gesundheitswesen mehr sein müssen als die Bekämpfung von Krankheiten. Und auf diesem Weg sind wir in Wien, und ich würde hier nicht stehen und immer noch mit großer Lust Gesundheitspolitik machen, wenn ich nicht den Eindruck hätte, dass uns das gelingen wird!

Es gibt einen Paradigmenwechsel, indem man sagt, Krankheit zu heilen, Krankheit zu bekämpfen und bei Krankheit Trost zu geben, ist der eine Aspekt, der andere aber ist Gesundheitsförderung. Und ich bin nicht deiner Meinung, dass wir in diesem Bereich Geld sparen müssen, sondern dass wir das viele Geld, das es im Gesundheitswesen gibt, richtig einsetzen müssen, und das heißt auch, dass der Tanker Krankenanstaltenverbund seinen Kurs ein wenig wechseln muss. Das ist notwendig, und das kann man hier zwar nicht in diesen Worten, aber mit dieser Intention nachlesen. Es geht darum, Akutbetten dort abzubauen, wo sich Strukturen durch Jahrzehnte hindurch verfestigt haben und wo sich die Medizin weiterentwickelt hat und man nicht so viele Ressourcen braucht, und sie hinzuschichten in jene Fächer in der Akutspitalsbehandlung, von der wir alle hier wissen und oft genug darüber gesprochen haben, dass wir dort wachsenden Bedarf und in der Vergangenheit auch zu wenig Ressourcen hatten. Kindermedizin, Psychiatrie, die Versorgung medizinischer und pflegerischer Art von alten Menschen: All das ist hier niedergeschrieben.

Wenn jetzt seitens der ÖVP der Wunsch oder die oppositionelle Haltung eingenommen wird, dass man das sofort sehen möchte, dann verstehe ich das auch. Das war gestern in einem kleinen Bereich bei Kollegen Gerstl festzustellen. Ich verteile wie jedes Jahr Fahrpläne an der S50, und er sagt: Wieso schaut denn der ÖBB-Fahrplan noch nicht anders aus, seit ihr mitregiert? – Es ist schon ein bisschen spaßig, wenn man meint, alles geht jetzt sofort.

Kurswechsel heißt, dass wir uns miteinander auf etwas verständigen, was zukunftsfähig ist, und wobei wir wissen, in welche Richtung wir gehen wollen. Es geht dabei um das, was hier durch Beschluss- und Resolutionsanträge gefordert wird, und ich fühle mich natürlich an meine eigenen Anträge und an unsere eigenen politischen Vorhaben erinnert, mit denen wir angeregt haben, dass wir ein Berichtswesen im Krankenanstaltenverbund brauchen, damit wir wissen, wo wir stehen, was es kostet und auf wen die Leistungen ausgerichtet sind, damit wir intern vergleichen können. All das muss transparent sein. Nachzulesen ist das in unserem Koalitionsabkommen unter Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Natürlich kann man sagen: Papier ist geduldig. Aber

man braucht dann eben keine Schoßhündchen, sondern Partner in der Koalition, damit diese Dinge auch tatsächlich mit Leben erfüllt werden. Insofern freuen wir uns, dass die Anträge auf Zuweisung abgeändert wurden. Es ist nämlich auch seriöse Politik, dass man ermöglicht, wenn man vom Krankenanstaltenverbund eine entsprechende Berichterstattung erwartet, dass das seriös vorbereitet und durchgeführt wird.

Ja. Es ist wichtig, dass es diese Transparenz gibt, weil das hier im Haus notwendig ist, aber auch, weil wir und vor allem die Bürger und Bürgerinnen auch wissen müssen, was wir um unser gutes Geld im Gesundheitswesen leisten und wo wir nachbessern müssen.

Die Opposition kann in unserem Koalitionsabkommen auch das Wort Ergebnisqualität lesen. Dass bezeichnet das Interesse für und den klaren Fokus auf die Patienten und Patientinnen. Es ist wichtig, dass all das, was wir hier tun, nicht den Institutionen – oder vielleicht auch der Gesundheitspolitik, wenn diese das interessant findet –, sondern in erster Linie den Patienten und Patientinnen dient. Es muss also das, was an Gesundheitsleistungen erbracht wird, gute Qualität haben, und diese Qualität muss gemessen werden. Insofern geht es hier nicht um Wortgeklänge, sondern um Politik.

Was Ergebnisqualität heißt, das wird uns alle, die Handelnden im Gesundheitswesen und in der Politik, beschäftigen. Man wird nachschauen müssen, welche Sterberaten es gibt, welche Intensivhäufigkeit vorliegt, welche Komplikationen auftreten, welche Reeingriffe vorgenommen werden müssen, die möglicherweise nicht geplant waren, welche ungeplante Wiederaufnahmen und Fehlbelegungen es gab und so weiter. Ergebnisqualität zu sichern, heißt, einen großen Schritt zu tun – und zwar auch in Spitälern und Einrichtungen, wo man bisher vielleicht nicht gewohnt war, die Dinge unter diesem Aspekt zu betrachten – und sich jetzt einen neuen Blick und einen neuen Zugang zu erarbeiten.

Transparenz und Demokratie: Wenn wir diese Zahlen haben, diese Berichte und dieser Vergleich vorliegen, dann leisten wir, wie ich meine, auch etwas für die Menschen, die sich auf Grund dieser Transparenz dann auch mit großem Vertrauen dem Wiener Gesundheitswesen anvertrauen können.

Wenn wir sagen, Gesundheitsförderung soll das große auszubauende Thema in dieser Legislaturperiode sein, dann geht es uns um Gruppen von Patienten und Bürgern und Bürgerinnen, die üblicherweise nicht diesen Zugang und diese Versorgung finden, wie das vielleicht in der Wiener Spitzenmedizin und in der Vergangenheit von der Sozialdemokratie oft als Mantra gepredigt wurde. Wir haben doch Spitzenmedizin! Regt euch nicht auf! Es ist ja gut in dieser Stadt! (*StR David Lasar: Seit wann?*)

Ich habe gerade gesagt: Die SPÖ hat in der Vergangenheit immer gesagt, dass es gut ist und kaum besser sein könnte. Der Punkt ist, dass das Problem vielleicht auch dort liegt, dass der Zugang zum Gesundheitswesen gar nicht unbedingt nur davon abzuleiten ist, ob wir Gutes bieten, sondern ob die Menschen diesen Zugang auch finden.

Wenn wir wissen, dass die Frage, ob jemand gesund

ist und ein hohes Lebensalter erreichen kann, viel weniger davon abhängig ist, ob die Krankenbehandlung funktioniert und gut ist – was natürlich der Fall sein soll –, sondern vielmehr davon bestimmt ist, ob jemand in Lebensumständen lebt, die seine Gesundheit entweder fördern oder belasten, dann ist klar, dass wir dort investieren müssen. Sonst entsteht eine Zwei-Klassen-Gesundheits-Gesellschaft, egal, ob wir irrsinnig viel Geld ins Krankenhauswesen stecken oder nicht. Wir müssen unseren Blick dorthin wenden, wo es in impliziten politischen Handlungsfeldern – Umwelt, Arbeit, Bildung et cetera – für manche Menschen schwierig ist, ihre Gesundheit zu fördern: Solche Menschen sind unter Stress, ernähren sich schlecht, nehmen an Impfprogrammen nicht teil und, und, und. Wir wissen das, und müssen uns diesbezüglich einiges vornehmen.

Es gibt in unserem Koalitionsabkommen ein ganz konkretes Projekt, das man nachlesen kann und das mir persönlich sehr am Herzen liegt. Wir werden eine unabhängige Patienten- und Patientinneninformationsstelle beim Patientenanwalt einrichten. Was kann diese leisten? Diese Frage muss zu stellen sein. – Sie wird das leisten, was vor allem für benachteiligte Gruppen eine Erhöhung der Gesundheitskompetenz bedeutet. „Health literacy“, also Gesundheitskompetenz, bedeutet, zu verstehen, was gut ist und was ich tun muss, damit ich gesund bleibe und Zugang zu den entsprechenden Möglichkeiten habe. Jeder und jede von uns haben schon einmal im Internet gegoogelt, wenn irgendeine Diagnose gekommen ist, und hat sich dann über einem Wust an Informationen – meist sind es die negativen und oft auch die falschen – eigentlich mehr gestresst als informiert gefühlt.

Eine solche Patienten- und Patientinneninformationsstelle soll es gerade jenen Menschen, die es vielleicht beim Zugang schwieriger haben, möglich machen, diese Informationen zu übersetzen und Dinge zu interpretieren. Es soll keine zweite Diagnose gestellt, sondern schlicht und einfach dieser ungleiche Informationsstand ausgeglichen werden. Es nützt nämlich nicht viel, ein gutes Medikament zu verschreiben, wenn die Menschen den Beipacktext nicht verstehen! Was nützt es, gute Impfprogramme aufzusetzen, wenn diejenigen, die am gefährdetsten sind, nicht hingehen? Was nützt es, Bewegungs- und Screening-Programme zu machen, wenn sie nur die erreichen, denen ohnehin schon bewusst ist, dass sie ihre Gesundheit unterstützen müssen.

All das gibt es schon. In Deutschland gibt es eine solche unabhängige Patienteninformationsstelle. Sie ist seit diesem November als Regelleistung aufgenommen. Und ich freue mich sehr, dass wir im Koalitionsabkommen auch entsprechende Vorkehrungen treffen können.

Zu den benachteiligten Gruppen: Wir haben davon gesprochen, dass es nicht sein kann, dass Menschen im Gesundheitswesen einfach deswegen schlecht versorgt werden, weil sie zu wenig laut schreien oder weil sie zu wenig stark sind, um sich bemerkbar zu machen. Wir haben ein klares Bekenntnis zu einem Ausbau der Leistungen insbesondere in der Kindermedizin gemacht. Vielleicht hat das heute jemand im „Kurier“ gelesen: Es

gibt Kinder, die durch chronische Erkrankungen beziehungsweise Behinderungen in einer solchen Lebenssituation sind, dass die Eltern sich ohnehin bemühen müssen, eine gute Versorgung herzustellen. Dazu gibt es in der Schule keine ausreichende Unterstützung und, und, und.

Wir werden uns in unserer Zusammenarbeit darum kümmern, dass die Kindermedizin, insbesondere auch die Versorgung mit den notwendigen diagnostischen und therapeutischen Leistungen, so ausgebaut wird, dass wir sagen können: Kein Kind in dieser Stadt wird unterversorgt!

Es ist aber auch klar, dass man zu diesem Zweck andere Partner an den Tisch bringt. Wir haben das in der Vergangenheit immer wieder diskutiert: Die Wiener Gebietskrankenkasse und die Kassen überhaupt werden diesbezüglich auch entsprechende Leistungen erbringen müssen.

Besonders stolz bin ich in diesem Zusammenhang darauf, dass wir uns dafür entschieden haben, den Spitalskostenbeitrag für sozial benachteiligte Gruppen zu streichen und Familien mit Zwillingen und Mehrlingen durch Streichung des Spitalskostenbeitrages nicht schon in der Geburts- und Neugeborenen-situation durch Kosten zu belasten, die sie sich oft gar nicht leisten können beziehungsweise die aus Anlass der Geburt wirklich entbehrlich sind. Auch hier gilt es, über das ASVG mit dem Bund zu verhandeln, damit diese Dinge auch umgesetzt werden können.

Die Ausbildung und Qualität der Turnusärzte und –ärztinnen steht ganz oben auf unserer Agenda. Wir waren uns ganz einig, dass hier schon ein Stück des Weges gegangen wurde, dass aber noch ein großer Schritt zu tun ist, denn es soll so sein, dass es für die Ärzte und Ärztinnen, die in unserem Gesundheitswesen, sei es im Krankenanstaltenverbund, sei es in den anderen Spitälern, ausgebildet werden, eine gute Qualität gibt, damit wir dann auch wirklich von der Ärzteschaft viel erwarten können.

Wir werden auch dem Antrag auf Zuweisung, was die Korruption im Wiener Krankenanstaltenverbund betrifft, zustimmen. Es ist klar, dass Transparenz ein großes Anliegen ist. Transparenz bedeutet, dass wir wissen, wo wir stehen, dass alle Bediensteten im Krankenanstaltenverbund klar wissen, welche Regeln gelten, und dass dort, wo diese nicht eingehalten werden, auch die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir gehen mit diesem Koalitionsabkommen im Gesundheitsbereich meines Erachtens jetzt einen guten und einen richtigen Weg. Wir werden die Maßnahmen, die wir im Bereich der Gesundheitsförderung setzen, im Laufe der fünf Jahre noch ausweiten. Auch das haben wir im Rahmen unseres Abkommens deutlich gemacht. Wir denken darüber nach, auch Kooperationen mit anderen Partnern einzugehen. Es gibt – auch das ist hier festgehalten – die Dialyseversorgung als Kooperation mit den Barmherzigen Brüdern. Das ist ein ganz besonders gelungenes Beispiel, wie es schon in der Vergangenheit begonnen wurde.

Und man kann sich diesbezüglich noch weitere Dinge überlegen, und zwar insbesondere dort, wo es – ich erwähne das jetzt noch einmal – um Menschen mit besonderen Bedürfnissen geht. Wir haben im Frauengesundheitsbeirat – und diejenigen, die dabei waren, wissen es – immer wieder über die schwierige Situation von Frauen mit körperlichen Behinderungen gesprochen, etwa wenn sie einen Gynäkologen oder eine Gynäkologin aufsuchen. Wir wissen es von den Betroffenen, dass es viele Gruppen gibt, die da besondere Bedürfnisse haben.

Eltern von chronisch kranken Kindern haben mir erzählt, wie schwer es zum Beispiel ist, einen Zahnarzt zu finden, der bei einem Kind, das zum Beispiel um sich schlägt, eine Zahnbehandlung macht. Oft können nur durch Vollnarkose Diagnose und Therapie ermöglicht werden.

Die Barmherzigen Brüder haben auch einen Vorschlag für eine Ambulanz und Tagesklinik für Patienten mit Mehrfachbehinderungen. Ich finde, man kann sich wirklich anschauen, ob man nicht in Zukunft da auch weitere Kooperationen eingeht.

Jetzt schaue ich noch einmal meine Kollegin Korosec an: Geben Sie dem Projekt eine Chance! Geben Sie dem Wiener Gesundheitswesen mit diesem rot-grünen Kooperationsübereinkommen die 100 Tage, die wir brauchen! Wir sind sicherlich ein starkes Team, und ich freue mich auf diese Arbeit. – Danke. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Zusammenhang mit dem Bereich Gesundheit und Soziales möchte ich noch zwei Worte zu Frau Kollegin Pilz sagen. – Frau Kollegin! Ich bin eigentlich über Ihre Worte verwundert! Wenn ich mich nur an den letzten Monaten zurückerinnere: Wir haben stundenlang im Gesundheitsausschuss vor allem unter dem Tagesordnungspunkt Allfälliges diskutiert. Das war der härteste und längste Punkt. Ich sage Ihnen ehrlich, ich werde es vermissen!

Lassen Sie mich jetzt zur Gesundheit kommen. *(GRin Dr Sigrid Pilz: Sie könnten ja selbst etwas bringen)* Fällt Ihnen nichts mehr ein, weil Sie jetzt in der Koalition sind? Das ist wieder einmal typisch! *(GRin Dr Sigrid Pilz: Es könnte ja auch Ihnen etwas einfallen! – Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Keine Schützenhilfe! Die Frau Kollegin kann sich selbst verteidigen!

Aber bleiben wir bei Gesundheit und Soziales. Frau Stadträtin! Was ist in Wien an und für sich noch sozial? Ich sage Ihnen: Mir fällt dazu nicht sehr viel ein. Allein wenn man im Hinblick auf die Sozialmärkte bedenkt, dass in den letzten Jahren einer um den anderen dazugekommen ist! Wie Sie sehen, werden die Menschen in Wien und wird die Bevölkerung an und für sich immer ärmer. Mit vielen Leuten geht es immer weiter abwärts. Aber Ihnen fällt an und für sich nicht sehr viel dazu ein!

Ich komme nur ganz kurz zum Heizkostenzuschuss,

über den mein Kollege Ebinger einiges berichten wird: Nicht einmal hier zeigen Sie eine soziale Handschrift, nicht einmal in diesem Bereich!

Auch wenn wir uns die Preise in den Pensionistenwohnheimen „Häuser zum Leben“ ansehen, wo Sie Präsidentin sind, stellt sich die Frage: Welche soziale Handschrift ist das, Frau Stadträtin? Wenn man sich einmal die Augen eintropfen lässt, werden von den Patienten beziehungsweise Heimbewohnern 5,10 EUR verlangt. Stellen Sie sich das einmal vor: Die Augen muss man ja nicht einmal und nie wieder eintropfen, sondern das muss drei bis vier Mal am Tag geschehen. Im Hinblick darauf brauchen Sie sich nur auszurechnen, wie sozial Sie in diesem Bereich sind!

Weiters lese ich in dieser Preisliste: Körperpflege, Vollbad: 22,90 EUR. – Weiß jemand, was der Eintritt in Oberlaa kostet? Dort kann ich aber den ganzen Tag bleiben! Diesfalls bekomme ich hingegen nur ein Mal ein Vollbad. (*GRin Anica Matzka-Dojder: Das kann man doch nicht vergleichen!*) Und das soll sozial sein? (*GRin Anica Matzka-Dojder: Das sind Fallpauschalen!*)

Verbandwechseln ist sogar mit 10 Minuten begrenzt und kostet 14,70 EUR. Unglaublich!

Und sogar für eine Befindlichkeitskontrolle – etwa abwiegen oder fragen: Wie geht's dir? – muss man zahlen, nämlich 7,75 EUR. Man darf also in diesem Heim nicht einmal zu irgendjemandem sagen: Mir geht es heute nicht so gut!, denn dann bekommt man gleich eine Rechnung von 7,75 EUR!

Ein Beratungsgespräch oder – wie hier steht – Interventionsgespräch kostet das erste Mal 10,95 EUR, und jedes weitere Mal 10,10 EUR.

Auch müssen alten Menschen häufig Medikamente verabreicht werden. Die Gabe von Medikamenten mit Inkontinenzversorgung kostet 12,35 EUR, das erste Mal Medikamente und Anziehen kostet 11,10 EUR.

Das ist Ihre soziale Handschrift in dieser Stadt, Frau Stadträtin! Ich habe noch nicht gehört, dass Sie wenigstens gesagt hätten: Reden wir darüber! Das ist nicht in Ordnung! Das ist falsch! – Nichts ist von Ihnen gekommen, rein gar nichts! Sie sagen sozial gar nichts! (*Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.*) Sie können sich gerne einmal melden und hier herauskommen und dann etwas sagen, aber ich glaube, Sie haben auch im Gesundheitsbereich bis heute nichts beigetragen, und gesagt haben Sie auch noch nichts dazu. (*GRin Anica Matzka-Dojder: Sie haben keine Ahnung!*) Ersparen Sie sich also auch heute diese Wortmeldungen!

Zum SMZ-Ost: Frau Stadträtin! Denken Sie nur an den Linearbeschleuniger. Sie haben versprochen und hier gesagt: Selbstverständlich, wenn wir einen Platz für diesen zweiten Linearbeschleuniger finden, dann kommt er. Das wird uns seit Jahren gesagt. Das kann man aber jetzt doch nicht auf dem Rücken der Bevölkerung austragen!

Dann sagt man: Wenn die Niederösterreicher zahlen, dann bekommen sie einen zweiten Beschleuniger. – Genau das wollen wir nicht. Wenn Sie sozial sind, dann tragen Sie es nicht auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger aus, die schwer krank beziehungsweise an Krebs

erkrankt sind. Sie wissen ganz genau, was das heißt, Frau Stadträtin. Wenn ein solcher Beschleuniger, der für die Krebstherapie da ist, ausfällt, dann werden 70 bis 80 Personen nach Hause geschickt. Und das ist nämlich das Dramatische, denn diese Menschen sind psychisch sowieso schon sehr belastet, und wenn das Gerät ausfällt, dann werden sie nach Hause geschickt. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, wie es diesen Menschen dann geht!

Nun zum Krankenhaus Nord, Frau Stadträtin: Auch das ist wieder so ein Punkt. Zwei Ausschreibungen haben Sie jetzt gebraucht. Ich kann mich noch an Ihre Worte erinnern. Sie haben gesagt: Im März 2010 werden dort die Bagger auffahren. Ich sage Ihnen: Es steht jetzt nicht einmal eine Schaufel dort. Das waren aber Ihre Worte. Ich fahre dort öfters vorbei. (*Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.*) Aber keiner in diesem Bereich! Es ist nichts geschehen, was Sie angekündigt haben.

Warum gibt es eine zweite Ausschreibung? Was ist bei der ersten Ausschreibung geschehen, Frau Stadträtin? Gemäß dieser mussten die Bieter ein Grundstück mitbringen. Daraufhin sind natürlich sehr viele weggefallen, denn wer kann denn in Wien, der europamäßig mitbieten will, ein Grundstück mitbringen? Das wird nicht so einfach funktionieren!

Diese Firma hat den Zuschlag bekommen. Aber dann ist Ihnen eingefallen: Da bekommen wir einen günstigen Kredit, kaufen wir das Grundstück! Und was ist dann geschehen? Dann haben Sie gesagt: Dann soll die Firma das auch gleich machen! – Wir haben Ihnen gesagt, dass man eine Ausschreibung so nicht machen kann und Sie neu ausschreiben müssen. Das wurde bis zuletzt bestritten, bis dann der Herr Bürgermeister die Notbremse gezogen und gesagt hat, ja, wir schreiben neu aus. Daraufhin mussten Sie eine zweite Ausschreibung machen. Und ich freue mich darüber, das sage ich ehrlich, denn Floridsdorf, einer der größten Bezirke, braucht so ein großes Schwerpunktkrankenhaus.

Sie haben auch gesagt, dass es eines der schönsten, modernsten und besten Krankenhäuser Europas werden wird. – Ich freue mich auch schon darauf! Die Antwort auf eine Frage sind Sie mir aber bis heute schuldig geblieben: Wie soll man dieses Krankenhaus erreichen?

Dort ist jeden Tag ein stundenlanger Stau. Sie können dort fahren, wann Sie wollen, dort gibt es, glaube ich, sogar schon in der Nacht oft Staus. – Wir haben im Bezirk – aber nicht nur im Bezirk – eine U-Bahn-Anbindung gefordert. Im Bezirk hat es einen Vier-Parteien-Antrag gegeben, bei dem auch die SPÖ mitgestimmt und gesagt hat: Ja, wir brauchen sie. Heute ist keine Rede mehr davon. Wir bekommen dort keine U-Bahn!

Darauf kann man sagen: Also gut, dann fahren wir mit dem Auto dorthin. Aber wo wollen Sie dort parken? Sie wissen, dass es dort in der Umgebung keine Parkplätze gibt. Sie können dort nicht parken. Es ist gescheiter, Sie meiden diese Gegend, wenn Sie einen Parkplatz suchen, oder Sie fahren mit einem Taxi dorthin.

Was haben Sie in diesem Bereich gemacht? 900

Parkplätze sind für die Angestellten veranschlagt, 186 Parkplätze für die Besucher. Ich bin neugierig, wie das funktionieren soll! Es wird nicht funktionieren, es kann nicht funktionieren, es hat beim SMZ-Ost auch nicht funktioniert, Frau Stadträtin!

Zur Kinder- und Jugendpsychiatrie: Sie wissen ganz genau, dass wir bis heute – und das haben wir auch in der Untersuchungskommission besprochen – keine kindergerechte Ausstattung oder Atmosphäre dort haben. Wir haben keine kinder- und jugendgerechte Unterbringung mit Gleichaltrigen oder eine psychologische Betreuung mit der Vermittlung von Lerninhalten. Davon können Kinder nur träumen. Frau Stadträtin! Bis heute gibt es von Ihnen auch betreffend diesen Bereich keine Antwort, und das ist traurig! Vielleicht werden Sie mir heute etwas dazu sagen oder vielleicht Frau Dr. Pilz. Das wäre auch einmal ein Thema für sie, das hat sie nämlich auch oft bekrittelt, aber heute will sie davon wieder einmal nichts wissen!

Was hat sich bei der Wiener Rettung getan? Das so genannte PIT-Fahrzeug, der Personenintensivtransporter, den die Wiener Rettung hat, ist schon seit Jahren ein Schrotthaufen. Man kann damit nicht einmal fahren, denn wie ich weiß, bekommen Sie nicht einmal ein Picklerl. Sie können von innen schon durchschauen, so dünn ist das Auto! Aber mir wurde auch gesagt: Wir bekommen ein neues Auto. Seit Jahren, Frau Stadträtin, heißt es, dass ein neuer Personenintensivtransporter kommt. Ich frage Sie: Wann? Jetzt höre ich, dass er umgebaut wird. Wie lange wird das Auto aber umgebaut? – Ich glaube, seit zwei Jahren wird angeblich bereits umgebaut. Sagen Sie uns: Wollen Sie das, oder wollen Sie das nicht?

Wenn Sie heute zum Beispiel das Grüne Kreuz oder den Arbeitersamariterbund nicht hätten, dann könnten Sie fast keine Einsätze in Wien mehr fahren, wenn wirklich einmal irgendwo etwas passiert! Sie haben ja nicht einmal genügend Fahrzeuge! Sie haben sie nicht bei der Wiener Rettung! Seit Jahren wird versprochen, dass der Fahrzeugstand aufgestockt wird. (*Zwischenruf von Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely.*) Genau darauf habe ich jetzt gewartet, Frau Stadträtin! Was wird aufgestockt?

Natürlich: Wenn ein Auto kaputt ist, das schon zig Kilometer drauf hat und das nicht mehr zu reparieren ist, dann müssen Sie ein neues kaufen! Aber Sie können nicht sagen, dass der Fahrzeugstand dort aufgestockt wird! Das ist keine Aufstockung! Das ist halt eine Erneuerung! Andere Sachen, die kaputt sind, müssen Sie auch erneuern, aber das ist ja kein Zusatz!

Es werden also nicht mehr Fahrzeuge angekauft, und es gibt auch nicht mehr Personal, Frau Stadträtin! Da sind Sie genauso säumig! Auch nichts! Auch das haben Sie versprochen, aber es ist nichts von Ihnen in dieser Hinsicht gehalten worden!

Frau Stadträtin! Der Bereich der Drogen ist ein Kernthema der Stadt Wien: Was ist im Drogenbereich geschehen? Was ist mit Ihrer Drogenpolitik? Gar nichts! Es gibt nach wie vor die verschiedenen Drogenszenen. Diese teilen sich jetzt auf ganz Wien auf. Es gibt jetzt nicht – wie ich auch schon öfters gesagt habe – einen

Karlsplatz, sondern es gibt jetzt schon viele Karlsplätze. Was tun Sie im Bereich Drogenprävention? – Gar nichts! Sie haben einige Vereine in die Welt gesetzt, die dort jetzt herumlaufen und schauen, dass nichts passiert. Das ist Ihr Drogenkonzept von Wien!

Ich sage jetzt nicht, dass Sie gar nichts gemacht haben! – Stichwort Spritzentausch. Darauf sind Sie ja stolz. Sie sind froh, dass jetzt schon rund 9 000 Spritzen getauscht werden. Das gilt als riesiger Erfolg der Stadt Wien. Da muss man sich mal vorstellen, wie viele Personen heute bereits süchtig sind, wenn man schon über 9 000 Spritzen tauscht! Das ist der Erfolg der Stadt Wien im Bereich der Drogen.

Wir haben hier schon vor längerer Zeit ein Drogenkonzept vorgestellt. Ich möchte Ihnen jetzt nicht alles auf einmal vorlesen. Sie kennen es ja schon, denn ich werde das heute nicht zum ersten Mal vortragen.

Punkt 1: Änderung betreffend den Eigenbedarf, höhere Strafen bei geringen Mengen, Zwangstherapie mit begleitenden Maßnahmen wie etwa in Schweden oder in Finnland. Selbstverständlich muss man diesen Menschen dann auch Hilfestellungen auf dem Arbeitsmarkt und beim Wohnen – Stichwort: betreutes Wohnen und so weiter – leisten. Außerdem wird man bei diesen Menschen in Zukunft auch Drogentests durchführen, dass sie nicht rückfällig werden et cetera. – Es gibt sehr viele Dinge, die wir schon lange fordern, aber sie werden von Ihnen negiert.

Frau Stadträtin! Zum AKH: Es wurde heute von meiner Kollegin schon kurz angesprochen. Ich sage Ihnen: Das AKH ist heute, so wie es derzeit im AKH ausschaut, selbst ein pflegebedürftiger Patient: Sie haben ein Hebammenproblem. Sie haben dort nichts als Streitereien. Sie haben bei der Vergabe einen Korruptionsverdacht. Was soll dem AKH noch alles passieren, meine Damen und Herren?

Sie wissen ganz genau, dass die schon angesprochene Reinigungsfirma, die dort jahrelang beste Arbeit geleistet hat, im Moment einmal draußen ist. – Ich sage: Das war ein riesiger Fehler! Dazu möchte ich Ihnen im Zusammenhang mit der Vergabe und den Leuten, die dort arbeiten, noch etwas sagen: Ich mache Ihnen, Frau Stadträtin, persönlich keine Vorwürfe. Alles können Sie natürlich auch nicht wissen. Aber dann sagen Sie dazu doch wenigstens deutliche und klare Worte! Frau Stadträtin! Von Ihnen ist bis heute kein klarer Satz in dieser Richtung gekommen, und ich vermisse das auch vom Bürgermeister. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn ich gesagt habe, dass nichts gekommen ist, dann korrigiere ich mich: Es ist schon eine Reaktion gekommen. Es sind 300 Leute von heute auf morgen ab November arbeitslos gewesen. Und da gab es eine Reaktion vom Direktor des AKH. Er hat gesagt: „Ich habe die Betroffenen beim AMS angemeldet.“ – Das ist eine Topaktion der Stadt Wien! Dazu gratuliere ich Ihnen! Wenn man solche Worte wählt, dann ist das mehr als zynisch, Frau Stadträtin! Das sind allerdings Ihre Leute, die Sie in die Positionen gebracht haben!

Wie schaut es jetzt im AKH aus? Ich muss Ihnen das jetzt sagen, denn vielleicht wissen Sie es nicht. Ich habe

einen Bericht gelesen, wie es derzeit im AKH aussieht. Zu Ihrer Information zitiere ich aus einem Bericht: In der Notfallambulanz 6D ist alles schmutzig, überall ist Lurch, es gibt dort eine Schwester für drei Ärzte, der bauliche Zustand ist peinlich, die WC-Anlagen sind unhygienisch. – Das ist Ihre neue Reinigungsfirma!

Abschließend sage ich Ihnen, Frau Stadträtin, und das sage ich heute nicht zum ersten Mal: Wir brauchen im AKH und auch in anderen Bereichen des Gesundheitsbereichs mehr Personal. Wir brauchen endlich eine Hebammenregelung, damit diese Frage dort endlich vernünftig gelöst werden kann. Und vor allem, Frau Stadträtin: Wenn Geräte – und vor allem lebenswichtige Geräte – bestellt werden und man dafür über sechs Monate braucht und diese dann noch immer nicht geliefert werden, dann sage ich: Das ist grob fahrlässig! Sie sollten auch einmal nachfragen, wie solche Verzögerungen zustande kommen! Dass Apparate oder Zusätze nicht geliefert werden und es über sechs Monate Wartezeit gibt, das kann es nicht sein!

Zum Abschluss, Frau Stadträtin: Das habe ich auch Frau VBgmin Brauner vor einigen Jahren gesagt, und ich sage es Ihnen heute: Geld ist genug vorhanden, doch Sie müssen endlich lernen, es auch richtig einzusetzen! Das ist Ihr soziales Problem! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Deutsch. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Deutsch** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Über 2,9 Milliarden EUR stehen im Jahr 2011 für die Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales zur Verfügung. Das sind 25,8 Prozent vom Gesamtbudget der Stadt Wien. Damit setzt die Stadtregierung einen für die Menschen in dieser Stadt sehr wesentlichen politischen Schwerpunkt und stellt für 2011 mehr finanzielle Mittel zur Verfügung als je zuvor. Jeder vierte Euro wird in die Gesundheit der Wienerinnen und Wiener investiert.

Gleichzeitig werden qualitativ hochwertige Dienstleistungen im Rahmen des Wiener Sozialsystems gesichert. Dafür sorgt der Fonds Soziales Wien, der im laufenden Jahr 2010 bereits rund 100 000 Wienerinnen und Wiener unterstützte und damit eine großartige Leistung erbringt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Basis der Finanzierung gilt für den Krankenanstaltenverbund das für die Jahre 2006 bis 2009 abgeschlossene und gemäß den Bestimmungen nach § 11 bis 2011 verlängerte interne Übereinkommen zur Finanzierung der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund. Ein zentraler Schwerpunkt dabei ist die konsequente Umsetzung des Wiener Spitalskonzeptes mit dessen Lokomotive, nämlich dem Krankenhaus Nord.

Mit dem Krankenhaus Nord kommt es zu einer Neuverteilung der Betten in dieser Stadt und dadurch auch zu mehr regionaler Ausgewogenheit. So gibt es derzeit im Norden Wiens 3 Betten pro 1 000 Einwohner und im Westen 9. Bis 2015 soll es in ganz Wien 6 Betten pro

1 000 Einwohner geben.

In der Tat: Das Spital, das derzeit im Norden der Stadt entsteht, wird das modernste Spital Europas. Eine Teilbetriebnahme ist bereits für das Jahr 2015 vorgesehen.

Herr Kollege! Herr StR Lasar! Die Planungen und Vorarbeiten haben natürlich schon vor wesentlich längerer Zeit begonnen! Die Abbrucharbeiten an den ehemaligen ÖBB-Hallen sind bereits seit Mitte Oktober voll im Gange. Nach deren Abschluss im Frühsommer 2011 geht es dann mit der Baugrubensicherung und dem Aushub der Baugrube weiter, sodass im 2. Halbjahr 2012 bereits mit den Arbeiten am Rohbau begonnen werden kann. Bereits im Jahr 2015 – ich wiederhole mich – wird man die ersten Patientinnen und Patienten vor Ort behandeln können.

Modernste Betriebsstrukturen, kurze Wege, aber auch engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden dafür sorgen, dass das Krankenhaus Nord zum Modell für die Spitäler der Zukunft wird. Drei Spitäler, nämlich das Krankenhaus Floridsdorf, das Krankenhaus Gersthof und die Semmelweis-Klinik, aber auch Abteilungen aus ganz Wien, etwa aus Hietzing, aus dem OWS und aus dem Wilhelminenspital werden an diesen neuen Standort übersiedeln. Das ist sowohl ökonomisch als auch medizinisch sinnvoll und auch notwendig.

Das heißt: Das Wiener Spitalskonzept ist auf gutem Wege. Es wird konsequent umgesetzt und wird auch die regionale Verteilung der Angebote und damit der Leistungen verbessern. Dieses neue Schwerpunktspital wird rund 800 Betten haben und 2 500 Arbeitsplätze schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr StR Lasar ist auch auf die verkehrsmäßige Erschließung dieses neuen Schwerpunktkrankenhauses eingegangen: Es stehen nicht nur mehr als 1 000 Stellplätze zur Verfügung, sondern die Erreichbarkeit ist mit zahlreichen S-Bahn-Linien, Straßenbahnlinien sowie Bussen gewährleistet.

Die Gesamtkosten des Krankenhauses Nord belaufen sich auf Preisbasis 2009 ohne Mehrwertsteuer auf 825 Millionen EUR. Die Gesamtfinanzierung erfolgte durch langfristige Kreditmittel, wobei 300 Millionen EUR davon über einen kostengünstigen und auch langfristigen Kredit der Europäischen Investitionsbank finanziert werden. Diese Gesamtkosten bestehen daher aus den Errichtungskosten zuzüglich der Valorisierungs- und der Finanzierungskosten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Besonderer Wert wurde bei der Gesamtplanung auch darauf gelegt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Bereichen Krankenpflegepersonal und medizinisch-technische Berufe sowie auch die Ärztinnen und Ärzte in die Detailplanungen mit einzubeziehen.

Trotz dieser klaren Schwerpunktsetzung mit dem Krankenhaus Nord als Lokomotive in der Umsetzung des Wiener Spitalskonzeptes wird es aber natürlich auch Investitionen in den anderen Krankenhäusern der Stadt geben, durch die auch die Infrastruktur gestärkt werden soll. Eine optimale medizinische Diagnostik ist natürlich Voraussetzung jeder qualitativ hochwertigen Behand-

lung. Daher wird im Jahr 2011 auch eine Reihe von medizintechnischen Großgeräten erneuert.

Wien geht aber auch neue Wege im Bereich der Qualitätssicherung und stellt durch Modernisierungsmaßnahmen die Weichen für eine Patientinnen- und Patientenbetreuung der Zukunft. Die Stadt investiert und modernisiert das Angebot für die Patientinnen und Patienten dort, wo Wien zuständig ist. Wien hat bereits bei der Entwicklung des Regionalen Strukturplans Gesundheit gezeigt, wie die Erarbeitung gemeinsamer Ziele miteinander möglich ist. Aber auch alle anderen Partner im Rahmen dieses großen Gesundheitswesens haben ihre Aufgaben zu erfüllen. Das gilt natürlich auch bei Schwerpunktsetzungen.

Frau Kollegin Korosec! Wenn Sie das Beispiel der Druckkammer im AKH angesprochen haben, dann kann ich Ihnen darauf nur antworten: Man kann nicht nur österreichweit von Schwerpunktsetzungen sprechen, die natürlich auch von allen GesundheitsökonomInnen unterstützt werden und immer ein zentrales Thema sind, sondern man muss diese Schwerpunkte auch in die Tat umsetzen! Wenn das Ergebnis einer internen Untersuchung lautete, dass die Behördenanforderungen für die bestehende Druckkammer nicht erfüllt werden konnten und daher im Rahmen eines Lösungsansatzes Folgekosten von 2,6 Millionen EUR entstanden wären, dann gilt es natürlich unter dem Gesichtspunkt, dass Investitionskosten zu 67 Prozent von der Stadt Wien und zu 33 Prozent von der Medizinischen Universität zu finanzieren sind, sich auf die wesentlichen Bereiche zu konzentrieren.

In Anbetracht der Tatsache, dass es in Graz ein ausgezeichnetes Druckkammernsystem gibt, dieses auch zur Verfügung steht und es nur relativ wenig zwingende Indikationen und damit Patienten gibt, hat die Investition am AKH unter diesem Gesichtspunkt derzeit keine große Priorität. Dabei ist generell anzumerken, dass die gegenwärtige Finanzlage natürlich ein optimiertes Zusammenwirken der Gesundheitsinstitutionen in Österreich erfordert. Aber natürlich werden die Entwicklungen sowie auch ein allfälliger Bedarf weiter beobachtet. Derzeit ist die Versorgung jedoch gesichert, und es ist auch eine funktionierende Zusammenarbeit mit Graz sichergestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Planungen zur Standortverlegung des Preyer'schen Kinderspitals in das Kaiser-Franz-Josef-Spital mit dem Mutter-Kind-Zentrum wurden weiterentwickelt, um synergetische Flächennutzungen zu ermöglichen und für bestehende Organisationseinheiten auch eine Verbesserung des Unterbringungsstandards sowie die Schaffung von adäquaten hygienischen Bedingungen zu gewährleisten.

Beim Bauprojekt Krankenhaus Rudolfstiftung wird ein Neubau am Standort Juchgasse 22 errichtet. Die oberirdischen Geschoße werden die Funktionsbereiche Psychiatrie, Klinische Psychologie und Schmerzambulanz sowie die Neurologie- und Neurochirurgie-Ambulanz aufnehmen. Die Krankenhaus Rudolfstiftung selbst wird natürlich auch weiterhin modernisiert und erweitert.

Ein anderes Beispiel: Auf dem Areal des Wilhelminenspitals entsteht bis Sommer 2012 eine neue multi-

funktionale Palliativstation mit 14 Betten zur Versorgung schwerstkranker Patientinnen und Patienten rund um die Uhr sowie zur Begleitung und Unterstützung der Angehörigen. Die Palliativstation im Wilhelminenspital ist damit ein wichtiger Baustein im Gesamtkonzept der Stadt Wien zum Aufbau und Ausbau einer effizienten mobilen und stationären Hospiz- und Palliativversorgung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein weiterer Schwerpunkt ist die zügige Umsetzung des Wiener Geriatriekonzeptes. Geriatriezentren und Pflegeheime der Stadt Wien mit sozialmedizinischer Betreuung sorgen dafür, dass die ältere Generation im Bedarfsfall dann Hilfe erhält, wenn sie benötigt wird. Dieses Geriatriekonzept wird zügig umgesetzt. Neubauten werden auch im Rahmen von Bauträgermodellen mit dem Ziel errichtet, dass die Gesamtressourcen eines Spitals, abgesehen von der großen Chirurgie und der Intensivmedizin, im Haus verfügbar sind, ohne jedoch die Wohnlichkeit dieses Hauses zu beeinträchtigen.

Das Pflegewohnhaus Leopoldstadt wurde vor wenigen Wochen, wie Sie wissen, bereits eröffnet. Die Inbetriebnahme des Pflegewohnhauses Meidling ist mit April 2011 geplant. Das Pflegewohnhaus Simmering soll Ende 2011 fertiggestellt sein und mit Beginn 2012 in Betrieb gehen. Mit der Fertigstellung des Pflegewohnhauses Innerfavoriten ist Mitte 2011 zu rechnen. Der Betrieb wird Ende 2011 aufgenommen.

An diesen Beispielen sehen Sie, wie rasant und konsequent dieses Konzept umgesetzt wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geriatriezentren Baumgarten, Liesing und Donaustadt sind hingegen Eigengerichtungen. Für das Jahr 2013 ist die Inbetriebnahme des Geriatriezentrums Baumgarten vorgesehen. Die Fertigstellung des Geriatriezentrums Liesing samt Übersiedlung ist für Ende 2011 geplant.

Auf Grund des baulichen Zustandes des Geriatriezentrums Donaustadt wird eine Generalsanierung erfolgen. Der EU-weite Architekturwettbewerb ist bereits abgeschlossen. Geplant sind die Sanierung des bestehenden Hauses sowie ein Neubereich. Der Baubeginn ist für 2012 geplant, die Fertigstellung für Mitte 2014 vorgesehen.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen werden aber auch in Kooperation mit dem Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser innovative Projekte mit dem Ziel durchgeführt, dass auch bei einer Verschlechterung des Gesundheitszustandes ein Verbleiben der Bewohnerinnen und Bewohner im Appartement ermöglicht wird. Diese Kooperationsprojekte werden in Hietzing, Ottakring und Döbling umgesetzt. Dies entspricht auch genau dem Wunsch der Seniorinnen und Senioren, auch bei einem erhöhten Pflegebedarf in der eigenen Wohnung verbleiben zu können.

Dieses Konzept bündelt aber gleichzeitig auch die hervorragenden Kompetenzen des Kuratoriums Wiener Pensionistenwohnhäuser und des Wiener Krankenhausverbands Teilunternehmung 4, Alltagsnormalität, eine umfassende soziale Betreuung, die beste medizinische Therapie und eine einfühlsame individuelle Pflege.

Zusätzlich werden natürlich Sanierungen in den Häusern bei laufendem Betrieb durchgeführt, denn nur diese Adaptierungsarbeiten gewährleisten, dass die definierten Standards auch tatsächlich erfüllt werden. Auch dafür wurde im Budget Vorsorge getroffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ bleibt aber unverändert aufrecht. Damit wird auch dem Wunsch der meisten pflegebedürftigen Menschen entsprochen, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden führen zu können. Daher wird auch das ambulante Pflege- und Betreuungsangebot bedürfnisorientiert erweitert, modernisiert und flexibilisiert.

Es wurde auch der Bereich der Rettung angesprochen: Weitere Investitionen und Schwerpunkte werden auch im Bereich der MA 70 gesetzt. Für die Rettungsstation Simmering ist im Jahr 2011 die Planungsrate vorgesehen, Baubeginn April 2011, Eröffnung 2013. Neun Rettungstransportwagen sowie medizinische Einrichtungen von insgesamt zwölf Einsatzfahrzeugen werden im kommenden Jahr angeschafft. Auch das sind konkrete Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Menschen jene Soforthilfe und auch rettende Hilfe erhalten, wenn sie benötigt wird.

Weitere konkrete Projekte werden im Bereich Gesundheitsdienst der Stadt Wien etwa mit der Anschaffung eines neuen Röntgenbusses umgesetzt, der bis Mitte 2011 in Betrieb genommen werden soll. Es starten aber auch die Vorarbeiten für eine komplette Übersiedlung der Desinfektionsanstalt vom 3. in den 11. Bezirk Anfang 2012. Das soll ermöglicht werden, um auch ein neues Hygienezentrum der Stadt Wien als moderne Einrichtung zu schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Qualitativ hochwertige, zeitgemäße Angebote im Gesundheitswesen werden die medizinische Versorgung der Wienerinnen und Wiener auch im Bereich der Prävention sicherstellen. Impfschutz, Gesundheitsvorsorge, medizinische Untersuchungen und Beratungen, aber auch die Qualitätssicherung von Gesundheitseinrichtungen sind wesentliche Schwerpunkte einer modernen Gesundheitsabteilung. Unter dem Motto „Gesunder Bezirk – Gesundes Grätzl“ werden daher umfassende gesundheitsfördernde Aktivitäten zu den Themenbereichen Ernährung, Bewegung, aber auch seelische Gesundheit vor Ort angeboten. Dabei soll die Präsenz der Gesundheitsförderung in der Öffentlichkeit stark gefestigt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheit darf keine Frage des Geldes sein. Der oberste Grundsatz sozialdemokratischer Gesundheitspolitik ist die Sicherung der medizinischen Spitzenleistungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Alter und ihrem sozialen Status. Das Budget 2011 ist ein Garant dafür, dass der gute, erfolgreiche Weg in der Wiener Gesundheitspolitik fortgesetzt wird. – Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Kurz. Ich merke an, dass die Redezeit nun nur mehr 15 Minuten pro Redner beträgt. Ich erteile es ihm.

GR Sebastian **Kurz** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Beim Budgetvoranschlag für 2011 gilt für den Sozialbereich dasselbe wie für viele andere Bereiche: Es handelt sich ein bisschen um ein Fortschreiben der bisherigen Budgets. Daran ändert auch die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN nur sehr wenig. Auch unter Beteiligung der GRÜNEN müssen wir im Sozialbereich auf wirklich Innovatives oder Neues warten.

Der einzige Bereich, wo wirklich mehr Geld investiert wird, ist der Bereich der Mindestsicherung. Dort wird mehr Geld ausgegeben, aber leider oft gemäß der Gießkannenmentalität und aus unserer Sicht nicht besonders nachhaltig.

Die Mindestsicherung ist von Rot und Grün schon seit Langem als Allheilmittel erhofft worden und – als sie da war – auch als Allheilmittel gefeiert worden. – Allheilmittel im Sozialbereich ist sie aus unserer Sicht mit Sicherheit nicht! Erst wenn die Betroffenen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können, hat sie unseres Erachtens wirklich Wirkung erzielt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Uns ist daher besonders wichtig, dass die Kommunikation hinsichtlich der Mindestsicherung nach außen hin zur Bevölkerung ganz klar stattfindet. Wer Hilfe braucht, der soll auch Hilfe bekommen. Aber es muss nicht jeder zum Hilfsbedürftigen gemacht werden. Und jeder, der Hilfe bezieht, sollte darauf vorbereitet werden, wieder ein eigenständiges Leben ohne diese Hilfe führen zu können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die rot-grüne Regierung will künftig Kindern statt 134 EUR eine Unterstützung in Höhe von 203 EUR als Mindeststandard im Rahmen der Mindestsicherung ausbezahlen. Das klingt gut! Es fragt sich aber: Erreicht man dadurch auch wirklich das Ziel, nachhaltig Kinderarmut zu verringern und diese Kinder gezielt zu fördern?

Wir bekennen uns dazu, dass es gerade im Bereich der Kinder und der Familien richtig und wichtig ist, zusätzliche Förderungen zu gewähren. Wenn man diesbezüglich aber ausschließlich mit Geldleistungen agiert, dann greift das unserer Ansicht nach zu kurz. Man muss nämlich auch bedenken, dass allein durch Geldleistung die Armut nicht schlagartig ausgeschaltet kann. Es braucht eine gezielte Unterstützung, die an den Lebensumständen konkret etwas ändert.

Wir werden daher in der Landtagssitzung am kommenden Donnerstag einen entsprechenden Beschlussantrag einbringen, mit dem sichergestellt werden soll, dass die Kinder zwar diese Erhöhung bekommen, dass diese aber auch wirklich bei den Kindern ankommt, und zwar in Form von Sachleistungen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Durch Sachleistungen soll sichergestellt werden, dass das Geld dort ankommt, wo es hingehört, nämlich in diesem Fall bei den Kindern in Wien. Das ist uns ein sehr wichtiger Punkt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Auch im Bereich Sucht und Drogen hat man sich im Regierungsprogramm nicht wirklich viel Neues einfallen lassen. Die Wiener Sucht- und Drogenkoordination hat in den vergangenen Jahren stets ein stärkeres Budget bekommen. Es ist aber nicht gelungen, Hotspots wie

zum Beispiel den Karlsplatz in den Griff zu bekommen.

Heuer gibt es das erste Mal ein bisschen weniger Geld, aber trotzdem eine gewaltige Summe von knapp 19 Millionen EUR. Was geschieht genau mit diesen 19 Millionen EUR? Was geschieht bei angeblich neuen Projekten wie beim Projekt Ganslwirt neu, dessen Fertigstellung mehrfach angekündigt, aber auch mehrfach wieder verschoben wurde? – Wir wissen es nicht genau. Und wir wissen auch nicht genau, ob es mittelfristig ein anderes Drogenkonzept geben wird, gemäß welchem nicht alle Einrichtungen im 4. und im 6. Bezirk auf einem Fleck in Wien gebündelt werden.

Im neuen Regierungsübereinkommen findet sich dazu nichts Wesentliches, außer dass festgehalten wird, dass man weiterhin die Hotspots unter Beobachtung halten wird. – Wir erwarten uns etwas mehr, als dass Hotspots unter Beobachtung gehalten werden! Konkret bedeutet das für uns eine Entlastung der Brennpunkte Karlsplatz oder Praterstern oder der Einrichtungen im 4. oder 6. Bezirk.

Zweitens soll klugerweise schon vorab etwas in eine ordentliche Prävention investiert werden, damit diese Maßnahmen im Nachhinein nicht in diesem Ausmaß notwendig sind.

Zum Abschluss möchte ich noch den Bereich von Menschen mit Behinderungen ansprechen. Auch diesbezüglich gibt es nicht viel Neues im rot-grünen Regierungsübereinkommen. – Vielleicht ist für den einen oder für die andere der Bericht interessant, der am 9. Dezember auf der „Plattform Bizeps“ veröffentlicht wurde. Die Informationsplattform schreibt über das rot-grüne Regierungsübereinkommen im Bereich von Menschen mit Behinderungen. – Ich zitiere: „Desinteressiert, lieblos, uninformiert. – Diese Begriffe können einem in den Sinn kommen, wenn man im nagelneuen Koalitionsabkommen der Wiener Stadtregierung nach dem Spuren behinderter Menschen sucht.“

Wenn man dann weiterliest, wird das Ganze ein bisschen ausführlicher und konkreter. Es wird aber alles andere als wertschätzender.

Im neuen rot-grünen Regierungsübereinkommen findet sich auf Seite 37 nur ein verheißungsvoller Satz zu diesem Bereich, nämlich: „Die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen als Querschnittsmaterie wird in Angriff genommen.“ – Uns ist das ein stärkeres Anliegen, und damit das auch möglichst bald und ordentlich in Angriff genommen wird, fordern wir einen Aktionsplan, nach dem die Umsetzung der UN-Behindertenkonvention festgelegt wird und auch ehestmöglich durchgesetzt werden kann.

In Rheinland-Pfalz ist das zum Beispiel am 25. März 2010 im Landtag schon beschlossen worden. An diesem Beispiel sieht man, dass es nicht notwendig ist, sich nur auf Bundeskonzepte zu verlassen.

Ich darf daher gemeinsam mit den Kolleginnen Christine Marek und Ingrid Korosec einen Resolutionsantrag einbringen, der die Schaffung des Wiener Aktionsplans zur Umsetzung der Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention verlangt. – Danke vielmals. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werte Stadträtin! Werter Herr Vorsitzender! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich beginne meine erste Rede hier im Gemeinderat mit einer Entschuldigung, und zwar einer Entschuldigung den Menschen mit Behinderungen gegenüber.

Wir haben einen Fehler im Koalitionsabkommen gemacht. Wir haben unglückliche, respektlose Begriffe verwendet, nämlich „Behinderung, mit besonderen Bedürfnissen, speziellen Bedürfnissen und Handicaps“ – Das war ein Fehler.

Inhaltlich haben wir in diesem Bereich sehr viel vor. Es geht darum, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen.

Zu meinem Vorredner, Herrn Kurz: Vielleicht lesen Sie die Seiten 14, 23, 30, 37, 40, 43, 73 und 75 noch einmal, denn uns ist es total wichtig, dass wir hier übergreifend ansetzen. Das heißt, auf Menschen mit Behinderungen soll übergreifend in verschiedenen Bereichen eingegangen werden, nämlich in den Kindergärten, bei den Wiener Bädern, bei der Barrierefreiheit, bei den Leitlinien der Arbeitsmarktpolitik hinsichtlich Personal, bei barrierefreien Wohnformen und bei innovativen Sanierungen. – Lesen schadet in erster Linie einmal nicht! Wir tun etwas Konkretes hier in Wien.

Jetzt komme ich gleich zum Resolutionsantrag der ÖVP und werde schon das erste Mal grantig. Sie haben das nämlich vom Koalitionsabkommen kopiert! Wir arbeiten bereits daran. Wenn Sie wenigstens in der Begründung dazugeschrieben hätten, dass Sie zutiefst enttäuscht über Ihre Mutterpartei sind, die gerade auf Bundesebene die Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention um fünf Jahre verschoben hat, dann würde ich Ihren Antrag wenigstens ansatzweise verstehen!

Wer hindert Sie daran, mit Ihrer Wirtschaftskammer zu sprechen, dass auch barrierefrei gebaut wird! Vor Kurzem wurde der Billa bei uns im 15. Bezirk umgebaut, und wieder gibt es Stufen! – Wenn Ihnen Menschen mit Behinderungen wirklich wichtig sind, dann tun Sie aktiv etwas! Ich finde es wirklich populistisch, wenn Sie einen Antrag kopieren und hier einbringen und auf Bundesebene dermaßen versagen! – Das ist Populismus! *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Grundsätzlich habe ich das Gefühl, dass die Oppositionsparteien ein wenig unserer grünen Politik nachtrauern! Das verstehe ich grundsätzlich sehr gut! Wir sehen das irgendwie als indirekte Wertschätzung. Doch das ist völlig unangebracht! Wir wissen, dass wir uns nicht in allen Bereichen durchgesetzt haben! Ich könnte Ihnen viele Bereiche aufzählen, in denen ich persönlich mich nicht durchgesetzt habe. Ja, das gibt es tatsächlich! Das war zum Beispiel beim Bettelverbot der Fall. Und ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass das gewerbliche Bettelverbot in keinsten Weise Kriminalität bekämpft. Ja, es schmerzt.

Oder auch die Forderung nach der Entkriminalisierung von Cannabis und Konsumräumen: Auch diesbezüglich haben wir Forderungen aufgestellt, aber was hilft das? Soll ich jetzt herumjammern? Es geht darum, für die Menschen in dieser Stadt konkrete Politik zu machen, und wenn Sie sich das Koalitionsabkommen genau anschauen, dann finden Sie einige Bereiche, in denen es um die Menschen in der Stadt geht.

Frau Marek! Wenn Sie – und jetzt werde ich gleich noch einmal grantig – in Ihren Reden permanent davon sprechen, dass Sie sich um uns GRÜNE Sorgen machen, dann sage ich Ihnen: Nein! Wir sind nicht nackt! Wir alle hier können uns Kleidung leisten. Machen Sie sich wirklich lieber Sorgen um die Familien dort draußen!

Ich nenne jetzt konkret Zahlen: Auf Bundesebene wurde in der Sozialversicherung gerade um 1,5 Milliarden EUR gekürzt, bei Familien um 1,3 Milliarden EUR. Die Armutskonferenz hat ausgerechnet, dass das Budget zur direkten Armutsbekämpfung bis 2014 um ein Drittel kleiner sein wird als heute. Wissen Sie, was das für die Leute da draußen bedeutet? Wer hat Sie denn daran gehindert, eine Vermögensbesteuerung oder eine Stiftungsbesteuerung umzusetzen? Dann würden wir uns auch in Wien leichter tun! Ich sage Ihnen: Ich habe etliche Ideen, wo wir das Geld im Sozialbereich noch einsetzen können.

Noch einmal: Wir machen insofern konkrete Politik. Mir ist besonders wichtig, was wir im Koalitionsabkommen festgehalten haben, dass die Menschen, die es brauchen, auch entsprechende Hilfe bekommen sollen und dass professionelle Sozialarbeit einen Wert in dieser Gesellschaft hat. Und ich möchte hinzufügen, dass sich im Sozialbereich sehr wohl immer die Bereitschaft der SPÖ findet, Konzepte weiterzuentwickeln, zu hinterfragen, sich Neues zu überlegen und konkrete Schritte zu setzen.

Wenn Sie, Herr Kurz, hier sagen, dass es nichts Neues gibt, und die Mindestsicherung oder die Erhöhung für die Kinder auf 200 EUR im Monat hinterfragen, dann kann ich Sie nur herzlich einladen: Machen Sie mit mir Hausbesuche im 15. Bezirk! Diese mache ich nach wie vor. Wenn sich dort die Tür auftut, dann werden Sie sehen, was es heißt, in Armut oder in einer armutsgefährdeten Familie zu leben! Die Hauptbetroffenen sind AlleinerzieherInnen und Mehrkindfamilien, nämlich gerade jene Personenkreise, bei denen Sie gekürzt haben. Ich finde Ihre Aussagen sehr arrogant, denn für Familien mit Kindern ist es viel, 70 EUR im Monat mehr oder weniger zu haben. Für Sie ist das vielleicht nicht viel, aber für die Betroffenen sehr wohl! *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Kommen wir jetzt noch zu konkreten Bereichen, die wichtig sind, über die aber nicht gerne geredet wird, etwa über die Obdachlosen und die Wohnungshilfe. Ich halte es für gut und wichtig, dass man mit dem Koalitionspartner beziehungsweise der Koalitionspartnerin neue Strategien überlegt, und zwar auch betreffend den Housing-First-Ansatz. Diesbezüglich gibt es internationale Erfahrungen, gemäß welchen es vielleicht geschickter ist, die Wohnungslosigkeit zu verringern, indem man betroffene

Menschen direkt in Fixwohnungen unterbringt und dort sozial betreut, um die ganzen Stufen der Nüchternungen und Betreuungswohneinheiten zu überspringen. – Das ist eine spannende Geschichte!

Sehr wichtig sind auch die Delogierungsprävention und die Nachbetreuung. Das bewirkt konkret weniger Delogierungen, damit weniger Menschen auf der Straße und somit auch weniger Kosten. Es gibt also spannende Ansätze, an denen wir hier konkret arbeiten wollen!

Betreffend Sucht und Drogenhilfe hat Herr Kurz auch nichts gefunden. – Vielleicht lesen Sie die diesbezüglichen Abschnitte ein bisschen genauer! Es steht da zum Beispiel, dass es bedarfsgerechte Angebote an Hotspots in Wien geben wird. Wir werden uns konkret überlegen, was das bedeutet und wo das geschehen muss. Es gibt nämlich drogenkranke Menschen, und mit dem Ansatz: „Säubern Sie den Karlsplatz, wir wollen sie nicht sehen!“, werden wir nicht weiterkommen. Das heißt, wir wollen auch für diese Menschen da sein.

Außerdem ist im Koalitionsabkommen auch festgehalten, wenn auch – ich gebe es zu – ein bisschen holprig, dass im Hinblick auf die Komorbidität von Suchtkranken auch das Zielgruppenmanagement erweitert wird. Das mag für Sie billig klingen, für die betroffenen Menschen bedeutet das aber, dass wir – und das liegt in unserer Verantwortung – schauen, wo es wohnungslose Menschen gibt, die psychisch krank und drogenkrank sind, und uns überlegen, welche weiteren Angebote von Nöten sind.

Nun komme ich zur Sexarbeit. Das muss ich jetzt noch kurz ansprechen, das schaffe ich nicht anders.

Herr Kowarik! Zunächst möchte ich sagen: Alle Achtung, dass sich eine Stadträtin wie Frau StRin Frauenberger hierher stellt und sagt, dass ein Teil des Pilotprojektes nicht geklappt hat! Dazu muss ich wirklich sagen: Alle Achtung! Zeigen Sie mir einmal, wer von Ihnen sich herstellt und zugibt, dass etwas nicht geklappt hat! – Das ist einmal der erste Punkt.

Zweitens: Es war dies ein Pilotprojekt, und darauf wird aufgebaut werden. Es wird ein Maßnahmenpaket geben. Es gibt konkrete Erfahrungen auch in den anderen Ländern, und es werden Beteiligte mitberücksichtigt werden. Es gibt bei der Sexarbeit nicht die Lösung. Die gibt es einfach nicht! Man muss immer wieder überprüfen, welche konkreten Maßnahmen sinnvoll sind, und zwar für die Sexarbeiterinnen und für die AnrainerInnen.

Herr Kowarik! Ihr Klubobmann im 15. Bezirk ist, als das Pilotprojekt Prostitution vorgestellt wurde, aufgesprungen, zum Pult gelaufen und hat gesagt: „Herzliche Gratulation! Endlich ist das gekommen, was wir schon lange gefordert haben! Endlich ist es hinter dem Technischen Museum draußen!“ Drei Tage später haben Sie sich aber mit einer Anrainerin hingestellt und haben gesagt: Scheißprojekt! *(GR Godwin Schuster: Wie bitte?)* Entschuldigung! Im übertragenen Sinn!

Sie sind in dieser Diskussion überhaupt nicht ernst zu nehmen! Sie spielen damit, weil es ja gar so toll ist, mit Sexarbeit zu operieren!

Ein weiteres Thema ist Schulsozialarbeit: Das ist wichtig, weil es tatsächlich Probleme gibt, und wir dürfen

nicht ständig jammern, sondern wir müssen konkrete Schritte setzen. Schulsozialarbeit muss vermittelnd zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und Elternhaus eingesetzt werden. Das ist ein wichtiger Schritt, Konflikte zu vermeiden und zu schauen, woran die Probleme denn liegen. Auch ich kenne SchülerInnen, die sagen, dass sie sich davor fürchten, in die Schule zu gehen. Da gibt es definitiv Probleme, aber wir von der Koalition jammern nicht darüber, sondern wir setzen konkrete Schritte.

Noch ein Punkt, der mir auch wichtig ist, das ist das Familien-Coaching. – Ich komme wieder zu den Hausbesuchen zurück. Wenn Sie die Türen aufmachen, dann sehen Sie auch, dass es in den Familien oft eine Überforderung gibt. Es gibt Familien, die den Alltag nicht mehr gut auf die Reihe bekommen. Diesfalls ist es wichtig, hier mit Familien-Coaching anzusetzen und eine Unterstützung zu bieten, weil das besser ist, als dass letzten Endes die Kinder abgenommen und in Krisenzentren untergebracht werden. Das ist ein weiterer Schritt in der Sozialpolitik in Wien.

Ich möchte noch etwas zur ÖVP sagen, und zwar betreffend den Fonds Soziales Wien: Wir werden dem Antrag auf Zuweisung zustimmen, denn es ist wichtig, über den Fonds Soziales Wien zu reden. Ich muss Ihnen nur ehrlich sagen: Das, was Sie gerne hätten, ist schon im Laufen, denn wir in der Koalition kooperieren und kommunizieren. Das heißt: Es wird so früh wie möglich ein vorläufiges Budget geben. In Ihrem Beschlussantrag steht aber, dass Sie gerne mehr über die Zahlungsströme gewusst hätten. – Zu den Zahlungsströmen muss ich Ihnen sagen: Mir ist, ehrlich gesagt, ziemlich egal, wann die Caritas ihr Geld überwiesen bekommt! Mir ist wichtiger, über die Inhalte zu reden! Aber dazu finde ich in Ihrem Antrag keinen konkreten Ansatz.

Ich komme zum Schluss, denn die Lampe wird bald blinken, und möchte noch eine persönliche Anmerkung zu der Diskussion am Vormittag machen. Ah, jetzt blinkt es! – Die Diskussion zum Thema Integration hier in diesem Raum war oft völlig entmenschlicht. Es wird immer wieder verwechselt, dass es Probleme gibt und dass man diese in Verbindung mit Armut, mit Chancen und mit Sozialpolitik setzt. Sie von der FPÖ leben hier von sozialen Konflikten! Wir haben im 15. Bezirk 23 Sozialanträge gestellt, um die Situation vor Ort zu verbessern. Sie haben aber keinem einzigen zugestimmt, weil Sie ja von sozialen Konflikten leben! Sie wollen sozialen Krieg auf der Straße! Das wäre Ihnen am allerliebsten, denn das ist ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Frau Gemeinderätin! Ich bitte Sie um den Schlusssatz! Ihre Zeit ist bereits abgelaufen.

GRin Birgit **Hebein** (*fortsetzend*): Das war schon der Schlusssatz. Wir werden das verhindern, denn wir wollen konkrete Perspektiven für die Menschen in der Stadt. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Frau GRin Hebein!

Ich habe Sie höflicherweise ausreden lassen, da das auch Ihre erste Rede war. Ich habe auch versucht, das vollkommen objektiv zu sehen, nachdem ich ja direkt

angesprochen war. So leid es mir aber tut, Frau Kollegin: Der Ausdruck „Scheißprojekt“ ist mit der Würde dieses Hauses nicht vereinbar. Ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Bei der Gesundheitsdebatte hatte ich wirklich zuerst den Eindruck, dass mit Kollegin Pilz die neue Gesundheitsstadträtin spricht. Und auch Frau Kollegin Hebein erklärt uns jetzt, was alles gemacht wird. Irgendwie hat man das Gefühl, dass da der Schwanz mit dem Hund wedelt!

Dann hat sie noch gesagt, dass wir der grünen Politik nachtrauern werden. – Das heißt, dass sie eingesteht, dass es diese nicht mehr gibt. Ich kann Ihnen versichern: Der Forderung nach der Freigabe von Cannabis werden wir sicherlich nicht nachtrauern!

Dann haben Sie uns Ihre Schwerpunkte genannt, und das sind zum Teil natürlich auch unsere Schwerpunkte, denn es gibt ja in vielen Bereichen Übereinstimmung, zum Beispiel betreffend die wachsende Armut in Wien. Wir alle wissen, dass 17 Prozent der Wiener Bevölkerung oder 280 000 Menschen armutsgefährdet sind, und 170 000 Menschen in Wien leben in Armut. In Wien sind 91 000 Kinder armutsgefährdet und leben in beengten Wohnverhältnissen. 21 000 armutsgefährdete Kinder leben in Wohnungen, die im Winter nicht angemessen beheizt werden können. Wir alle kennen das. Es gibt Sozialmärkte, und es gibt eigentlich eine desaströse Bilanz für eine nach außen hin scheinbar so reiche Stadt wie Wien.

Eine AMS-Studie vom Oktober 2010 bescheinigt beispielsweise, dass es in Wien die meisten Lehrstellensuchenden gibt. Was immer auch die Frau Vizebürgermeisterin sagt: Auf 447 Lehrstellen kommen 1 685 Lehrstellensuchende, das heißt, es gibt 4 Lehrstellensuchende um 1 Lehrstelle. Und wenn man die Arbeitslosenquote um die Schulungen bereinigt, dann haben wir in Wien 8,2 Prozent und damit die höchste Arbeitslosenquote in ganz Österreich, wo der Schnitt bei 6,2 Prozent liegt.

Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, weil mein Erstredner schon vieles ausgeführt hat. Ich möchte aber betonen: Mit Belastungen haben Sie nie gespart. Ich nenne nur einige wenige: In den städtischen Bädern sind die Eintritte in den letzten 4 Jahren um 17 Prozent gestiegen, die Strompreise sind um 20 Prozent, die Tarife der Wiener Linien um 20 Prozent, die Müllgebühren um 20 Prozent, der Preis für das Parkpickerl um 29 Prozent, die Gaspreise um 29 Prozent, die Kanalgebühren um 35 Prozent, der Preis für Kurzparkscheine um durchschnittlich 50 Prozent gestiegen. Das sind nur einige wenige, damit Kollege Wagner nicht sagt, dass er das schon hundert Mal gehört hat. Jedenfalls ist die Liste lang. (*Zwischenruf von GR Kurt Wagner.*) Ich wollte dich nur aufwecken! Ich habe die lange Liste aus Zeitökonomiegründen weggelassen.

Ich komme nun zum eigentlichen Thema, weil Frau

Kollegin Hebein gesagt hat, dass ihr die Obdachlosen so ein Anliegen sind. Da gab es eine Initiative. Ein bisschen fieserweise kam erst nach der Wahl der Sonderlandtag über die Armut in Wien, bei dem unter anderem, initiiert von der Grünen Fraktion, die 4 EUR Übernachtungsgebühr für Obdachlose thematisiert wurde. Das ist in folgenden Antrag gemündet: „Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien und der Fonds Soziales Wien keine Nächtigungsgebühren für Notschlafplätze an die Wohnungslosenhilfe einheben.“

Die Beantwortung lautete, dass das vielleicht irgendwann einmal evaluiert wird, aber jetzt wird es natürlich doch gemacht, weil das in der neuen Mindestsicherung inkludiert ist und das auch einen Schulungseffekt für die Wohnungslosen beinhaltet. Und die GRÜNEN haben zugestimmt. – Das mit der Trauer um die Grünen-Politik, die es nicht mehr gibt, wird ja wirklich ganz schnell Realität!

Im Regierungsübereinkommen hört sich das dann so an: „Aus allen Ecken der Welt kommen ExpertInnen nach Wien, um das System der Wiener Wohnungslosenhilfe kennenzulernen.“ Dazu sagen die GRÜNEN: Ja, das ist eigentlich ein super System.

In einem Pressedienst des Herrn Klubobmann Ellensohn vom 8. Oktober heißt es: „Weg mit der Obdachlosensteuer in Wien! Wir wollen die Armut bekämpfen, nicht die Armen! Die Obdachlosensteuer kann noch verhindert werden.“ Und am Schluss schreibt er: „Wir werden am kommenden Dienstag beim Sondergemeinderat zum größten Sozialabbau der Zweiten Republik einen Antrag auf Rücknahme der Obdachlosensteuer einbringen. Die GRÜNEN unterstützen die Demonstration. Wir lassen uns nicht unterkriegen!“

Heute kommen die Flugblätter. Und ich fürchte, die Herrschaften haben völlig recht: Ihr habt euch nämlich schon unterkriegen lassen. Ihr habt euch schon unterkriegen lassen!

Ich nenne jetzt die Erhöhung des Nutzungsentgeltes für Wiener Wohnen von 150 auf 180 EUR, denn dieser Satz entspricht wahrscheinlich der Mindestsicherung. Das sind 20 Prozent Erhöhung auf einmal. Jeder private Hausbesitzer kann sich nicht erlauben, dass er seine Mieten um 20 Prozent in die Höhe setzt! Aber auf Kosten der ärmsten Armen kann eine rot-grüne Regierung ja alles tun.

Kommen wir zu dem grundsätzlich positiven Punkt, dass der Kinderbeitrag bei der Mindestsicherung von 18 von 100 auf 27 von 100 erhöht wird. – Wir haben dem trotzdem nicht zugestimmt, weil wir betreffend Mindestsicherung grundsätzliche Kritikpunkte haben, die Ihnen wahrscheinlich bekannt sind. Ich möchte diese Kritikpunkte noch einmal kurz vortragen. Übermorgen haben wir darüber wieder eine Diskussion, dann werde ich sie wieder vortragen.

Es gibt keine seriösen aktuellen statistische Zahlen, das heißt, SPÖ und ÖVP begeben sich in ein sozialpolitisches Abenteuer. Die Richtsätze der Mindestsicherung liegen weit unter der Armutsgefährdungsgrenze, die die EU angibt. Damit wird sich an der Armut nichts ändern. Die Mindestsicherung liegt deutlich unter dem Aus-

gleichszulagenrichtsatz. Das AMS hatte jetzt schon Kapazitätsschwierigkeiten, und das wird sich nicht verbessern. Die Kinder erhielten bisher 134 EUR, und jetzt sind es halt – und das ist einer unserer Kritikpunkte – 200 EUR. Das ist ein Beitrag, mit dem man ein Kind nur sehr schwer durchbringen kann.

Wir glauben nach wie vor, dass sich die Kinderarmut dadurch nicht verbessern wird, und das umso mehr, als andere Sozialleistungen im gleichen Maße wieder hinuntergefahren werden. Es ist keine Valorisierung der Mindestsicherung vorgesehen, es kann sie das gleiche Schicksal wie das Pflegegeld ereilen.

Und ein wichtiges Argument ist für uns, dass sich Arbeit dann nicht lohnt. Das heißt: Ohne entsprechende Mindestlohnregelung, die einen Anreiz zum Arbeiten gibt, geht das ganze Modell unserer Meinung nach in die falsche Richtung. Unserer Meinung nach ist es außerdem auch alleinerzieherInnen- und frauenfeindlich, weil wohnungs- und arbeitsplatznahe Kindergarten-, Schul- und Hortplätze erst einmal zur Verfügung stehen müssen.

Zudem wird die Arbeitsplatzöffnung zu unseren östlichen Nachbarländern mit 1. Mai nächsten Jahres weiters dazu führen, dass die Mindestsicherung in erster Linie nicht österreichischen Staatsbürgern zur Verfügung steht, sondern den Leuten aus den Nachbarländern, die bei uns arbeiten, und diese dann praktisch völlig gleichgestellt sind.

Auch das mit der Transparenzdatenbank liegt im Argen. Ich will das jetzt gar nicht mehr genau ausführen. Die Erhöhung von 18 auf 27 Prozent ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, aber da wir gegen die Kindermindestsicherung in dieser Form aus den gesagten Gründen grundsätzlich auftreten, haben wir dem auch nicht zugestimmt. Außerdem stellt sich die Frage: Warum kommt sie erst mit 1. März? Man könnte das doch zumindest rückwirkend mit 1. Oktober, also vor der Heizperiode, beginnen lassen. Der Grund dafür ist wahrscheinlich, dass es dann, wenn man das Geld fürs Heizen ausgibt, vielleicht ein bisschen augenscheinlicher ist, dass man jetzt mehr bekommt.

Das bringt mich gleich zum Heizkostenzuschuss. Die Frau Stadträtin wird sicherlich so lieb sein, mir das dann noch zu erklären: Der Heizkostenzuschuss, der lange Jahre bei 50 und 100 EUR lag, wurde vor zwei Jahren auf 200 EUR erhöht und betrug jetzt zweimal 200 EUR für die gesamte Heizperiode. (*GR Mag Wolfgang Jung: 10 000 bekommen gar nichts!*) Ja! Aber jetzt wird der Heizkostenzuschuss sofort wieder auf 100 EUR gesenkt, und zwar mit der Begründung, wie ich jetzt einmal polemisch sage: Die Wahl ist vorbei.

Tatsächlich lautet die Begründung: „Mit der Wiener Mindestsicherung wurde ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung der Vermeidung der Armut und sozialer Ausschließung gesetzt. Das Leistungsniveau wurde im Vergleich zur ehemaligen Sozialhilfe deutlich angehoben und die Heizbeihilfe darin inkludiert.“ – Meines Erachtens war die Heizbeihilfe in der Sozialhilfe inkludiert, bei der Mindestsicherung kann ich das jetzt nicht so erkennen. Darin sind 186 EUR für das Wohnen inkludiert. Vielleicht

können Sie mir da noch auf die Sprünge helfen!

Jedenfalls ist uns das – und das hat auch schon eine lange Tradition bei uns – grundsätzlich zu wenig. Wir werden dem Heizkostenzuschuss morgen zustimmen, weil es besser als nichts ist. Es ist dies aber ein Schritt in die falsche Richtung. Wir fordern seit Jahren 100 EUR für jeden Monat der Heizperiode, und einen diesbezüglichen Antrag möchte ich jetzt auch einbringen.

„Die zuständige Stadträtin wird aufgefordert, allen in Wien gemeldeten Arbeitslosengeld-, Notstandshilfe-, Pensions-, Sozialhilfe- und KindergeldbezieherInnen, deren Einkommen den Mindestsicherungssatz nicht übersteigt, einen monatlichen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 100 EUR für die Wintermonate November bis März 2011 zu gewähren.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrags verlangt.“

Lassen Sie mich abschließend, damit ich meine Zeit tatsächlich nicht ausnütze, der Vollständigkeit halber noch darauf hinweisen, dass wir morgen einem Vier-Parteien-Antrag über die Neuinstallation einer gemeinderätlichen Behinderten- und Geriatriekommission zustimmen werden. Das sind selbstverständlich zentrale Themen, die man in der Kürze des Gesundheitsausschusses, der jetzt noch viel kürzer sein wird, weil das Allfällige, wie schon erwähnt wurde, massiv eingeschränkt sein wird, nicht ausreichend abhandeln kann. Auf diese Weise besteht aber die Möglichkeit, sich außerhalb des normalen Gesundheitsausschusses dieser wichtigen Themen anzunehmen, und wir freuen uns, dass diese Kommissionen wieder ins Leben gerufen werden. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort gemeldet ist nunmehr Frau GRin Mörk. Ich erteile es ihr.

GRin Gabriele **Mörk** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind die Schwachen, die einen starken Staat brauchen, vor allem in turbulenten wirtschaftlichen Zeiten. Deshalb ist Sozialpolitik auch eine Kernaufgabe des Staates, und die Sozialdemokratie und vor allem die neue rot-grüne Stadtregierung stehen für diesen Grundsatz.

Das bereitgestellte Sozialbudget beträgt im heurigen Jahr 1,14 Milliarden EUR, und für das nächste Jahr stehen für den Sozialbereich 1 Milliarde 201 Millionen EUR zur Verfügung. Das ist eine Erhöhung um 61 Millionen EUR. Die Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung als Meilenstein in der Armutsbekämpfung erfolgte in Wien mit 1. September des heurigen Jahres. Die höheren Mindeststandards führten auch zu einer vermehrten Geltendmachung der Ansprüche.

Vor allem der One-Stop-Shop beim Arbeitsmarktservice führte zu einem Anstieg der Anträge. Daher wurde bereits mit 1. Juni des heurigen Jahres in der MA 40 ein temporäres Erstantragszentrum eingerichtet und wurden 42 zusätzliche MitarbeiterInnen über die Aktion 4000 aufgenommen. Das Erstantragszentrum ist für ein Jahr konzipiert, und die Bearbeitung der Erstanträge soll

spätestens zu diesem Zeitpunkt in den Regelbetrieb der Sozialzentren übergeführt werden.

In der Landtagssitzung in zwei Tagen wird eine Novellierung des Wiener Mindestsicherungsgesetzes zum Beschluss erhoben. Dabei soll es zu einer Verbesserung der finanziellen Situation von einkommensschwachen Familien mit Kindern, insbesondere AlleinerzieherInnen und Mehrkinderfamilien, kommen. Die Mindeststandards für minderjährige Kinder sollen ab 1. März 2011 von derzeit 133 EUR auf 203,29 EUR erhöht werden. Der Mindeststandard für Minderjährige mit Anspruch auf Familienbeihilfe in einer Bedarfsgemeinschaft soll von 18 auf 27 Prozent des Ausgleichszulagenrichtsatzes angehoben werden. Diese Maßnahme, meine sehr geehrten Damen und Herren, bringt eine Verbesserung der finanziellen Lage von rund einem Drittel der Fälle, die Mindestsicherung beziehen.

Herr Kollege Ebinger! Ich sehe ihn jetzt leider nicht. Er hat vorhin gesagt, die Mindestsicherung liegt unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz: Das stimmt nicht! Die Mindestsicherung, sprich, die Sozialhilfe, wurde mindestens auf den Ausgleichszulagenrichtsatz erhöht. Diese Erhöhung im Bereich der minderjährigen Kinder wird vor allem einkommensschwachen Familien und AlleinerzieherInnen zugute kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein weiterer wichtiger Schritt im Bereich der Armutsbekämpfung.

Bereits seit September 2009 unterstützt das Pilotprojekt „Step to Job“ in Floridsdorf und seit Jänner des heurigen Jahres in der Donaustadt arbeitsfähige SozialhilfebezieherInnen zwischen 21 und 64 Jahren, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Mit der Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im September wurde dieses Pilotprojekt „Step to Job“ Wien-weit ausgerollt, und die Zielgruppe wurde noch um die Personen der 18 bis 21-jährigen langzeitarbeitslosen Menschen erweitert.

Durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung wird die Sozial- mit der Arbeitsmarktpolitik noch enger verknüpft, denn eine Arbeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Menschen auch leben können, ist noch immer die beste soziale Absicherung und ein weiterer wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung. *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und ÖVP.)*

Die bedarfsorientierte Mindestsicherung – und darüber wurde jetzt gerade auch gesprochen – deckt an sich die Heizkosten ab. Weil die Krise aber noch nicht vorüber ist, wird auch heuer wieder ein Heizkostenzuschuss in Höhe von 100 EUR zur Sicherung der Haushalte, die Unterstützung brauchen, ausbezahlt. *(GRin Ingrid Korosec: Was ist mit den Seniorinnen und Senioren?)*

Moment! Die Wiener Stadtregierung stellt sich nebst der Unterstützung von KlientInnen mit Kindern, bei denen ja der Mindestrichtsatz erhöht wurde, auch ganz klar auf die Seite der Seniorinnen und Senioren, weil auch die MindestpensionsbezieherInnen diesen Heizkostenzuschuss bekommen werden. *(GRin Ingrid Korosec: Wie viel bekommen sie?)* 100 EUR! Aber an und für sich sind Pensionen, liebe Frau Kollegin Korosec, doch Bundes-

sache. Die Stadt Wien zeigt aber hier ein ganz klares Signal, dass sie auch weiterhin auf der Seite der Wiener Seniorinnen und Senioren steht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Für den Heizkostenzuschuss wendet die Stadt Wien auch 6,45 Millionen EUR auf.

Die vorausschauende Planung und organisatorische Vorbereitungen haben die reibungslose Umsetzung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung gewährleistet. An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, vor allem in der MA 40 und MA 24, bedanken, die mit viel Kreativität und Engagement an dieser Umsetzung mitgewirkt haben! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt ist für die Sozialdemokratie und für mich ein ganz zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen. Beschäftigung ist ein Grundbedürfnis für alle. Berufliche Integration ist für die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung von zentraler Bedeutung. Angebote zur integrativen Berufsausbildung ermöglichen Menschen mit Behinderung eine speziell auf ihre Bedürfnisse angepasste Lehrausbildung. Angebote wie Arbeitsassistenten und Jobcoaching dienen der Annäherung zum Arbeitsmarkt.

Entsprechend wichtig ist aber auch die Bereitstellung von tagesstrukturellen Beschäftigungsangeboten. Diese Angebote müssen nicht nur den individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechen, sondern sie müssen auch flexibel und durchlässig sein und die persönliche Entwicklung der Betroffenen berücksichtigen.

Der Grundgedanke aller Angebote im Bereich Bildung, Beratung und Assistenz für Menschen mit Behinderung ist, dass die Betroffenen als ExpertInnen in eigener Sache selbst am besten wissen, welche Art von Unterstützung sie benötigen, um ein selbstbestimmtes Leben nach ihren Vorstellungen führen zu können. Die Pflegegeldergänzungsleistung für die Persönliche Assistenz – 170 Wienerinnen und Wiener nehmen diese derzeit in Anspruch, und das ist eine Steigerung von 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr – ist ein wichtiger Beitrag dazu. Menschen mit Behinderung treten zu Recht selbstbewusst für ein eigenständiges Leben und Chancengleichheit ein. Im Sinne dieses Anspruches sorgt auch der Fonds Soziales Wien für ein hochwertiges Leistungsangebot, mit welchem optimale Unterstützung geboten und flexibel auf individuelle Bedürfnisse eingegangen wird.

Im Juni des heurigen Jahres haben wir hier im Landtag das Wiener Chancengleichheitsgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz beschlossen. Diese beiden Gesetze befassen sich auch mit der Umsetzung der UN-Konvention. Daher ist der Antrag betreffend einen Aktionsplan für die Umsetzung, den Herr Kurz – der im Moment auch nicht da ist – eingebracht hat, bei der Stadt Wien durch die Installierung der beiden Gesetze bereits im Laufenden. Außerdem ist auch ein Monitoringausschuss in Planung, der auch die Umsetzung dieser gesetzlichen Maßnahmen überwachen soll. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Unser gesellschaftspolitisches Anliegen muss es

sein, dass die ältere Generation nach langer harter Arbeit und großer Leistung die Zeit in Pension würdevoll und gesichert verbringen kann. Um einen gesicherten Lebensabend beginnen zu können, bedarf es aber nicht nur der Pensionen. Vielmehr muss auch die Gestaltung des Lebensumfeldes den Bedürfnissen der wachsenden Gruppe der SeniorInnen entsprechen. Neben einer altersgerechten Gesundheitsvorsorge geht es vorrangig um die Schaffung entsprechender Wohnmöglichkeiten, die Unterstützung größtmöglicher Mobilität, ein hohes Maß an Sicherheit und Unfallprävention sowie altersgerechte Freizeitmöglichkeiten. Ebenso müssen teilstationäre Einrichtungen und die mobile Betreuung für pflegebedürftige Menschen zu Hause ausgebaut werden.

Ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben muss auch für pflegebedürftige Menschen als Selbstverständlichkeit gesichert werden. Der Fonds Soziales Wien sorgt dafür, dass all dies umgesetzt wird und dass den Wienerinnen und Wienern bei Bedarf ein qualitativ hochwertiges Pflege- und Betreuungsangebot zur Verfügung steht.

Um den sozialpolitischen Auftrag und die Ziele des Fonds Soziales Wien weiter erfolgreich umsetzen zu können, hat sich der Fonds für das heurige Jahr und für das nächste Jahr vier mittelfristige strategische Ziele gesetzt. Diese sollen die Arbeit in allen Organisationseinheiten des FSW zu seinen operativen Dienstleistungsbetrieben bestimmen. Diese Ziele sind: Die nachweisliche Steigerung der Effizienz im FSW und seinen operativen Dienstleistungsbetrieben, die nachweisliche Verbesserung der KundInnenzufriedenheit und KundInnenorientierung, der Aufbau der Kosten- und Marktführerschaft aller operativen Dienstleistungsbetriebe im FSW und die Entwicklung einer tragfähigen Kooperation zwischen FSW und KWP.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wichtiger Grund für die hohe Lebensqualität in Wien ist auch das umfassende Angebot, das die Stadt Wien zur Verfügung stellt, nämlich eine breite Palette vielfältiger Maßnahmen an Geldleistungen, an Betreuungs- und Beratungsleistungen bis hin zu Freizeitangeboten, die gezielt und effizient auf die Anliegen der Menschen in unserer Stadt eingehen. So vielfältig wie die Bedürfnisse der Wienerinnen und Wiener sind, so umfassend ist auch das Angebot der Stadt Wien.

Der vorliegende Budgetentwurf für das Jahr 2011 zeigt, vor allem im Bereich Soziales, einmal mehr, dass die Wiener Stadtverwaltung niemanden allein lässt. Weil wir die Problemlagen kennen und viel Wissen und Kompetenz in der Stadtverwaltung haben, setzen wir auch die richtigen Maßnahmen. Wir bieten den Menschen in Wien nicht nur finanzielle Hilfen, sondern auch eine Fülle von Verwirklichungsmöglichkeiten.

Zum Abschluss möchte ich mich noch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Sozialbereich tagtäglich mit großem Engagement, viel Herz und Professionalität tätig sind, recht herzlich bedanken! Die soziale Sicherheit in Wien wird durch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleistet, weil Menschen für Menschen da sind. Ohne sie wäre die Umsetzung der erfolgreichen und zukunftsweisenden Sozialpolitik der

Stadt Wien nicht möglich. – Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Prof Dr Frigo. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Peter **Frigo** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Werter Vorsitzender! Frau Mag Wehsely! Werte Damen und Herren!

Sie werden sich vielleicht fragen, warum ein Arzt und Professor im AKH – ein Frauenarzt sogar! – jetzt im Gemeinderat ist und heute über Frauengesundheit sprechen darf. – Ich habe mir diese Frage heute auch gestellt und will sie kurz beantworten.

Es ist unser Gesundheitssystem, das mich eigentlich hierher geführt hat. Ich war als Student ein unpolitischer Mensch. Ich war sehr sportlich und habe dann in meiner Ausbildungszeit im Turnus erleben müssen, dass Verbesserung unbedingt möglich sein muss und wahrscheinlich wichtiger ist, als dass man sich rein ums Fach kümmert. Dementsprechend habe ich schon in frühen Jahren in der Wiener Ärztekammer eine Vertretung für Ärzte begonnen. Und dieses System treibt mich immer weiter, sodass ich jetzt in der Politik Fuß gefasst habe. (*GRin Dr Claudia Laschan: Ärztinnen und Ärzte!*) Ja! Ärzte und Ärztinnen. Ich bitte, mir zu verzeihen! Ich bin noch sehr altmodisch.

Zur Frauengesundheit. Das Wiener Programm für Frauengesundheit, das ich mir gut angeschaut habe und auch schon vorher zum Teil gekannt habe, ist in Rosa gehalten. Es ist sehr positiv geschrieben. Es ist fast ungesund positiv, wenn man so sagen will.

Die Brustgesundheit, die den Hauptstellenwert der Frauengesundheit ausmacht und ein Aufhänger der Frauengesundheit ist, ist 1990 eigentlich in den USA erfunden worden und wurde seit einigen Jahren auch für die Wienerinnen entdeckt. Prinzipiell ist das natürlich eine beispielhafte Aktion. Doch ich meine, dass der Brustkrebs, obwohl er ein wichtiges Thema ist, andere Themen nicht überschatten soll. Das ärgert mich manchmal: Es gibt nämlich viele andere Frauenthemen, die dadurch, wie ich glaube, auch vernachlässigt werden, wie zum Beispiel regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen, die in den westlichen Bundesländern bereits vor Jahren eingeführt wurden. Die subventionierte Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs und Feigwarzen, wie es sie in vielen anderen europäischen Ländern gibt, wird bei uns nicht subventioniert; das Projekt wurde schubladiert.

Die Osteoporose ist laut der Wiener Gebietskrankenkasse eine Erkrankung des Alters, und deren Messung wird erst ab 65 Jahren bezahlt. Ich finde in dem Frauenbericht aber sehr viel über Essstörungen, die natürlich vor allem bei Jungen, bei Teenagern, auftreten, und da ist es ebenfalls wichtig, die Osteoporose zu messen. Hier fehlt mir ein bisschen die Flexibilität im System. Diese wäre zu fordern.

Essstörungen sind ein großes Kapitel. Dieses Thema ist, wie gesagt, sehr wichtig. Wenn Sie aber in diesem Bereich flächendeckende Maßnahmen versprechen, dann stimmt das zumindest derzeit nicht. Ich persönlich habe mit Anorexiepatienten in der Hormonambulanz zu

tun und kenne namentlich nur eine Ambulanz und eine Kollegin, die sich darum im KFJ kümmert. Ansonsten sind mir nur interne Ambulanzen bekannt, die das als Nebenthema beackern.

Dass das Thema weibliche Genitalverstümmelung einen breiten Raum einnimmt, kann nur ideologische Gründe haben, denn die sozialen Probleme Afrikas werden wir in Wien mit ein paar bunten Prospekten sicherlich nicht lösen können!

Eine Kaiserschnitt-Studie findet sich ebenfalls im Programm. Offenbar mangels Hebammen wird aber jetzt der Kaiserschnitt eher durchgeführt. Ich kann mich erinnern, dass vor einigen Jahren von der Sozialistischen Partei und auch von den GRÜNEN eher bekräftelt wurde, dass wir eine so hohe Kaiserschnitt-Rate haben und dass das ganz schlecht sei. Im vorliegenden Bericht wird jedoch unsere 30-Prozent-Rate mit den brasilianischen 70 Prozent relativiert. Die Hintergründe dafür sind aber ganz andere und werden nicht erwähnt. Es ist dies nämlich die hohe Frühgeburtenrate, die man durch entsprechende Maßnahmen durchaus eindämmen könnte.

Welche Maßnahmen wären das? – Ich habe erst unlängst in den Medien bekannt gegeben, dass eine Verbesserung des Fortpflanzungsgesetzes wichtig wäre, dass man nämlich maximal, so wie in Deutschland, drei Embryonen einsetzen darf. Damit würde man die Mehrlingsschwangerschaften verringern, und dies würde zu einer deutlichen Reduktion der Frühgeburtenrate um 10 Prozent führen, wie das in einigen europäischen Ländern bereits gehandhabt wird.

Das Stichwort Hebammen muss ich natürlich, da ich aus dem AKH komme, auch ein bisschen aufnehmen. Dieser ganze Komplex hat natürlich ursächlich und ganz direkt mit Frauengesundheit zu tun. Wie schaut es da aus? – Im Prinzip gibt es in Wien eine Hebammen-Akademie. Alle drei Jahre schließen zirka 30 Hebammen ihre Ausbildung ab. Mehr als die Hälfte davon gehen aber dann ins Ausland oder in ein Bundesland, weil sie dort besser bezahlt werden. Aber nicht nur die Bezahlung, sondern auch die Kompetenzen der Hebammen sind zum Beispiel in Niederösterreich viel größer als in Wien. Dazu kommt, dass einige dann schwanger werden oder gar nicht in den Beruf gehen, sodass im besten Fall fünf bis maximal acht Hebammen für den Wiener Raum bleiben und hier arbeiten.

Im nächsten Jahr steigt das Defizit der Wiener Spitäler. So beträgt der Gesamtzuschuss der Stadt aus unseren Zahlen 55 Millionen EUR. Das sind 39 Millionen EUR zur Deckung des Defizits, und für die dringend notwendigen Investitionen bleiben hier 16 Millionen EUR übrig. Wir fordern daher, dass eine Reform des derzeitigen Finanzierungssystems dringend durchgeführt wird und diese spätestens mit dem neuen Finanzierungsabkommen ab 2012 schlagend wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Jugendarbeit bestand in diesem Bericht in einem Aufklärungsfilm „Sex, we can?!“, der in den Schulen ohne Frage zur Erheiterung der Schüler, hoffentlich aber auch zur Aufklärung beitragen wird. Ich denke, dass solche Filme durch die Medien wie das Internet entbehrlich sind und eigentlich, gerade wenn man sparen soll,

nur Kosten verursachen.

Prävention als moderner Ansatz von Gesundheitspolitik, speziell in einer Großstadt wie Wien, sollte beim Haus- beziehungsweise Stadtarzt beginnen. Anstatt Kassenplanstellen einzusparen – so gibt es in Wien etwa nur einen Kinderarzt für zwei Bezirke –, werden die Ambulanzen überfüllt, die wesentlich teurer sind als der Hausarzt.

Gesunde Ernährung, die auch ein Thema in diesem Frauenbericht ist, sollte schon in der Schule gelehrt werden, um diese, wie in anderen Ländern, gegenüber McDonald's konkurrenzfähig zu machen, zum Beispiel, indem man Gratisobst für Schüler anbietet.

Wenn man von Frauengesundheit redet – und Frauen sind ja bekanntlich an der Vorsorgemedizin interessiert –, sollte man auch die Männer, die die so genannte Reparaturmedizin betreiben, nicht vergessen. In diesem Bereich liegen viele Dinge im Argen. Ein paar Stand'In im Rathaus und ein paar nette Vorträge sind zu wenig! Ich denke jetzt etwa an die vielen Männer, die nach einer Prostataoperation oft impotent und inkontinent sind, aber ohne jede ernsthafte psychosoziale Betreuung sozusagen auf die Straße geschickt werden.

Ein Kinder- und Männerprogramm sollte ebenso wie ein Frauenprogramm selbstverständlich sein, und die Schwerpunkte sollten nicht ideologisch, sondern nach der Evidenz gesetzt werden. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr GR Ing Rösch.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Stadträtin! Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderates!

„Heartbeat of Vienna“ kommt vielleicht einigen bekannt vor. „Heartbeat of Vienna“ war ein Slogan beziehungsweise eine Broschüre für Jugendliche von der SPÖ. – Ich habe mir diese Broschüre für Jugendliche angeschaut. Es sei der SPÖ natürlich gestattet, darin das vorzustellen, womit sie glaubt, um Jugendliche werben zu können. Darunter findet sich vieles: Wien sei weltweit die Nummer 1, das Donauinselfest und Ausbildungsgarantien werden erwähnt, es wird festgehalten, dass Wien die sicherste Großstadt weltweit ist und leistbare Wohnungspreise hat und so weiter und so fort. *(GR Heinz Hufnagl: All das stimmt!)* Das habe ich ja gesagt! Aber was steht darin wirklich für die Jugendlichen?

Das bringt mich jetzt zu dem Punkt, über den ich reden möchte: Ich habe im Budget über Jugendgesundheit nichts gefunden. Ich habe zwar jetzt von Frau Dr Pilz gehört, dass man sich diesbezüglich jetzt sehr anstrengen wird. Das ist jetzt zwar ein Junior-Button, ich weiß aber nicht, inwieweit sich das bei der Stadträtin und bei der SPÖ durchsetzen wird. Die Botschaft hör ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube!

Es sind schon viele Jahre ins Land gezogen, in denen Jugendliche mit Behinderungen und Benachteiligungen einfach immer übersehen wurden. Ja! Wir haben Ärzte, die Diagnosen stellen können. *(Zwischenruf von GRin Dr Claudia Laschan.)* Ich möchte mich gleich für den Fall, dass das wieder passieren sollte, entschuldigen:

Ich meine nicht nur Ärzte, sondern ich meine natürlich auch immer die weibliche Form dazu. Ich möchte nicht unhöflich sein, aber es ist einfach so, dass ich noch in einer Zeit aufgewachsen bin – und da hatten wir keine FPÖ-Regierung –, in der ich in der Schule eben noch die männliche Form gelernt habe. Das ist keine Unhöflichkeit, das ist einfach bei mir so drinnen, und dafür bitte ich um Nachsicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ich mir jetzt das Budget durchschaue, wenn ich dann all das höre und mir schon der Glaube fehlt und mir dann die Berichte der Experten anschau, wie es den kranken Jugendlichen mit Angststörungen, ADHS, Hyperaktivität, Trennungsängsten, Sprachstörungen, chronische Störungen, Bewegungsstörungen oder Suchtverhalten geht, dann muss ich feststellen: Es geht ihnen in Wien nicht gut!

Die Krise haben alle. Ganz Europa beziehungsweise die ganze Welt hat die Krise. Aber diese Jugendlichen haben eine echte Krise. Sie werden nicht wahrgenommen. Bis sie wahrgenommen werden, dauert es oft ein bis zwei Jahre, und an Prävention von vornherein ist überhaupt nicht zu denken. Denken wir an unser Schulsystem! Schulärzte sind dafür oft gar nicht ausgebildet. Sie schauen, ob die Zähne in Ordnung sind und ob das Skelett in Ordnung ist. Ich glaube, zwei Mal hat jeder Jugendliche das Recht, angeschaut zu werden, und das war's.

Lehrer sind mit hyperaktiven Kindern völlig überfordert, die meisten Lehrer wurden für den Unterricht von Kindern ausgebildet, denen die Schule leicht fällt. Aber hoch intelligente Kinder sind nicht immer Kinder, die sitzen bleiben und den Stoff aufsaugen, der im Frontalunterricht gebracht wird, wenn auch in moderneren Klassen vielleicht schon ein bisschen plastischer. Hyperaktive Kinder sind Kinder, die auffallen wollen, und diesen wird oft die Chance genommen, einen schulischen Werdegang fortzusetzen, der ihrer Intelligenz entspricht. Ist das nicht traurig?

Experten haben berechnet, dass man 20 Millionen EUR brauchen würde, um 2 Milliarden EUR in Wien zu ersparen. Diese Kluft scheint riesig zu sein, man glaubt es kaum. Wenn man sich aber in die Statistiken einliest, sieht man plötzlich, dass es ja auch Folgeschäden gibt, die sich später eventuell in Form von Psychosen zeigen. Kinder, die gemobbt werden, verkriechen sich. Die Angst frisst die Seele. Die Kinder können sich nicht so entwickeln wie gesunde Kinder, die sich mit den Ellbögen oder sonst wie Platz verschaffen können. Auf diese Kinder haben wir immer vergessen.

Daher müssen wir ein solches Budget ablehnen, außer es wird noch einmal darüber nachgedacht, wie wir zu diesen Punkten stehen und ob wir wirklich in der Lage sind, Abhilfe zu schaffen. Diesbezüglich spreche ich im Speziellen die GRÜNEN an, denn die SPÖ hat bis jetzt in allen Budgets verabsäumt, da noch etwas zu drehen.

Dabei geht es nicht um irgendjemanden oder um irgendetwas, sondern es geht um Kinder, die keine Lobby haben. Diese Kinder gehen morgen und auch übermorgen noch nicht wählen, sondern vielleicht erst in 15 bis 20 Jahren. Dann sind die meisten von uns schon in Pen-

sion. Tun wir doch nicht so, als wäre uns das deswegen egal! Hier geht es um unsere Zukunft! Kinder sind Zukunft.

Es ist ja nicht so, dass es in Wien gar nichts Entsprechendes gibt. Es gibt Ambulatorien, es gibt Psychiater und Psychotherapeuten. Allerdings kommen in ganz Österreich 46 Psychotherapeuten auf all diese Kinder. Es gibt in ganz Österreich 90 Logopäden, die Kinder betreuen müssten, wenn sie zum Beispiel stottern, sich nicht mehr zu reden trauen, sich immer mehr zurückbilden und nichts mehr sagen. 23 Therapeuten in ganz Österreich haben einen Kassenvertrag. Ich habe es leider Gottes in der Geschwindigkeit nicht geschafft, das auf Wien umzulegen. Da sind es letztlich natürlich wesentlich weniger. Ist das nicht traurig?

Wir haben keine Prävention, und 1 000 Kinder haben mit Ach und Krach eine Chance, irgendwie in therapeutische Behandlung zu kommen. Das ist völlig unzureichend. Die Eltern oder Betreuungspersonen der anderen müssen schauen, dass sie eine Lösung auf privatem Wege finden, wenn es dafür überhaupt ein Kontingent gibt und sie es überhaupt schaffen, bis dorthin zu kommen, denn die Hürden sind oft sehr hoch.

Frau Dr Pilz hat zuerst angesprochen, dass es auch um Transparenz und Durchlässigkeit im Gesundheitssystem geht. Auch das ist selbstverständlich wichtig, aber auch davon habe ich bis jetzt, seitdem ich mich mit dem Gesundheitssystem der Stadt Wien auseinandergesetzt habe, für die Jugendlichen nicht viel gesehen! Wenn man bedenkt, dass eine Therapiestunde 83 EUR kostet und die Krankenkasse bereit ist, 22 EUR zu bezahlen, und dass man dort ja nicht ein Mal hingehet, sondern oft zwei bis drei Jahre hingehen muss, bis eine Behandlung Erfolg hat, dann versteht man auch, dass Eltern sich das einfach nicht leisten können.

Gerade hyperaktive Kinder, die mit hoher Auffälligkeit behaftet sind, brauchen das ganz dringend. Daran zerbrechen viele Ehen, und zwar auch an der großen finanziellen Herausforderung.

Wenn wir uns die Armutsstatistik aus der Armutskonferenz anschauen, dann können wir dieser entnehmen, dass in Österreich 800 000 Menschen von der Armut bedroht sind; 240 000 Menschen davon gehen 40 Stunden pro Woche arbeiten, gehen also einer Vollzeitbeschäftigung nach; 100 000 haben Merkmale der Armut. Und diesen Menschen soll man dann zumuten, wenn sie solche Kinder haben - und es wird in diesen Studien auch festgestellt, dass gerade die ärmeren Menschen ein größeres Risiko tragen, Kinder mit Störungen zu haben -, diesen Menschen soll man dann aufbürden, dass sie diese Zusatzkosten tragen müssen, dass sie durch diesen Dschungel durch müssen, dass sie Glück haben müssen, um ins AKH zu kommen, um zu Frau Dr Bogyi in die Boje oder sonst irgendwo hineinzukommen? Wenn sie dieses Glück nicht haben, dann kommen ihre Kinder in die Sonderschule. Das ist der einzige Ausweg.

Wir sollten auch einmal unsere Sonderschulen durchforsten, ob da nicht sehr viele Kinder drinnen stecken, die in Wirklichkeit intelligent wären, die in Wirklichkeit dem Unterricht folgen könnten.

Ich kann wirklich nur appellieren, Kindern eine Chance zu geben und einmal darüber nachzudenken. Es gibt so viele Studien, die bis jetzt überall ignoriert wurden. Eine Zwei-Klassen-Medizin sollte es in Wien nicht geben. Gerade die Sozialdemokratie hat das Bekenntnis dazu, dass ein Sozialsystem Krankheit, Not und Alter abdecken muss. Warum nicht Krankheit auch für Kinder? Warum gibt man das - wo es doch eine Umwegrentabilität gibt und wo es doch ganz offensichtlich eine Chance gibt, sich in weiterer Folge Geld zu ersparen - nicht ins Budget und den Kindern eine Chance?

Selbst eine OECD-Studie sollte einen wachrütteln, und diese dürfte hier bekannt sein. In dieser OECD-Studie, die auch eine Europastudie enthält, liegen wir auf dem letzten Platz. Wo wir auf dem 1. Platz liegen, das ist dort, wo es darum geht, dass Jugendliche rauchen oder Alkoholmissbrauch betreiben. Da gehört mehr her, dazu habe ich heute nichts gehört! Ich habe sehr viel darüber gehört, was für ältere Menschen notwendig ist - das ist auch wichtig, die haben dem Staat etwas gebracht, die haben den Generationenvertrag praktisch erfüllt, und die haben natürlich öfters Gebrechen -, aber auf diejenigen, die dann diesen Generationenvertrag weiter tragen sollen, auf die wird vergessen.

Und noch einmal: Die Chance, dass Jugendliche, die ein Defizit haben, geheilt werden und nicht in weiterer Folge in Depressionen verfallen, in Armut verfallen, in Arbeitslosigkeit verfallen, Arbeitsunfälle haben - auch das ist in der Studie vorgekommen, dass das vermehrt der Fall ist -, diese Chance ist groß. Und wir können - es sei noch einmal gesagt - damit viel, viel Geld sparen. Hunderttausend Kinder sind in Österreich davon betroffen. Für diese hunderttausend Kinder sollten wir uns noch einmal Gedanken machen, ob da nicht irgendwo Platz ist, ob wir da nicht im Budget noch etwas tun können.

Noch etwas zu dem vorher schon angesprochenen Thema Armut, was vielleicht auch nicht uninteressant ist: 16 Prozent der Angehörigen der Oberschicht tragen das Risiko, Kinder mit Defiziten zu haben, aber 32 Prozent von denen, die an der Armutsgrenze leben, wo die Eltern arbeiten gehen und versuchen, für die Kinder da zu sein. Und warum steigt das so rapide? Weil in der Gesellschaft der Druck immer größer wird, der Druck zur Produktivitätssteigerung, die in Wirklichkeit gar nicht mehr durchkommt. Wenige schaffen immer mehr. Es gibt immer mehr Arbeitslose, immer mehr Leute, die halt in irgendeine Beschäftigung kommen müssen, um die Statistiken zu schönen, aber in Wirklichkeit tragen immer weniger die Säulen unserer Wirtschaft. Burn-out ist im Vormarsch, und dieses Burn-out bekommen natürlich auch die Kinder mit. Und Kinder brauchen auch Nestwärme, auch wenn es andere Meinungen gibt, die lauten, Kinder werden nur gut aufgehoben sein, wenn sie in pädagogische Hände kommen, am besten ganz früh weg. Ich sage: Nein, Kinder brauchen auch Nestwärme! Das sozialisiert sie! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kinder brauchen natürlich auch Aufmerksamkeit. Kinder brauchen Hoffnung und Sicherheit. Kinder brauchen Regeln und Rituale.

Darum fordern wir ein Budget, in dem Prävention mit kompetenten Untersuchungen und kostenlosen Therapien beinhaltet ist. Und ich kann nur an alle appellieren: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Seidl. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Werte Kollegen! Meine Damen und Herren hier im Plenum!

Das ist heute meine erste Rede hier in diesem Hohen Haus, und diese möchte ich dem Thema Pflege- und Patientenanzwtschaft, sprich, dem Bericht aus dem Jahr 2009, widmen.

Dieser Bericht zeigt leider doch einige sehr grobe Schwachpunkte im Gesundheitsressort der StRin Wehsely auf. So ist zum Beispiel gleich auf Seite 8 beim Thema Personal zu lesen, dass die Patientenanzwtschaft anscheinend personell unterbesetzt ist und über zu wenig finanzielle Ressourcen verfügt, um allen Aufgaben vollinhaltlich nachzukommen. Daher sind die umfangreichen Aufgabenstellungen - das ist dort nachzulesen - nur mit größter Mühe und mit regelmäßigen Mehrdienstleistungen zu bewältigen. Und da meine ich schon, sehr geehrte Frau Stadträtin, das kann es doch wohl nicht sein! Ich würde Sie ersuchen, gerade diese finanziellen Mittel aufzuwenden, die notwendig sind, um diesen Betrieb sicherzustellen.

Weil gestern Frau VBgmin Brauner in ihrer ersten Rede gesagt hat, die Opposition soll nicht nur über das Budget murren, sondern sie soll auch konstruktive Vorschläge machen, hier ein Vorschlag: Ich bin mir ganz sicher, dass wir im Budget das eine oder andere oder den einen oder anderen finanziellen Posten bei dubiosen linkslinken Vereinen einsparen könnten. Da hätten wir dann genügend Mittel, um diese eben dem Patientenanzwalt zur Verfügung zu stellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich befürchte nur, es wird sehr schwierig sein, das auch umzusetzen, denn mit dem grünen kuschelweichen Gutmenschnnen-Verein wird das sehr, sehr schwierig sein. *(Zwischenruf bei den GRÜNEN.)*

Wenn man im Bericht dann die Punkte III und IV liest und wenn man sich das Ausmaß der dort beschriebenen Einzelfälle vorstellt, dann glaubt man wirklich, man liest das Drehbuch zu einem Horrorfilm, und zwar zu einem grauslichen Horrorfilm. Ich möchte nur drei ganz kurze Überschriften vorlesen, um Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu zeigen, was sich da teilweise in Wien abspielt.

Erstens, auf Seite 22 - jederzeit nachlesbar -: Verwendung eines Knochenbohrers bei vollem Bewusstsein einer Patientin. – Na, das stelle ich mir resch vor!

Zweitens, ebenfalls auf Seite 22: Fehlerhafte Zubereitung von Augentropfen. – Ich glaube, ich brauche nicht dazuzusagen, dass diese Augentropfen dann auch verabreicht wurden. Die Schmerzen, die da verursacht wurden - ungefähr kann ich sie mir vorstellen.

Auf Seite 28 dann der Hammer: Fußamputation nach Durchführung einer ambulanten Operation in der Ordina-

tion. – Auch das stelle ich mir relativ resch und nett vor.

Diese drei willkürlich herausgenommenen Fälle zeigen nach meinem Verständnis auf, dass im Bereich der Gesundheitsverantwortlichkeit der StRin Wehsely noch vieles vor uns liegt. Ich glaube, wir haben noch einiges zu tun.

Eine Pauschalentschuldigung, sehr geehrte Frau Stadträtin, wäre, denke ich, von Ihnen als Hauptverantwortlicher in diesem Ressort höchst angebracht.

Aber gerade weil ich nicht daran glaube und weil die beschriebenen Einzelfälle Tatsachen sind, ist es, glaube ich, umso wichtiger, dass in allerlängstens fünf Jahren ein freiheitlicher amtsführender Stadtrat hinter mir sitzt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist auch der Grund, meine Damen und Herren, warum wir Ihr Budget ablehnen. - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sonja Wehsely. – Bitte.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hohes Haus!

Es mögen mir insbesondere die Kolleginnen von der FPÖ verzeihen, dass ich sie alle nur in weiblicher Form anspreche, denn ich bin ganz sicher, dass sie sich natürlich mitgemeint fühlen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte gleich bei Ihnen, Herr Professorin Doktorin Frigo *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Er ist ja Frauenarzt! Da geht es ja!)*, beginnen und auf die Dinge, die Sie hier angeführt haben, zu sprechen kommen. Es freut mich ganz besonders, dass Sie als Frauenärztin hier das Frauengesundheitsprogramm ganz besonders hervorgehoben haben. Ich freue mich auch auf die Zusammenarbeit, die wir im Ausschuss haben werden, weil einige Dinge hier offenbar - was vollkommen klar ist - noch nicht ganz durchgedrungen sind.

Die Hebammen-Akademie gibt es schon seit einiger Zeit nicht mehr, weil die Hebammenausbildung ja seit mehreren Jahren an der Fachhochschule ist und wir auch auf Grund der Notwendigkeit – und, Herr Kollegin Frigo, da bin ich ganz Ihrer Meinung - entschieden haben, dort jedes Jahr Jahrgänge zu beginnen, damit wir auch eine ausreichende Anzahl an Hebammen haben.

Was Sie hinsichtlich des Vergleichs mit Brasilien angeführt haben, das teile ich so nicht. Ich bin ganz Ihrer Meinung, was das Thema der Kaiserschnitte wegen der Frühgeburtenrate betrifft. Das ist eine Frage, wo ich sehr hoffe, dass man diese auf Ebene des Nationalrates diskutieren wird. Wir wissen, dass hier auf bundesgesetzlicher Ebene eine Änderung notwendig ist. Ich glaube nur, wir können es uns frauengesundheitspolitisch nicht so einfach machen, weil wir auch in jenen geburtshilflichen Abteilungen, wo die Frühgeburtenrate nicht eine derartig hohe ist, wie es im AKH der Fall ist, in den letzten 15 Jahren einen sehr starken Anstieg an Kaiserschnittgeburten hatten. Und das, finde ich, kann man nicht einfach so hinnehmen, sondern da muss man sich anschauen, was die Gründe und Ursachen dafür sind. Ich finde, es steht jeder Frau selbstverständlich frei, das zu wollen, aber ein solches Wollen kommt ja auch nicht von selbst,

weil wir ja nicht in einem Gesundheitssystem sind, und zwar nirgends auf der Welt, wo sozusagen die Ebene zwischen dem Herrn Primarius oder der Frau Primaria und der Patientin dieselbe ist, sondern wenn der Herr oder die Frau DoktorIn sagen, wir machen das jetzt so, dann ist die Frage, wie weit dann noch die freie Entscheidungsmöglichkeit für die Frauen gegeben ist. Daher möchte ich mir hier auch kein abschließendes Urteil bilden, aber ich glaube, dass es ganz, ganz wichtig ist, dass wir uns diesem Thema widmen.

Was Ihre Ausführungen zum Thema Genitalverstümmelung betrifft, so ist mir ehrlich gesagt nicht klar - aber da werden wir auch noch Gelegenheit haben, das zu diskutieren -, was an dieser Frage sozusagen ideologisch ist. Das ist eine Frage, wo es ganz stark darum geht, dass wir uns darum kümmern müssen, dass so etwas jedenfalls in Österreich nicht stattfindet (*Beifall bei der SPÖ und von GRin Dr. Sigrid Pilz*), und dass hier eine große Verantwortung derjenigen besteht, die im Gesundheitswesen arbeiten, und zwar vor allem jener, die vor Ort diese Dinge zu verantworten haben.

Hier auch nur eine Information, was das Thema des Gratisobstes betrifft: Da bin ich auch ganz Ihrer Meinung. Und auch nur zu Ihrer Information: Bereits im nächsten Jahr werden in allen Volksschulen im 20. Bezirk - genau dieses Thema betreffend - gesunde Jause und gesundes Obst zur Verfügung stehen. Und das ist nur ein erster Schritt, weil gerade das Thema Kindergesundheit und Jugendgesundheit eines ist, das für die Zukunft ganz besonders wichtig ist.

Gar nicht Ihrer Meinung bin ich beim Thema Aufklärung. Und das macht mich ein bisschen betroffen, dass Sie als Frauenärztin der Meinung sind, dass das Thema Aufklärung ohnedies abgedeckt sei durch das, was im Internet zu finden ist und was sozusagen in unserer sexualisierten Landschaft an Information vorhanden ist, weil das nämlich bei jungen Menschen zu einem völlig falschen und nicht realitätsnahen Bild von Sexualität führt, das sehr stark verunsichert. Daher halte ich das für eine ganz, ganz wichtige Initiative, die wir hier im Bereich des Frauengesundheitsprogramms setzen.

Lieber Herr Kollegin Rösch! Zu Ihnen möchte ich auch eines sagen: dass ich Ihren Appell zur Gänze unterstreiche. Was meiner Ansicht nach aber damit gar nicht kongruent geht, ist das Abstimmungsverhalten der Partei, der Sie angehören. Denn das Thema Gesundheitsförderung, das Thema Förderung von Kindern und Jugendlichen, das ist doch - und da dachte ich schon, dass das Konsens in diesem Haus ist - nicht nur ein Thema, wo man sagen kann, darum soll sich das Gesundheitsressort kümmern, sondern das ist eine Querschnittsmaterie. Und ganz vielen Förderungen von Kindern und Jugendlichen im Jugendbereich, im Integrationsbereich stimmen Sie seit vielen, vielen Jahren niemals zu. Wenn es Ihnen so sehr darum geht, Kinder und Jugendliche zu fördern, wenn es Ihnen so sehr darum geht - und in Ihrer Analyse sind wir in vielen Bereichen einer Meinung, dass es nämlich gerade darum geht, dass die sozial schwachen Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt dieselben Chancen haben sollen -, dann

kann ich Sie nur ganz besonders herzlich einladen, diesem Budget zuzustimmen. Denn dieses Budget kümmert sich ganz besonders darum, dass Kinder, die sozial schwach sind, die aus sozial schwachen Familien kommen, möglichst gute Chancen haben, insbesondere auch mit dem Gratiskindergarten (*GR Mag. Johann Gudenus, MAIS: Der Gratiskindergarten, das ist schon unsere Forderung gewesen vor zehn Jahren!*), weil ich ganz fest davon überzeugt bin, dass die unterschiedlichen Chancen, die Kinder in Familien haben, durch möglichst frühe Förderung ausgeglichen werden muss. Daher lade ich Sie auch ganz besonders ein, hier zuzustimmen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Lieber Herr Kollegin Ebinger! Hier auch nur ein für alle Mal Folgendes - das ist immer ein bisschen schwierig, weil ich bei Ihnen immer glaube, Sie meinen das ja nicht ganz so, was Sie da sagen, aber trotzdem nehme ich das höchst ernst und möchte es natürlich richtigstellen: Erstens, Herr Kollegin: Es stimmt nicht, dass es bei der Mindestsicherung keine Valorisierung gibt, sondern es war ein ganz wesentlicher Fortschritt beim Mindestsicherungsgesetz, dass die Debatte hierüber nicht mehr stattfinden muss, sondern dass die Mindestsicherung jedes Jahr mit der Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes steigt.

Der zweite Punkt, um Ihnen hier auch ganz konkrete Zahlen zu nennen und zu erklären, worin meine Begründung und auch die Begründung des morgigen Antrages für den Heizkostenzuschuss liegt: Dass die Realität die ist, dass der mit einberechnet war. Ich nenne Ihnen ganz konkret die Werte der Sozialhilfe vom letzten Jahr. Da war der Sozialhilferichtsatz für die Einzelperson 461 EUR, die monatliche Heizbeihilfe 41 EUR und die maximale Mietbeihilfe, Herr Kollege Ebinger, lag bei 781 EUR. Die Realität jetzt in der Mindestsicherung ist, dass die Mindestsicherung 744 EUR beträgt und die maximale Mietbeihilfe bei 93 EUR liegt. Das heißt, dass jemand jetzt - im Gegensatz zur Sozialhilfe, wo es 781 EUR waren - maximal 837 EUR bekommen kann und da jetzt zusätzlich noch der Heizkostenzuschuss dazukommt. Also, sollte es Ihnen wirklich um eine Information gegangen sein, ist sie jetzt da, und dann wird es sicher überhaupt kein Problem sein, dass Sie Ihren Antrag zurückziehen und morgen hier dem Heizkostenzuschuss auch zustimmen. (*Ruf bei der FPÖ: Dem stimmen wir eh zu!*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen von der FPÖ! Lassen Sie mich noch einige wesentliche Worte zu diesem Budget im Bereich Gesundheit und Soziales sagen. Es wurde schon gesagt: Es ist ein Budget, das trotz einer besonders schwierigen finanziellen Lage, in der sich auch diese Stadt befindet - die Frau Vizebürgermeisterin hat das in ihrer Budgetrede ja klar ausgeführt -, für den wichtigen Bereich Gesundheit und Soziales 2,9 Milliarden EUR vorsieht. Wir haben insbesondere auch im Bereich Soziales im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung, weil das wichtig ist, um jene Menschen unterstützen zu können, die den starken Staat brauchen.

In dieser Frage, Herr Kollege Kurz - ich sehe ihn gerade nicht, aber vielleicht kann es ihm dann jemand

ausrichten -, halte ich es durchaus für einen interessanten Ansatz und für einen wirklichen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik der ÖVP, zu sagen, wir sind nicht mehr für Geldleistungen, sondern wir sind für Sachleistungen. Damit hat ja Kollege Mitterlehner schon begonnen beim Thema Kindergarten versus Kindergeld, und ich finde, dass wir uns in den nächsten fünf Jahren mit genau dieser Frage sehr eingehend beschäftigen sollten. Ich nehme diese Anregung auch sehr gerne an, dass wir schauen sollten, ob diese höchste Mindestsicherung für Kinder in ganz Österreich auch wirklich bei den Kindern ankommt, und dass wir uns mit dem Thema beschäftigen sollten, ob wir zukünftig nicht noch stärker in Sachleistungen als in Geldleistungen investieren sollen, weil wir wissen, dass das starke öffentliche Spitalswesen und das starke öffentliche Bildungswesen, der leistbare öffentliche Verkehr und das Wohnungswesen natürlich für die sozial Schwachen ganz besonders wichtig sind.

Ich denke doch, dass aber der Richtsatz für die Kinder einer ist, der insbesondere für AlleinerzieherInnen ganz besonders wichtig ist, und dass wir mit dem österreichischen Spitzenwert hier auch sehr stolz sein können, dass wir es in einer Zeit, in der in ganz Österreich in diesem Bereich gestrichen wird, geschafft haben, das hier gemeinsam umzusetzen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Lassen Sie mich einige Punkte zum Gesundheitsbereich ansprechen. Hier möchte ich ganz besonders auf die Ausführungen von Herrn Kollegin Lasar eingehen, der sich dem Thema Korruption im AKH gewidmet hat. Hiezu ein ganz, ganz klares Wort und ein Wort, das in keinem Millimeter von dem abweicht, was ich immer gesagt habe: Korruption in dieser Stadt ist nicht zu akzeptieren. Korruption in dieser Stadt, wenn es sie wo gibt, ist zu bekämpfen. Und ich möchte auch, um hier der Legendenbildung nicht Vorschub zu leisten, eines klarstellen: Das ist nicht irgendwie durch geheime Kanäle, Medienaufdeckung oder die FPÖ zum Korruptionsstaatsanwalt und zur Korruptionsstaatsanwaltschaft gewandert, sondern durch den KAV selbst, weil nämlich die internen Kontrollen darauf hingewiesen haben, dass es hier Dinge gibt, die nicht in Ordnung sein könnten, woraufhin der Herr ärztliche Direktor des AKH, Herr Dr Krepler, gemeinsam mit dem Herrn Generaldirektor die notwendigen Schritte eingeleitet hat. Und jetzt liegt es bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft, zu der ich vollstes Vertrauen habe und wo ich davon ausgehen, dass es dann selbstverständlich auch die entsprechenden Ergebnisse, Urteile oder Freisprüche geben wird.

Es ist uns gelungen, mit diesem Budget sicherzustellen, dass in Zukunft auch die Gesundheitsversorgung in dieser Stadt auf höchstem Niveau für alle Menschen garantiert ist. Wir haben uns aber auch viel vorgenommen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz besonders herzlich beim Koalitionspartner bedanken, dass wir ein sehr ambitioniertes Programm schon für das heurige Jahr - und das bildet sich auch im heurigen Budget ab -, aber auch für die nächsten fünf Jahre miteinander vereinbart haben, wo es einfach darum geht, dass wir - indem wir zusätzlich Synergien nutzen, indem wir

jene Bereiche herausfinden, die idealtypisch noch enger zusammenarbeiten können, indem wir schauen, wie wir Prozesse noch besser machen können - auch für die nächsten Jahrzehnte diesen hohen Standard in dieser Stadt für alle Menschen halten können.

Ich möchte mich abschließend bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Ressorts bedanken. Mehr als die Hälfte des Magistrats der Stadt Wien ist in meinem Ressort beschäftigt. Ich bedanke mich beim Krankenanstaltenverbund, beim Fonds Soziales Wien - zu dem darüber hinaus zu erwähnen ist, dass er gerade in der Budgetwoche vor zehn Jahren gegründet wurde, damals zuständig für den Drogenbereich; da hat sich auch in den letzten zehn Jahren sehr, sehr viel weiterentwickelt -, bei der MA 15, dem Gesundheitsdienst der Stadt Wien, beim Wiener Programm für Frauengesundheit, bei der MA 24, der Gesundheits- und Sozialplanung, der MA 40, Sozial- und Gesundheitsrecht, bei der MA 70, der Wiener Rettung, bei der Wiener Gesundheitsförderung, dem Kuratorium der Wiener Pensionistenwohnhäuser, der Sucht- und Drogenkoordination, der Bereichsleitung für Finanzmanagement, die ganz wichtig ist, weil sozusagen hier alles zusammenläuft und die Fäden gezogen werden, dem Psychosozialen Dienst und natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen in der Pflege- und Patientinnen- und Patientenrechtsanwaltschaft. Herzlichen Dank und auf ein gutes neues Jahr! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Ich schlage vor, die Debatte zur Geschäftsgruppe Umwelt mit Postnummer 5 - das ist der Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2011 - gemeinsam durchzuführen, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien und den Wirtschaftsplan Wien Kanal jedoch getrennt vorzunehmen.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall. Ich darf die Damen und Herren des Gemeinderats ersuchen, so vorzugehen. Wir kommen nur zur Beratung der Geschäftsgruppe Umwelt. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich erteile es ihm.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Werte Damen und Herren!

Das Umweltressort hat wieder einmal ein Budget vorgelegt, das eine sehr blasse und unleserliche Handschrift dieser Stadtregierung im Umweltbereich erkennen lässt. Wir haben eigentlich gedacht, dass sich durch die Regierungsbeteiligung der GRÜNEN gerade in diesem Ressort etwas mehr tun wird, aber die selbsternannte Umweltpartei hat offenbar noch nicht ausreichend Einfluss bekommen, hier mitzugestalten. Und so sind wir heute von einem echten Umweltbudget weiter entfernt denn je.

So gibt es auch 2011, sehr geehrte Damen und Herren, wenig Geld für die Altlastensanierung oder für die Grünhofförderung, und das, obwohl die GRÜNEN eigent-

lich immer wieder gefordert haben, dass man in diesem Bereich Aufstockungen vornehmen sollte. Sie haben sich offenbar jetzt als der kleine Koalitionspartner dazu entschlossen, alles abzunicken. Es wäre aber sowohl für sie als auch für die Umwelt besser gewesen, wenn sie nicht wie das Kaninchen vor der Schlange einfach vor der SPÖ sämtliche ihrer umweltpolitischen Prinzipien über Bord geworfen hätten, sondern in dieser Richtung ein wenig mehr Kraft und Durchsetzungswillen bewiesen hätten. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Jetzt musst du das alles herunterlesen!)* - Du bist nachher am Wort, da kannst du alles sagen. Aber es wird einfach nur eine Rechtfertigungsrede werden. Du bist halt schon von vornherein in der Defensive. Das ist nun einmal so bei den GRÜNEN, da sie ein solches Regierungsprogramm eingegangen sind. *(Beifall bei der ÖVP. - Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Ich habe eigentlich geglaubt - und das wundert mich schon, aber wenn du mich da so direkt ansprichst, freut mich das ja auch -, dass wir zu verschiedenen Punkten in der vergangenen Legislaturperiode eigentlich im Wesentlichen eine gemeinsame Sichtweise hatten, beispielsweise zum Zustand des öffentlichen Wassernetzes. Das Wasserrohrnetz stellt ja nicht nur eine Gefahr für den Verkehr, sondern auch für die Umwelt dar. Ich weiß schon, dass den GRÜNEN der Autoverkehr völlig wurscht ist - das haben sie ja auch mit der gesamten Idee der Verkehrspolitik bewiesen, und das haben wir gestern bereits zu diskutieren gehabt -, aber dass durch diese Wasserrohrbrüche 15 Prozent des kostbaren Wassers verloren gehen und damit eine Ressourcenverschwendung eintritt, dass das einem Grün-Politiker völlig egal ist, das wundert mich schon. Uns ist es nicht egal, und wir setzen uns hier weiterhin für ordentliche Maßnahmen ein, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir werden deshalb hier einen Antrag einbringen - ich gemeinsam mit meinem Kollegen Norbert Walter -, dass in diesem Bereich das Budget entsprechend umgestaltet wird, dass nämlich die Wasserrohrgebrechen ernst genommen werden und hier entsprechende Investitionen, wie wir es schon mehrfach diskutiert haben - und bisher haben ja auch die GRÜNEN diese Idee unterstützt -, getätigt werden.

Wir fordern deshalb die zuständige Stadtregierung auf, ein dahin gehendes Sanierungsprogramm zu entwickeln und den Austausch der veralteten Wiener Wasserrohrnetze zu starten und die finanzielle Bedeckung dieser Kosten aus den Einnahmenüberschüssen der MA 31, die ja nach wie vor bestehen, vorzunehmen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Im Übrigen lassen Sie sich gesagt sein: Solche Dinge wie zum Beispiel Investitionen in die Infrastruktur, die Sanierung eines Wasserrohrnetzes haben nicht nur mit Umweltpolitik, sondern auch mit Sozialpolitik zu tun. Wir reden darüber sehr viel und auch über die Mindestsicherung - das ist alles sehr löblich und sehr wichtig, aber noch viel wichtiger wäre es, auch ausreichend Arbeitsplätze zu schaffen, gerade in Wien, das ja bekannterweise die rote Laterne in diesem Bereich trägt. Wien hat

einfach das Problem, keine ausreichenden Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, und solche Sanierungsmaßnahmen hätten auch den Vorteil, im Sinne einer echten Nachhaltigkeit auch sozialpolitisch zu wirken. Dann brauchen wir nicht so viel Mindestsicherung, dann hätten die Leute einen Job. Das wäre auch ein sehr sinnvoller Ansatz, sehr geehrte Damen und Herren, den man hier zu verfolgen hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bezweifle aber, dass die Taktik der GRÜNEN, sich mit Hilfe einer Regierungsbeteiligung hier in Wien sozusagen selbst in den Bund hineinzuempfehlen und dort auch eine rot-grüne Regierung anzudenken, Aussicht auf Erfolg hat. Es wird sich weder mathematisch ausgehen noch wird sich da inhaltlich eine Gemeinsamkeit finden lassen. Und in Wien ist es offenbar ohnehin nichts Gutes für die Umwelt, dass eine grüne Partei mitregiert.

Ein paar Worte muss ich noch zu den GRÜNEN verlieren: Ihre Basis, meine Damen und Herren von den GRÜNEN - und damit meine ich nicht die paar Funktionäre, die brav das Händchen gehoben haben, als Sie Ihren Koalitionspakt abgenickt haben, weil sie sich erwarten, dass sie nun auch zu Jobs bei der MA 20 kommen *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du wolltest das!)*, die ja jetzt ins Ressort der GRÜNEN gewandert ist, sondern ich meine vor allem die Wechselwähler -, die ist schon vollkommen von euch abgewichen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Genau du wolltest das! Du lenkst von dir ab! Du wolltest den Job haben!)* - Warum bist du denn so unruhig? Mich wundert das ja gar nicht. Ihr seid einfach völlig entlarvt. Ihr habt keine Umweltkompetenz mehr, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das Ganze schon, bevor überhaupt die Mühen des Verkehrsressorts auf die GRÜNEN zukommen! Heute schon sind sie so nervös, in ihrer angeblichen Kernkompetenz, der Umwelt. Eine interessante Wendung, die sich in diesem Haus abzeichnet! Aber das ist ja letztendlich ihre Sache.

Unsere Sache ist es, die Frage ernst zu nehmen, wie es mit dem Umweltschutz in dieser Stadt weitergeht. Die Budgetzahlen sprechen ja eine altgewohnte Sprache. Es gibt da wenig Innovation, es wird einfach fortgeschrieben aus der Vergangenheit. Es werden vor allem die Ausgaben entsprechend erhöht. Bei den Einnahmen tut man sich im Umweltressort bekannterweise auch nicht schwer, denn das hängt man ohnedies durch entsprechende Gebührenerhöhungen in Form des Valorisierungsgesetzes den Wohnungseigentümern und Mietern um. Und so haben Sie von der Fraktion der GRÜNEN sich offenbar auch in diesem Bereich von der SPÖ über den Tisch ziehen lassen und haben ein Regierungsprogramm unterschrieben, das zum Thema des Umweltbereichs, sofern dazu überhaupt etwas darin zu finden ist, sehr dünn ist. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast ... wollen! Du bist ja Gott sei Dank nicht Stadtrat geworden!)*

Lieber Rüdiger, ich muss ehrlich sagen, im Nachhinein lobe ich mir die Broschüren des Presse- und Informationsdienstes der Stadt Wien. Wir haben gemeinsam oft darüber gelästert, wie sehr das Bilderbücher sind, aber mittlerweile sind ja die Broschüren des Presse- und

Informationsdienstes der Stadt Wien intensiver und umfangreicher als euer Regierungsprogramm. So schaut es nämlich aus mit eurer Umweltpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt ist natürlich auch in der Energiepolitik die Situation eingetreten, dass diese im Bereich des Umweltressorts kaum wahrgenommen wird, obwohl sie aus meiner Sicht das Kernelement darstellt, wo man wirklich etwas bewegen kann. Aber wie hat es denn in der Vergangenheit ausgesehen, und wie war denn das eigentlich einmal angedacht?

Gehen wir doch zurück in die Zeit, als die ÖVP in der Regierung war. Da gab es nämlich ein gesamtes Verkehrsressort, wo alle Bereiche im Verkehrswesen integriert waren. 2001 hat man dann den Verkehrsbereich herausgenommen. Eine Legislaturperiode später, nämlich in der vergangenen Periode, hat man auch die MA 30 ausgegliedert. Und jetzt haben Sie ja noch eines gemacht, und das ist ja auch interessant: Jetzt hat man aus dem Umweltressort den Klimaschutz herausgenommen und einem Planungsressort zugeschlagen, offenbar nur, damit die GRÜNEN hier ein Mascherl haben. Das ist nun eine Situation, die dazu führt, dass das angebliche Umweltressort eigentlich ein Rumpfressort geworden ist. Wenn man jetzt noch die Wasserwerke herausnimmt, der MA 48 noch eine Teilrechtsfähigkeit gibt und den Rest, der noch übrig bleibt, der Stadtplanung zuschlägt, dann könnte man eigentlich auf das Umweltressort völlig verzichten, und wir könnten uns dann im Bereich der Stadtplanung einer echten Umweltdebatte widmen, wenn das ernst gemeint ist. Dann könnten die GRÜNEN ja beweisen, was sie wirklich draufhaben.

Man hätte natürlich durch die Einsparung eines Ressorts auch die Möglichkeit, bei den Mitgliedern der Stadtregierung entsprechend einzusparen. Auch das wäre eine interessante Signalwirkung nach außen gewesen. Doch auch da haben offenbar sowohl die SPÖ als auch die GRÜNEN natürlich kein großes Interesse gehabt. Und Faktum ist, dass wir heute in der Geschäftseinteilung dieser Stadtregierung zwei Umweltressorts haben. Das ist schon einmal interessant, weil die Umwelt an sich immer eine entsprechende Querschnittsmaterie ist. Die Umwelt hat es immer schwer, weil sie überall versuchen muss, ihre Ideen einzubringen. Aber wie es mit zwei Ressorts funktionieren soll, wenn es bei einem schon so hapert wie in der Vergangenheit, das schaue ich mir gerne an. Sie können ja gerne den Beweis antreten. Wir werden das als Kontrollpartei entsprechend scharf beobachten und werden natürlich hier nicht nachlassen, die Leistungen, zu deren Erbringung Sie vom Bürger gewählt worden sind, auch einzufordern, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider wird die Kritik dann eher in die Richtung gehen, dass Stillstand herrscht, leider auch dank der GRÜNEN, und nicht etwa darauf zurückzuführen sein, dass sie sich in diesem Bereich besonders einbringen wollen.

Das Thema Gebühren und Überschüsse habe ich schon erwähnt. Ich erspare mir weitere Anmerkungen dazu, weil es jedes Jahr dasselbe ist. Und weil ja auch

der Rechnungshof die SPÖ bereits dazu aufgefordert hat, diesem Treiben endlich Einhalt zu gebieten, möchte ich meine Ausführungen kurz belassen und hier nur gemeinsam mit meinem Kollegen Norbert Walter einen Antrag zur Zweckbindung der Überschüsse der MA 30 und der MA 48 einbringen. Wenn Sie schon die Gebühren so hoch halten, dann setzen Sie wenigstens diese Überschüsse auch für den Umweltbereich ein und versuchen Sie nicht, sie in Ihrem Budget irgendwo umzuleiten.

Wir fordern daher die Mitglieder der Wiener Stadtregierung auf, dass sie in Hinkunft die von den Magistratsabteilungen erwirtschafteten Einnahmenüberschüsse vorrangig für Investitionen in den Umweltschutz in den jeweiligen Bereichen vorsehen sollen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Weil ja zum Thema Energie bekannterweise im Regierungsprogramm auch relativ wenig steht, wollen wir ein bisschen dazu anregen, vielleicht auch über dieses Thema nachzudenken. Daher bringe ich auch hiezu gemeinsam mit meinem Kollegen Norbert Walter einen Antrag ein, und zwar betreffend die Förderung von erneuerbaren Energien. Ich finde es interessant, dass es gerade zu diesem Thema, das eigentlich ein Kernprojekt einer rot-grünen Regierung sein sollte, nichts gibt. Aber zum Glück gibt es ja die ÖVP, die auch hier entsprechende Ideen einbringt. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hast du das Koalitionsübereinkommen gelesen? Oder bist du nicht so weit gekommen?)* - Wir werden euch schon treiben! Ihr werdet das schon tun müssen! Wir werden euch schon treiben, wir haben kein Problem, das auch von der Oppositionsbank aus zu machen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hättest du das Koalitionsübereinkommen gelesen! Da steht es drinnen!)* Lieber Rüdiger, sei nicht so nervös! Du kommst bald zu Wort, du kannst alles loswerden. Sei nicht so nervös! Ich weiß, dass es unangenehm ist. Ich wundere mich ja, wie du das psychologisch schaffst. *(GR Mag Rüdiger Maresch, auf den Rednerweisend: Der Gott-sei-Dank-nicht-Stadtrat ist nervös, weil er nicht Stadtrat geworden ist!)*

Also noch einmal zu diesem Antrag - Herr stellvertretender Ausschussvorsitzender, jetzt hörst du mir einmal kurz zu; du bist nämlich hier entsprechend eingeladen, weil du ja jetzt offenbar der Koordinator in dieser Stadtregierung bist *(GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist ein schlechter Verlierer! Ein ganz schlechter Verlierer!)* -, dass die Förderinstrumente für den Einsatz von erneuerbaren Energien zu fördern sind, dass man die bestehenden evaluieren und zusammenfassen sollte und volumsmäßig verdoppeln möge. Gleichzeitig sollen die quer durch alle Ressorts verteilten Fördertöpfe zu einer Agentur für Energieförderung zusammengefasst werden, wobei der Klimafonds der Bundesregierung als Vorbild dienen soll. - In formeller Hinsicht beantragen wir hier die sofortige Abstimmung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Leider müssen wir ja befürchten, dass nicht nur in der Umweltpolitik nichts passiert, sondern dass sich jetzt auch die GRÜNEN offenbar in der Faszination der PR-Glitzerwelt - wie die bisherige Stadträtin schon in der Vergangenheit bewiesen hat, dass sie das perfekt beherrscht - einklinken und sich mit den Mitteln des Pres-

se- und Informationsdienstes auch entsprechend medienwirksam verkaufen wollen. Ich kann es mir nicht anders erklären, denn die Geschäftsordnung und die Tätigkeitsbeschreibung der MA 20 sind offenbar genau so gestaltet, dass das eigentlich die Kernaufgabe ist. Letztendlich ist das ein Marketingressort zur Selbstvermarktung der rot-grünen Spitzenpolitiker.

Rot-Grün ist deshalb nicht die Lösung der Umweltprobleme dieser Stadt. Das hat die bisherige Amtsführung der SPÖ schon bewiesen, das hat der Budgetentwurf abermals gezeigt, und im Koalitionsprogramm steht diesbezüglich auch nichts drinnen. Rot-Grün wird die Probleme im Umweltbereich verstärken. Sie haben ja auch in der Vergangenheit bewiesen, sehr geehrte Damen und Herren von der SPÖ, dass Sie da kein glückliches Händchen hatten. Ich erinnere nur an die unselige Tempo-50-Einführung, die die Umweltstadträtin noch mit Glück politisch überlebt hat. Aber solche Hoppalalas werden wahrscheinlich in den nächsten fünf Jahren an der Tagesordnung sein, sehr zum Ärgernis der Wienerinnen und Wiener. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Verkaufen solcher unpopulären und auch dem Klimaschutz abträglichen Maßnahmen.

Aus parteipolitischer Sicht wäre es natürlich für uns einfach zu sagen, wir sind sehr froh über dieses Programm. Das sind wir deshalb nicht, weil wir Verantwortungsgefühl für die Stadt und vor allem für die Wienerinnen und Wiener haben, die natürlich in dieser Stadt eine entsprechende Umwelt- und Lebensqualität haben wollen, und mit Recht haben wollen. Deshalb wollen wir uns und werden wir uns auch in Zukunft für die Umwelt- und Lebensqualität für alle Wienerinnen und Wiener einsetzen.

Um das zu erreichen und den alten Stillstand vor allem der SPÖ-Mehrheitsregierung hier ein wenig einzudämmen und den chaotischen Utopismus der GRÜNEN auch ein wenig im Zaum zu halten, werden wir uns entsprechend einsetzen. Uns ist es, wie gesagt, vollkommen egal, ob wir das von der Regierungsbank oder von der Oppositionsbank aus machen. Wir werden weiterhin Druck machen, sodass Sie hier im nächsten Jahr eine andere Budgetpolitik vorweisen müssen, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich habe mir eigentlich die ganze Zeit überlegt: Was wird er uns erzählen, der Leider-nicht-Stadtrat? *(GR Heinz Hufnagl: Auch nicht Klubobmann!)* Klubobmann ist er auch nicht geworden. *(Ruf bei der FPÖ: Sie aber auch nicht!)* Und er hat mir vor nicht allzu langer Zeit gesagt: Ich bin ja richtig gespannt, ob du eigentlich gewählt wirst auf der Landesversammlung! - Ich habe darauf gesagt: Schau, der Unterschied zwischen dir und mir ist: In Liesing wählen dich sieben Leute, und mich wählen 700 Leute. Das ist der Unterschied! - Sieben Menschen in Liesing haben ihm ein Grundmandat besorgt! Und dann

war er quasi Probesitzen als Stadtrat. Das Probesitzer ist leider Gottes nichts geworden. Aus dem Probesitzen ist leider Gottes ein Probelauf in der ÖVP geworden, mit ein bisserl einer Reduktion bei den Mandaten - ein bisserl einer Reduktion. Die ÖVP ist im Grunde genommen jetzt dort, wo sie in Wien noch nie war. Die ÖVP hat in Wirklichkeit sogar noch weniger Stimmen und weniger Mandate, als wir bei der letzten Landtags- und Gemeinderatswahl gehabt haben. Und wenn wir uns ein bisserl, sage ich jetzt einmal, noch einmal die Stimmen von der ÖVP holen, dann ist die ÖVP Gott sei Dank Vierter. Die ÖVP ist ganz oft Vierter geworden, zum Beispiel im 3. Bezirk vom 2. Platz auf den 4. Platz heruntergefallen - vom Stellvertreter zum Abstellkammerl geworden. So einfach war es. *(GRin Christine Marek: Sie reden von sich selber!)* - Ja, ja, genau. Die ÖVP ist ein bisserl traurig, weil acht Raiffeisen-Filialen in Österreich einfach genug waren. Acht Raiffeisen-Filialen und keine neunte - da kommt natürlich keine Freude auf bei der ÖVP. Ihr seid in Wirklichkeit nicht nur hinuntergeschwommen, sondern jetzt streitet ihr auch noch. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihr dürft aber nicht reden!)* Immerhin ist die Klubvorsitzende meines Wissens einstimmig gewählt worden. Oder war es doch nicht einstimmig? *(Ruf: 14 zu 9!)* 14 zu 9, das ist normalerweise eine Katastrophe. Da würde man sagen: Jessas na, da muss man sich ja überlegen, was da passiert ist! *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Wie schaut es bei den Bezirksfunktionären aus?)* - Also: Keine Raiffeisen-Filiale in Wien, heruntergekommen, heruntergestritten, alles ist ganz schlecht. *(GRin Christine Marek: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!)*

Und dann stellt sich der Herr Umweltsprecher der ÖVP heraus und redet irgendetwas daher von den GRÜNEN. - Ihr Umweltminister kann nicht einmal einen Fahrplan bei einem Flugzeug lesen! Nicht einmal lesen kann er das! Nach Paris ist er so zornig, dass er im Flughafen einen Auftritt hat und die Agrar-Attachée irgendwie entlässt. Und dann macht er einen Mordsauftritt für die Holzindustrie in Cancún, kriegt dort seine Tätchen, wenn man so will, von Greenpeace und Global 2000, hält dann eine Rede und kommt zurück und sagt: „Ich habe mich mit ihr wieder ausgesöhnt!“

Was ist denn das für eine Komödie? Ihr habt überhaupt keine Umweltkompetenz! Das Einzige, was ihr könnt, ist: Raiffeisen, Raiffeisen und noch einmal Raiffeisen. - Wirtschaftskompetenz gibt es auch keine, das sieht man ja an der Zusammensetzung.

Gute Ratschläge. - Der erste gute Ratschlag war: In Wien gehen 15 Prozent des Trinkwassers verloren. - Das stimmt überhaupt nicht! Die Zahlen wurden veröffentlicht: Es sind zwischen 7 und 10 Prozent. Da muss man leider sagen - ich habe es damals auch eher skeptisch gesehen -, das ist europaweit eigentlich spitze. Im konservativ regierten London sind es 24 Prozent. Das ist nicht nichts.

Jetzt noch einmal zurück. - Er hat natürlich auch eine große Kompetenz beim Rohrwechsel, bei den Wasserrohrgebrechen. Da müsste er im Grunde genommen auch einmal das Koalitionspapier lesen. Da wird ver-

stärkt Rohrwechsel vorangetrieben. Damit genau das nicht passiert, gibt es da einiges zu tun.

Den diesbezüglichen Antrag werden wir natürlich ablehnen, denn: Was im Koalitionsübereinkommen enthalten ist, brauchen wir uns von der ÖVP nicht noch einmal vorsagen zu lassen. Wir können lesen, die ÖVP hat es nicht lesen können.

Die Förderung von erneuerbaren Energien, das möchte ich auch noch sagen, hat der Kollege vorangetrieben. - Ja, das haben wir schon einmal als Antrag gestellt. Ja, das ist im Koalitionspapier zu finden, und zwar beim Umweltteil, unter anderem auch bei Planung und Verkehr. Da kann man das alles finden. Auch bei der Energie steht das dabei. - Also wir können lesen, die ÖVP hat es nicht gefunden. Deswegen stimmen wir dem Antrag nicht zu, weil wir wissen, was wir hier hineinverhandelt haben.

Jetzt einmal ein paar Dinge, die uns bei diesem Koalitionsübereinkommen wichtig waren.

Da muss ich vorher noch einen kleinen Exkurs machen. - Ich finde es ja irgendwie nett, fast anerkennend, wenn mir zum Beispiel Frau Matiasek bei einer Rede sagt: Ja, früher hat der Kollege Maresch das gelesen und jenes gelesen, dort war er widerborstig, da hat er etwas abgestimmt. - Liebe Kollegen von der ÖVP und von der FPÖ, jetzt müsst ihr selber lesen! Ihr müsst euch emanzipieren! Ihr müsst in Wirklichkeit die Dinge in die Hand nehmen und selber durchlesen. Ihr braucht nicht mehr nachzuschauen bei den Presseaussendungen oder bei den Anträgen, wo sich die ÖVP mühsam durch all die Jahre gearbeitet hat, bis sie endlich mehr oder weniger angekommen ist bei der Förderung von erneuerbarer Energie, sondern jetzt müsst ihr euch etwas einfallen lassen. Was euch bis jetzt eingefallen ist: Dass die ÖVP in Wirklichkeit, glaube ich, sogar die Formatierung von unseren Anträgen übernommen hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Verwenden sie die gleichen Buchstaben?*) Wir haben es offensichtlich immer elektronisch geschickt. Das war vielleicht ein Fehler. Wir hätten es so machen sollen wie die FPÖ: Die schicken uns eine Kopie, oft eine schlechte; das muss man dann einscannen. Nein, wir haben es elektronisch geschickt. Das war einfach für die ÖVP: Man hat das einfach mit „Copy and Paste“ übernommen, und schon war ein neuer Kopf drauf: „ÖVP Rathausklub“, und passt! Unten muss man ein bisschen etwas anderes hinschreiben, bei den Menschen da oben auch. Das geht sich aus. - Also noch einmal: Die ÖVP muss jetzt etwas arbeiten. Schlecht! Ganz schlecht! (*GR Mag Wolfgang Jung: Ihr auch!*) - Wir arbeiten die ganze Zeit.

Was haben wir bei diesen Koalitionsvereinbarungen gemacht? Es waren immerhin drei – nein, eigentlich waren es vier - interessante Tage. Es war ein angenehmes Klima bei den Umweltverhandlungen, ich war dabei. Ich habe auch den Verkehr verhandelt mit dem Kollegen Hora und mit dem jetzigen Klubobmann der SPÖ. Es waren wirklich solidarische Gespräche - das habe ich als sehr, sehr angenehm empfunden -, und es war nicht so eine Hacklerei, so ein Hickhack, wie es jetzt hier abgeht. Ganz im Gegenteil! Ich war im Grunde genommen sehr

überrascht, dass das so angenehm funktioniert.

Unsere Schwerpunkte waren: Grünraum, Regenwassermanagement, Abfallwirtschaft, Trinkwasser, Klimaschutz und natürlich auch die Luftgüte, sowie einige andere Dinge mehr. Dazu möchte ich auch mehr sagen.

Wenn jemand hergeht und sagt: In dem Koalitionsübereinkommen, da steht nichts drinnen, weil alles nicht wahr ist und alles nicht geht!, dann sollte man einmal nachlesen, was allein beim Grünraum an Projekten drinnensteht, die sich die Stadt vorgenommen hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Mein Gott!*) „Mein Gott!“ - Jetzt zitiert der Herr Jung gar Gott! Nicht schlecht, Herr Jung! (*GR Mag Wolfgang Jung: Soll ich Ihren Namen nennen?*) Nein, ich bin ja nicht Gott. Aber Sie sind offensichtlich der Zitierer. Aber wurscht! Sie haben es ohnedies nicht gelesen, also reden wir in Wirklichkeit über etwas anderes.

Grünraum und die Projekte. - Da ging es darum: Wir wollten, und da ist uns die SPÖ sehr entgegengekommen, zehn Parks in dieser Legislaturperiode, Grätzgärten in jedem Bezirk, einen Schulgarten für jeden Bezirk und Selbsterntefelder. Das hat bis jetzt niemand zusammengebracht! Wir glauben, es ist ein schönes Ding, das wir uns vornehmen. Die Bürger und Bürgerinnen werden gemeinsam dort die Stadt ein bisschen verändern.

In der Donaustadt wird es einen großen Naherholungsraum geben, einen Grünkeil im Donaufeld. Das ist auch drinnen. Und es wird beim Grünraum vor allem ein Bodenschutzgesetz geben, wo es darum geht, Versiegelung hintanzuhalten, einmal zu schauen, wie das funktioniert.

Beim Biolandbau ist Folgendes vorgesehen - was auch eine alte Forderung von uns war: Die Stadt Wien wird, wenn die Zuckerrübenförderung ausläuft - was auch Sinn macht -, ihre Landgüter auf Biolandbau umstellen. Und es gibt beim Cobenzl, beim Flaggschiff des Weinbaus der Stadt Wien, eine Probefläche, wo man sich überlegt, ökologischen Landbau zu betreiben.

Das tut man, das evaluiert man, das schaut man sich an. Da ändert sich etwas beim Grünraum - uns ganz wichtig.

Und, was auch wichtig ist, es gibt Projekte zur Stadtbegrünung. Das heißt, es gibt Projekte im öffentlichen Raum, wo vertikale Gärten ausprobiert werden, wo es mehr Dachbegrünung gibt, wo es einfach mehr Stadtbegrünung gibt - einfach eine Antwort auf den Klimawandel.

Eine Antwort auf den Klimawandel ist auch beim Regenwasser zu bemerken. Es wird Regenwassermanagementprojekte geben. Es wird eine Renaturierung der Wienerwaldbäche geben, und natürlich sowieso - das war auch vorher schon geplant, und das begrüßen wir sehr - den Hochwasserschutz. Und beim Wienfluss wird es eine Machbarkeitsstudie geben, wie man das Wienflussbett umgestaltet.

Das heißt aber in Wirklichkeit, genau diese Dinge sind anders als vorher. Hier kommt uns die SPÖ entgegen, wir kommen der SPÖ entgegen. Wir haben uns hier auf ein gemeinsames Programm geeinigt. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Ja, es stimmt, wir haben uns bei der Abfallwirtschaft - das hat Kollegin Matiasek schon einmal gesagt - nicht

durchgesetzt: Wir haben uns nicht durchgesetzt bei der Schließung des Flötzersteigs. Ja, das stimmt, da haben wir uns nicht durchgesetzt.

Aber wir haben uns zum Beispiel in folgendem Punkt durchgesetzt: In Wien gibt es ein Importverbot für Müll. Das ist neu. Das haben wir gemeinsam beschlossen.

Es wird auch eine Initiative geben, das Plastiksackerl zu verbieten. Etwas, das man sich anschauen kann: Es gibt den „Plastic Planet“, ein mittlerweile relativ berühmter Film eines Österreicherers zum Plastik, zur Plastikverwendung auf der ganzen Welt, wo quadratkilometerweise Plastiksackerl im Ozean schwimmen.

Und was ist in Österreich passiert? – Für die Bundesregierung ist das nicht einmal ein Thema. Wenn Herr Berlakovich sich schon beim Flug nicht auskennt, dann hätte er wenigstens bei der Verpackungsverordnung eine Initiative setzen können. Aber nicht einmal das ist passiert. Wahrscheinlich hat Raiffeisen oder Herr Konrad keine Erlaubnis dazu gegeben. Pech gehabt!

Faktum ist: Wir setzen in Wien eine Initiative, wir schauen, was man machen kann. Es wird Initiativen zur Müllvermeidung geben und, was auch wichtig ist, es wird eine Initiative bei den Gasentladungslampen, bei den Energiesparlampen geben. Da braucht es eine Schiene, wie man die ordentlich entsorgt. Da werden wir gemeinsam Initiativen setzen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Jetzt zum Trinkwasser. Das ist ja eines der Hauptanliegen unseres Kollegen von der ÖVP - der wird schon wieder kommen, da mache ich mir keine Sorgen. Denn es ist halt so wie immer: Sie kommen immer wieder hervor. Es sind nach jeder Wahl ein bisschen weniger Prozent, aber es geht schon. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Immer noch mehr als ihr!)* - Ja eh, genau, aber nur mehr wenige. Beim nächsten Mal stellt ihr euch hinten an.

Was die Rohrerneuerung betrifft - das ist ja eines der Hauptanliegen unseres Herrn aus Liesing -, so sollte er einfach das Koalitionspapier lesen. Da steht schon einiges drinnen zu diesem Punkt. Und zwar geht es da einfach nur darum, dass man ein Programm entwickelt - und das ist bereits im Gange -, wie so etwas rasch funktionieren kann.

Da brauchen wir nicht ein paar Ezzes von der ÖVP, mit denen wir nicht wirklich etwas anfangen können, sondern da geht es einfach darum, wie wir das, was notwendig ist, tun. Trotz eingeschränktem Budget wird es hier keine Kürzungen geben, sondern, ganz im Gegenteil, das wird massiv vorangetrieben.

Was die E-Mobilität betrifft, so gibt es darin ganz klare Förderungsgeschichten. Unter anderem fördert die Stadt zum Beispiel auch die Umrüstung von Fahrrädern auf Elektrofahrräder.

Und weil ich ganz gern am Schluss noch ein bisschen Zeit habe für eventuelle andere Geschichten, möchte ich nur sagen: Auch bei der Luftgüte wird es ein drittes Maßnahmenpaket geben. Wir wissen ja alle miteinander, dass Feinstaub und Stickoxide ein Problem sind, und da brauchen wir nicht die guten Ratschläge der ÖVP. Und auf die guten Ratschläge - oder sagen wir so: auf die Ratschläge; nicht: guten Ratschläge - der FPÖ

bin ich eigentlich nicht neugierig. Deswegen möchte ich hier meine Rede schließen und bin schon gespannt, was da heute noch alles auf uns zukommen wird. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Shuster**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau StRin Matiasek. - Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe ja nicht vor, mich an diesem befindlichkeitsgesteuerten transfraktionellen Intermezzo zu beteiligen. Es war jetzt wirklich wie im Kasperltheater: Und du bist schuld, und du bist schuld, und ich hab eine Stimme mehr, und so weiter und so fort. – Ja, unter erwachsenen Männern kommt auch das vor. Ist ja ganz lustig. Wahrscheinlich hängt es damit zusammen, dass wir – oder nicht wir, sondern manche - heute, am zweiten Tag der Budgetverhandlungen schon ein bisschen nervlich belastet sind oder sonst was.

Ich komme zur Geschäftsgruppe Umwelt, und ich beginne mit dem Positiven. Natürlich haben wir auch Kritikpunkte, aber ich beginne einmal mit dem Positiven, das wir aus diesem Programm herauslesen konnten, weil es ja vielfach mit unseren Forderungen übereinstimmt, nicht nur hier auf Landesebene, sondern auch auf Bundesebene, wo ja unser Umweltsprecher, Nationalratsabgeordneter Hofer, sehr ambitioniert in Sachen Umweltschutz, Energieautarkie und Ähnlichem agiert.

Ich habe durchaus mit Freude gelesen, dass in Zukunft in Wien der Nutzung von Sonnenenergie ein größerer Raum gegeben wird. Es sollen 300 000 m² an Fotovoltaikanlagen entstehen, ein „Solarkraftwerk der WienerInnen“ haben Sie es genannt. Das ist ein sehr erfreulicher Schritt. Und selbstverständlich sind der Ausstieg aus der fossilen Energie und die Energiewende, eben hin zu heimischen und alternativen Energien, heute ein Gebot der Stunde, nicht nur aus Umweltschutzgründen, sondern natürlich auch, um eine weitgehende Unabhängigkeit von ausländischen und eben von fossilen Energiequellen zu erlangen.

Dass in Wien die Einrichtung dieser Anlagen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich bisher ja eher sehr schleppend und sehr zögerlich umgesetzt wurde, lag sicher zum einen daran, dass eine mangelhafte Informationspolitik - das haben ja auch Experten bestätigt - geherrscht hat. Es ist nicht an den Förderungen selbst gescheitert. Und zum anderen wurden die Privaten auch deshalb nicht ausreichend animiert umzustellen oder sich einmal prinzipiell dafür zu interessieren, weil eben von der öffentlichen Hand hier keine Vorbildwirkung erzielt wurde.

Es gab über lange Zeit zwei Renommierobjekte. Das waren das Amtshaus in der Bartensteingasse und die Wohnhausanlage Hugo-Breitner-Hof, die als Vorzeigeprojekte dargestellt wurden. Aber sonst ist nicht viel geschehen. Es ist ja auch in den Bezirken immer wieder eingefordert worden, eine Liste mit Objekten zu machen. Mittlerweile gibt es ja einen Kataster, das ist ja eine erfreuliche Einrichtung, und es kommt Bewegung in die neue Energieversorgung mittels Sonnenenergie.

Frau Stadträtin, ich würde hier auch ganz gerne Folgendes anregen oder auch als konkreten Vorschlag einbringen: Die Bezirksumweltausschüsse sind ja seinerzeit eben als Ausschüsse und nicht als Kommissionen eingerichtet worden. Ein Ausschuss hat Beschlusscharakter, ein Ausschuss ist eben, wie der Finanzausschuss oder der Bauausschuss, ein durchaus wichtiges Gremium. Und das hatte man ja auch im Auge, als man die Umweltausschüsse in den Bezirken eingerichtet hat. Leider wissen wir aus vielen Bezirken, dass diese Umweltausschüsse ein Stiefkinddasein führen, dass dort oft höchstens ein Tagesordnungspunkt verhandelt wird, der auch nicht wirklich vom Sockel reißend ist. Es werden sehr oft Sitzungen abgesagt. Und ich glaube, das ist schade, das ist nicht im Sinn der Sache. Wir würden es gerne sehen, dass diese Ausschüsse keine Alibifunktion haben, sondern ein lebendiger Bestandteil der Wiener Umweltpolitik sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Hand in Hand mit der Förderung erneuerbarer Energien muss natürlich auch eine kräftige Initiative zum Energiesparen gehen. Da wird einerseits die thermische Sanierung forciert, um die Objekte, die Häuser, die Räume zu wärmen, den Energieverbrauch einzudämmen, und auf der anderen Seite - es ist vielleicht heute nicht der richtige Tag oder es ist nicht die richtige Jahreszeit, sie animiert nicht wirklich, darüber zu sprechen - gibt es eben auch noch eine zweite Art der Temperaturregelung, nämlich die gegenläufige, das ist die Kühlung von Objekten. Und die moderne und zum Teil ja wirklich sehr schöne und attraktive Architektur zieht es aber nach sich, dass die Räume oft schon bei geringen Plusgraden durch die Glasfassaden entsprechend aufgeheizt werden und nach einer Kühlung verlangen.

Es freut mich, dass ich in den Berichten und diversen Programmen, die eben den Bereich der Umwelt und Energieversorgung betreffen, jetzt immer wieder auch das Thema Kälte, Kühlung von Objekten, künstliche Kälte wahrnehme. Wir lesen aber leider immer nur von der Fernkälte, die zweifellos ein wichtiger Bestandteil dieses Versorgungsbereiches ist. Sie bezieht sich aber nur auf Großobjekte oder kann sich nur auf relativ große Objekte beziehen, und sie hat natürlich einen abgezielten Wirkungsbereich. Hier meine ich, dass es Handlungsbedarf gibt, und würde gerne anregen, dass man zumindest eine weitreichende Informationskampagne zur energiesparenden Kühlung von Objekten, auch von kleineren Objekten, in Wien durchführt. Denn gerade die Versorgung mit Kühlung, mit Kälte ist oft sehr energieaufwändig, und es ist notwendig, dass man hier Geräte verwendet, die den neuesten Standards entsprechen und nicht zu Stromfressern werden. Ich hoffe sehr, dass wir hier nicht allein bei der Fernkälteversorgung stehen bleiben, sondern noch ausreichende Initiativen in dieser Stadt setzen.

Die Stadt Wien – das hat der Vorredner Maresch ja angesprochen – plant, Initiativen zu setzen, was ein bundesweites Verbot von Plastiksackerln betrifft, und auch Initiativen zur Mehrwegquote. Hier wird ein Bonus-Malus-System forciert. Ja, das unterstützen wir auch gerne. Auch das ist ja von uns schon lange Thema durch

Norbert Hofer auf Bundesebene gewesen.

Sie wollen auch – und da kommt auch ein Plus davor – die Energiesparlampen nicht im Restmüll sehen. Na, selbstverständlich, sie sind Sondermüll. Auch diese Offensive werden wir gerne unterstützen.

Ich möchte hier auch einen Vorschlag einbringen: Bleiben wir nicht nur bei einer Info-Offensive. Es wird schon dauern, bis das bundesweit geregelt und durchzuführen ist, aber wir könnten auch für Handyakkus, analog zur Altbatteriensammlung, in Wien vielleicht genauso Sammelstellen einrichten, die konsumentenfreundlicher oder verbraucherfreundlicher sind. Derzeit ist es so, dass sowohl die alten Akkus als auch die Energiesparlampen entweder zum Fachhandel zurückgetragen werden müssen oder zu den Problemstoffsammelstellen. Das ist halt leider für viele Menschen immer eine große Hürde. Es wäre leichter, wenn im Handel, in den Lebensmittelmärkten, in den Großmärkten entsprechende Sammelboxen aufgestellt würden. Vielleicht lässt sich eine Kooperation einrichten, um so den Restmüll von diesen Dingen, die absolut nicht hineingehören, nämlich Energiesparlampen und Handyakkus – und da gibt es mittlerweile genug kaputte – zu befreien.

Wien bekennt sich auch in Sachen Atomkraftwerken zu einem sehr deutlichen Weg, vor allem im Kampf gegen die Atomkraftwerke im Nahbereich. Es gibt ja leider nicht nur Mochovce, das immer wieder angesprochen wird. Leider waren Sie damals beim Kraftwerk Temelin, bei dem die FPÖ federführend gegen die Inbetriebnahme dieses Atomkraftwerkes gekämpft hat, nicht ganz so initiativ, aber selbstverständlich unterstützen wir auch diese Linie.

Sie haben in Ihrem Programm den Ausstieg aus dem EURATOM-Vertrag angedeutet, sofern, wie Sie sagen, keine Revision bezüglich Förderung von AKWs geplant ist. Wir sagen, der Ausstieg aus EURATOM sollte ein Ausstieg ohne Wenn und Aber sein. Dieser Ausstieg muss angestrebt werden, wenn man sich wirklich, so wie wir, ganz klar und deutlich gegen Atomkraftwerke und gegen die Atomkraft als Energieversorgung ausspricht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe noch ein Plus, das ist die Übernahme des Tierschutzbereiches ins Umweltressort. Das ist ja auch eine Forderung von mir gewesen, und da freue ich mich darüber, dass das jetzt in einem Ressort zusammengefasst ist. Selbstverständlich sehen auch wir ein konfliktfreies Zusammenleben von Mensch und Tier in der Großstadt als wichtig an. Selbstverständlich gibt es im Zusammenhang mit der Hundehaltung auch Probleme. Das stimmt, und dem muss man entgegenwirken.

Nicht glücklich sind wir mit Ihrer Ansage, den verpflichtenden Führschein für die so genannten Kampfhunde erst 2013 zu evaluieren. Wir sagen, dieser so genannte Kampfhundeführschein war überhaupt ein Flop. Wir wollen, dass vor allem Hundehalter, Hundebesitzer, die neu zu einem Tier kommen, die entsprechenden Schulungen erfahren, und würden hier sagen, es ist besser, mit positiven Anreizen für generelle Schulungen zu sorgen, als hier eine Gruppe herauszunehmen.

Sie sagen, tausend Besitzer dieser Hunde haben be-

reits diesen Hundeführschein absolviert. Das zeigt ja auch, dass nicht alle dieser Hundehalter kriminelle Strizzis oder sonst was sind, wie sie gerne dargestellt wurden, sondern es gibt hier durchaus auch seriöse Leute, die sich den Gesetzen beugen. Deswegen glaube ich, ist es nicht gut, wenn man hier weiter diese Zwei-Klassen-Betrachtung der Hunde beibehält. Evaluieren Sie bitte früher, revidieren Sie diesen unglücklichen Kampfhundeführschein und sorgen Sie dafür, dass eine allgemeine gute Information, dass allgemeine gute Schulungen für alle Hundehalter in Wien stattfinden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und noch einen Satz dazu – Sie wissen es alle: Die Bisshäufigkeit bei anderen Hunden ist zum Teil eine höhere.

Die Frau Stadträtin hat sich erst kürzlich wieder zu den Fiakerpferden geäußert. Eines ist klar, das alte Sieben-Punkte-Programm aus dem anderen Ressort war kein Erfolg.

Ich will es nicht zu lange machen, möchte aber eines sagen: Kontrollen sind wichtig. Eine unserer ganz wesentlichen Forderungen in diesem Bereich ist daher, dass Unternehmer, die dabei erwischt wurden, dass sie das Tierschutzgesetz oder das Tierhaltegesetz übertreten haben, dauerhaft aus dem Verkehr gezogen werden müssen. Wir wollen diesen Menschen nicht weiterhin Tiere anvertrauen. Das bitte ich sicherzustellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich wiederhole hier auch unsere Forderung, Wien möge initiativ sein, dass es endlich zu einem bundesweit einheitlichen Tierhaltegesetz analog zum bundesweit einheitlichen Tierschutzgesetz kommt.

Und last but not least zum Tierschutz. Aus dem Tierschutzhaus ist wieder ein Hilferuf gekommen. Wir alle wissen, dass das Tierschutzhaus wirklich in einem katastrophalen Zustand ist. Wir alle haben uns darauf verstanden, dass man hier helfen muss, am besten – und ich glaube, das weiß der Wiener Tierschutzverein selbst auch sehr genau – mit einem Grundstück. Sie haben mir gesagt, sie sind durchaus in der Lage, das Haus dann selbst zu bauen. Ich glaube, hier muss es ein breites Verständnis geben, dass wir ein gutes, nach neuestem Standard geführtes und gebautes Tierschutzhaus haben. Darüber hinaus sollte dort noch viel mehr stattfinden, was eben die Tierhaltung, die Information, aber vielleicht auch eine Art Tierpension oder die Ausbildung zu Tierpflegern betrifft, sodass wir hier ein Tierschutzkompetenzzentrum haben unter kompetenter Führung. Das muss für eine tierfreundliche Stadt, wie Wien es ja sein will, auf jeden Fall gesichert sein.

Sie sprechen – und das begrüßen wir auch – die Renaturierung von Wienerwaldbächen an. Auch das ist eine alte Forderung von uns, und ich hoffe, dass das zügig vorangeht.

In diesem Kapitel sprechen Sie auch an, dass bei Umweltschäden rigoros gegen den Verursacher vorgegangen werden muss. Ja, Frau Stadträtin, ja, sehr geehrte Damen und Herren, das ist auch immer unsere Linie gewesen. Wer einen Schaden verursacht, der muss auch zur Verantwortung gezogen werden. Und ich den-

ke, das darf nicht nur einen Bereich betreffen, sondern das muss sich wie ein roter Faden durchziehen. Wer Schaden verursacht, soll auch dafür zahlen oder zur Verantwortung gezogen werden. Und das gilt auch für den Vandalismus!

Ich komme jetzt zu einem Punkt, da sind wir noch nicht ganz einer Meinung, das ist das Verschmieren und das Zuplakatieren, das wilde Plakatieren an privaten und öffentlichen Objekten. Da wird ja vieles von Ihnen so ein bisschen liebevoll – und da, glaube ich, haben Sie jetzt eine starke Unterstützung durch die GRÜNEN – als künstlerische Betätigung bezeichnet und mit einem Augenzwinkern abgetan. Sie haben es verabsäumt, bei der letzten Novellierung des Reinhaltegesetzes auch einzufügen, dass die Verursacher für das wilde Plakatieren – und die lassen sich ja feststellen, wir sehen ja, welche Veranstaltungen beworben werden; das heißt, hier muss man auf den Veranstalter zurückgreifen, der den Auftrag zum Plakatieren gibt – zur Verantwortung gezogen werden. Das ist kein Kavaliersdelikt, wenn man die Stromkästen und andere öffentliche Einrichtungen zुकleistert. Die von Ihnen gelobten Halbschalen der Gewista haben nicht dazu geführt, dass das wilde Plakatieren für diverse Veranstaltungen unterbleibt. Wir haben nach wie vor zugeklebte vor allem Stromkästen und andere öffentliche Objekte, zum Teil findet sich das auch auf privaten Objekten. Vom Beschmieren will ich gar nicht reden.

Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich bitte Sie, sich da einen Ruck zu geben und dem Einhalt zu gebieten. Es ist vom Vandalismus zur Verschandelung, von der Verschandelung zur Verwahrlosung und dann oft von der Verwahrlosung zur Kriminalität nur ein kleiner Schritt. Wir sagen, diese Schäden müssen abgestellt werden, die Verursacher müssen, genau wie in anderen Bereichen, zur Verantwortung gezogen werden. Das ist keine Kunst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Künstlerisches führt mich zur Öffentlichkeitsarbeit in diesem Ressort, die ja sehr kreativ ist, sie ist oft auch sehr lustig, aber ich meine doch, dass man hier mit dem Geld ein bisschen zu sorglos umgeht. Ich kann jede Informationskampagne verstehen, aber, sehr geehrte Frau Stadträtin, ich glaube nicht, dass man Schneepflüge beschreiben muss, auch wenn es zum Teil lustige Worte sind. Ich würde gerne wissen, wie viel diese Aktion kostet, und ich würde wirklich gerne wissen, was das bringen soll. Ich glaube, die Wienerinnen und Wiener erwarten sich in erster Linie, dass die Schneepflüge ihr Arbeit tun – das haben sie jetzt auch in den letzten Tagen gut getan und werden sie hoffentlich auch den ganzen Winter hindurch so tun –, aber ob da vorne Schneeflocke oder sonst etwas draufsteht, nicht böse sein, das ist Geldverschwendung in Reinkultur. *(Beifall bei der FPÖ.)*

In diesem Ressort fußen ja auch die in dieser Budgetdebatte schon vielfach zitierten Wasser-, Kanal- und Müllgebühren, Gebühren und keine Steuern. Sie haben es aber in Wien zu Steuern gemacht. Sie haben sich damit ein sattes Körpergeld geschaffen, und das führt zu einer unzumutbaren Belastung für viele Bürger dieser Stadt.

Das ist für uns der Hauptgrund, dem Budget die Zu-

stimmung zu verweigern. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Wutzlhofer. Ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin!

Umweltpolitik heißt immer, global denken und lokal handeln. Man könnte glauben, das ist eine Platitide, aber nach den letzten 20 Minuten bin ich zu dem Schluss gekommen, dass es vielleicht doch nicht so schlecht ist, zwei, drei Wörter zum Thema global denken zu sagen. Es war ja immerhin vor wenigen Tagen der Klimagipfel in Cancún beziehungsweise das Ende des Klimagipfels in Cancún, und ich möchte schon festhalten, dass das ein enttäuschendes Ergebnis für mich und für uns war, ein enttäuschendes Ergebnis deshalb, weil es schon wieder keine konkreten, keine verpflichtenden Beschlüsse für Maßnahmen gegeben hat, um ein großes Ziel, nämlich die zwei Grad Erwärmung nicht zu überschreiten, irgendwie in die Tat umzusetzen. Das ist eigentlich dramatisch, denn es geht um nicht wiederholbare Fehler. Es geht um die Welt.

Die Kyoto-Vereinbarung läuft 2012 aus, es gibt noch immer nichts, was uns, der Staatengemeinschaft, irgendwie Werkzeuge in die Hand gibt. Da war ein Nachfolgemodell zu finden. Es bleibt nur mehr ein Jahr. Es sind – das kann man nach der Katastrophe von Kopenhagen vielleicht positiv von Cancún sagen – die Gespräche gerettet, aber das Klima noch lange nicht. So ist Cancún keine Katastrophe, sondern nur eine Enttäuschung.

Interessant – Rüdiger Maresch hat es schon am Rande erwähnt –, für unseren Umweltminister, den Niki Berlakovich, war es keine Enttäuschung, er ist nicht enttäuscht, sondern zeigt sich sogar zufrieden, denn aus seiner Sicht sei – ich zitiere: „ein ganz großes Klimaabkommen ohnehin unrealistisch gewesen“. Also ehrlich gesagt, ich würde mir wünschen, dass der Umweltminister gleich viel Wut, gleich viel Zorn, gleich viel Ärger über das Schmelzen der Polkappen aufbringt, wie er aufbringt, wenn er auf einem Flughafen nicht als Super-VIP behandelt wird. Es ist schade, es ist aber irgendwie systemisch, denn auch sein Parteifreund IV-Generalsekretär Markus Beyrer hat sich einschlägig geäußert. Er hat eindeutig in Richtung der Europäischen Union gesagt: „Der Irrweg einer vermeintlichen Vorreiterrolle der Union beim Klima ist nicht weiter fortzusetzen.“

Wenn es nicht so tragisch wäre, wäre es fast schon wieder lustig, denn eine derartige Selbstabschaffung einer gesamten Partei im Zusammenhang mit Umwelt- und Klimapolitik ist wirklich erstaunlich. Ihr habt eure Glaubwürdigkeit in der Frage so ultimativ verspielt, daher hält sich meine Begeisterung über Vorschläge in Sachen Klimapolitik – ich meine jetzt den Antrag zum Thema erneuerbare Energien – ziemlich in Grenzen, insbesondere dann, wenn uns vorgeschlagen wird, wir sollen uns doch an Maßnahmen des Bundes orientieren.

Ich möchte festhalten: Das Klimaschutzprogramm ist

ein ausgesprochen ambitioniertes Programm, und es ist ein ausgesprochen erfolgreiches Programm. Einmal mehr beweist ja das KliP und der Erfolg des KliP, dass es uns sehr wohl gelingt, mit einer Querschnittsmaterie umzugehen. Insofern danke für den Vorschlag, aber wir nehmen euch nicht so ganz als Experten in dieser Frage wahr.

Zum Thema Klima, erneuerbare Energien. Die Frau StRin Matiassek hat ja erwähnt, was weitergeht: Thewosan Fernkälte. Dass Ihnen das zu langsam geht, ist selbstverständlich legitim, für eine Oppositionspolitikerin besonders. Auch uns geht oft etwas zu langsam, aber das macht ja die Stärke von Umweltpolitik auch aus, dass man ein bisschen ungeduldig ist.

Jetzt komme ich aber endlich zum lokalen Handeln. Es soll ja heute nicht zu lange werden. Lokales Handeln setzt erstens einmal nachhaltiges Handeln der Bürgerinnen und Bürger voraus, was wiederum Bewusstsein voraussetzt. Und das möchte ich schon sagen, gerade wenn wir ein Budget beschließen: Bildungs- und Bewusstseinspolitik ist einer der klaren Schwerpunkte dieser Geschäftsgruppe. Es ist überhaupt noch nie so viel zum Thema Bewusstseinspolitik gemacht worden wie unter StRin Ulli Sima. Man braucht nur das immer dicker werdende EULE-Bildungsprogramm anzuschauen. Man kann das Nationalparkhaus besuchen, die Waldschulen besuchen, die Besucherzentren in Lainz, den Kinderbauernhof am Cobenzl oder eben ab nächstem Jahr die neue Wasserschule, auf die ich mich schon sehr freue.

Eine besondere Rolle beim lokalen Handeln haben natürlich aber auch Städte als Einheiten, als Orte der Innovation, als Orte verdichteten Wohnbaus, als Orte, wo öffentlicher Verkehr stattfindet. Aber damit Städte Orte der Nachhaltigkeit sein können, müssen sie funktionieren. Und Wien – wer herunkommt, wird das bestätigen können, die Wienerinnen und Wiener können es bestätigen –, Wien ist so eine Stadt, die funktioniert. Und das möchte ich gerade in dieser Debatte sagen, dass Wien eine Stadt ist, die funktioniert, dafür sind auch und insbesondere die Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe Umwelt verantwortlich, und dafür gebührt ihnen großes, großes Lob und großer Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dass eine Stadt funktioniert, liegt an hunderten, hunderten Dingen, die ich gar nicht aufzählen möchte. Es geht bei uns über die gesamte Geschäftsgruppe vom Hochwasserschutz zum Erschließen von naturnahen Erholungsgebieten – immerhin 2 000 ha Landwirtschaft, 43 900 ha Wald, unsere Parks, es kommen wieder eine ganze Menge neu dazu –, es geht aber natürlich auch um solche Dinge, die uns gar nicht auffallen – und es ist gut, dass sie uns nicht auffallen –, wie Müllbeseitigung und Müllentsorgung. Allein im letzten Jahr sind 750 000 t Müll gesammelt und entsorgt worden. 165 000 t sind auf Mistplätzen – es gibt 19 Mistplätze –, gesammelt worden. Neben diesen 19 Mistplätzen, Frau StRin Matiassek, gibt es auch noch die mehr als 50 Problemstoffsammelstellen. Also ich glaube prinzipiell, wenn etwas derart gut funktioniert wie die Müllentsorgung, dann fällt sogar mir überhaupt nichts zum Thema Ungeduld ein, da bleibt nur

großes Lob.

Und wenn wir gerade bei der MA 48 sind, möchte ich zum Thema großes Lob schon noch etwas – wir werden es sehen, wenn wir heute aus dem Haus hinausgehen – zum Thema Winterdienst sagen. Es ist einfach wirklich toll und großartig, wie das funktioniert. Ich weiß nicht, ob irgendwer von Ihnen in letzter Zeit in einer deutschen Stadt war und bei nur fünf Zentimeter Schnee versucht hat, ein Taxi zu bestellen. Die fahren nicht bei fünf Zentimeter Schnee, denn es gibt keinen Winterdienst. Es ist wirklich hervorragend, was hier passiert. Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Thema MA 48: Herr Kollege Stiftner, gestern hast du gesagt, du seiest ein Freund einfacher Zahlen, so einfach, dass du dann in deine Milchmädchenrechnung zum Thema Kostendeckung zum Beispiel die Abschreibungen für alle Investitionen nicht einbeziehst. Wenn man das nämlich tut, dann ist die Kostendeckung bei der MA 48 gerade einmal erreicht, bei Wien Kanal sind es 75 Prozent, bei der MA 31 94,56 Prozent. Also, ja, danke auch für diesen Antrag. Wenn wir einmal Überschüsse haben, dann können wir darüber reden, was wir damit machen.

Aber zu deinem Wunsch nach Einfachheit generell. Ich muss dich enttäuschen. Wien ist eine Stadt, Wien ist eine Millionenstadt, 1,7 Millionen Einwohner. Das ist manchmal komplex, und das erfordert auch komplexe politische Maßnahmen. In Kickeritzpotschen oder vielleicht in Radlbrunn, da gibt es wahrscheinlich ein großes Wasserrohr. Wenn das bricht, ist das ein Jahrhundertereignis. Die kommen alle zusammen, werden sich denken, wir waren zu wenig in der Kirche am Sonntag oder so, ein bisschen traurig. In Wien gibt es 3 300 km Wasserrohre. Dazu kommen 330 km Rohre der 1. und 2. Wiener Hochquellwasserleitung.

Ja, es kann vorkommen, dass ab und an ein Gebrechen passiert bei 3 300 km plus 330 km. Die Frage bei über 3 300 km ist nicht, ob etwas passiert – okay, in Radlbrunn ein Röhrlein mal in 100 Jahren –, sondern wie professionell damit umgegangen wird. Und ich möchte einmal mehr sagen: Unterlass bitte diese ewige Skandalisierung auf Kosten der Wiener Wasserwerke. Hier werden allein in diesem Budget fast 9 Millionen EUR in die laufende Erneuerung des Rohrnetzes gesteckt. Ich meine, man kann es schon auch anders machen, man kann das eine Röhrlein in Radlbrunn prophylaktisch austauschen, dann ist wieder 100 Jahre eine Ruhe, aber 3 300 km Rohre kann man nicht prophylaktisch auf einmal austauschen, also muss man sich ein relativ komplexes System ausdenken, und das wird hier gemacht.

Ich weiß, es geht euch als Partei am Land besser, hier in Wien müsst ihr Stadtpartei unter Logo schreiben, sonst glaubt es keiner, viele glauben es trotzdem nicht, vielleicht funktioniert es in Zukunft besser.

Ein weiterer Tipp noch – ich helfe immer gerne: Ihr seid jetzt so wenig, da ist so eine enge Spezialisierung nicht mehr so zielführend. Nur Röhrlein ist echt ein bisschen wenig an Thema. Ich würde es wieder ein bisschen breiter aufstellen. Es wäre für uns alle auch in der Debatte spannender.

Jetzt aber – ich bin in Weihnachtsstimmung – möchte

ich schon noch etwas sagen. Im Umweltausschuss wurden im letzten Jahr 75 Prozent aller Beschlüsse – das ist, glaube ich, ein schöner, schöner Wert – einstimmig beschlossen. Ich befürchte, das Budget ist nicht so ein Beschluss, aber trotzdem, die Weihnachtsstimmung möchte ich zum Anlass nehmen, um auch einmal von hier aus allen Fraktionen im Umweltausschuss für die konstruktive Zusammenarbeit, für das konstruktive Diskussionsklima zu danken. Es hilft vielleicht auch, dass es den Kollegen von der FPÖ beim Thema Umwelt schwerer fällt, die immer gleichen Argumente zu bringen, denn am Feinstaub sind Ausländer gar nicht so richtig schuld. Daher gibt es bei uns ein relativ konstruktives Klima. Dafür ein großes Dankeschön.

Trotzdem, das neue Jahr kommt mit Riesenschritten. Es wird ein gutes und erfolgreiches Jahr für die Wiener Umweltpolitik, und ein gutes erfolgreiches Jahr für die Umwelt ist ein gutes erfolgreiches Jahr für die Wiener BürgerInnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Guggenbichler. Ich erteile es ihm.

GR Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem wir in den letzten drei Tagen, inklusive der Angelobungssitzung mit salbungsvollen Worten hören durften, wie toll diese Regierung nicht ist, muss ich Ihnen gestehen, dass es mir versagt blieb, in Ehrfurcht vor Ihnen zu erstarren.

Wir hörten nach der Angelobung vieles über Abrüstung der Worte und Verrohung der Sprache. Wenn man am 25.11. „Wien heute“ gesehen hat, sah man eine ehemalige sozialistische Gemeinderätin, die da sehr blumig von sich gab, dass es so schlimm sei, dass da jetzt so viele Freiheitliche im Gemeinderat sitzen, weil die Sprache verroht, und es wird immer schlechter. Am Ende des Tages hat es nur einen Ordnungsruf gegeben: für die Entgleisung vom Klubobmann der Sozialistischen Partei. Man möge das der ehemaligen Gemeinderätin bitte ausrichten.

Auch die Entgleisung des GR Margulies, der versucht hat, von der Inkompetenz seiner Fraktion heute durch lautes Schreien abzulenken, indem er sich weit unter die Würde dieses Hauses begeben hat, ist endgültig der Beweis dafür, dass diese grüne Truppe nicht regierungsfähig ist, und die Endverantwortung dafür trägt die SPÖ. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien braucht kein Faymann-Budget der Grauslichkeiten – der übrigens sein politisches Geschick in diesem SPÖ-Klub erlernt hat –, Wien braucht kein weiteres Häupl-Paket der Grauslichkeiten von Rot und Grün. Nein! Das wollen Sie beschließen, das wollen die Wiener nicht, das haben sie nicht verdient.

Man muss aber resümierend sagen, dass die GRÜNEN sich in sämtlichen angesprochenen Geschäftsgruppen erschreckend schwach und ahnungslos gezeigt haben, außer im Umfallen. Aber Umfallen ist keine Geschäftsgruppe, vielleicht kann man sie einführen.

Die Wiener GRÜNEN waren in den letzten Jahren wahrscheinlich überall, nur nicht bei den Bürgern, und deswegen haben sie so komische Eigentümlichkeiten von sich gegeben, aber die Bürger sind Ihnen davongelaufen, die Wähler sind Ihnen davongelaufen, und Sie haben nichts gelernt. Nur eines haben Sie gelernt von der SPÖ, Sie haben die Abgehobenheit dieser Stadtregierung angenommen. Kein guter Lehrmeister, denn den Roten sind auch die Wähler weggelaufen.

Auffällig war bei den GRÜNEN nur, dass beim Umfallen die einen ein bisschen mehr Schmerzen hatten, die anderen ein bisschen weniger. Die dürften es schon gewöhnt sein aus der Bezirkspolitik. Gefährlich ist nur, dass die SPÖ diese Truppe an die Schalthebel der Macht in Wien gesetzt hat, und das haben die Wiener nicht verdient.

Kompetenzlos, kraftlos und visionslos ist Ihr Regierungsprogramm, besonders im Umweltbereich. Nur kurz angemerkt, weil der Abg Werner-Lobo heute erwähnt hat, dass GRÜNE, wenn sie über Belastungen sprechen, nicht über Zuwanderung sprechen, sondern über Umweltbelastungen. Kurios! Genau das vermissen wir in der Regierungserklärung. Wo steht was von der Schließung der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig? Wo steht was von der Einschränkung des Fluglärms? Wenn Sie unseren Anträgen, die der Kollege Mahdalik gestellt hat, und den ich morgen noch stellen werde, zustimmen, würden wir uns darüber freuen. Sprechen Sie über Umweltbelastungen, aber das dürfen Sie anscheinend nicht mehr in dieser Rot-Tupferl-Grün-Regierung.

Umweltschutzorganisationen werden die Förderungen um die Hälfte des Betrages gestrichen. Ist das grüne Umweltpolitik? Und ich spreche hier von Organisationen, die bis jetzt für ihre vorbildhafte Tätigkeit von der Stadt unterstützt und ausgezeichnet wurden. Aber anscheinend zeigt die Stadtregierung mit dem grünen Tupfer auch hier keine Kernkompetenz, sondern Nullkompetenz. Ich spreche von der Wiener Naturwacht, die vor Kurzem, am 11. Juni 2010, von der MA 17 und der Bezirksvorstehung Leopoldstadt ausgezeichnet wurde. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Oh, die Naturwacht!*) Ich habe kein Problem, auch wenn es Usance ist, dass man nicht dreinspricht. Wir stehen nicht drauf, denn die Wiener Bürger haben auch keine Schonfrist vor Ihrer Politik. Sie kriegen keine 100 Tage Schonfrist, ich kriege keine, aber die Wiener Bürger haben auch keine. Wir wollen keine Politikerprivilegien haben hier. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sie wurden ausgezeichnet für ihren Einsatz zum Gelingen einer Veranstaltung in der Leopoldstadt. Die gleiche Organisation wurde ausgezeichnet und hat auch ein Dankeschreiben von der MA 22 bekommen für ein ausgezeichnetes Projekt im Rahmen vom Netzwerk Natur, der Gewässervernetzung im Prater. Da steht: „Danke! Ihre Wiener Umweltschutzabteilung MA 22“ Und dieser Organisation streichen Sie 50 Prozent der Unterstützung?

Aber schauen wir uns einmal an, was ist das Problem an dieser Organisation? Was macht sie denn so falsch, dass Sie dagegen sind? Die Wiener Naturwacht wurde vor 35 Jahren gegründet – sehr alt, sehr beständig – als

Verein von vereideten Naturwachtorganen, um im Rahmen einer kostengünstigen Organisation einen möglichst professionellen und billigen Einsatz von Naturwachtorganen zu gewährleisten. In anderen Bundesländern sind das bezahlte Magistratsbeamte.

Wien verfügt über 58 Naturwacheorgane, davon sind 44 dort organisiert, 16 wurden heuer erst angelobt. Ich glaube, sie sind schon sehr repräsentativ für diesen Bereich des Umweltschutzes.

Die Wiener Naturwacht ist auch gemeinnützig tätig, nicht parteigebunden, die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich, und die Reduktion der Unterstützung kann ja nur ein ironischer Vorgriff auf das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 sein, aber das dürfte sich bei Ihnen noch nicht durchgesprochen haben. In diesem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 ist die Umwelt ein Schwerpunkt, und diesen Organisationen, die freiwillig und ehrenamtlich tätig sind, streichen Sie die Förderungen.

Aber schauen wir, was die noch so tun. Vielleicht haben wir ja was, was die GRÜNEN wirklich stören könnte.

Sie betreuen zirka neun Wochen im Jahr die nächtlichen Amphibienwanderstrecken. Schrecklich! Oder? Wahnsinn!

Bei jeder Prater-Großveranstaltung sichern sie die Grünräume, sie bergen gefährdete Wildtiere wie Falkennestlinge, Fledermäuse, Igel et cetera. Stören Sie vielleicht die Stacheln von den Igel? Ich weiß es nicht.

Sie machen begleitende Kontrolle von Baustellen in sensiblen Grünräumen, sie beschäftigen sich mit dem Aufspüren und Melden von Mülldeponien, sie unterstützen Naturschutzgruppen mit Know-how, sie schulen neue Organe und sonstige Naturschutzinteressierte.

Und dann machen sie auch noch ganz was Schreckliches, sie machen Informationsveranstaltungen bei Jugendlichen und Kindern in den Kindergärten und in den Schulen. Ist das Ihr Problem? Ich kann es nicht nachvollziehen.

Dann begehen sie noch Grünräume, Naturdenkmäler und melden den Zustand an den Magistrat weiter.

Ein Drittel dieses Jahresbudgets – es ist eh nicht viel – fließt eigentlich wieder zurück an die Gemeinde Wien, denn sie haben ein Vereinslokal im Gemeindebau, und dann haben sie noch eine Außenstelle in der Lobau, ein Prekarium von der MA 49, in das sie im letzten Jahr tausende Euro gesteckt haben für die Revitalisierung dieses Projekts, was wiederum der MA 49 zugute kommt. Und aus all diesen Gründen ist eine rot-grüne Reduktion der Unterstützung nicht nachvollziehbar.

Eines sollten Sie vielleicht auch noch wissen: Die Anzeigen, die von diesen Naturwacheorganen gemacht werden, machen in den Strafen das Doppelte der beantragten Förderung aus. Ich habe ja fast ein bisschen den Eindruck, alles, was sinnvoll ist und der Stadt auch noch etwas bringt, wird von Rot-Grün abgelehnt. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aus diesem Grund werden wir morgen einen Abänderungsantrag einbringen, um diese Organisation zu unterstützen, damit sie ihren wichtigen Aufgaben in Wien nachkommen kann. Anscheinend ist grüne Regierungs-

beteiligung schädlich für die Umwelt und den Naturschutz in Wien, und die SPÖ hat all dies zu verantworten.

Ein Budget, das solche Auswüchse zulässt, kann man nur ablehnen. Denn wo Rot und Grün regiert, wird die Umwelt ruiniert. – Danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Unger. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadtrat! Sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher übers Internet! Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen!

Als Mitglied des Ausschusses für Umwelt- und Klimaschutz fällt mir sowohl bei der Durchsicht des Budgets als auch des Programms für Wien Folgendes auf: Mir fällt auf, dass Ihnen sehr viele konkrete Vorschläge fehlen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich komme zu einigen Punkten Ihres Programms, die bei der Budgetierung leider viel zu kurz gekommen sind und nicht an prominenter Stelle zu finden sind.

Der Weiterbau des Wiental-Sammelkanals. – Stimmt, Sie prüfen ja nur.

Die naturnahe Ausgestaltung des Wienflusses. – Stimmt, Sie untersuchen ja nur.

Die Umsetzung der E-Mobilität. – Stimmt, Sie analysieren ja nur.

Die mehr als wichtige Prüfung der Altlasten und der gefährlichen Industrien im gesamten Donauraum, siehe das tragische Beispiel Ungarn. – Stimmt, Sie streben ja nur an.

Bei all diesen Prüfungen, Untersuchungen, Analysen, Anstrengungen und Evaluierungen ist leider zu vermuten, dass wieder einmal, und zwar wirklich wieder einmal nichts weitergeht in dieser Stadt. – Nein, stimmt nicht ganz, etwas bewegt sich doch, und zwar die Schulden und das Defizit, und zwar leider weiterhin nach oben.

Wie Sie Ihre Projekte für Umwelt, Grünraumschutz und damit einhergehenden Schutz der Naherholungsflächen umsetzen, zeigt uns allerdings ein kleiner Rückblick in die letzten Jahre, zum Beispiel zwei Punkte im 3. Bezirk.

Es gab eine Grünfläche Ecke Kundmangasse/Erdbergstraße, die wurde von Ihnen zubetoniert. Sie wurde zubetoniert, um dort 50 Vogelhäuser aufzustellen. Ja, 50 in diesem Fall sogar rote Vogelhäuser unter dem Titel Kunst im öffentlichen Raum. Es war zwar nur eine kleine Grünfläche, das ist richtig, aber nachdem das eine subventionierte Wanderausstellung ist, frage ich mich, wie viele Grünflächen diesem Projekt noch zum Opfer fallen werden.

Als zweites Beispiel gab es die beliebte Tennisanlage Sechskrügelgasse, die Wohnbauten weichen musste. Das war ein wichtiger Erholungs- und Naherholungsraum, für dessen Erhalt übrigens auch die Grüne Fraktion sehr stark eingetreten ist und dafür protestiert hat. Ich nehme an, dass diese Proteste in der näheren Zukunft nicht mehr so stark stattfinden werden. Wie Sie das mit Ihrer Klientel abklären, das ist wirklich Ihr Problem.

Zum Bereich Naherholung möchte ich noch auf ein

weiteres ganz wichtiges Thema sowohl im 3. als auch im 1. Bezirk hinweisen, nämlich den Erhalt der Eislaufflächen des Wiener Eislaufvereins. Hier wurde viel versprochen, aber wie man weiß, nach der Wahl schaut meistens alles anders aus. Ich hoffe, dass diese Versprechen, die Sie den Bürgerinnen und Bürgern gegeben haben, auch nach der Wahl noch halten werden.

Was man von den Wahlversprechen der Grünen Fraktion halten kann, hat man ja am Beispiel des 100-EUR-Fahrscheines für die Wiener Linien gesehen. Hier sind Sie auch, wie bei vielen anderen Punkten, umgefallen, nur um Positionen zu erhalten. Ich sage bewusst Positionen und nicht Macht, denn von Macht kann man hier leider wirklich nicht sprechen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Und nun, was kommt statt diesem 100-EUR-Fahrschein? Ja, es werden wieder einmal Studien in Auftrag gegeben, und zwar darüber, wo man überall neue Parkraumbewirtschaftungszonen installieren kann. Aber nicht als Maßnahme zu Gunsten der Bürger, sonst würden Sie, meine Damen und Herren von Rot und Grün, die allgemeine Parkplatznot in Wien eingestehen und als Konsequenz auf dieses Eingeständnis ein kostenloses Parkpickerl für die Wiener Bevölkerung einführen. Nur, genau das geht nicht, denn dann müssten Sie ja zugeben, dass das ein freiheitliches Konzept ist, und Sie müssten sich eingestehen, dass doch wir von der FPÖ die besseren Konzepte haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ihnen geht es eben nicht um die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, sondern nur darum, die Bevölkerung ordentlich zu schröpfen. Und das unterscheidet Ihre Politik von unserer.

Als weitere Maßnahme schlagen Sie auch zum Beispiel den Ausbau der Radwege vor. Ein ganz gefährliches Thema, und ich würde Ihnen raten, dass Sie da zuerst Ihren Herrn Bürgermeister fragen, nämlich fragen, bevor er Sie wieder zurückpfeift, denn wie sagte der Herr Bürgermeister gestern im „Kurier“? Das Radfahren in dieser Stadt ist ihm zu gefährlich. Ich hoffe, er sorgt sich nicht nur um sich, sondern, ich nehme an, um alle Bürgerinnen und Bürger und beginnt endlich, die ganzen sehr oft wirklich unsinnigen Radfahraktionen gegen die Einbahn in dieser Stadt abzuschaffen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun kommen wir zum Ende. Ich komme zum Ende meiner Rede, aber wenn Sie, meine Damen und Herren von der Rathauskoalition, gegen die Interessen der Wienerinnen und Wiener regieren wollen, dann erreichen Sie sehr schnell das Ende der letzten Wählergunst. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Valentin. Ich erteile es ihm.

GR Erich **Valentin** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Lassen Sie mich vorweg eines anmerken: Es ist bedauerlich, dass das, was ich angenommen habe, dass sozusagen das umgehen Lernen mit veränderten Rahmenbedingungen, das Umgehen mit der Tatsache, dass der Wähler am 10.10. entschieden hat und dass wir

heute und gestern davon ausgehen hätten können, dass wir konstruktiv über das Budget der Bundeshauptstadt Wien zu diskutieren haben und auch sachlich darüber beraten können, nicht zutrifft. Es ist schade, dass das offensichtlich nicht der Fall ist, und ich befürchte, dass die Aufarbeitung der letzten Monate bei zwei Fraktionen noch etwas länger dauern wird.

Was ich nicht ganz verstanden habe, und dazu möchte ich den Kollegen Stiftner fragen, obgleich sicherlich die Grüne Fraktion und der Kollege Maresch keinen Anwalt brauchen, aber zwei Dinge gehen gleichzeitig nicht. Also entweder sind die GRÜNEN über den Tisch gezogen worden, weil sie im Budget und im Regierungsprogramm nicht wiederzufinden sind – das wäre ein Vorwurf –, aber gleichzeitig zu sagen, dass es so viele grausliche Punkte sind, die die GRÜNEN eingebracht haben und die dieses gemeinsame Papier, dieses Regierungspapier so unverträglich machen, das geht gleichzeitig in hohem Maße nicht.

Ich denke mir, die Schmerzarbeit, dass die ÖVP nicht ihr Ziel erreicht hat, in der Regierung zu sitzen, sollte zumindest intellektuell dort aufhören, wo zwei in der Tat nicht miteinander unter einen Hut zu bringenden Thesen sich konkurrenzieren. Also entweder sind die GRÜNEN ein Appendix, der nicht dabei ist, oder aber sie haben das mitgestaltet. Sie sollten sich und du solltest dich, Roman, vielleicht auf eine dieser beiden möglichen Interpretationen verständigen. Beides gleichzeitig geht ganz sicher nicht.

Das Gleiche trifft natürlich auch bei den Freiheitlichen zu, wobei bei den Freiheitlichen bei der grundsätzlichen Frage, wo wir tatsächlich starten, es offensichtlich wirklich grundlegende Unterschiedlichkeiten auch der Sichtweise gibt, wie das bei der Debatte um das Ressort Vassilakou gestern tatsächlich handgreiflich und elementar sichtbar geworden ist.

Nur so ist es verständlich, dass jetzt der Kollege Unger gemeint hat, dass die Frage des Modal-Split – und ich nehme an, das hat er gemeint, wenn er übers Radfahren geredet hat –, eine nachgeordnete, ja, sogar gefährliche Frage ist. Ganz im Gegenteil! Wenn wir das, was uns Klimaexperten prognostizieren, einigermaßen aufhalten, reduzieren wollen, dann wird einer der Hebel der Umweltpolitik und der Klimapolitik dieser Stadt sehr wohl die Verkehrspolitik sein müssen. Ein Nichtakzeptieren, dass Individualverkehr, dass Kfz-Verkehr nicht zu reduzieren ist und gleichzeitig Klimaschutzziele erreichbar sein werden ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Was sind das für Experten?)* Diese Klimaexperten, meine Damen und Herren, sind alle seriösen Experten, die es derzeit in diesem Bereich gibt. Die Einzigen, die Klimaschutzwahrheiten, Klimawahrheiten leugnen, sind bei der FPÖ zu finden. *(GR Johann Herzog: Im Gegenteil!)* Das sollte Ihnen zu denken geben. *(GR Johann Herzog: Das ist eine Frage der Sichtweise!)* Aber wahrscheinlich halten Sie es genauso fachlich-sachlich mit der Klimapolitik wie mit der Migrationspolitik. *(Ruf: Haben Sie eine Ahnung! – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Deshalb haben Sie die Wahlen verloren! Sie sollten rasch aufwachen!)* Ich denke mir, Sie werden oder wir alle werden,

wenn wir Ihren Weg gehen, relativ rasch aufwachen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Ja, hoffentlich wachen Sie bald auf!)*

Gott sei Dank hat sich diese Stadt dazu entschlossen, eine Klimaschutzpolitik zu betreiben, die ambitioniert ist, Gott sei Dank hat sich diese Stadt dazu verständigt, ambitionierte Klimaschutzziele nicht nur zu erreichen, sondern die Ergebnisse sogar stärker zu forcieren. Das Ergebnis des KliP I, wenn Sie sich das in Erinnerung rufen, ist ein beredetes Zeugnis dafür, dass mit engagierter Klimapolitik auch ambitionierte Ziele erreicht werden können. Wir sind sicher, dass das KliP II, das wir letztes Jahr im Dezember beschließen konnten, diesen Weg Wiens weitergehen wird.

Es ist ja auch kein Wunder, dass Wien international mit diesem Papier, mit diesem Programm, mit dieser Umsetzung dieses Papiers Klimaschutzpreise erzielt, denn nur eine Klimaschutzpolitik, die tatsächlich an den Wurzeln ansetzt, meine Damen und Herren, ist eine, die eine lebenswerte Zukunft für die nächsten Generationen sichert.

Das Regierungsbündnis, das heute sein erstes Budget präsentiert, ist Garant dafür, dass Zukunftschancen in dieser Stadt wahrgenommen werden und dass der Erhalt von lebenswertem Lebensraum gerade für die nächsten Generationen kein leeres Lippenbekenntnis ist. Da können Sie sicher sein. Und die Wienerinnen und Wiener, meine Damen und Herren, können glücklich sein, dass Sie in dieser Stadt, was Klimaschutz betrifft, nichts zu reden haben.

Gut ist auch, dass Sie nichts zu reden haben, meine Damen und Herren – und da können die Wienerinnen und Wiener auch glücklich sein –, in allen Fragen der Services dieser Stadt. Wer in diesen Tagen – Kollege Wutzlhofer hat das bereits angemerkt – das nicht beneidenswerte Vergnügen gehabt hat, in anderen Metropolen zu sein, kann Vergleiche ziehen. Ich habe nach dem letzten Umweltausschuss beruflich nach Dresden und Prag fahren dürfen, und wer dort den Winterdienst erlebt hat, wer dort erlebt hat, dass im Zentrum der Stadt zentimeterhoch der Schnee liegt, wer erlebt hat, dass in Dresden in den Hauptattraktionsbereichen, wo die Menschen unterwegs sind, kein Winterdienst geleistet wird, wer erlebt hat, dass nicht Schnee geschaufelt wird, der weiß den Unterschied zu schätzen. Und das wissen die Wienerinnen und Wiener auch.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle in Bezug auf die MA 48 und den Winterdienst, aber auch die anderen Magistratsabteilungen der Geschäftsgruppe Umwelt mit einbeziehend sagen: Wien ist in dieser Frage wirklich anders! Und dafür ein herzliches Dankeschön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Frau StRin Matiasek hat einige Bereiche angezogen, die Dauerbrenner der freiheitlichen Umweltpolitik sind, unter anderem die Frage des Hundeführscheins. Gerade die Anzahl der Damen und Herren HundebesitzerInnen, die bereits den Hundeführschein gemacht haben, zeigt ja eindringlich, wie wichtig diese Maßnahme war. Uns ging es nicht darum und der Frau Stadträtin ging es nicht darum, dass einzelne Personen und Hun-

dehalter kriminalisiert oder tatsächlich an den Pranger gestellt werden, ganz im Gegenteil, uns war es wichtig, diejenigen, die verantwortungsvoll mit ihren Hunden umgehen, zu trennen von denen, die es nicht tun. Und die, die verantwortungsvoll mit diesen Hunden umgehen, die waren bereits bei diesen Führscheinprüfungen, die haben sich bereits gemeldet, die haben sich in dieser Übergangsfrist, die noch weiter andauert, sehr wohl dazu entschlossen, zu beweisen, dass sie richtig mit ihrem Hund umgehen können, und die anderen, meine Damen und Herren, Frau StRin Matiasek, die das bis jetzt nicht gemacht haben, die sind unsere Sorgenkinder.

Nichtsdestoweniger ist es wichtig, gerade diejenigen, die mit den Hunden gut umgehen können, von denjenigen zu trennen, die einen Hund als etwas anderes sehen denn als Freund des Menschen, die ihn als etwas sehen, das vielleicht als Waffe dient. Und gerade gegen die wollen wir vorgehen. Nicht, weil wir etwas gegen die Menschen haben, noch viel weniger gegen die Hunde, sondern weil uns der Schutz derer eine Herzensangelegenheit ist, die zu Schaden kommen können. Gerade die tragischen Unfälle in den letzten Monaten haben uns recht gegeben, meine Damen und Herren.

Wir werden diesen Weg weitergehen und uns dann 2013 ansehen, wo wir stehen. Ich denke mir, gerade die Tatsache, dass die überwiegende Mehrzahl der Bundesländer in Deutschland, nämlich 16, einen ähnlichen Weg gehen wie wir, ähnliche Erfahrungen haben wie wir, zeigt uns, wie wichtig es ist, in diesem Bereich tätig zu sein.

Auch hier ein Dankeschön an die engagierten MitarbeiterInnen, aber auch an viele Ehrenamtliche, die diesen Weg dieser Prüfungen mit uns gemeinsam gehen.

Ein Weiteres sei angemerkt: Auf Grund der Regierungsbildung ist uns der Tierschutz in das Ressort Sima zugewachsen, ein Bereich, der sehr, sehr gut zum restlichen Ressort passt, und damit auch die Frage des Tierschutzhauses, das die Kollegin Matiasek auch tatsächlich angesprochen hat. Wir waren gemeinsam dort, Frau Kollegin, liebe Frau Stadträtin. Es ist schon so, wenn man sich die Genesis dieses Objektes ansieht, wenn man sich ansieht, was die Stadt Wien gerade bei diesem schwierigen Grundstück auch an zusätzlichen finanziellen Leistungen erbracht hat, der Stadt Wien versprochen worden ist, das Haus auch so zu fundieren, dass der Untergrund und die dort gelagerten Substanzen nicht das Fundament angreifen – 20 Millionen Schilling sind damals finanziert worden –, und jetzt auch bei bestem Willen diese Wanne oder diese Absicherung baulich nicht mehr erkennbar ist, dann denke mir, es ist auch darüber nachzudenken, ob gewisse Dinge immer und ausschließlich von Privaten abgewickelt werden können, besonders wenn es wichtige Fragen sind, die die Stadt bewegen.

Ich glaube, es ist auch bedenklich – da hat die jetzige Leiterin und Obfrau des Vereins keine Verantwortung –, dass, wenn die Stadt als Partnerin einer Institution für die Absicherung von Fundamenten eines Hausbaus finanzielle Zusicherungen macht und das Geld auch gibt, baulich diese Arbeiten nicht mehr nachvollziehbar sind. Dass man sich dann auch hin und wieder verantwor-

tungsbewusst etwas denkt und sich überlegt, wie man diesen Fehler in Zukunft nicht mehr machen wird, ist doch auch im Sinne des Steuerzahlers und damit legitim.

Gleichzeitig muss man das, was der Kollege Guggenbichler gesagt hat bezüglich der Naturwacht, auch einspielen. Gerade in dem Raum, wo die Naturwacht tätig ist, haben auch andere Organe sehr, sehr positive erzieherische Wirkung auf das richtige Verhalten im Grün- und Freiraum, auf den richtigen Umgang mit Natur, mit Landschaftsschutzgebieten und Ähnlichem und damit sehr, sehr gute Erfolge. Mögen das MitarbeiterInnen der „Waste Watcher“-Truppe sein, seien es Försterrinnen und Förster der MA 49.

Die Frage ist wirklich zu überlegen, und ich denke mir, da diese Gruppen gerade in diesem Gebiet, gerade in diesem Jahr wesentliche Bereiche auch dieser Information, aber auch des richtigen Umgangs mit dem Freiraum Natur übernommen haben, dass, wie auch die Abteilungsleiterin auf Ihre Anfrage im letzten Umweltausschuss gesagt hat, das Subventionsziel, das gemeinsam mit dem Verein formuliert worden ist, durchaus Sinn macht.

Grundsätzlich – da kann ich Ihnen nur meine eigene Meinung dazu sagen – denke ich mir, ich nehme als Bürger dieser Stadt den Hinweis, wie ich mich verhalten soll und wie das ganze Sinn macht, von einem Förster oder von einem Gärtner im Bereich eines Parks eher entgegen als von einer Truppe, die mir – ich sage es ganz offen, wie ich es mir denke – mit paramilitärischen Phantasieumformen entgegenkommt. Ich glaube, das ist in der Zeit, in der wir leben, auch nicht zeitgemäß. Ich glaube und ich bin überzeugt davon, Mitarbeiter in der Stadt sind Partnerinnen und Partner. Mitarbeiter der Stadt, die mich in einem sensiblen Raum auf Verhaltensweisen aufmerksam machen, müssen noch stärker Partnerinnen und Partner sein und als diese auch zu erkennen sein. Und wenn es dann, meine Damen und Herren, tatsächlich auch Bürgerinnen und Bürger gibt, die, wie bei den „Waste Watchern“, nicht einsichtig sind, dann ist es wahrscheinlich gescheitert, wenn es Organe der Stadt sind, die dann dem Wunsch der Stadt und auch dem gesetzlichen Auftrag folgend, Dinge mit einer Ordnungsstrafe, mit einer Amtlichkeit verfolgen können.

Wieso der Kollege Unger meint, wir haben die E-Mobilität vergessen, weiß ich nicht. Tatsache ist, dass sich das E-Bike hervorragenden Zuspruchs erfreut, dass die Förderungen dort ganz, ganz massiv sind. Wenn die E-Mobilität am Kraftfahrzeugsektor dann soweit sein wird, werden wir uns, das haben wir auch immer gesagt, auch diesem Bereich nicht verwehren.

Meine Damen und Herren! Es liegt ein Budgetentwurf vor, den wir Ihnen guten Gewissens zur Beschlussfassung empfehlen, weil die Umweltpolitik dieser Stadt in der Vergangenheit einen sehr breiten, wichtigen Raum eingenommen hat und dies auch als Zukunftssicherung, als Nachhaltigkeit auch in Zukunft so sein wird.

Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, ich danke auch der Frau Stadträtin, die engagiert und sehr erfolgreich Umweltziele in dieser Stadt immer wieder vorantreibt, und ich lade Sie ein, gemeinsam mit uns diesen

erfolgreichen Weg weiterzugehen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. Ich erteile es ihr.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte natürlich, wie jedes Jahr, die Gelegenheit nutzen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Umweltressort, in der Geschäftsgruppe Umwelt in allen Abteilungen einen besonders herzlichen Dank aussprechen, aber natürlich auch meinem Team im Büro. Sie alle leisten wirklich hervorragende Arbeit, tagein, tagaus, das ganze Jahr für den Umweltschutz. Wirklich vielen herzlichen Dank! Ich glaube, ihr habt euch einen besonderen Applaus verdient. Auch von mir. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Kollegen Stiftner kann ich eigentlich nur sagen, es muss Sie sehr geschmerzt haben, dass die ÖVP hier in Wien nicht mitregieren konnte. Das kommt eigentlich aus jedem Satz ihres Statements heraus. Im Gegensatz zu Ihnen möchte ich auf das Umweltressort nicht verzichten, wie Sie das vorgeschlagen haben, sondern, ganz im Gegenteil, ich bin sehr froh darüber, dass die neun Abteilungen, die dem Umweltressort angehört haben, jetzt auch noch eine zehnte Abteilung, nämlich die Tierschutzabteilung, dazubekommen haben, nämlich die MA 60.

Ich freue mich natürlich über die inhaltliche Erweiterung, weil es auch sehr viele Synergien in diesem Bereich gibt. Artenschutz und Tierschutz sind ja zwei Bereiche, wo man auch gemeinsam gut miteinander arbeiten kann. Auch mit der Tierschutzombudsstelle und der Umweltschutzabteilung ist, glaube ich, eine gute Vernetzung möglich.

Ich freue mich natürlich auch, gemeinsam mit den GRÜNEN viele tolle Umweltschutzprojekte umzusetzen im nächsten Jahr, aber auch in den nächsten Jahren. Wir haben ja einiges schon gehört, ich möchte vielleicht noch ein bisschen so die Highlights aus meinem Blickwinkel ergänzen.

Das ist natürlich der Bereich des Artenschutzes, wo wir sehr, sehr viel machen und das im nächsten Jahr noch weiter ausbauen wollen. Im Tierschutzbereich sind die Fiaker schon genannt worden, aber auch die Probleme, die wir zum Beispiel mit Reptilienbörsen haben, werden uns beschäftigen.

Das Thema der Rohrnetzerneuerung wird ein wichtiger Punkt sein, aber auch die Fertigstellung des Wasserspielplatzes am Wienerberg – ein sehr, sehr schönes Projekt –, die Sanierung des Aquädukts in Mauer oder unser drittes Antifeinstaubpaket, das wir schnüren werden. Das Hochwasserprojekt, das wir schon seit einigen Jahren betreiben, ein sehr sensibles Projekt, weil wir hier auch im Nationalpark bauen müssen, werden wir weiterbauen und dann 2012 hoffentlich einen großen Teil fertigstellen können.

Wir beginnen im Frühling auch mit unserem Abfalllogistikzentrum, das ein ganz wichtiger Mosaikstein sein wird in der Abfallwirtschaftspolitik dieser Stadt und uns wirklich autark und unabhängig nach allen Seiten hin

machen wird.

Der Asperner Sammelkanal ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt für den Bereich der Stadterweiterung. Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien in der EBS ist ein wichtiger Punkt, ebenso die Weiterverfolgung der Mochovce-Klage und, und, und.

Ich könnte jetzt noch stundenlang aufzählen. Das werde ich aber nicht tun, denn als letzte Geschäftsgruppe in dieser Debatte würden wir uns, glaube ich, nicht sehr beliebt machen, wenn wir eine so lange Redezeit in Anspruch nehmen würden.

Ich freue mich aber auch – und das möchte ich wirklich betonen –, dass wir auch im Umweltausschuss über die Parteigrenzen hinweg oft einen Konsens gefunden haben. Es ist schon erwähnt worden, 75 Prozent der Ausschussakten sind einstimmig abgesegnet worden. Das heißt, ich sehe da schon auch in vielen Umweltfragen eine Übereinstimmung. Und wenn man bedenkt, dass von 135 Anträgen im letzten Jahr nur 8 allein von der SPÖ beschlossen worden sind, dann ist das, glaube ich, eine sehr schöne Bilanz und deutet wirklich darauf hin, dass uns in Umweltfragen doch mehr eint, als die Debatte hier jetzt erahnen lassen würde.

Ich freue mich weiterhin auf eine gute Zusammenarbeit für den Umweltschutz und künftig auch für den Tierschutz in Wien. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur Geschäftsgruppe Umwelt und zum Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich erkläre die Debatte zum Voranschlagsentwurf für das Jahr 2011 und zum Gebührenprüfungsantrag, das sind die Postnummern 1 und 2 der Tagesordnung, für geschlossen. Die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Brauner, hat das Schlusswort. – Bitte, Frau Vizebürgermeisterin.

Berichterstatterin VBgmin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Trotz neuer Legislaturperiode, neuer Regierung und vieler neuer Ideen soll man bei guten Traditionen bleiben, und ich gehe davon aus, dass die Tradition, nach einer langen Diskussion das Schlusswort kurz zu halten, eine gute ist und von Ihnen auch so als gut gesehen wird.

Ich beschränke mich deswegen darauf, Sie im Sinne der Stadtverfassung zunächst darauf hinzuweisen, dass gemäß § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien der Voranschlagsentwurf 2011 in der Zeit von 3. Dezember 2010 bis einschließlich 10. Dezember 2010 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt ist. Vom Recht der Einsichtnahme hat ein Gemeindeglied Gebrauch gemacht. Dieses Gemeindeglied hat aber keine Stellungnahme abgegeben.

Es bleibt mir daher, Ihnen für die ausführliche Diskussion der letzten zwei Tage zu danken, und ich stelle hiermit den formellen Antrag auf Zustimmung zu den Anträgen auf den Seiten XIX bis XXII im Voranschlagsentwurf 2011.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen und hoffe, mit diesem kurzen Beitrag in Ihrem Sinne gesprochen zu ha-

ben. Herzlichen Dank! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Danke schön für das Schlusswort, Frau Vizebürgermeisterin.

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten für Beratungen der Klubs. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird von 18.58 Uhr bis 19.09 Uhr unterbrochen.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich ersuche, die Plätze wieder einzunehmen. Wir kommen nun zur Abstimmung und zwar zuerst über die Postnummer 1 der Tagesordnung. Das ist der Entwurf des Voranschlags der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011.

Ein Gegen- oder Abänderungsantrag zum Voranschlagsentwurf wurde nicht eingebracht. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderats, die dem auf den Seiten XIX bis XXII des Voranschlagsentwurfs abgedruckten Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Das ist mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN so angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Beschluss- und Resolutionsanträge zum Voranschlagsentwurf zur Postnummer 1. Ich gehe in der Reihenfolge vor, wie sie eingebracht wurden, wobei ich nicht sage, wohin zugewiesen, sondern zugewiesen laut Antrag, dann erspare ich mir, die Geschäftsgruppen vorzulesen. Aber nachdem ich weiß, dass alle Klubs ohnehin die entsprechenden Unterlagen haben, wird das so reichen, und im Protokoll wird es dann vollständig ausgefüllt.

Der Antrag Nummer 1 ist ein Zuweisungsantrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft transparentes Wiener Budget. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Und dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Der Antrag Nummer 2 ist ebenfalls ein Zuweisungsantrag, eingebracht von der ÖVP und er betrifft den Subventionsbericht der Stadt Wien. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Und auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Der Antrag Nummer 3 ist ein Zuweisungsantrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft verstärkte Förderung der Wiener KMU, Verdoppelung der Förderbeträge im Rahmen der Nahversorgungsförderungsaktion. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 4 ist ein Zuweisungsantrag, eingebracht von der ÖVP, betrifft verstärkte Förderung der Wiener KMU, Verdoppelung der Förderbeträge der Aktion „Internationalisierung und Internetauftritt von kleinen und mittleren Unternehmen“. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der 5. Antrag, eingebracht von den GRÜNEN, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft zügige Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Und dieser Antrag ist einstimmig so angenommen

worden.

Der 6. Antrag, eingebracht von der FPÖ, ein Zuweisungsantrag, betrifft die Veröffentlichung der Friedhofsgebühren. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Antrag Nummer 7, ein Zuweisungsantrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Ratenzahlung der Friedhofsgebühren. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch dieser Antrag ist einstimmig so angenommen worden.

Der Antrag Nummer 8, sofortige Abstimmung, eingebracht von der ÖVP, betrifft Errichtung der 6. Donauquerung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 9, eingebracht von der ÖVP, Zuweisung wurde gefordert, betrifft die Schaffung eines überregionalen Verkehrsausschusses. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier ist die Einstimmigkeit festgestellt.

Antrag Nummer 10, sofortige Abstimmung wurde verlangt, eingebracht von der ÖVP, betrifft VOR-Kernzonenerweiterung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 11, auch hier sofortige Abstimmung, eingebracht von der ÖVP, betrifft Ergänzung des Citybike-Systems durch Elektrofahrräder. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von der Opposition unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 12, sofortige Abstimmung wurde verlangt, eingebracht von der ÖVP, betrifft die Einhaltung der festgelegten Flugroutenverteilung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das unterstützt der Antragsteller und hat damit keine Mehrheit.

Antrag 13, auch hier sofortige Abstimmung, eingebracht von der FPÖ, betrifft Flugroute über Liesing. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 14, auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, eingebracht von der FPÖ, betrifft Nachtflugverbot. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ist von den Oppositionsparteien unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 15, sofortige Abstimmung wird verlangt, eingebracht wurde dieser Antrag von der FPÖ, betrifft Nussbaumalle im Bereich Mehrwert Simmering. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 16, auch hier sofortige Abstimmung verlangt für den Antrag der FPÖ, der die Errichtung einer Polizeiinspektion in der Seestadt Aspern fordert. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine ausreichende Mehrheit.

Antrag Nummer 17, eingebracht von der ÖVP, auch

hier wird die sofortige Abstimmung verlangt für die Erhaltung des öffentlichen Oberflächenverkehrs. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von der ÖVP unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 18, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt für rasche Anschaffung von Niederflurstraßenbahnen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 19, eingebracht von der ÖVP, sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft die Vorlage eines Berichts zur jüngsten schweren Panne in der U4. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird nur von den Oppositionsparteien unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 20, eingebracht von SPÖ und GRÜNEN, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt und betrifft Gespräche mit der Austro Control zum Thema Flugverkehr. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN unterstützt und damit ist ausreichend die Mehrheit gegeben.

Antrag Nummer 21, eingebracht von der ÖVP, auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Verlängerung der Sonderförderaktion für einbruchshemmende Eingangstüren 2009 und 2010. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 22, eingebracht von der FPÖ, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Abhaltung einer Volksbefragung zum kostenpflichtigen Parkpickerl im 15. Bezirk. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Unterstützen die Oppositionsparteien ausschließlich und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 23, eingebracht von der FPÖ, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt für kostenlose Wartung von Gasthermen in Gemeindewohnungen. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das unterstützt der Antragsteller und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 24, eingebracht von der FPÖ, ist ein Zuweisungsantrag, betrifft das öffentliche Stadtbild in alten Ortskernen und Siedlungsgebieten. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das unterstützt ausschließlich der Antragsteller und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 25, eingebracht von der FPÖ, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft Biomasseförderung in Kleingartenwohnhäusern. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das unterstützt ausschließlich der Antragsteller und hat damit keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 26, eingebracht von der ÖVP, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für Kinder unter sechs Jahren. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird

von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 27, eingebracht von der ÖVP, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft Entwicklungsplan für das Netz an vorschulischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 28, eingebracht von der ÖVP, sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen in Wiens Schulen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird nur von den Oppositionsparteien unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 29, eingebracht von der FPÖ, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft das Thema Musikkindergarten. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 30, eingebracht von der ÖVP, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft die Erstellung eines Konzepts zur Nachmittagsbetreuung, insbesondere der Hortbetreuung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 31, eingebracht von der ÖVP, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft Hortbesuch von Kindern, die eine Offene Volksschule besuchen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 32, eingebracht von der ÖVP, ist ein Zuweisungsantrag, betrifft die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig so angenommen.

Der Antrag Nummer 33, eingebracht von der ÖVP, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft die Schließung der Einkommensschere. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 34, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt für Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 35, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Erarbeitung eines Aktionsprogramms zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt in Wien. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – ÖVP und FPÖ unterstützen es und damit hat es keine Mehrheit.

Antrag Nummer 36, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft Maßnahmenpaket zur Reduzierung der Versetzung in die Frühpension.

Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 37, eingebracht von der ÖVP, ist ein Zuweisungsantrag, betrifft ein Maßnahmenpaket gegen zunehmende Verwahrlosung von Geschäftsstraßen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das unterstützen die Oppositionsparteien ausschließlich und haben damit keine Mehrheit.

Antrag Nummer 38, eingebracht von der ÖVP, auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft zu wenig Plätze in Wiener Musikschulen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Antrag Nummer 39, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Errichtung weiterer Zweigstellen der Wiener Musikschulen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 40, eingebracht von der ÖVP, hier wird die Zuweisung verlangt, betrifft Wiener Musikschulen und Neue Medien. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist einstimmig so angenommen.

Der Antrag Nummer 41, eingebracht von der ÖVP, verlangt wird die sofortige Abstimmung, betrifft Investitionsförderungen für Klein- und Mittelbetriebe. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 42, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft Berichtswesen der Vereinigten Bühnen Wien. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 43, eingebracht von der ÖVP, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft die Erstellung eines mittelfristigen Finanzierungsplans der Wiener Symphoniker. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 44, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft Neubau des Wien Museums. Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 45, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Einbeziehung aller geförderten Kinos in die Viennale. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von ÖVP und FPÖ unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 48, eingebracht von der ÖVP, ist ein Zuweisungsantrag, betrifft die Erstellung eines umfassenden Finanzplanes des Fonds Soziales Wien und rechtzeitige Information an den Gemeinderat. Wer die-

sem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Der Antrag Nummer 49, eingebracht von der ÖVP, sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft die Ausarbeitung eines Wiener Aktionsplans zur Umsetzung der Bestimmungen der UN-Behindertenrechtskonvention. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat damit keine ausreichende Mehrheit.

Der Antrag Nummer 50, eingebracht von der FPÖ, die sofortige Abstimmung wird verlangt, betrifft die Erhöhung des Wiener Heizkostenzuschusses. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird ausschließlich vom Antragsteller unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 51, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft Wasserrohrgebrechen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird vom Antragsteller ausschließlich unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 52, eingebracht von der ÖVP, hier wird die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Zweckbindung der Überschüsse von MA 31 und MA 48. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Wird vom Antragsteller alleine unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Der Antrag Nummer 53, eingebracht von der ÖVP, hier wird auch die sofortige Abstimmung verlangt, betrifft die Förderung von erneuerbaren Energien. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird von den Oppositionsparteien unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Postnummer 2 der Tagesordnung. Sie betrifft die Überprüfung von Gebühren und tarifmäßigem Entgelt durch den Gemeinderat. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 2 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Feststellung der Wertgrenzen für das Jahr 2011. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die dieser Postnummer ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Diese Postnummer ist einstimmig so angenommen worden.

Die Postnummer 4 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wiener Krankenanstaltenverbund für das Jahr 2011. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 4 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Es wird von SPÖ und den GRÜNEN unterstützt und hat somit die ausreichende Mehrheit. - Bei dieser Postnummer 4 wurden zwei Beschluss- und Resolutionsanträge eingebracht.

Der Antrag Nummer 46, eingebracht von der ÖVP, die Zuweisung wurde verlangt, betrifft vertiefte Berichterstattung über die Krankenanstalten und Pflegeheime des Wiener Krankenanstaltenverbundes. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Und ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Der Antrag Nummer 47, eingebracht von der ÖVP, auch hier wird Zuweisung verlangt, betrifft die Bekämpfung von Korruption im Wiener Krankenanstaltenverbund.

Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Und auch dieser Antrag ist einstimmig so angenommen.

Die Postnummer 5 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Wien Kanal für das Jahr 2011. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde schon bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Umwelt durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Ge-

meinderats, die der Postnummer 5 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu erheben. - Und die Postnummer 5 wird von SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Die Postnummer 6 der Tagesordnung betrifft den Wirtschaftsplan der Unternehmung Stadt Wien - Wiener Wohnen, für das Jahr 2011. Die Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde bei der Behandlung der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung durchgeführt. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderats, die der Postnummer 6 ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Und diese wird von SPÖ und GRÜNEN unterstützt und daher hat es die ausreichende Mehrheit.

Damit ist die Tagesordnung erledigt und ich erkläre die 2. Sitzung des Gemeinderats für geschlossen. Schönen Abend.

(Ende der Sitzung um 19.33 Uhr.)